



Jahresabschluss der Stadt Frankfurt (Oder)

2010

Teil:2



V. Rechenschaftsbericht

zur Jahresrechnung

2010

Allgemeines	5
Gesamtergebnishaushalt	7
Einzel Erläuterungen zu den Erträgen	8
Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	8
1. <i>Steuern und ähnliche Abgaben</i>	8
2. <i>Zuwendungen und allgemeine Umlagen</i>	10
3. <i>Sonstige Transfererträge</i>	12
4. <i>Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte</i>	13
5. <i>Privatrechtliche Leistungsentgelte</i>	15
6. <i>Kostenerstattungen und Kostenumlagen</i>	16
7. <i>Sonstige ordentliche Erträge</i>	18
8. <i>Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit - Gesamt</i>	20
Einzel Erläuterungen zu den Aufwendungen	21
Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	21
11. <i>Personalaufwendungen und</i>	21
12. <i>Versorgungsaufwendungen</i>	21
13. <i>Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen</i>	22
14. <i>Abschreibungen</i>	26
15. <i>Transferaufwendungen</i>	26
16. <i>Sonstige ordentliche Aufwendungen</i>	29
17. <i>Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit - Gesamt</i>	31
Finanzergebnis	31
21. <i>Finanzergebnis</i>	31
<i>Erträge außerhalb der laufenden Verwaltungstätigkeit - Zinsen und sonstige Finanzerträge</i>	31
<i>Aufwendungen außerhalb der laufenden Verwaltungstätigkeit - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen</i>	32
Gesamtergebnis	33
Umsetzung Haushaltssicherungskonzept	33
Finanzrechnung.....	34
Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	34

Allgemeines

Im Rechnungsbericht werden gemäß § 59 KomHKV die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Ergebnisse gegenüber den Haushaltsansätzen erläutert.

Gemäß § 54 KomHKV sind in der **Ergebnisrechnung** die dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Erträge und Aufwendungen gegenüberzustellen. Erträge und Aufwendungen dürfen dabei nicht miteinander verrechnet werden.

Zur Ermittlung des Jahresergebnisses sind die Gesamterträge und Gesamtaufwendungen gegenüberzustellen. Den in der Ergebnisrechnung nachzuweisenden Ist-Ergebnissen sind die Ergebnisse der Rechnung des Vorjahres und die fortgeschriebenen Planansätze des Haushaltsjahres voranzustellen und ein Plan-/Ist-Vergleich anzufügen.

Gemäß § 55 KomHKV sind in der **Finanzrechnung** die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen getrennt voneinander auszuweisen. Einzahlungen und Auszahlungen dürfen nicht miteinander verrechnet werden.

Zusätzlich sind die Zahlungen aus der Aufnahme und der Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung sowie der Bestand an Liquiditätskrediten und an fremden Finanzmitteln gesondert auszuweisen.

Die dem Ergebnis 2010 gegenüber gestellten Haushaltsansätze finden sich in der beschlossenen Haushaltssatzung 2010, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (Beschluss-Nr. 10/SVV/0564) vom 17. Juni 2010, inkl. Haushaltsplan wieder.

Die beschlossene Haushaltssatzung 2010 enthält genehmigungspflichtige Teile.

Dazu gehören:

- die veranschlagten Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen mit einem Gesamtbetrag von 5.500.000 EUR. Dieser Kredit ist vorgesehen für die Sanierung des Rathauses.
- Das nach § 63 Abs. 5 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) notwendige Haushaltssicherungskonzept 2010, dass in gleicher Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde.

Die gemäß § 63 Abs. 5 BbgKVerf erforderliche Genehmigung der Haushaltssatzung 2010 wurde mit Schreiben vom 29. November 2010 nach entsprechender Anhörung versagt.

„Das Haushaltssicherungskonzept entspricht nicht den Anforderungen des § 63 Abs. 5 BbgKVerf. Die Stadt sieht sich auch langfristig nicht in der Lage, ein Zieljahr zum Wiedererreichen des Haushaltsausgleichs festzulegen. Auch ein positiver Trend in der Haushaltsentwicklung ist nicht erkennbar. Stattdessen steigen die voraussichtlichen Fehlbedarfe bis zum Jahre 2013 kontinuierlich auf mehr als 73 Mio. EUR an.

Das Ziel der Wiedererreichung der dauernden Leistungsfähigkeit wird mit dem vorgelegten Haushaltssicherungskonzept 2009, das gem. Beschluss für 2010 weiter gelten soll, nicht erreicht.“

Aufgrund der Versagung der Genehmigung und des damit fehlenden Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2010 befand sich die Verwaltung im gesamten Jahr 2010 in der Phase der sog. vorläufigen Haushaltsführung, so dass die Grundlage für die Haushaltswirtschaft die entsprechenden Vorschriften insbesondere § 69 BbgKVerf bildete.

In diesem Zusammenhang verwies das Ministerium des Innern auf die Notwendigkeit der konsequenten Einhaltung des Runderlasses Nr. 4/2004 in kommunalen Angelegenheiten „Hinweise zur kommunalaufsichtlichen Handhabung des § 80 der Gemeindeordnung des Landes Brandenburg (GO) (nunmehr § 69 BbgKVerf) bei Kommunen ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept“.

Voraussetzung für Aufwendungen/ Auszahlungen in dieser Interimszeit ist, dass die Stadt die jeweilige Leistung aufgrund einer Verpflichtung erbringen muss oder sie für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar ist.

Hierfür standen 50% der Ansätze des Haushaltsentwurfs zur Verfügung. Mit ergänzenden Festlegungen des Kämmerers wurden nach SVV-Beschlussfassung der Satzung die Ansätze in Höhe von 75% freigegeben.

Gesamtergebnishaushalt

Die Stadt stellt planungsseitig in der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Defizit in Höhe von 14.584.000 EUR dar; im ordentlichen Ergebnis einen Fehlbetrag von 15.894.300 EUR.

Das außerordentliche Ergebnis dokumentiert einen planmäßigen Fehlbetrag i. H. v. 37.800 EUR.

Mit der Fortschreibung der Ansätze im Ergebnishaushalt verändert sich das ordentliche Ergebnis auf **-17.298.136,79 EUR**.

Die Ergebnisrechnung enthält aus dem Prinzip der periodengerechten Zuordnung alle Vorgänge, die dem Jahr 2010 wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die Ergebnisrechnung zum 31.12.2010 stellt sich wie folgt dar:

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich Ansatz / Ergebnis (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächtigungen
Spalte 1 - Zeile			2009	2010	2010		
Spalte 2 - Kontengruppen							
Spalte 3 - Ergebnisart							
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	40	Steuern und ähnliche Abgaben	- €	49.986.806,48 €	56.747.976,13 €	6.761.169,65 €	- €
2.	41	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	- €	74.696.584,97 €	74.064.770,18 €	- 631.814,79 €	- €
3.	42	Sonstige Transfererträge	- €	2.129.900,00 €	2.198.349,87 €	68.449,87 €	- €
4.	43	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	- €	27.611.400,00 €	28.070.149,74 €	458.749,74 €	- €
5.	440-446	Privatrechtliche Leistungsentgelte	- €	5.063.597,46 €	4.889.000,85 €	- 174.596,61 €	- €
6.	448-449	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	- €	21.648.700,00 €	22.081.440,44 €	432.740,44 €	- €
7.	45	Sonstige ordentliche Erträge	- €	3.793.408,58 €	6.180.053,82 €	2.386.645,24 €	- €
8.	470-471	Aktivierete Eigenleistungen	- €	- €	41.857,44 €	41.857,44 €	- €
9.	472	Bestandsveränderungen	- €	- €	- €	- €	- €
10.		= Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit (1 bis 9)	- €	184.930.397,49 €	194.273.598,47 €	9.343.200,98 €	- €
11.	50	Personalaufwendungen	- €	47.179.762,93 €	48.567.692,84 €	1.387.929,91 €	- €
12.	51	Versorgungsaufwendungen	- €	32.600,00 €	278.729,77 €	246.129,77 €	- €
13.	52	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	- €	22.415.982,20 €	19.069.994,15 €	- 3.345.988,05 €	534.074,85 €
14.	57	Abschreibungen	- €	16.502.768,05 €	19.545.750,90 €	3.042.982,85 €	- €
15.	53	Transferaufwendungen	- €	66.388.506,69 €	70.083.017,87 €	3.694.511,18 €	171.083,35 €
16.	54	Sonstige ordentliche Aufwendungen	- €	48.369.713,02 €	46.433.523,13 €	- 1.936.189,89 €	229.104,67 €
17.		= Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (11 bis 16)	- €	200.889.332,89 €	203.978.708,66 €	3.089.375,77 €	934.262,87 €
18.		= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (10 ./ 17)	- €	- 15.958.935,40 €	- 9.705.110,19 €	6.253.825,21 €	- 934.262,87 €
19.	46	Zinsen und sonstige Finanzerträge	- €	1.201.400,00 €	1.164.303,90 €	- 37.096,10 €	- €
20.	55	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	- €	2.540.601,39 €	1.030.395,85 €	- 1.510.205,54 €	- €
21.		= Finanzergebnis	- €	- 1.339.201,39 €	133.908,05 €	1.473.109,44 €	- €
22.		= ordentliches Ergebnis (18 + 21)	- €	- 17.298.136,79 €	- 9.571.202,14 €	7.726.934,65 €	- 934.262,87 €
23.	49	außerordentliche Erträge	- €	1.211.818,19 €	1.456.221,58 €	244.403,39 €	- €
24.	59	- außerordentliche Aufwendungen	- €	1.485.706,87 €	783.117,68 €	- 702.589,19 €	- €
25.		= außerordentliches Ergebnis	- €	- 273.888,68 €	673.103,90 €	946.992,58 €	- €
26.		= Gesamtüberschuss / Gesamtfehlbetrag (22 + 25)	- €	- 17.572.025,47 €	- 8.898.098,24 €	8.673.927,23 €	- 934.262,87 €

Tabelle 1 - Gesamtergebnisrechnung per 31.12.2010

Einzel Erläuterungen zu den Erträgen

Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Erträge in der Summe stellen das Ressourcenaufkommen der Stadt zum Ende des Jahres dar. Die Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit sind für diesen Zeitraum mit 105% ausgelastet.

Erhebliche Abweichungen bei den Erträgen, aber auch Schwerpunkte ihrer Entwicklung werden hier näher erläutert:

1. Steuern und ähnliche Abgaben

In dieser Zeile werden neben den üblichen Gemeindesteuerarten auch Ausgleichsleistungen des Landes zur Umsetzung des SGB II (Einsparung an Wohngeldleistungen), Sonderbedarfsergänzungszuweisungen des Bundes nach § 15 Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG) oder auch der Familienleistungsausgleich veranschlagt und verbucht.

Insgesamt werden im Ergebnis per 31.12.2010 in der *Kontenart 40 - Steuern und ähnliche Abgaben* 56,7 Mio. EUR (113,5% Erfüllung) dokumentiert.

Im Bereich der Steuern und Abgaben konnten insgesamt 6,8 Mio. EUR mehr erzielt werden.

Ergänzend zur dargestellten Auslastung von 113,5% wird auf die folgenden Erläuterungen der Gemeinschaftsteuern des Punktes d) verwiesen.

a) Grundsteuer B

Zum 31.12.2010 war der Ansatz in Höhe von 6.592.100 EUR zu 98,66 % erfüllt.

Im Ergebnis sind Mindererträge in Höhe von 88,4 TEUR festzustellen.

b) Gewerbesteuer

Bei den Erträgen aus der Gewerbesteuer konnten per 31.12.2010 124,57 % des fortgeschriebenen Ansatzes von 20.030.006,48 EUR ertragswirksam gebucht werden.

Mit dem IV. Quartal 2010 wurden letztendlich Mehrerträge von insgesamt 4,9 Mio. EUR ausgewiesen.

Die Erträge der Gewerbesteuer zeigen ausgehend vom Jahr 2000 eine positive Entwicklung.

Haushalts-jahr	Rechnungs-ergebnis	Istauf-kommen	Gewerbsteuer-umlage lt. Bescheid	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (RE)	Hebesatz	Steuer-einnahmen
	- T€ -	-T€-	-T€-	v.H.	v.H.	je Einwohner
2000	4.306	5.024	565	-42,8	400	58,90
2001	8.127	7.658	1.034	88,7	400	113,91
2002	5.725	4.075	672	-29,6	400	82,37
2003	6.189	3.954	771	8,1	400	88,04
2004	4.044	7.541	867	-34,6	400	61,14
2005	6.993	7.765	899	72,9	380	108,54
2006	7.998	7.796	671	14,4	380	126,45
2007	8.628	8.523	957	7,9	380	138,43
2008	13.447	14.192	1.349	56,2	350	218,02
2009	49.169	49.239	6.265	265,6	350	806,95

Tabelle 2- Entwicklung der Gewerbesteuer bis 2009

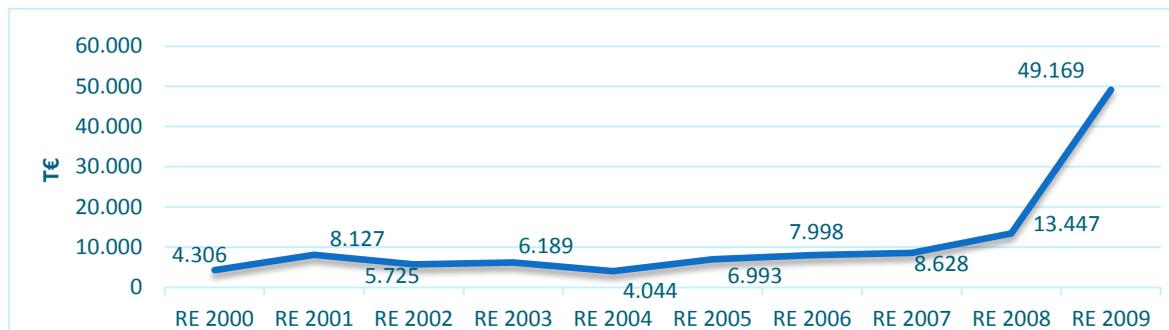


Diagramm 1: Entwicklung der Einnahmen aus Gewerbesteuer

Außergewöhnlich hoch ist das Ergebnis im Jahr 2009. Das Jahr 2009 war von unvorhersehbaren Steuernachveranlagungen gekennzeichnet. So wurden im Jahr 2009 im Bereich von Gewerbeneuansiedlungen Nachveranlagungen für die Jahre 2007 und 2008 in einem erheblichen Umfang festgesetzt.

c) Gemeinschaftsteuern

In den Gemeinschaftsteuern sind per 31.12.2010 bei einem Ansatz in Höhe von 12.802.600 EUR Erträge von 14.825.601 EUR verbucht.

Auch hier werden Mehrerträge von insgesamt 2.023,0 TEUR ausgewiesen.

d) Ausgleichsleistungen

Der Bescheid des Landes für den *Familienleistungsausgleich* lag bereits zum 27.07.2010 vor. Der Ansatz wird mit 123.956 EUR nicht erfüllt.

Für die Leistungen des Landes aus der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (*Wohngeldeinsparungen*) lag der Bescheid erst am 25. Oktober 2011 vor. In 2010 erhielt die Stadt für das Jahr 2010 lediglich Mitteilungen zu Abschlagszahlungen, die buchungsrelevant wurden.

Aus dem Bescheid vom Oktober 2011 erhielt die Stadt Frankfurt (Oder) insgesamt 852.559 EUR. Weitere 266.906 EUR resultieren aus der Abrechnung des Jahres 2009. Insgesamt werden Mehrerträge i. H. v. 193.270 EUR ausgewiesen.

Für die Leistungen des Landes aus dem Ausgleich von *Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen* nach § 15 BbgFAG erging der Bescheid für das Jahr 2010 erst am 26.07.2011, so dass auch hier die mitgeteilten Abschlagszahlungen Grundlage der Anordnung in 2010 waren.

Die Abrechnung vom Juli 2011 weist Zuweisungen i. H. v. 6.631.035 EUR für das Jahr 2010 aus.

Produkt 611 000 - Steuern und Allgemeine Zuweisungen

Unter Berücksichtigung der generierten Erträgen und der Auslastung der Aufwendungen zum Jahresende wird nachfolgende Steuerquote als Indikator für unsere Steuerkraft dokumentiert:

Haushalts- Jahr	Steuerertrag	Diff. zum Vorjahr	Steuerquote		
			Plan	vorläufiges Ergebnis	Differenz Plan/ Ist
2010	56.747.976 €	kameral (keine Angabe)	24,6 %	27,7 %	+ 3,1%

Im Wesentlichen wird dieses positive Ergebnis durch die Mehrerträge bei der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer beeinflusst.

2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Unter Zuweisungen und Zuschüssen verstehen sich sog. Finanzhilfen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben innerhalb des öffentlichen Bereichs, aber auch vom unternehmerischen privaten Bereich an die öffentliche Hand.

In der **Kontenart 41 - Zuwendungen und allgemeine Umlagen** werden per 31.12.2010 99,2% der geplanten Erträge dokumentiert.

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich	%uale
Spalte 1 - Zeile			2009	2010	2010	Ansatz / Ergebnis	Erfüllung/
Spalte 2 - Kontengruppen						(Spalte 5 / Spalte 6)	Auslastung
Spalte 3 - Ergebnisart			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8
	411	Schlüsselzuweisungen	- €	36.049.300,00 €	34.941.959,00 €	- 1.107.341,00 €	96,9%
	412	Bedarfszuweisungen	- €	- €	- €	- €	0,0%
	413	Sonstige allgemeine Zuweisungen	- €	8.493.400,00 €	8.326.390,19 €	- 167.009,81 €	98,0%
	414	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	- €	12.965.028,52 €	11.808.805,22 €	- 1.156.223,30 €	91,1%
	davon:		- €	555.900,00 €	- €	- 555.900,00 €	0,0%
		vom Bund	- €	12.078.271,62 €	11.433.937,68 €	- 644.333,94 €	94,7%
		vom Land	- €	1.000,00 €	- €	- 1.000,00 €	0,0%
		von Gemeinden und Gemeindeverbände	- €	- €	48.595,63 €	48.595,63 €	
		vom sonstigen öffentlichen Bereich	- €	4.700,00 €	29.998,34 €	25.298,34 €	638,3%
		von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	- €	1.000,00 €	6.000,00 €	5.000,00 €	600,0%
		von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	- €	169.756,28 €	87.216,91 €	- 82.539,37 €	51,4%
		von privaten Unternehmen	- €	154.400,62 €	203.056,66 €	48.656,04 €	131,5%
		von übrigen Bereichen	- €				
	416	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	- €	12.694.356,45 €	14.341.164,12 €	1.646.807,67 €	113,0%
	419	Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen	- €	4.494.500,00 €	4.646.451,65 €	151.951,65 €	103,4%
2.	41	= Zuweisungen und allgemeine Umlagen	- €	74.696.584,97 €	74.064.770,18 €	- 631.814,79 €	99,2%

Tabelle 3- Untersetzung Gesamtergebnis Zeile 2 - Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die ersten drei Ertragsarten der Tabelle - Schlüsselzuweisungen und sonstige allgemeine Zuweisungen - beinhalten ausschließlich die Zuweisungen des Landes nach dem Finanzausgleichsgesetz des Landes Brandenburg.

Die Festsetzungen der einzelnen Zuweisungen des BbgFAG für das Jahr 2010 erfolgten im Juni/Juli 2010 jeweils per Bescheid:

411	Schlüsselzuweisungen (ohne investive)	34.903.962 EUR \cong 96,9% Planansatz
413	Sonstige allgemeine Zuweisungen	
	~ Schullastenausgleich	2.416.058 EUR \cong 92,0% Planansatz
	~ Zuweisungen als Ausgleich für die Wahrnehmung übertragener Aufgaben	5.886.856 EUR \cong 101,7% Planansatz

Im Ergebnis der Prüfung der vorliegenden Bescheide für das Jahr 2010 musste festgestellt werden, dass die geplanten Erträge mit 1.221.827 EUR von den tatsächlich beschiedenen allgemeinen Zuweisungen abweichen.

Die zweckgebundenen Zuweisungen der Fachbereiche stehen in der Regel in unmittelbarer Abhängigkeit zu den Aufwendungen. Mehrerträge berechtigen zu Mehraufwendungen, aber auch umgekehrt, Mindererträge verpflichten zu

Minderaufwendungen. Damit ist bereits mit den Haushaltsvermerken ein Fehlbetrag aufgrund fehlender zweckgebundener Zuweisungen ausgeschlossen.

414 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke

Von den zweckgebundenen Zuweisungen des Landes entfallen 30% Prozent auf den Bereich der Kindertagesstätten (Produkt 365 000). Hier sind Landeszuweisungen in Höhe von 3,6 Mio. EUR geplant.

Im Ergebnis der Jahresrechnung 2010 werden 3,545 Mio. EUR Erträge ausgewiesen.

Einen weiteren erheblichen Anteil an den Zuweisungen sind im Brandenburgischen Staatsorchester (Produkt 262 000) zu finden. Von den geplanten Landeszuweisungen i. H. v. 2.925.300 EUR konnten 100 % ertragswirksam dargestellt werden.

Neben diesen beiden Bereichen gibt es weitere Schwerpunkte im Produkt Stadtumbau mit 1.466,4 TEUR Zuweisungen, was 97,8 % der Planung bedeutet, und im Produkt ÖPNV mit 1.279,3 TEUR und damit einer Erfüllung von 109,8%.

Produkt 611 000 - Steuern und Allgemeine Zuweisungen

Unter Berücksichtigung der generierten Erträge und der Auslastung der Aufwendungen im Ergebnis 2010 wird nachfolgende *Zuwendungsquote aus Allgemeinen Zuweisungen* als Indikator für die Abhängigkeit der Stadt vom kommunalen Finanzausgleich dokumentiert:

Haushalts- Jahr	Zuwendung	Diff. zum Vorjahr	Zuwendungsquote		
			Plan	vorläufiges Ergebnis	Differenz Plan/ Ist
2010	51.391.995 €	kameral (kein Ausweis)	25,7 %	25,1 %	- 0,6%

3. Sonstige Transfererträge

Transfererträge erhält die Stadt von Dritten grundlegend ohne Leistungsaustausch. Dies erfolgt überwiegend im sozialen Bereich, in dem Rückzahlungen von Sozial- und Jugendhilfe oder auch übergeleitete Unterhaltsansprüche anfallen können.

In der **Kontenart 42 - sonstige Transfererträge** werden per 31.12.2010 103,2 % der geplanten Erträge dokumentiert. Hier die wesentlichen Produktgruppen (PG):

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich Ansatz / Ergebnis (Spalte 5 / Spalte 6)	%uale Erfüllung/ Auslastung
Spalte 1 - Zeile			2009	2010	2010		
Spalte 2 - Produktgruppe							
Spalte 3 - Ergebnisart			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8
	3xx	Soziales und Jugend	- €	2.129.900,00 €	2.198.349,87 €	68.449,87 €	103,2%
	davon:						
	311 x	Grundversorgung und Hilfen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII)	- €	1.668.600,00 €	1.644.727,47 €	- 23.872,53 €	98,6%
	363 x	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	- €	439.300,00 €	528.318,33 €	89.018,33 €	120,3%
	...	sonstiges	- €	22.000,00 €	25.304,07 €	3.304,07 €	115,0%
3.	42	= Sonstige Transfererträge	- €	2.129.900,00 €	2.198.349,87 €	68.449,87 €	

Tabelle 4 - Untersetzung Gesamtergebnis Zeile 3 - Sonstige Transfererträge

Wesentlicher Bestandteil der Produktgruppe 311 - Grundversorgung ist die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. In Korrespondenz mit den Aufwendungen Kontengruppe (KG) 53 wurden 100,2 % der geplanten Transfererträge erzielt.

	Plan 2010	Ergebnis 2010	%uale Erfüllung/ Auslastung
Ertrag 311300.42x	1.499.100,00 €	1.502.111,00 €	100,20%
Aufwand 311300.53x	<u>13.654.600,00 €</u>	<u>13.703.447,00 €</u>	100,36%
	- 12.155.500,00 €	- 12.201.336,00 €	

Tabelle 5 - Sonstige Transfererträge und Transferaufwendungen im Produkt 311300

In der Produktgruppe 363 - sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sind die *Kostenbeiträge zu Hilfen der Erziehung* mit 71% Schwerpunkt der hier ausgewiesenen Erträge.

Auch diese Erträge stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Aufwendungen, insbesondere den Aufwendungen der Heimerziehung.

4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

In der *Kontenart 43 - öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte* werden per 31.12.2010 101,7 % der geplanten Erträge dokumentiert. Hierunter versteht man öffentlich-rechtliche Entgelte für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen (Verwaltungsgebühren) oder auch für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen (Benutzungsgebühren).

Die wesentlichen Erträge gliedern sich in folgende Produktgruppen auf:

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich Ansatz / Ergebnis (Spalte 5 / Spalte 6)	% uale Erfüllung/ Auslastung
Spalte 1 - Zeile			2009	2010	2010		
Spalte 2 - Produktgruppe							
Spalte 3 - Ergebnisart			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8
	43	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	- €	27.611.400,00 €	28.070.149,74 €	458.749,74 €	101,7%
		davon:					
	1221	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	- €	950.000,00 €	850.571,94 €	- 99.428,06 €	89,5%
	1222	Melde- und Personenstandswesen	- €	320.000,00 €	358.775,79 €	38.775,79 €	112,1%
	1260	Brandschutz	- €	94.013,94 €	137.121,94 €	43.108,00 €	145,9%
	1270	Rettungsdienst	- €	2.969.100,00 €	3.241.264,03 €	272.164,03 €	109,2%
	4140	Maßnahmen der Gesundheitspflege	- €	50.700,00 €	43.965,67 €	- 6.734,33 €	86,7%
	4241	Sportstätten	- €	134.200,00 €	72.127,67 €	- 62.072,33 €	53,7%
	5111	Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	- €	60.200,00 €	9.856,22 €	- 50.343,78 €	16,4%
	5112	Katasteraufgaben	- €	119.600,00 €	133.622,86 €	14.022,86 €	111,7%
	5210	Bau- und Grundstücksordnung	- €	443.000,00 €	505.649,76 €	62.649,76 €	114,1%
	5350	Kombinierte Versorgung	- €	17.367.400,00 €	17.367.337,73 €	- 62,27 €	100,0%
	5370	Abfallwirtschaft	- €	3.800.600,00 €	4.098.024,80 €	297.424,80 €	107,8%
	5410	Gemeindestraßen	- €	18.100,00 €	157.972,96 €	139.872,96 €	872,8%
	5430	Landesstraßen	- €	56.800,00 €	4.097,81 €	- 52.702,19 €	7,2%
	5440	Bundesstraßen	- €	83.700,00 €	41.719,96 €	- 41.980,04 €	49,8%
	5450	Straßenreinigung	- €	534.000,00 €	529.784,89 €	- 4.215,11 €	99,2%
	5460	Parkeinrichtungen	- €	340.000,00 €	219.261,64 €	- 120.738,36 €	64,5%
	5530	Friedhofs- und Bestattungswesen	- €	189.600,00 €	246.858,21 €	57.258,21 €	130,2%
		...sonstiges	- €	80.386,06 €	52.135,86 €	- 28.250,20 €	64,9%
4.	43	= Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	- €	27.611.400,00 €	28.070.149,74 €	458.749,74 €	

Tabelle 6 - Untersetzung Gesamtergebnis Zeile 4 - Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte nach Produktgruppen

Die Erfüllung im Ergebnis 2010 ist in den einzelnen Produkten sehr differenziert.

Die Kombinierte Versorgung, Wasserver- und Abwasserentsorgung, nimmt den wesentlichen Anteil am Volumen dieser Erträge ein. Fast 63% entfallen auf dieses Produkt. Im Ergebnis werden 100,0% der geplanten Erträge dokumentiert.

Weitere wesentliche Bereiche sind die kostenrechnenden Einrichtungen Rettungsdienst und Abfallwirtschaft mit einem Anteil von insgesamt 24,5% der geplanten öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte. Im Ergebnis des Jahres 2010 können hier mehr als 100% der geplanten Erträge nachgewiesen werden. Gebührenüber-, bzw. -unterdeckungen werden durch die Zuführung bzw. Inanspruchnahme von Rückstellungen zeitversetzt ausgeglichen.

Im Rahmen der Aufstellung der Jahresrechnung 2010, hier die Aktivierung von Anlagen in Bau, wurde festgestellt, dass in den Produkten der Straßen (Gemeindestraßen, Landes- und Bundesstraßen (541, 543, 544)) nicht alle Sonderposten in der Eröffnungsbilanz Berücksichtigung fanden.

Die vorgenommene Korrektur führte zu Berichtigungen in den Abschreibungen und vor allem zu Korrekturen in den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen.

Neben den Mehrerträgen werden aber auch Mindererträge mit der Jahresrechnung 2010 in der oben genannten Kontengruppe ausgewiesen.

So konnten lediglich 83,6% der geplanten Verwaltungsgebühren im Bereich der Gesundheitspflege vereinnahmt werden. Auch die geplanten Gebühren für die Benutzung von Sportstätten konnten nur mit 48,1% erfüllt werden.

Die geplanten Benutzungsgebühren der Parkeinrichtungen zeigen im Ergebnis der Jahresrechnung 2010 lediglich eine Erfüllung von 64,5%. Es werden Mindererträge i. H. v. 120.738 EUR ausgewiesen.

5. Privatrechtliche Leistungsentgelte

Die Benutzung öffentlicher Einrichtungen ist auch auf privatrechtlicher Ebene möglich. Es werden beispielsweise die Eintrittsgelder des Orchesters oder Hallenbades privatrechtlich erhoben. Weiterhin werden an dieser Stelle Erträge aus Vermietung und Verpachtung zugeordnet.

In der *Kontenart 440-446 - privatrechtliche Leistungsentgelte* werden per 31.12.2010 96,6 % der geplanten Erträge dokumentiert.

In der *Kontenart 4411 - Mieten und Pachten* wurden per 31.12.2010 99,3 % der geplanten Erträge generiert.

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich	%ualer Anteil am Gesamtertrag
Spalte 1 - Zeile			2009	2010	2010	Ansatz / Ergebnis	
Spalte 2 - Kontengruppen						(Spalte 5 / Spalte 6)	
Spalte 3 - Ergebnisart			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8
	4411	Mieten und Pachten	- €	3.311.200,00 €	3.288.895,44 €	- 22.304,56 €	99,3%
	davon:	Zentrales Immobilienmanagement (111330)	- €	2.299.000,00 €	2.111.446,90 €	- 187.553,10 €	91,8%
		Mieten und Pachten - Budget Schulen (21-24)	- €	20.500,00 €	192.647,93 €	172.147,93 €	939,7%
		sonstige Mieten und Pachten- überwiegend Betriebe gewerblicher Art	- €	913.600,00 €	909.392,29 €	- 4.207,71 €	99,5%

Tabelle 7 - Untersetzung Gesamtergebnis Mieten und Pachten

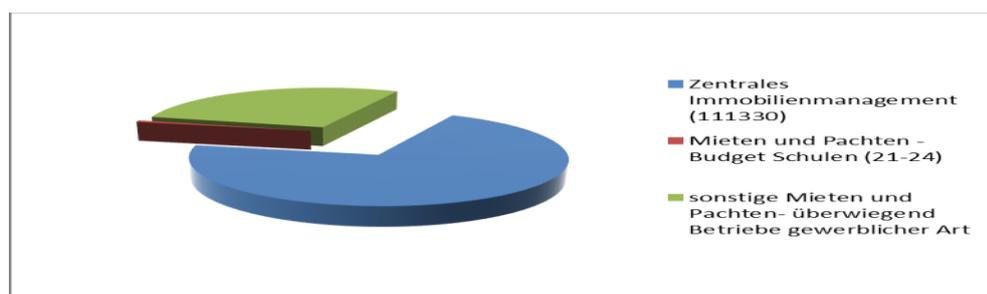


Diagramm 2 - Untersetzung Gesamtergebnis Mieten und Pachten

Aufgrund der Zuordnung der Mieten und Pachten in die Produkte der Schulen (PB 21-24) und damit in das Budget der Schulen werden im Budget des Zentralen Immobilienmanagement Mindererträge ausgewiesen - Erträge aus der Vermietung und Verpachtung - Grundstücke mit sozialen Einrichtungen - 253,3 TEUR.

In der **Kontenart 446 - sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte** werden hingegen per 31.12.2010 nur 74,6 % der geplanten Erträge (1.383.297,46 EUR) ausgewiesen.

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich	%ualer Anteil am Gesamtertrag
Spalte 1 - Zeile			2009	2010	2010	Ansatz / Ergebnis	
Spalte 2 - Kontengruppen						(Spalte 5 / Spalte 6)	
Spalte 3 - Ergebnisart			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8
	446	sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	- €	1.383.297,46 €	1.032.244,86 €	- 351.052,60 €	74,6%
	davon:	Produkt 262000	- €	1.118.000,00 €	779.126,03 €	- 338.873,97 €	80,8%
		Produkt 424200	- €	147.900,00 €	131.783,58 €	- 16.116,42 €	89,1%

Tabelle 8 - sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte

Wesentliche Mindererträge sind im Produkt Brandenburgisches Staatsorchester zu verzeichnen. Von den geplanten Erträgen für Gastspiele i. H. v. 852.000 EUR wurden lediglich 69,3 % generiert. Neben der Deutschlandtournee mit insgesamt 70.000 EUR Erträgen wurden Gastspiele u.a. in Potsdam, bei den Festspielen in Bayreuth, in Neuruppin und im Schloss Rheinsberg gehalten. Die Verträge wurden im Jahr 2010 geschlossen, die Planung mit 852.000 EUR war aus heutiger Sicht zu hoch.

Von den geplanten Erträgen aus Kartenverkauf und Abonnements i. H. v. 200.000 EUR sind per 31.12.2010 nur 70,1% vereinnahmt.

Weitere Mindererträge werden im Produkt Hallenbad ausgewiesen. Zum 31.12.2010 sind inkl. Schulschwimmen 89,1% der geplanten Erträge i. H. v. 147.900 EUR angeordnet.

6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Die Stadt erhält Kostenerstattungen als Ersatz für Aufwendungen, die die Stadt für andere Rechtsträger erbringt. Für das Jahr 2010 ist der geplante Ansatz mit 102 % erfüllt.

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich Ansatz / Ergebnis (Spalte 5 / Spalte 6)	%uale Erfüllung/ Auslastung
Spalte 1 - Zeile			2009	2010	2010		
Spalte 2 - Kontengruppen							
Spalte 3 - Herkunft der Umlage			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8
	448	Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen	- €	21.648.700,00 €	22.081.440,44 €	432.740,44 €	102,0%
	davon:						
		vom Bund	- €	18.500,00 €	18.223,12 €	- 276,88 €	98,5%
		vom Land	- €	14.348.400,00 €	14.810.385,99 €	461.985,99 €	103,2%
		von Gemeinden und Gemeindeverbände	- €	4.785.700,00 €	5.038.057,40 €	252.357,40 €	105,3%
		vom sonstigen öffentlichen Bereich	- €	1.866.600,00 €	1.654.307,73 €	- 212.292,27 €	88,6%
		von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	- €	73.800,00 €	216.483,28 €	142.683,28 €	293,3%
		von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	- €	- €	42.996,00 €	42.996,00 €	#DIV/0!
		von privaten Unternehmen	- €	164.900,00 €	159.883,56 €	- 5.016,44 €	97,0%
		von übrigen Bereichen	- €	390.800,00 €	141.103,36 €	- 249.696,64 €	36,1%
6.	448	= Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen	- €	21.648.700,00 €	22.081.440,44 €	432.740,44 €	

Tabelle 9- Untersetzung Gesamtergebnis Zeile 6 - Kostenerstattungen und Kostenumlagen nach Herkunft

Produktgruppe 311 - Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII

Das *Land* erstattet Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung, konkret für Aufwendungen im Rahmen eines kreisindividuellen Budgets nach AG-SGB XII unter Berücksichtigung eines kommunalen Eigenanteils. Von den geplanten 12.443.500 EUR Erträgen waren per 31.12.2010 insgesamt 12.904.925 EUR ertragswirksam angeordnet.

Hier besteht die Korrespondenz zu entsprechenden Mehraufwendungen in der Kontengruppe 53.

Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden

Die Kostenbeteiligungen von anderen Gemeinden und Gemeindeverbänden im *Bereich der Schulen* einschließlich Internate werden erst am Ende des folgenden Jahres abgerechnet und die Erstattungsforderungen in Rechnung gestellt.

Da die Bücher für das Haushaltsjahr 2010 zu diesem Zeitpunkt noch offen waren, wurden die Erträge nicht periodenfremd in 2011 gebucht, sondern periodengerecht dem Jahr 2010 zugeordnet.

Im Ergebnis der Jahresrechnung 2010 werden Mehrerträge i. H. v. 272.687 EUR ausgewiesen.

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich Ansatz / Ergebnis (Spalte 5 / Spalte 6)	%uale Erfüllung/Auslastung
Spalte 1 - Zeile			2009	2010	2010		
Spalte 2 - Kontengruppe/ Produktgruppen							
Spalte 3 - Ergebnisart/ Bezeichnung Produktgruppe			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8
	4482	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	- €	4.785.700,00 €	5.038.057,40 €	252.357,40 €	105,3%
	darunter:						
	1270	Rettungsdienst	- €	1.770.600,00 €	1.770.603,85 €	3,85 €	100,0%
	21-24	Schulen insgesamt - Plan 2015 = 1.319.000 Euro	- €	972.200,00 €	1.147.458,88 €	175.258,88 €	118,0%
	3630	sonstige Leistungen der Kinde- Jugend- und Familienhilfe	- €	208.500,00 €	199.651,59 €	- 8.848,41 €	95,8%
	3650	Tageseinrichtungen für Kinder	- €	810.000,00 €	829.770,89 €	19.770,89 €	102,4%
	4210	Förderung des Sports	- €	954.100,00 €	1.051.528,24 €	97.428,24 €	110,2%
	4482	= Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	- €	4.785.700,00 €	5.038.057,40 €	252.357,40 €	

Tabelle 10 - Untersetzung Gesamtergebnis Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden

7. Sonstige ordentliche Erträge

Die wesentlichen Ertragsarten dieser Gruppe konzentrieren sich auf die Bereiche Konzessionsabgaben, Buß- und Zwangsgelder sowie nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge, die ansatzseitig ausschließlich die Auflösung nicht benötigter Altersteilzeitrückstellungen beinhalten.

In der **Kontenart 45 - sonstige ordentliche Erträge** werden per 31.12.2010 80,3 % der geplanten Erträge dokumentiert.

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich Ansatz / Ergebnis (Spalte 5 / Spalte 6)	%uale Erfüllung/Auslastung
Spalte 1 - Zeile			2009	2010	2010		
Spalte 2 - Kontengruppen							
Spalte 3 - Ergebnisart			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8
	451	Konzessionsabgaben	- €	2.150.000,00 €	2.179.144,00 €	29.144,00 €	101,4%
	452	Erstattung von Steuern	- €	27.250,14 €	16.565,83 €	- €	0,0%
	453	Erträge aus Vermögensveräußerungen	- €	13.136,84 €	33.777,57 €	20.640,73 €	
	456	Weitere sonstige ordentliche Erträge	- €	1.602.921,60 €	1.560.264,75 €	- 42.656,85 €	97,3%
	davon:						
		Verwarn-, Buß- und Zwangsgelder	- €	1.390.600,00 €	1.163.023,91 €	- 227.576,09 €	83,6%
		Säumniszuschläg, Beitreibungsgebühren	- €	18.400,00 €	83.858,62 €	65.458,62 €	455,8%
		Sonstiges	- €	193.921,60 €	313.382,22 €	119.460,62 €	161,6%
	457	Erträge aus der Auflösung von sonstigen	- €	- €	1.161.314,28 €	1.161.314,28 €	
	458	Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	- €	- €	175.805,68 €	175.805,68 €	#DIV/0!
	459	Andere sonstige ordentliche Erträge	- €	100,00 €	1.053.181,71 €	1.053.081,71 €	
7.	45	= Sonstige ordentliche Erträge	- €	3.793.408,58 €	6.180.053,82 €	2.397.329,55 €	162,9%

Tabelle 11 - Untersetzung Gesamtergebnis Zeile 7 - Sonstige ordentliche Erträge nach Arten

Verwarn-, Buß- und Zwangsgelder

Im Bereich der ordnungsrechtlichen Angelegenheiten muss festgestellt werden, dass die geplanten Bußgelder für den ruhenden und für den fließenden Verkehr nur bei einer Erfüllung von 80,4% liegen.

Die geplanten Ansätze wurden mit der Planung 2012 den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst.

Unter den sonstigen ordentlichen Erträgen werden darüber hinaus unter „sonstiges“ 313.382 EUR ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Erträge aus Entschädigungsvereinbarungen über sog. Dienstbarkeiten.

Die öffentlichen und privaten Unternehmen der Versorgung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser sowie der Entsorgung von Abwasser sind vielfach darauf angewiesen für die Verlegung ihrer Leitungen fremde Grundstücke in Anspruch zu nehmen. Die für ihre Versorgungseinrichtungen benötigten Grundstücksflächen können sie jedoch nicht zum Eigentum erwerben. Die benötigten Leitungsrechte werden in der Regel als beschränkt persönliche Dienstbarkeiten entsprechend §§ 1090-1093 BGB im Grundbuch gesichert.

Erträge aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten (KG 457)

Mit dem Jahresabschluss 2010 wurde festgestellt, dass in der Eröffnungsbilanz für die Produktgruppen

- 421 - Förderung des Sports (hier Sport Eigenbetrieb) und
- 541 - Gemeindestraßen

nicht alle Sonderposten erfasst wurden. Dies wurde mit dem Jahresabschluss 2010 bereinigt.

Im Rahmen der Jahresabschlussbuchungen 2010 wurden die Abschreibungen inkl. die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten systemseitig berechnet und verbucht.

Erträge aus der Zuschreibung von Sachanlagevermögen (KG 458)

Mit der Eröffnungsbilanz 2010 wurden diverse Abspannmasten im Produktbereich der Gemeinde-, Landes- und Bundesstraßen erfasst und bewertet. Allerdings befinden sich diese Anlagegüter nicht im Eigentum der Stadt.

Das Anlagevermögen war in der EÖB zu stornieren und die Abschreibungen wurden haushaltsneutral (Zuschreibung) ausgebucht.

Sonstige ordentliche Erträge - wertberichtigte Forderungen (KG 4592)

In dieser Position wird ein Ergebnis von 1.045.343,60 EUR erreicht.

Den überwiegenden Anteil bilden an dieser Stelle die Rücknahmen der EÖB-Wertberichtigungen. Die Forderungen, welche mit der Jahresrechnung 2010 erneut wertzuberichtigen waren sind im Gegensatz dazu aufwandsseitig neu erfasst. Aufgrund technischer Neueinrichtungen in der Software, waren hier diese Buchungen ertrags- und aufwandsseitig notwendig.

8. Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit - Gesamt

Im Ergebnis der Jahresrechnung 2010 werden **insgesamt 9.343,2 TEUR** Mehrerträge ausgewiesen.

Positive Ergebnisse werden im Bereich der Steuern mit insgesamt 6.761 TEUR und im Bereich der sonstigen ordentlichen Erträge mit 2.387 TEUR dokumentiert.

Im Zuge des Gesamtdeckungsprinzips wurden diese Mehrerträge zur Deckung der Mindererträge herangezogen.

Negative Ergebnisse zeigen sich in den Bereichen:

(1) Zuwendungen und allgemeine Umlagen (41) -631,8 TEUR

Die Mindererträge aus den **Zuwendungen** sind insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen und den Zuweisungen für laufende Zwecke vom Bund und vom Land zu finden.

Während die Mindererträge der Schlüsselzuweisungen das Ergebnis negativ beeinflussen sind die Mindererträge der Zuweisungen für laufende Zwecke durch Minderaufwendungen gedeckt.

(2) Privatrechtliche Leistungsentgelte (44) -174,6 TEUR

Wesentlicher Schwerpunkt dieser Mindererträge sind die fehlenden Erträge im Produkt Brandenburgisches Staatsorchester.

Einzelerläuterungen zu den Aufwendungen

Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Aufwendungen in der Summe zeigen den Ressourcenverbrauch der Stadt im Kalenderjahr auf. Die Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sind für das Jahr 2010 zu 101,54 % ausgelastet, das sind insgesamt 3.089,4 TEUR Mehraufwendungen.

11. Personalaufwendungen und

12. Versorgungsaufwendungen

In den hier hinterlegten Konten werden alle Aufwendungen, welche die Stadt als Arbeitgeber/ Dienstherr für die Beschäftigten hat, zugeordnet. Demzufolge finden sich hier die Besoldung der Beamten, die Bruttovergütung der tariflich Beschäftigten einschließlich Sonderbezüge wie Weihnachtsgeld oder das Leistungsentgelt nach § 18 TVöD. Darüber hinaus werden die Bildung von Rückstellungen sowie die Inanspruchnahme, welche im Zusammenhang mit Personalaufwendungen stehen, an dieser Stelle berücksichtigt.

Insgesamt werden im Ergebnis per 31.12.2010 in der **Kontenart 50/ 51 - Personalaufwendungen/ Versorgungsaufwendungen** Mehraufwendungen dokumentiert. Es zeigt sich eine Inanspruchnahme von insgesamt 103,47 %.

Hier die wesentlichen Erläuterungen/Übersichten dazu:

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich Ansatz / Ergebnis (Spalte 5 / Spalte 6)	%uale Erfüllung/ Auslastung
Spalte 1 - Zeile			2009	2010	2010		
Spalte 2 - Kontengruppen							
Spalte 3 - Ergebnisart			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8
	50/ 51	Personal-/ Versorgungsaufwendungen	- €	47.179.762,93 €	48.567.692,84 €	1.387.929,91 €	102,9%
	davon:	Personalkostenbudget (Verwaltung ohne BSOF)	- €	40.963.917,40 €	42.443.197,38 €	1.479.279,98 €	103,6%
		Aufwendungen Brandenburgisches Staatsorchester	- €	5.927.979,45 €	5.960.920,04 €	32.940,59 €	100,6%
		davon: Honorare BSOF	- €	525.747,17 €	561.336,16 €	35.588,99 €	106,8%
		Honorare - Verwaltung	- €	287.866,08 €	163.575,42 €	- 124.290,66 €	56,8%
11/ 12	50/51	<u>Personal-/ Versorgungsaufwendungen</u>	<u>- €</u>	<u>47.179.762,93 €</u>	<u>48.567.692,84 €</u>	<u>1.387.929,91 €</u>	

Tabelle 12- Untersetzung Gesamtergebnis Zeilen 11 und 12 - Personalaufwendungen

Der wesentliche Anteil der Mehraufwendungen ist im Personalkostenbudget der Verwaltung (ohne Brandenburgisches Staatsorchester) zu finden.

Im ersten Jahr der doppischen Haushaltsplanung wurden seitens des Fachamtes unter Berücksichtigung der abgeschlossenen Altersteilzeitverträge Zuführungen zur Rückstellung und notwendige Inanspruchnahmen der Rückstellung geplant.

Im Ergebnis der Jahresrechnung 2010 zeigen sich hier erhebliche Abweichungen, die auf eine nicht sachgerechte Planung zurückzuführen sind:

	Ansatz 2010	RE 2010	Saldo
Zuführung zur Rückstellung ATZ	1.064.400 EUR	1.998.122 EUR	
Inanspruchnahme Rückstellung ATZ	-2.649.600 EUR	-1.635.218 EUR	
Inanspruchnahme Rückstellung Gleizeit	0 EUR	-1.160.528 EUR	
			-787.576 EUR

Weitere Abweichung sind bei den Dienstaufwendungen für tariflich Beschäftigte i. H. v. +496.299 EUR sowie bei den Pensions- und Beihilferückstellungen dokumentiert.

Die Zuführungen und die Inanspruchnahmen zu den Pensionsrückstellungen wurden nicht geplant. Im Ergebnis der Jahresrechnung 2010 werden hier insgesamt negative Aufwendungen i. H. v. 618.267 EUR ausgewiesen.

Die Inanspruchnahme einer Rückstellung ist entsprechend den gesetzlichen Vorschriften immer ein negativer Aufwand und reduziert damit die Aufwendungen insgesamt.

Das Gleiche trifft auf die Beihilferückstellungen zu. Auch hier fehlt die Haushaltsplanung, im Ergebnis 2010 werden insgesamt 44.237 EUR Aufwendungen ausgewiesen.

13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Alle Sach- und Dienstleistungen, die im Rahmen der Aufgabenerfüllung von Dritten erhalten werden und mit Ressourcenverbrauch verbunden sind, werden hier erfasst. Insbesondere gehören hierzu alle Aufwendungen, die der Wartung, Instandhaltung, Reparatur und Bewirtschaftung des Sachanlagevermögens dienen. Lern- und Lehrmittel in Schulen, aber auch besondere Leistungen für Beschäftigte zählen zu dieser Kontenart.

Im Ergebnis per 31.12.2010 wird in der **Kontenart 52 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** eine Inanspruchnahme von 85,1 % ausgewiesen.

Eine Differenzierung der wichtigsten Aufwandsart dieser Kontengruppe - der Bauunterhaltung, wird in der nachstehenden Tabelle dargestellt:

Unterhaltung/ Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen und Infrastrukturvermögen			Ergebnis	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich	% uale
			2009	2010	2010	Ansatz / Ergebnis (Spalte 5 / Spalte 6)	Erfüllung/ Auslastung
Spalte 1 - Zeile			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
Spalte 2 - Kontengruppen							
Spalte 3 - Ergebnisart							
1	2	3	4	5	6	7	8
	5211	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	- €	3.726.653,09 €	1.876.102,38 €	- 1.850.550,71 €	50,3%
		<i>darunter: 21-24 Schulträgeraufgaben</i>	- €	973.330,74 €	705.727,06 €	- 267.603,68 €	72,5%
		111330 Zentrales Immobilienmanagement	- €	2.538.819,41 €	954.813,34 €	- 1.584.006,07 €	37,6%
	5212	Zuführung zur Rückstellung für unterlassene Instandhaltung	- €	140.215,23 €	424.045,50 €	283.830,27 €	302,4%
	5221	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens (hier: Tiefbauamt und Grünflächen)	- €	2.972.801,61 €	2.435.777,34 €	- 537.024,27 €	81,9%
	523	Aufwendungen des Budgets Mieten und Pachten (hier: Zentrales Immobilienmanagement)	- €	2.431.308,16 €	2.366.885,56 €	- 64.422,60 €	97,4%
	524	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	- €	7.238.119,12 €	7.132.960,91 €	- 105.158,21 €	98,5%
	davon u.a.:	Aufwendungen des Budgets Medien bei Gebäuden - ohne Schulen (hier: Zentrales Immobilienmanagement)	- €	1.821.100,00 €	1.785.805,72 €	- 35.294,28 €	98,1%
		Aufwendungen aus der Bewirtschaftung der Schulen	- €	2.907.784,60 €	2.892.051,13 €	- 15.733,47 €	99,5%
		Aufwendungen aus der Bewirtschaftung des unbeweglichen Vermögens (hier: Tiefbauamt und Grünflächen)	- €	1.651.620,88 €	1.641.512,02 €	- 10.108,86 €	99,4%

Tabelle 13 - Differenzierung nach wesentlichen Aufwandsarten der Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Planansatz im Bereich der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen wurden lediglich 50,3% des fortgeschriebenen Ansatzes umgesetzt.

Zusätzlich zum Ansatz wurden Rückstellungen für geplante unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen i. H. v. 424,0 TEUR in 2010 gebildet. Entsprechend § 48 der KomHKV können für im Haushaltsjahr unterlassene Aufwendungen für Instandhaltungen Rückstellungen gebildet werden. Die Instandhaltung ist im Folgejahr, hier das Jahr 2011, nachzuholen.

Im Produkt Zentrales Immobilienmanagement (111 330) beläuft sich das Ergebnis der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen auf insgesamt 954.813 EUR. Das sind 37,6% des fortgeschriebenen Ansatzes.

Eine produktorientierte Zuordnung der Einzelmaßnahmen erfolgte in 2010 nicht, da zu diesem Zeitpunkt noch davon ausgegangen wurde, dass alle Instandhaltungsmaßnahmen (außer Instandhaltungsmaßnahmen an Schulen) unter dem Produkt 111 330 - Zentrales Immobilienmanagement zu veranschlagen sind. Der fortgeschriebene Ansatz im Produktsachkonto 111330.521192 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen

Anlagen; soziale Einrichtungen in Höhe von 1.499.424 EUR wurde mit 228.190 EUR in Anspruch genommen wurden.

Da hier die Planung nicht maßnahmebezogen erfolgte, gab es auch nicht die Möglichkeit der Bildung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen.

Der fortgeschriebene Planansatz im Bereich der Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens im Bereich Tiefbau (Straßen, Brücken) und Grünflächen von 2.972.802 EUR ist mit 81,9 % in Anspruch genommen. Es werden 537,0 TEUR Minderaufwendungen ausgewiesen.

Aufgrund der fehlenden maßnahmebezogenen Planung konnten auch hier keine Rückstellungen gem. § 48 KomHKV gebildet werden.

In der **Kontenart 524 - Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen** ist eine Inanspruchnahme von 98,5 % ausgewiesen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen für Strom, Gas, Wasser, Wärme, Reinigungsleistungen und Versicherungen.

Unterhaltung/ Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen und Infrastrukturvermögen			Ergebnis	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich Ansatz / Ergebnis (Spalte 5 / Spalte 6)	%uale Erfüllung/ Auslastung
			2009	2010	2010		
Spalte 1 - Zeile Spalte 2 - Kontengruppen Spalte 3 - Ergebnisart			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
	524	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	- €	7.238.119,12 €	7.132.960,91 €	- 105.158,21 €	98,5%
	davon u.a.:	Aufwendungen des Budgets Medien bei Gebäuden - ohne Schulen (hier: Zentrales Immobilienmanagement)	- €	1.821.100,00 €	1.785.805,72 €	- 35.294,28 €	98,1%
		Aufwendungen aus der Bewirtschaftung der Schulen	- €	2.907.684,60 €	2.891.949,24 €	- 15.735,36 €	99,5%
		Aufwendungen aus der Bewirtschaftung des unbeweglichen Vermögens (hier: Tiefbauamt und Grünflächen)	- €	1.651.620,88 €	1.641.512,02 €	- 10.108,86 €	99,4%

Tabelle 14 - Betrachtung der Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Die Minderaufwendungen mit insgesamt 105.158 EUR betragen 1,46% des fortgeschriebenen Ansatzes.

Der geplante Ansatz der Haushaltssatzung 2010 i. H. v. 7.235.200 EUR wurde mit 102,2 TEUR unterschritten. Es gab neben Minderaufwendungen in einzelnen Produkten auch Mehraufwendungen, die jedoch im Budget ausgeglichen werden konnten, u.a.

- Grundschulen +67,4 TEUR
- Oberschulen +67,8 TEUR
- Gemeindestraßen +13,5 TEUR
- Straßenreinigung +18,1 TEUR

Neben den Instandhaltungsmaßnahmen und Bewirtschaftungskosten werden in der Kontenart 52 weitere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dargestellt.

sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			Ergebnis	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich	%uale
			2009	2010	2010	Ansatz / Ergebnis (Spalte 5 / Spalte 6)	Erfüllung/ Auslastung
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8
	525	Haltung von Fahrzeugen	- €	535.287,59 €	567.594,64 €	32.307,05 €	106,0%
	526	besondere Aufwendungen für Beschäftigte	- €	459.149,82 €	319.672,91 €	- 139.476,91 €	69,6%
	527	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	- €	2.668.999,78 €	2.033.015,14 €	- 635.984,64 €	76,2%
	528	Aufwendungen für den Erwerb von Vorräten	- €	17.501,47 €	31.102,53 €	13.601,06 €	177,7%
	529	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	- €	391.167,90 €	469.552,76 €	78.384,86 €	120,0%

Tabelle 15 - Betrachtung der sonstigen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der oben stehenden Tabelle ist deutlich zu entnehmen, dass die Ansätze der Kontenart 526 - Besondere Aufwendungen für Beschäftigte und der Kontenart 527 - Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen erheblich unterschritten wurden.

Die Minderaufwendungen in der Kontenart 526 - besondere Aufwendungen für Beschäftigte (Aus- und Fortbildung) konzentrieren sich auf die nachfolgenden Produkte:

111210 - Personalangelegenheiten	-33.077 EUR
126000 - Brandbekämpfung	-35.635 EUR
127xxx - Leitstelle/Rettungsdienst	-22.964 EUR

In der Kontenart 527 - besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen werden insgesamt 636 TEUR Minderaufwendungen ausgewiesen.

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um geplante Projekte der internationalen städtepartnerschaftlichen Zusammenarbeit, die durch Förderungen der EU, durch Interregförderungen oder durch Förderungen europäischer Sonderprogramme unterstützt werden.

Bei fehlender Förderungen entfallen auch die geplanten Aufwendungen, wie hier in der Jahresrechnung erkennbar. Die geplanten Zuwendungen des Bundes i. H. v. 464.200 EUR wurden nicht bewilligt, so dass entsprechend auch die geplanten Aufwendungen i. H. v. 523 TEUR lediglich mit 90.267 EUR in Anspruch genommen wurden.

Ertragsmäßig konnten hier nur Zuschüsse für laufende Zwecke von übrigen Bereichen i. H. v. 48.593 EUR vereinnahmt werden.

14. Abschreibungen

Neben dem Werteverzehr des Anlagevermögens werden auch Abschreibungen des Umlaufvermögens, insbesondere Forderungsabschreibungen in der Kontenart 57 unter dieser Position erfasst.

Buchtechnisch werden die Abschreibungsaufwendungen des Sachanlagevermögens regelmäßig erst mit dem Jahresabschluss ermittelt.

Bei einem fortgeschriebenen Planansatz von 16.502.768 EUR wurden 19.545.751 EUR Abschreibungen gebucht.

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich Ansatz / Ergebnis (Spalte 5 / Spalte 6)	% uale Erfüllung/Auslastung
Spalte 1 - Zeile			2009	2010	2010		
Spalte 2 - Kontengruppen							
Spalte 3 - Ergebnisart							
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8
	57	Abschreibungen	- €	16.502.768,05 €	19.545.750,90 €	3.042.982,85 €	118,4%
		<i>darunter:</i>					
		<i>Abschreibungen auf Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen</i>	- €	4.334.284,85 €	4.692.615,61 €	358.330,76 €	108,3%
		<i>Abschreibungen auf Bauten des Infrastrukturvermögen</i>	- €	5.985.210,00 €	11.105.524,96 €	5.120.314,96 €	185,5%
		<i>Abschreibungen auf Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen</i>	- €	630.379,72 €	1.115.692,13 €	485.312,41 €	177,0%
		<i>Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>	- €	553.778,68 €	668.465,15 €	114.686,47 €	120,7%
		<i>Abschreibungen für geplante Investitionsmaßnahmen</i>	- €	4.789.911,40 €	- €	- 4.789.911,40 €	0,0%
		<i>außerplanmäßige Abschreibungen</i>	- €	55.554,70 €	162.675,26 €	107.120,56 €	292,8%
		<i>Wertberichtigungen von Forderungen</i>	- €	18.095,37 €	1.515.188,49 €	1.497.093,12 €	8373,3%
14.	57	Abschreibungen	- €	16.502.768,05 €	19.545.750,90 €	3.042.982,85 €	118,4%

Tabelle 16 - Betrachtung der Abschreibungen

Die Planung der Abschreibungen erfolgte in 2010 ohne das die Eröffnungsbilanz mit Stichtag 01.01.2010 in allen Bilanzpositionen aufgestellt war. Erst Ende 2014/Anfang 2015 war das Infrastrukturvermögen insgesamt erfasst und bewertet, so dass auch erst zu diesem Zeitpunkt die Abschreibungen für eine künftige Planung ermittelt werden konnte.

Die Abschreibungen für geplante Investitionsmaßnahmen werden erst mit der Inbetriebnahme des beweglichen bzw. unbeweglichen Anlagevermögens berechnet und gebucht. Die Planung erscheint hier nicht sachgerecht.

15. Transferaufwendungen

Transferaufwendungen sind Unterstützungsaufwendungen der Stadt gegenüber Dritten. Den Transfers an private Haushalte (Sozialtransfers) oder auch an Unternehmen und Vereine (Subventionen) steht keine Gegenleistung gegenüber.

Darüber hinaus werden unter dieser Position zahlungswirksame Aufwendungen aus geleisteten Investitionszuschüssen der Stadt an Dritte erfasst. Nach Auszahlung sind diese als Rechnungsabgrenzungsposten zu aktivieren und über den Zeitraum der Zweckbindung oder Gegenleistungsverpflichtung, bei eigenen Unternehmen über den

Zeitraum der Nutzungsdauer des dort entstanden Anlageguts, aufwandswirksam aufzulösen.

Das Ergebnis per 31.12.2010 in der **Kontenart 53 - Transferaufwendungen** weist eine Inanspruchnahme von 105,6% aus. Hier die wesentlichen Produktgruppen:

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich Ansatz / Ergebnis (Spalte 5 / Spalte 6)	% uale Erfüllung/ Auslastung
Spalte 1 - Zeile			2009	2010	2010		
Spalte 2 - Produktgruppe							
Spalte 3 - Ergebnisart/ Bezeichnung Produktgruppe			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8
	53	Transferaufwendungen	- €	66.388.506,69 €	70.083.017,87 €	3.694.511,18 €	105,6%
		darunter					
	111	Verwaltungssteuerung und -service	- €	3.500,00 €	- €	- 3.500,00 €	0,0%
	121	Statistik und Wahlen	- €	1.525,59 €	598,14 €	- 927,45 €	39,2%
	122	Ordnungsangelegenheiten	- €	93.840,00 €	91.033,88 €	- 2.806,12 €	97,0%
	126	Brandschutz	- €	12.347,56 €	12.347,56 €	- €	100,0%
	211	Grundschulen	- €	5.800,00 €	4.195,89 €	- 1.604,11 €	72,3%
	217	Gymnasien	- €	1.800,00 €	- €	- 1.800,00 €	0,0%
	218	Gesamtschulen	- €	23.600,00 €	17.000,00 €	- 6.600,00 €	72,0%
	242	Fördermaßnahmen für Schüler	- €	479.200,00 €	376.554,00 €	- 102.646,00 €	0,0%
	243	Sonstige schulische Aufgaben	- €	18.000,00 €	20.100,00 €	2.100,00 €	111,7%
	251	Wissenschaft und Forschung	- €	6.400,00 €	6.264,00 €	- 136,00 €	97,9%
	281	Heimat-/Kulturpflege	- €	30.325,75 €	25.670,63 €	- 4.655,12 €	84,6%
	282	Kulturbetriebe und -gesellschaften	- €	6.946.900,00 €	6.936.248,04 €	- 10.651,96 €	99,8%
	311	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII	- €	19.526.950,06 €	19.804.902,12 €	277.952,06 €	101,4%
	313	Hilfen für Asylbewerber	- €	907.900,00 €	798.160,36 €	- 109.739,64 €	87,9%
	315	Soziale Einrichtungen	- €	264.200,00 €	253.706,79 €	- 10.493,21 €	96,0%
	331	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	- €	708.200,00 €	655.499,57 €	- 52.700,43 €	92,6%
	342	Regionale Arbeitsmarktpolitik	- €	873.800,00 €	838.480,28 €	- 35.319,72 €	96,0%
	351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	- €	84.134,52 €	80.543,55 €	- 3.590,97 €	95,7%
	361	Förderung von Kindern in Tagespflege	- €	114.500,00 €	108.083,90 €	- 6.416,10 €	94,4%
	362	Förderung von Kinder- und Jugendarbeit	- €	109.561,18 €	109.561,18 €	- €	100,0%
	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienpflege	- €	9.373.900,00 €	10.214.341,46 €	840.441,46 €	109,0%
	365	Tageseinrichtungen für Kinder	- €	17.422.700,00 €	17.159.957,81 €	- 262.742,19 €	98,5%
	366	Einrichtungen der Jugendarbeit	- €	983.500,00 €	954.895,00 €	- 28.605,00 €	97,1%
	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	- €	310.000,00 €	285.232,05 €	- 24.767,95 €	92,0%
	421	Förderung des Sports	- €	3.121.700,00 €	2.977.073,53 €	- 144.626,47 €	95,4%
	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	- €	86.159,55 €	743.406,86 €	657.247,31 €	862,8%
	522	Wohnbauförderung	- €	1.412.400,00 €	1.392.131,56 €	- 20.268,44 €	98,6%
	535	Kombinierte Versorgung	- €	- €	2.712.239,09 €	2.712.239,09 €	#DIV/0!
	547	ÖPNV	- €	1.239.000,00 €	1.333.176,14 €	94.176,14 €	107,6%
	551	Öffentliches Grün/ Landschaftsbau	- €	8.189,48 €	- €	- 8.189,48 €	0,0%
	552	Öffentliche Gewässer/ Wasserbauliche	- €	126.400,00 €	120.222,51 €	- 6.177,49 €	95,1%
	561	Umweltschutzmaßnahmen	- €	9.000,00 €	9.000,00 €	- €	0,0%
	571	Wirtschaftsförderung	- €	932.900,00 €	898.688,00 €	- 34.212,00 €	96,3%
	573	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen	- €	467.600,00 €	461.130,97 €	- 6.469,03 €	98,6%
	575	Tourismus	- €	111.200,00 €	111.200,00 €	- €	0,0%
	611	Steuern und allgemeine Zuweisungen	- €	571.373,00 €	571.373,00 €	- €	100,0%
15.	53	= Transferaufwendungen	- €	66.388.506,69 €	70.083.017,87 €	3.694.511,18 €	105,6%

Tabelle 17 - Betrachtung der Transferaufwendungen

Die Mehraufwendungen sind vorwiegend im Produkt 535010 - Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH, in der Tabelle unter der PB 535 - Kombinierte Versorgung erkennbar, dokumentiert.

Der Zuschuss (Verlustausgleich) an die FDH war vorher im Investitionshaushalt veranschlagt. In Klärung des Sachverhaltes mit dem Ministerium des Innern konnte festgestellt werden, dass der Verlustausgleich im Ergebnishaushalt zu veranschlagen ist.

Weitere Mehraufwendungen sind in der **Produktgruppe 311 - Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII** i. H. v. 277,9 TEUR, in der Produktgruppe 363 - Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienpflege i. H. v. 840,4 TEUR und in der Produktgruppe 511 - Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen i. H. v. 657,2 TEUR festzustellen.

Die Mehraufwendungen im Bereich der Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII begründen sich in veränderten Fallzahlen und in den individuellen Verhandlungsergebnissen im Leistungsbereich SGB XII. Die Mehraufwendungen korrespondieren mit den Mehrerträgen aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen. Auch die Höhe der Aufwendungen der sonstigen Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienpflege ist fallzahlenabhängig.

In der **Produktgruppe 511 - Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen** wurden die aktiven Rechnungsabgrenzungen aus geleisteten Zuwendungen an übrige Bereiche aufgelöst. Eine Planung des Ansatzes erfolgte in 2010 nicht.

Im Rahmen der **571 - Wirtschaftsförderung** wurden für Zuschüsse an Dritte Mittel in Höhe von 898,6 TEUR aufgewendet. Der Hauptanteil von 818,6 TEUR ging an die Investor Center Ostbrandenburg GmbH, an der die Stadt zu 96,5 % beteiligt ist.

Im Unternehmen selbst wurden davon 74,43 TEUR im Jahr 2010 nicht mehr verwendet und als Rechnungsabgrenzungsposten zur Verwendung 2011 übertragen. Hiermit entstand eine Diskrepanz zum städtischen Haushalt, in dem der Aufwand nicht um diese Summe reduziert und nach 2011 übertragen wurde. Eine Korrektur in 2011 kann jedoch entfallen, da im Rahmen der gemeinsamen Betrachtung beider Jahre das Ergebnis wieder ausgeglichen ist.

16. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Insgesamt wird im Ergebnis per 31.12.2010 in der **Kontenart 54 - sonstige ordentliche Aufwendungen** eine Inanspruchnahme von **96,0 %** ausgewiesen.

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich	%uale
Spalte 1 - Zeile			2009	2010	2010	Ansatz / Ergebnis	Erfüllung/
Spalte 2 - Produktgruppe						(Spalte 5 / Spalte 6)	Auslastung
Spalte 3 - Ergebnisart/ Bezeichnung Produktgruppe			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8
	54	sonstige ordentliche Aufwendungen	- €	48.369.713,02 €	46.433.523,13 €	- 1.936.189,89 €	96,0%
		davon					
	111	Verwaltungssteuerung und -service	- €	2.713.841,24 €	2.661.152,03 €	- 52.689,21 €	98,1%
	121	Statistik und Wahlen	- €	42.580,00 €	28.660,04 €	- 13.919,96 €	67,3%
	122	Ordnungsangelegenheiten	- €	310.292,16 €	314.404,61 €	4.112,45 €	101,3%
	126	Brandschutz	- €	88.022,10 €	86.688,78 €	- 1.333,32 €	98,5%
	127	Rettungsdienst	- €	837.128,84 €	611.347,22 €	- 225.781,62 €	73,0%
	128	Katastrophenschutz	- €	18.498,62 €	19.960,48 €	1.461,86 €	107,9%
	211	Grundschulen	- €	27.272,49 €	14.901,77 €	- 12.370,72 €	54,6%
	216	Oberschulen	- €	4.971,77 €	3.752,79 €	- 1.218,98 €	75,5%
	217	Gymnasien	- €	24.200,00 €	18.417,67 €	- 5.782,33 €	76,1%
	218	Gesamtschulen	- €	13.100,00 €	7.991,23 €	- 5.108,77 €	61,0%
	221	Förderschulen	- €	7.472,54 €	4.297,42 €	- 3.175,12 €	57,5%
	231	Oberstufenzentren	- €	23.052,15 €	8.312,59 €	- 14.739,56 €	36,1%
	241	Schülerbeförderung	- €	420.000,00 €	402.143,29 €	- 17.856,71 €	95,7%
	242	Fördermaßnahmen für Schulen	- €	22.600,00 €	7.250,38 €	- 15.349,62 €	32,1%
	243	Sonstige schulische Aufgaben	- €	384.400,00 €	58.738,33 €	- 325.661,67 €	15,3%
	251	Wissenschaft und Forschung	- €	5.400,00 €	2.781,88 €	- 2.618,12 €	51,5%
	262	Musikpflege	- €	154.855,26 €	122.426,12 €	- 32.429,14 €	79,1%
	281	Heimat- und sonstige Kulturpflege	- €	115.511,50 €	40.898,80 €	- 74.612,70 €	35,4%
	282	Kulturbetriebe und -gesellschaften	- €	- €	6.447,16 €	6.447,16 €	#DIV/0!
	284	sonstige Kulturpflege	- €	30.400,00 €	- €	- 30.400,00 €	0,0%
	311	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII	- €	- 121.163,08 €	- 138.880,49 €	- 17.717,41 €	114,6%
	312	Grundsicherung für Arbeitssuch.	- €	19.877.100,00 €	19.347.862,59 €	- 529.237,41 €	97,3%
	313	Hilfen für Asylbewerber	- €	3.500,00 €	1.745,58 €	- 1.754,42 €	
	315	Soziale Einrichtungen	- €	7.700,00 €	4.468,16 €	- 3.231,84 €	58,0%
	331	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	- €	1.400,00 €	1.115,41 €	- 284,59 €	79,7%
	341	Unterhaltsvorschussleistungen	- €	3.500,00 €	2.881,68 €	- 618,32 €	82,3%
	351	sonstige soziale Hilfen	- €	5.600,00 €	4.298,76 €	- 1.301,24 €	76,8%
	361	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen	- €	1.400,00 €	1.136,07 €	- 263,93 €	81,1%
	362	Jugendarbeit	- €	1.400,00 €	1.060,01 €	- 339,99 €	75,7%
	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienpflege	- €	344.400,00 €	288.653,82 €	- 55.746,18 €	83,8%
	365	Tageseinrichtungen für Kinder	- €	455.860,00 €	119.904,25 €	- 335.955,75 €	26,3%
	366	Einrichtungen der Jugendarbeit	- €	1.400,00 €	1.104,10 €	- 295,90 €	78,9%
	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	- €	34.950,00 €	17.207,85 €	- 17.742,15 €	49,2%
	424	Sportstätten	- €	9.146,91 €	7.098,04 €	- 2.048,87 €	77,6%
	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	- €	475.605,22 €	267.451,89 €	- 208.153,33 €	56,2%
	521	Bau- und Grundstücksordnung	- €	14.300,00 €	5.097,54 €	- 9.202,46 €	35,6%
	522	Wohnbauförderung	- €	196.649,14 €	35.446,04 €	- 161.203,10 €	18,0%
	523	Denkmalschutz und -pflege	- €	5.300,00 €	2.193,87 €	- 3.106,13 €	41,4%
	535	Wasserver- und Abwasserentsorg.	- €	17.417.400,00 €	17.367.337,73 €	- 50.062,27 €	99,7%
	537	Abfallwirtschaft	- €	3.387.000,00 €	3.926.633,77 €	539.633,77 €	115,9%
	541	Gemeindestraßen	- €	90.700,00 €	153.681,59 €	62.981,59 €	169,4%
	544	Bundessstraßen	- €	- €	21.851,29 €	21.851,29 €	#DIV/0!
	545	Straßenreinigung	- €	738.166,29 €	483.602,84 €	- 254.563,45 €	65,5%
	546	Parkeinrichtungen	- €	- €	489,50 €	489,50 €	#DIV/0!
	547	ÖPNV	- €	293.700,00 €	120.671,67 €	- 173.028,33 €	41,1%
	548	sonstiger Personen- und Güterverk.	- €	- 276.000,30 €	- 134.517,90 €	141.482,40 €	48,7%
	551	Öffentliches Grün/ Landschaftsbau	- €	53.800,00 €	20.100,86 €	- 33.699,14 €	37,4%
	552	Öffentliche Gewässer/ Wasserbauliche	- €	17.387,30 €	13.432,45 €	- 3.954,85 €	77,3%
	553	Friedhofs- und Bestattungswesen	- €	8.200,00 €	7.768,75 €	- 431,25 €	94,7%
	555	Land- und Forstwirtschaft	- €	9.390,31 €	8.123,23 €	- 1.267,08 €	86,5%
	561	Umweltschutzmaßnahmen	- €	29.703,24 €	21.251,97 €	- 8.451,27 €	0,0%
	571	Wirtschaftsförderung	- €	12.019,32 €	8.573,57 €	- 3.445,75 €	71,3%
	573	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen	- €	- €	213,97 €	213,97 €	#DIV/0!
	575	Tourismus	- €	600,00 €	50,00 €	- 550,00 €	8,3%
	612	sonstige allg. Finanzwirtschaft	- €	26.000,00 €	23.840,08 €	- 2.159,92 €	91,7%
16.	54	sonstige ordentliche Aufwendungen	- €	48.369.713,02 €	46.433.523,13 €	- 1.936.189,89 €	

Die wesentlichen Abweichungen beschränken sich einerseits auf die kostenrechnenden Einrichtungen,

- Rettungsdienst	-225,8 TEUR
- Abfallwirtschaft	+539,6 TEUR
- Straßenreinigung	-254,6 TEUR

bei denen Gebührenüber- bzw. -unterdeckung in den Folgejahren ausgeglichen werden und zum anderen auf die Bereiche Schulen, Jugend und Soziales und auf den Bereich Räumliche Planung und Entwicklung und den Bereich Bauen und Wohnen.

Die Erstattungen an andere Gemeinden und Gemeindeverbände im Bereich der Schulen wurden in der Eröffnungsbilanz als Verbindlichkeit ausgewiesen. In 2010 erfolgte dementsprechend nur noch die Zahlung i. H. v. 313.219 EUR. Auch hier ist der Zeitpunkt der Planung, Haushaltssatzung 2010, mit der Erstellung der Eröffnungsbilanz zeitlich auseinandergefallen.

Auch im Bereich der Kindertagesstätten wurden die Erstattungen an andere Gemeinden und Gemeindeverbände als Verbindlichkeit in die EÖB 2010 aufgenommen und in 2010 i. H. v. 257,6 TEUR beglichen.

Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende gem. SGB II werden insgesamt 529,2 TEUR Minderaufwendungen ausgewiesen.

Die Höhe der Aufwendungen ist abhängig von der Entwicklung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften.

Für konkrete investitorische Ansätze oder auch nachhaltige landschaftsgestalterische Maßnahmen sind detaillierte Grundlagen im Sinne von Bebauungsplänen erforderlich. Dafür standen im Produkt Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen 256.800 EUR Ermächtigungen zur Verfügung. Tatsächlich wurden nur 98,1 TEUR in Anspruch genommen.

17. Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit - Gesamt

Das Ergebnis der Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit zeigt Mehraufwendungen von insgesamt 3.089.376 EUR.

Diese Mehraufwendungen konnten durch Minderaufwendungen bzw. Mehrerträge ausgeglichen werden. Das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit wird mit -9.705.110 EUR dargestellt und unterschreitet damit den fortgeschriebenen Ansatz um 6.253.825 EUR.

Finanzergebnis

21. Finanzergebnis

Erträge außerhalb der laufenden Verwaltungstätigkeit - Zinsen und sonstige Finanzerträge

Die wesentlichen Ertragsarten dieser Gruppe konzentrieren sich auf die Bereiche verbundener Unternehmen, wo entsprechende Abführungen von Gewinnanteilen geplant sind.

In der **Kontenart 46 - Zinsen und sonstige Finanzerträge** werden per 31.12.2010 96,9 % der geplanten Erträge dokumentiert.

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich Ansatz / Ergebnis (Spalte 5 / Spalte 6)	%uale Erfüllung/ Auslastung
Spalte 1 - Zeile			2009	2010	2010		
Spalte 2 - Kontengruppen							
Spalte 3 - Ergebnisart			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8
7.	46	=Zinsen und sonstige Finanzerträge	- €	1.201.400,00 €	1.164.303,90 €	- 37.096,10 €	96,9%
		darunter:					
	535	Gewinnanteile verbundener Unternehmen (FWA mbH)	- €	500.000,00 €	500.000,00 €	- €	100,0%
	571	Gewinnanteile verbundener Unternehmen (TeGeCe GmbH)	- €	385.000,00 €	404.881,66 €	19.881,66 €	105,2%
	611	Verzinsung Steuernachforderungen	- €	316.400,00 €	251.726,55 €	- 64.673,45 €	79,6%

Tabelle 10 - Untersetzung der Erträge Zinsen und sonstige Finanzerträge

Wesentlich dabei ist der ausgewiesene Minderertrag i. H. v. 64,7 TEUR im Bereich der Verzinsung von Steuernachforderungen. Die Planung der Zinsen für zu spät gezahlte Gewerbesteuer kann lediglich geschätzt werden und weicht insofern regelmäßig ab. Der Zahlungseingang wird vom Zahlungspflichtigen direkt beeinflusst. Die Berechnungsgrundlage ist gesetzlich vorgeschrieben.

Aufwendungen außerhalb der laufenden Verwaltungstätigkeit - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Im Ergebnis per 31.12.2010 wurden die **Zinsaufwendungen für die Inanspruchnahme von Kassenkrediten**, geplant mit 1.788.800 EUR, lediglich mit 16 %, d.h. 285.893 EUR in Anspruch genommen.

Ursache hierfür sind neben den geringen Zinssätzen allerdings auch Jahresverträge mit endfälligen Zinsen.

Produkt 612 000 - Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft

Der Stand der Verschuldung aus Krediten ist geringer als erwartet.

Kommunalkredite für Investitionen (Kto.:321730):

Stand per 01.01.2010	17.548.505 EUR
Stand per 31.12.2010	21.485.810 EUR

Die in der Haushaltssatzung 2010 veranschlagten Kreditaufnahmen in Höhe von 5.500.000 EUR unterliegen der Genehmigungspflicht der Kommunalaufsichtsbehörde. Eine Genehmigung wurde nicht erteilt.

<i>Kassenkredite:</i>	Stand per 01.01.2010	61.600.000 EUR
	Stand per 31.12.2010	60.600.000 EUR

Weitere Ursache der geringen Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten sind bisher nicht zahlungswirksam gewordene Geschäftsvorfälle in Rückstellungen und in Haushaltsresten für Investitionen (ca. 16,8 Mio. EUR). Dennoch ist die Investitionspauschale als Einzahlung bereits zu 100% im laufenden Jahr auf dem Konto der Stadt eingegangen.

Gesamtergebnis

Im Haushalt 2010 wurde ein ordentliches Ergebnis (fortgeschriebener Ansatz) von - 17.298.136,79 EUR veranschlagt.

Im Ergebnis stehen per 31.12.2010 105% der geplanten Erträge (186.131.797 EUR) der 100,8%igen Auslastung der geplanten Aufwendungen (203.429.934,28 EUR) gegenüber.

Es wird ein **ordentliches Ergebnis i. H. v. -9.571.202,14 EUR** ausgewiesen.

Umsetzung Haushaltssicherungskonzept

Mit dem Beschluss der Haushaltssatzung 2010 erfolgte zeitgleich auch die Beschlussfassung zum Haushaltssicherungskonzept 2010.

Bestandteil des beschlossenen Haushaltssicherungskonzept 2012, Beschluss vom 20.12.2011 ist der Bericht zur Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen des HSK 2010 inkl. Erläuterungen und Begründungen. Auf diesen Bericht wird an dieser Stelle verwiesen.

Mit der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts 2010 sollten **ertragsseitig 877.400 EUR** mehr erwirtschaftet werden.

In den **Aufwendungen** war ein Konsolidierungspotential von insgesamt **2.233.500 EUR** zu erreichen.

Nachfolgende beschlossene Konsolidierungsmaßnahmen wurden wie folgt umgesetzt:

1. Erhöhung Erträge

Ifd. Nr.	Maßnahme	Basiswert	Produkt-		RE 2010	Konsolidierungs-	Konsolidierungsbeitrag		
			sachkonto				ziel	Plan	Ergebnis
M 21	Anpassung der Verwaltungsgebühren (Überarbeitung Verwaltungsgebührensatzung)	Grupp. 10/11 (kameral) 2009: 49.500,00 €	alle	4311xx	nicht umgesetzt	51.900,00 €	2.400,00 €	- €	2.400,00 €
M 22	Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B	5.901.100,00 €	611000	401200	6.503.648,29 €	6.540.700,00 €	639.600,00 €	602.548,29 €	-37.051,71 €
M 23	Anhebung der Hundesteuer	195.000,00 €	611000	403200	212.686,15 €	210.000,00 €	15.000,00 €	17.686,15 €	2.686,15 €
M 24	Optimierung Forderungsmanagement (Mieten und Pachten)	3.306.200,00 €	Erträge Budget 26520	441	3.288.895,44 €	3.311.200,00 €	5.000,00 €	-17.304,56 €	-22.304,56 €
M 25	Verpachtung städtischer Flächen für Fotovoltaik	375.500,00 €	88000 111330	44012 4411		376.900,00 €	1.400,00 €	1.048,13 €	-351,87 €
M 26	weitere Teilvermietung Objekt Heilbronner Straße	375.500,00 €	88000 111330	44012 441150		436.500,00 €	61.000,00 €	65.976,00 €	4.976,00 €
M 27	Erhebung kostendeckende Friedhofsgebühren	431.000,00 €	75000 53010	44000 43 63	246.858,21 unter Berücks. RAP (481.140,00 €) 581.960,57	584.000,00 €	153.000,00 €	150.960,57 €	-2.039,43 €
							877.400,00 €	820.914,58 €	- 56.485,42 €

2. Reduzierung Aufwendungen

Ifd. Nr.	Maßnahme	Basiswert	Produkt-		RE 2010	Konsolidierungs-	Konsolidierungsbeitrag		
			sachkonto				ziel	Plan	Ergebnis
M 3	Erarbeitung eines städtischen Immobilienkonzepts		xxxx	5244 523			- 200.000,00 €	- 160.000,00 €	40.000,00 €
M 5	Nutzung kommunale Beschäftigungsförderung/ Reduzierung Aufwand		xxxx	533			- 100.000,00 €	nicht konkret bezifferbar	100.000,00 €
M 8	Wiederbesetzungssperre		xxxx	50			- 150.000,00 €	- 95.725,00 €	54.275,00 €
M 9	Senkung Papierverbrauch, Einführung Ratsinformationssystem	154.300,00 €	xxxxx	54311	106.243,60 €	142.300,00 €	- 12.000,00 €	- 48.056,40 €	- 36.056,40 €
M 10	Senkung der Ausgaben für Schülerspeisung	135.000,00 €	211/217/218/ 221	5271	33.957,94 €	60.000,00 €	- 75.000,00 €	- 101.042,06 €	- 26.042,06 €
M 11	Senkung der Ausgaben für Telefon an Schulen	33.900,00 €	2xxxx	5431	36.458,71 €	28.900,00 €	- 5.000,00 €	2.558,71 €	7.558,71 €
M 12	Senkung der Verwaltungskostenpauschale ARGE	1.022.100,00 €	111210	545300	986.208,98 €	991.100,00 €	- 31.000,00 €	- 35.891,02 €	- 4.891,02 €
M 13	Senkung der Ausgaben für zentrale Aus- und Fortbildung	72.400,00 €	111210	52616x	40.305,97 €	60.400,00 €	- 12.000,00 €	- 32.094,03 €	- 20.094,03 €
M 14	Aktualisierung Schulentwicklungsplanung	4.596.200,00 €	21-24	52	4.309.069,47 €	4.583.300,00 €	- 12.900,00 €	- 287.130,53 €	- 274.230,53 €
M 15	globale Minderausgabe	13.350.500,00 €	xxxx	52	11.723.400,00 €	12.600.500,00 €	- 750.000,00 €	- 1.627.100,00 €	- 877.100,00 €
M 16	Zinsmanagement	2.560.800,00 €	612	55	285.892,69 €	1.789.800,00 €	- 771.000,00 €	- 2.274.907,31 €	- 1.503.907,31 €
M 17	Senkung Zuschuss FDH	3.081.000,00 €	53501	53	2.543.570,98 €	2.681.000,00 €	- 400.000,00 €	- 537.429,02 €	- 137.429,02 €
M 20	Umrüstung Lichtsignalanlagen	365.500,00 €	54	522101	295.644,73 €	350.900,00 €	- 14.600,00 €	- 69.855,27 €	- 55.255,27 €
							- 2.533.500,00 €	- 5.266.671,93 €	- 2.733.171,93 €

Die Tabelle zeigt, dass im Ergebnis 2010 ein Konsolidierungspotential von insgesamt 6.087.586,51 EUR erzielt worden ist.

Finanzrechnung

Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen

Das Investitionsprogramm 2010ff. wurde, als Teil des Haushaltes 2010, am 17.06.2010 von den Stadtverordneten beschlossen.

	2010	2011	2012	2013
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	24.826,9	23.859,9	22.496,0	18.517,9
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	30.326,9	28.979,8	23.697,0	20.629,9
Saldo aus Investitionstätigkeit	-5.500,0	-5.119,9	-1.201,0	-2.112,0
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	5.500,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	2.214,3	1.927,9	1.913,7	1.468,6
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	3.285,7	-1.927,9	-1.913,7	-1.468,6

Angaben in TEUR

a) Finanzierung der Investitionen

Die Investitionen werden grundsätzlich durch

- Mittel der investiven Schlüsselzuweisung,
- durch Kredite für Investitionen und
- durch Zweckzuweisungen

finanziert.

Die Genehmigung der in der Haushaltssatzung festgesetzten Kreditermächtigung für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 5.500.000 € wurde versagt. Aufgrund der fehlenden Finanzierung entfällt die Maßnahmen Sanierung Rathaus in gleicher Höhe.

Für das Jahr 2010 erhielt die Stadt Frankfurt (Oder) insgesamt 6.871.100 EUR investive Schlüsselzuweisung. Darüber hinaus wurden Sonderposten, d.h. Zweckzuweisungen für Investitionsvorhaben i. H. v. 14.538.723,92 EUR vereinnahmt.

b) Umsetzung der geplanten Investitionsvorhaben

Im Haushaltsjahr 2010 sind folgende Ermächtigungen dokumentiert:

Ansatz 2010 - Kontenart 78	27.484.700,00 EUR
Reste aus Vorjahr	16.781.987,45 EUR
Abgang HHR aus Vorjahr	-4.466,15 EUR
ÜPL/APL Ansatz	3.534.105,31 EUR
Gesamtermächtigung in 2010	47.796.326,61 EUR

Dem gegenüber stehen tatsächlich geleistete Auszahlungen i. H. v. insgesamt 19.803.399,61 EUR.

Unter Berücksichtigung dieser tatsächlichen Auszahlungen sind im Ergebnis 2010 lediglich 41,4% der Maßnahmen kassenwirksam umgesetzt.

Unter Beachtung der Kreditversagung verbleiben Ermächtigungen von insgesamt **22.492.927 EUR**, bei denen grundsätzlich eine Übertragung in das Haushaltsjahr 2011 möglich ist.

Die nachstehende Übersicht dokumentiert in welchen Produktgruppen/-bereichen wesentliche Abweichung vorhanden sind und die vorhandenen Ermächtigungen nicht kassenwirksam wurden.

Md.	Schlüssel	Bezeichnung	Ergebnis 2010	Ansatz	Reste Vorjahr	Abgang HHR VJ	ÜPL/APL Ansatz	Ermächtigung gesamt
01	1111	Gemeindeorgane	-8.810,63	14.400,00	16.423,10	0,00	-18.662,59	12.160,51
01	1112	Innere Verwaltungsangelegenheiten	-38.383,38	252.700,00	0,00	0,00	4.522,50	257.222,50
01	1113	Immobilienmanagement	-4.353.873,89	10.741.400,00	6.354.248,13	0,00	176.604,24	17.272.252,37
01	1114	Rechnungsprüfung	0,00	1.500,00	0,00	0,00	0,00	1.500,00
01	1115	Einrichtungen für die gesamte Verwaltung	-131.428,54	105.200,00	109.232,74	0,00	0,00	214.432,74
01	1221	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	-30.311,88	70.800,00	0,00	0,00	1.707,95	72.507,95
01	1222	Melde- und Personenstandswesen	0,00	11.700,00	0,00	0,00	-1.707,95	9.992,05
01	1260	Brandschutz	-615.636,92	685.300,00	0,00	0,00	-2.479,48	682.820,52
01	1270	Rettungsdienst	-282.085,13	795.300,00	189.400,39	0,00	0,00	984.700,39
01	1280	Katastrophenschutz	-13.194,20	6.300,00	10.383,94	0,00	0,00	16.683,94
01	2110	Grundschulen	-1.279.238,91	156.700,00	2.597.685,41	0,00	25.443,01	2.779.828,42
01	2160	Oberschulen	-151.925,07	2.600,00	148.621,14	0,00	4.203,00	155.424,14
01	2170	Gymnasien, Kollegs	-428.852,82	90.300,00	447.007,07	0,00	6.700,00	544.007,07
01	2180	Gesamtschulen	-56.539,17	37.900,00	43.626,95	0,00	0,00	81.526,95
01	2210	Förderschulen/ Förderklassen	-310.869,14	11.800,00	318.014,86	0,00	-3.246,01	326.568,85
01	2310	Oberstufenzentren	-215.584,60	126.100,00	17.172,99	0,00	10.700,00	153.972,99
01	2430	Sonstige schulische Aufgaben	0,00	8.800,00	0,00	0,00	0,00	8.800,00
01	2510	Wissenschaft und Forschung	-2.500,00	7.700,00	0,00	0,00	2.500,00	10.200,00
01	2620	Musikpflege	-245.664,41	415.800,00	37.500,00	0,00	0,00	453.300,00
01	2810	Heimat- und sonstige Kulturpflege	-541,45	0,00	0,00	0,00	600,00	600,00
01	2820	Kulturbetriebe und -gesellschaften	-61.400,00	61.400,00	0,00	0,00	0,00	61.400,00
01	3111	Hilfe zum Lebensunterhalt	0,00	0,00	0,00	0,00	18.300,00	18.300,00
01	3130	Hilfen für Asylbewerber	0,00	0,00	0,00	0,00	2.500,00	2.500,00
01	3152	Soziale Einrichtungen für	-345.000,00	250.000,00	0,00	0,00	95.000,00	345.000,00
01	3420	Regionale Arbeitsmarktpolitik	-243,83	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
01	3510	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	7.000,00	7.000,00
01	3610	Förderung von Kindern in	-16.223,68	0,00	0,00	0,00	17.077,55	17.077,55
01	3633	Hilfe zur Erziehung	0,00	0,00	0,00	0,00	8.817,90	8.817,90
01	3650	Tageseinrichtungen für Kinder	-44.573,76	0,00	0,00	0,00	44.573,76	44.573,76
01	4140	Maßnahmen der Gesundheitspflege	-4.575,44	8.400,00	0,00	0,00	23.000,00	31.400,00
01	4210	Förderung des Sports	-614.464,79	268.800,00	0,00	0,00	350.000,00	618.800,00
01	4241	Sportstätten	-77.607,35	5.200,00	250.000,00	0,00	0,00	255.200,00
01	4242	Bäder	0,00	1.000,00	0,00	0,00	0,00	1.000,00
01	5111	Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	-106.290,08	1.071.500,00	27.812,44	0,00	0,00	1.099.312,44
01	5112	Katasteraufgaben	-21.324,80	5.900,00	0,00	0,00	21.925,50	27.825,50
01	5210	Bau- und Grundstücksordnung	-502,16	2.000,00	0,00	0,00	900,00	2.900,00
01	5220	Wohnbauförderung	0,00	142.500,00	0,00	0,00	0,00	142.500,00
01	5230	Denkmalschutz und -pflege	-10.491,98	110.500,00	13.071,64	0,00	0,00	123.571,64
01	5350	Kombinierte Versorgung	-2.298.872,05	5.462.300,00	0,00	0,00	1.700.207,00	7.162.507,00
01	5370	Abfallwirtschaft	0,00	13.800,00	0,00	0,00	0,00	13.800,00
01	5410	Gemeindestraßen	-4.171.802,71	2.780.100,00	4.100.748,28	4.466,15	-121.262,42	6.755.119,71
01	5430	Landesstraßen	0,00	300,00	0,00	0,00	0,00	300,00
01	5440	Bundesstraßen	-1.824.252,96	1.828.800,00	986.779,52	0,00	286.160,80	3.101.740,32
01	5450	Straßenreinigung	0,00	200,00	0,00	0,00	0,00	200,00
01	5460	Parkeinrichtungen	0,00	0,00	1.422,50	0,00	0,00	1.422,50
01	5470	ÖPNV	-25.287,95	170.000,00	60.341,17	0,00	0,00	230.341,17
01	5480	Sonstiger Personen- und Güterverkehr	-1.121.955,89	741.100,00	94.482,37	0,00	841.804,47	1.677.386,84
01	5510	Öffentliches Grün/ Landschaftsbau	-473.229,34	493.700,00	768.582,58	0,00	12.454,24	1.274.736,82
01	5520	Öffentliche Gewässer/ Wasserbauliche	-171.787,23	251.700,00	166.528,66	0,00	-83.716,69	334.511,97
01	5530	Friedhofs- und Bestattungswesen	-7.217,25	109.600,00	8.338,88	0,00	0,00	117.938,88
01	5550	Land- und Forstwirtschaft	-101.426,55	108.800,00	14.562,69	0,00	1.010,55	124.373,24
01	5610	Umweltschutzmaßnahmen	-1.468,98	0,00	0,00	0,00	1.468,98	1.468,98
01	5710	Wirtschaftsförderung	-133.329,54	34.400,00	0,00	0,00	99.999,00	134.399,00
01	5750	Tourismus	-4.631,15	20.400,00	0,00	0,00	0,00	20.400,00
	Gesamt	Summe	-19.803.399,61	27.484.700,00	16.781.987,45	4.466,15	3.534.105,31	47.796.326,61

Mit der Inanspruchnahme dieser Ermächtigungen, wird sich der aktuelle negative Zahlungsbestand weiter erhöhen.

Erhaltene Sponsoringleistungen, Spenden und mäzenatische Schenkungen im Haushaltsjahr 2010

Grundlage: Dienstanweisung über den Umgang mit Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatischen Schenkungen vom 01.06.2010

Ifd. Nr.	Empfänger Amt/ Produkt	Name des Zuwenders	Art der Zuwendung • Sponsoring • Spende • Schenkung	Form der Zuwendung • Geldleistung • Sachleistung • Dienstleistung	Bezeichnung der zugewendeten <u>Sach- oder Dienstleistung</u>	Wert in €	Verwendungszweck
1	Stab D II / 281001	Knappschaft/Kerstin Wussow	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	119,00	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"
2	Stab D II / 281001	Stadtwerke Frankfurt (Oder)	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	20.872,60	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"
3	Stab D II / 281001	TeGeCe	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	2.975,00	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"
4	Stab D II / 281001	Stadtverkehrsgesellschaft mbH	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	2.500,00	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"
5	Stab D II / 281001	DOMUS AG	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	5.950,00	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"
6	Stab D II / 281001	Barmer	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	1.142,40	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"
7	Stab D II / 281001	Frankfurter Brauhaus GmbH	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	3.570,00	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"
8	Stab D II / 281001	Lockes Events GbR	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	2.380,00	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"
9	Stab D II / 281001	ADAC Berlin-Brandenburg e.V.	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	797,30	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"

Ifd. Nr.	Empfänger Amt/ Produkt	Name des Zuwenders	Art der Zuwendung • <i>Sponsoring</i> • <i>Spende</i> • <i>Schenkung</i>	Form der Zuwendung • <i>Geldleistung</i> • <i>Sachleistung</i> • <i>Dienstleistung</i>	Bezeichnung der zugewendeten Sach- oder Dienstleistung	Wert in €	Verwendungszweck
10	Stab D II / 281001	Münzer & Storbeck GbR	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	904,40	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"
11	Stab D II / 281001	Fielmann AG	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	476,00	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"
12	Stab D II / 281001	Flughafen Berlin Schönefeld	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	2.439,50	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"
13	Stab D II / 281001	Brandenburgischer Schaustellerverband	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	5.950,00	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"
14	Stab D II / 281001	Brandenburgische Spielbanken	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	1.071,00	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"
15	Stab D II / 281001	Ströer Deutsche Medien	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	3.927,00	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"
16	Stab D II / 281001	Red Bull Deutschland	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	2.907,54	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"
17	Stab D II / 281001	pro agro Verband zur Förderung	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	30.000,00	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"
18	Stab D II / 281001	IGIS e.V.	Sponsoring	Geldleistung	Geldleistung	10.153,74	Sponsoring Stadtfest "Bunter Hering"
19	Stab D II / 281001	Stiftung für Deutsch Polnische Zusammenarbeit	Spende	Geldleistung	Geldleistung	10.000,00	Spende Stadtfest "Bunter Hering"
20	Stab D II / 281001	Oderspeicher	Spende	Geldleistung	Geldleistung	800,00	Spende Stadtfest "Bunter Hering"
21	40/243010	Sparkasse Oder-Spree	Spende	Geldleistung	Geldleistung	1.000,00	Primus-Preis
22	40/421000	Stadtwerke Frankfurt (Oder)	Spende	Geldleistung	Geldleistung	2.500,00	Sportlerehrung
23	41/262000	PWC-Stiftung	Sponsoring	Geldleistung	Durchführung Projekt "Noahs Flut"	25.000,00	Durchführung des Projektes
24	41/262000	Deutscher Musikrat	Sponsoring	Geldleistung	Förderung junger Künstler	1.000,00	Erstattung eines Teils des Honorars

lfd. Nr.	Empfänger Amt/ Produkt	Name des Zuwenders	Art der Zuwendung • <i>Sponsoring</i> • <i>Spende</i> • <i>Schenkung</i>	Form der Zuwendung • <i>Geldleistung</i> • <i>Sachleistung</i> • <i>Dienstleistung</i>	Bezeichnung der zugewendeten Sach- oder Dienstleistung	Wert in €	Verwendungszweck
25	50/331000	Sparkasse Oder-Spree	Spende	Geldleistung	Ehrenamt	5.000,00	Durchführung der Veranstaltung
26	50/331000	Sparkasse Oder-Spree	Spende	Geldleistung	"Große Familie"	800,00	Durchführung der Veranstaltung
27	50/331000	Klinikum	Spende	Geldleistung	"Große Familie"	1.500,00	Durchführung der Veranstaltung
28	50/331000	RBB	Spende	Geldleistung	"Große Familie"	2.500,00	Durchführung der Veranstaltung
29	50/331000	Stadtwerke Frankfurt (Oder)	Spende	Geldleistung	"Große Familie"	300,00	Durchführung der Veranstaltung
30	50/363500	Dorothea Schiefer	Spende	Geldleistung	Amtsvormundschaft - Mündelkontakte	30,00	Durchführung der Kinderweihnachtsfeier
31	50/363500	Kerstin Meier	Spende	Geldleistung	Amtsvormundschaft - Mündelkontakte	20,00	Durchführung der Kinderweihnachtsfeier
32	50/363500	Dietrich Hanschel	Spende	Geldleistung	Amtsvormundschaft - Mündelkontakte	20,00	Durchführung der Kinderweihnachtsfeier
33	50/363500	Tilo Winkler	Spende	Geldleistung	Amtsvormundschaft - Mündelkontakte	20,00	Durchführung der Kinderweihnachtsfeier
34	50/363500	Renate Berthold	Spende	Geldleistung	Amtsvormundschaft - Mündelkontakte	20,00	Durchführung der Kinderweihnachtsfeier
35	50/363500	Thomas Bleck	Spende	Geldleistung	Amtsvormundschaft - Mündelkontakte	30,00	Durchführung der Kinderweihnachtsfeier
36	50/363500	Steffen Alisch	Spende	Geldleistung	Amtsvormundschaft - Mündelkontakte	20,00	Durchführung der Kinderweihnachtsfeier
37	50/363500	Wolfgang Müller	Spende	Geldleistung	Amtsvormundschaft - Mündelkontakte	40,00	Durchführung der Kinderweihnachtsfeier
38	50/363500	Katja Wolle	Spende	Geldleistung	Amtsvormundschaft - Mündelkontakte	100,00	Durchführung der Kinderweihnachtsfeier
39	50/363500	Katrin Böhme	Spende	Geldleistung	Amtsvormundschaft - Mündelkontakte	20,00	Durchführung der Kinderweihnachtsfeier
40	50/363500	Dussmann AG Co.KGA	Spende	Geldleistung	Amtsvormundschaft - Mündelkontakte	250,00	Durchführung der Kinderweihnachtsfeier

lfd. Nr.	Empfänger Amt/ Produkt	Name des Zuwenders	Art der Zuwendung • <i>Sponsoring</i> • <i>Spende</i> • <i>Schenkung</i>	Form der Zuwendung • <i>Geldleistung</i> • <i>Sachleistung</i> • <i>Dienstleistung</i>	Bezeichnung der zugewendeten <u>Sach- oder Dienstleistung</u>	Wert in €	Verwendungszweck
41	53/414020	Brandenburgische BKK	Sponsoring	Sachleistung	350 Fieberthermometer	700,00	Baby-Besuchsdienst Geschenke zum Erst- oder Zweitbesuch
42	53/414020	Institut für medizinische Diagnostik Oderland	Sponsoring	Sachleistung	Taschen und Aufkleber je 350 Stück	875,00	
43	53/414020	Allianz Versicherung	Sponsoring	Sachleistung	Malbücher, Gutscheine für 1 Lätzchen je 300 Stück	600,00	
44	53/414020	Stadt- und Regionalbibliothek	Sponsoring	Sachleistung	Gutschein 450 Stück	2.250,00	
45	53/414020	Frankfurter FamilienSeiten	Sponsoring	Sachleistung	Zeitung 1.000 Stück	n. b.	
46	53/414020	Felicitas Geschenkdienst	Sponsoring	Sachleistung	Söckchen, Schwamm, Zeitung je 450 Stück	900,00	
47	53/414020	Hedwigs-Apotheke	Sponsoring	Sachleistung	Gutschein 20% ab 15 €, 450 Stück		
48	53/414020	Hedwigs-Apotheke	Sponsoring	Sachleistung	Tee, Kleinkosmetik 450 Stück	450,00	
49	53/414020	SB-Möbel-Boss	Sponsoring	Sachleistung	Gutschein über 10% Einkauf		
50	53/414020	MOZ	Sponsoring	Sachleistung	Zeitung im Beutel vom Tag der Geburt, Gutscheine, je 450 Stück	4.050,00	
51	53/414020	Sparkasse Oder-Spree	Sponsoring	Sachleistung	Sparbüchse, Gutscheine, je 450 Stück	4.950,00	
52	53/414020	Stadtwerke Frankfurt (Oder)	Sponsoring	Sachleistung	Gutschein 450 Stück	9.000,00	
53	53/414020	Unfallkasse Brandenburg	Sponsoring	Sachleistung	Aufkleber Notfallnummern 450 Stück	225,00	
54	53/414020	HUK-Coburg	Sponsoring	Sachleistung	Handtücher 7 Stück	14,00	
55	53/414020	FWA	Sponsoring	Sachleistung	Gutschein 30 Stück	150,00	
56	53/414020	Wenatex Freilassing	Sponsoring	Sachleistung	Plüschtier 50 Stück	150,00	
					GESAMTBETRAG	173.419,48	



Jahresabschluss der Stadt Frankfurt (Oder)

VI. Anlagen zum Jahresabschluss

2010

VI.1. Anhang zur Abschlussbilanz

- Anlage 1: Übersicht über die Beteiligungen
- Anlage 2: Übersicht über die Sanierungs- und Entwicklungsgebiete
- Anlage 3: Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen
- Anlage 4: Übersicht über die Eröffnungsbilanzkorrekturen

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Grundsätzliches	47
II.	Gliederungsgrundsätze	48
III.	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	48
	III.1. Aktiva	49
	III.1.1. Anlagevermögen	49
	III.1.2. Umlaufvermögen	54
	III.1.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	55
	III.2. Passiva	55
	III.2.1. Eigenkapital	55
	III.2.2. Sonderposten	56
	III.2.3. Rückstellungen	56
	III.2.4. Verbindlichkeiten	57
	III.2.5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	57
A.	Bilanzierung und Bewertung der konkreten Aktivposten	58
	A.1. Anlagevermögen	58
	A.1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände	58
	A.1.2. Sachanlagevermögen	58
	A.1.3. Finanzanlagevermögen	65
	A.2. Umlaufvermögen	71
	A.2.1. Vorräte	71
	A.2.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	72
	A.2.3. Wertpapiere des Umlaufvermögens	74
	A.2.4. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	74
	A.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	75
P.	Bilanzierung und Bewertung der konkreten Passivposten	77
	P.1. Eigenkapital	77
	P.1.1. Basis-Reinvermögen	77
	P.1.2. Rücklagen aus Überschüssen	77
	P.1.3. Fehlbetragsvortrag	78
	P.1.4. Sonderrücklage	78

P.2. Sonderposten	78
P.2.1. Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	79
P.2.2. Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten- und Investitionszuschüssen	79
P.2.3. Sonstige Sonderposten	80
P.3. Rückstellungen	80
P.3.1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	81
P.3.2. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen	82
P.3.3. Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	83
P.3.4. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	83
P.3.5. Sonstige Rückstellungen	83
P.4. Verbindlichkeiten	86
P.4.1. Anleihen	86
P.4.2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	87
P.4.3. Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten	88
P.4.4. Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	88
P.4.5. Erhaltene Anzahlungen	89
P.4.6. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	89
P.4.7. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	89
P.4.8. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen	89
P.4.9. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	89
P.5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	90
IV. Vermögensgegenstände mit zum Bilanzstichtag ungeklärten Eigentumsverhältnissen	91
V. Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen	91
VI. Übersicht über die von der Gemeinde bewirtschafteten Treuhandmittel	91
VII. Angaben zum Inhalt der Verwahr- und Vorschusskonten	92
VIII. Kamerale Altfehlbeträge	98
IX. Erläuterungen zu Posten des Ergebnishaushaltes	99
X. Erläuterungen zu Posten der Finanzrechnung	100
X. Abkürzungsverzeichnis	101

I. GRUNDSÄTZLICHES

Die kreisfreie Frankfurt (Oder) hat zum Stichtag 01. Januar 2010 eine Eröffnungsbilanz nach den Grundsätzen der kaufmännischen doppelten Buchführung (Doppik) erstellt. Die Stadtverordneten beschlossen in ihrer 10. Sitzung am 18. Juni 2015 die vom Oberbürgermeister festgestellte Eröffnungsbilanz.

Die Richtlinien zur Erfassung und Bewertung sicherten eine sachgerechte und ordnungsmäßige Inventarisierung des kommunalen Vermögens und der Schulden sowie deren Bewertung. Erstmals lag damit ein vollständiger Vermögens- und Schuldennachweis vor, der ein den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage der Stadt Frankfurt (Oder) widerspiegelte.

Darauf aufbauend erfolgte ab dem Jahr 2010 die Haushaltsführung nach den Grundsätzen der kaufmännischen doppelten Buchführung. Nunmehr liegt der erste Jahresabschluss inklusive Schlussbilanz zum 31.12.2010 vor.

Der Anhang ist gemäß § 82 Absatz 2 Satz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) eine Anlage zum Jahresabschluss. Besondere Formvorschriften sind an den Anhang nicht geknüpft, jedoch sind hier nach § 58 der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden (Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung - KomHKV) vom 14. Februar 2008 Angaben und Erläuterungen aufzunehmen, die für einzelne Ergebnis- und Finanzrechnungspositionen sowie einzelne Bilanzposten vorgeschrieben oder zum Verständnis sachverständiger Dritter notwendig sind.

Mit dem Anhang sollen insbesondere die in der Bilanz ausgewiesenen Werte durch weitere Informationen und Ausführungen untermauert bzw. erläutert werden.

Mit der Aufstellung der ersten Jahresrechnung wurden Korrekturen der Eröffnungsbilanz vorgenommen. Dies war notwendig, da sich mit Aufarbeitung von Geschäftsvorfällen in der Jahresrechnung 2010 herausstellte, dass wesentliche Vermögensgegenstände oder Schulden fehlerhaft angesetzt wurden oder der Ansatz zu Unrecht unterblieb. Für diese Fälle erlaubt eine Übergangsvorschrift, hier konkret § 141 Absatz 21 BbgKVerf, eine Berichtigung oder Nachholung der Wertansätze.

Die Änderungen der ursprünglichen Eröffnungsbilanz erfolgten gemäß den Regelungen im Jahr 2010 erfolgsneutral, d.h. sie wurden mit dem Basis-Reinvermögen (ausschließlich das Eigenkapital der Eröffnungsbilanz) verrechnet.

Der Gesetzgeber erlaubt für die Korrekturen die Anwendung einer Erheblichkeitsgrenze. In Anlehnung an die Haushaltssatzung, in der die Stadtverordneten mit Beschlussfassung die Grenze für erhebliche Geschäftsvorfälle mit 100.000 EUR festsetzen, wurde diese auf die entsprechenden Korrekturen übertragen.

Die mit diesem Jahresabschluss vorgenommenen Berichtigungen sind in der Anlage 4 dieses Anhangs aufgelistet und erläutert. Die Eröffnungsbilanz gilt mit Bestätigung des Jahresabschlusses dann als geändert.

II. GLIEDERUNGSGRUNDSÄTZE

Die Gliederung der Eröffnungsbilanz entspricht den Form- und Gliederungsvorschriften des § 57 KomHKV. Die hier gesetzlich verankerte Mindestgliederung wurde übernommen.

Der Anhang als Anlage VI.1. zum Jahresabschluss wurde gemäß § 58 KomHKV erstellt und beigelegt. Für weitere Anlagen zum Jahresabschluss - die Anlagenübersicht, die Forderungsübersicht und die Verbindlichkeitenübersicht - war § 60 der KomHKV Grundlage der Erstellung. Die Anlage VI.5. der Beteiligungsbericht der Stadt Frankfurt (Oder) über das Wirtschaftsjahr 2010 wurde der Stadtverordnetenversammlung am 08. Dezember 2011 unter der Beschlussnummer 11/VZI/1061 zur Kenntnis gegeben.

III. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Erfassung und Bewertung des Vermögens sowie der kommunalen Sonderposten und Schulden erfolgte zur Eröffnungsbilanz gemäß § 85 Absatz 2 BbgKVerf i. V. m. §§ 47 ff. KomHKV.

Grundsatz war hier der Ansatz der fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten. Für Fälle in denen diese Kosten nicht bekannt waren bzw. nur mit einem nicht zu vertretenden Aufwand zu ermitteln gewesen wären, wurden entsprechend § 85 Absatz 2 Satz 3 BbgKVerf abweichende Bewertungsmethoden angewandt, die geeignet waren ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) zu vermitteln.

Die so angesetzten Werte der Vermögensgegenstände in der Eröffnungsbilanz gelten als Anschaffungs- und Herstellungskosten.

Die im Rahmen der Eröffnungsbilanz angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden entsprechend den Erfordernissen des Grundsatzes der Bilanzstetigkeit auch beim Jahresabschluss 2010 verwendet. Die Bewertung der in der Schlussbilanz zum Stichtag 31.12.2010 ausgewiesenen Aktiv- und Passivposten erfolgte gemäß § 49 KomHKV nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung.

Die Bewertungsrichtlinie für das kommunale Anlage- und Umlaufvermögen und die Schulden der Stadt Frankfurt (Oder) (inkl. Aktivierungshinweise) gilt grundlegend fort. Sofern darüber hinausgehende bzw. abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmaßstäbe für die Jahresrechnung angesetzt wurden, sind diese in den jeweiligen Abschnitten dieses Anhangs dargestellt.

III.1. AKTIVA

III.1.1. ANLAGEVERMÖGEN

Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände umfassen alle Gegenstände, die nicht materiell, d.h. nicht körperlich fassbar sind. Hierzu zählen z. B. Konzessionen, Lizenzen, Software, Rechte und Patente.

Software/ Lizenzen

Hierbei handelt es sich um entgeltlich erworbene Computer-Programme oder Einzellizenzen. Ist die Software einer eigenständigen Bewertung nicht zugänglich, weil sie beispielsweise als PC-Betriebssystem in die Hardware integriert ist, ist sie ein unselbständiger Teil der Hardware und wird hier nicht erfasst.

Der Ansatz erfolgte mit fortgeschriebenen historischen Anschaffungswerten.

Neuzugänge wurden mit Anschaffungskosten bewertet.

Sachanlagevermögen

Unbebaute Grundstücke

Bei der Bewertung in der Eröffnungsbilanz wurden die Preise aus dem Grundstücksmarktbericht des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in der Stadt Frankfurt (Oder) abgeleitet.

Neuzugänge wurden mit den Anschaffungskosten aktiviert.

Bebaute Grundstücke (mit Gebäuden)

In der Eröffnungsbilanz wurden für bebaute Grundstücke fortgeschriebene Anschaffungs- und Herstellungskosten, soweit sie aus Abrechnungen und/ oder Verwendungsnachweisen bei Fördermitteln ermittelbar waren, angesetzt.

War dies nicht möglich, wurden die nach der Wertermittlungsverordnung entsprechend ihres Zwecks mittels Sachwertverfahren, vereinzelt mittels Ertrags- oder Vergleichswertverfahren, bewertet.

Die Bewertung von Neuzugängen im Wesentlichen aus der Aktivierung von fertiggestellten Baumaßnahmen erfolgte nach Anschaffungs- und Herstellungskosten.

Grundstücke und Bauten
des
Infrastrukturvermögens

Als selbständige Wirtschaftsgüter wurden der Grund und Boden einerseits und die Aufbauten andererseits getrennt bewertet.

Straßennetz:

Grundstücke des Straßennetzes wurden nach AHK's oder auf Grundlage eines Vereinfachungsverfahrens durch Festsetzung eines qm-Wertes, unterteilt nach Innen- und Außenbereich (gem. §§ 34, 35 BauGB), in der Eröffnungsbilanz bewertet.

Für die Aufbauten, d.h. Straßenkörper und Zubehör, wurde durch eine spezialisierte Firma eine Bestands- und Zustandserfassung durchgeführt. Die Ermittlung von stadtspezifischen durchschnittlichen Herstellungskosten für Straßen unterschiedlicher Bauklassen erfolgte aus Rechnungen für Straßenkörper der Jahre 2000 bis 2007. Die erforderliche Klassifizierung wurde in Anlehnung an die Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaues von Verkehrsflächen (RStO 01) vorgenommen.

Die Bewertung erfolgte nach AHK's, in der Regel jedoch nach der zuvor genannten Ermittlung von fiktiven Herstellungskosten auf der Basis rückindizierter Normalherstellungskosten.

Straßenzubehör wurde durch Ermittlung eines stadtspezifischen Stückpreises bewertet; Lichtsignalanlagen anhand vergleichbarer Vermögensgegenstände.

Brücken und Tunnel, Durchlässe:

Die Bewertung erfolgte nach fortgeschriebenen AHK's, in der Regel jedoch entsprechend ihrer Klassifizierung unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Bauwerksprüfung gemäß DIN 1076 (Bauzustandsfeststellung) und der stadtspezifischen Gesamtnutzungsdauer.

Die Ermittlung der Restnutzungsdauer und des Zeitwertes erfolgte unter Beachtung der Zustandsnote.

Grünflächen:

Die Bewertung der Freiflächen und Bauten in Grün- und Parkanlagen erfolgte entsprechend ihrer Klassifizierung unter Berücksichtigung des Zustandes und der stadtspezifischen Gesamtnutzungsdauer.

1. Die EÖB-Bewertung der Grünflächen höherwertiger Objektarten mit erheblichen AHK, die **nach dem Jahr 2000 fertig gestellt** worden sind oder in denen nach dem Jahr 2000 **Investitionen** erfolgt sind, richtete sich nach den tatsächlich abgerechneten AHK.
2. Die Bewertung der Grünflächen höherwertiger Objektarten, die **vor dem Jahr 2000** fertig gestellt worden sind oder in denen nach dem Jahr 2000 **keine Investitionen** erfolgt sind, wurde nach dem **Zeitwert** vorgenommen (Ausnahme Grünflächen mit Sonderbauwerken - hier auch AHK Sanierungskosten).
3. Alle **Grünflächen einfacher Objektarten mit geringen AHK**, in die weder vor noch nach dem Jahr 2000 investiert wurde, in denen auch zukünftig keine Investitionen zu erwarten sind und die lediglich durch entsprechenden Pflegeaufwand in ihrem Zustand erhalten werden, wurden mit 1 Euro nach Objektarten zusammengefasst und bewertet.

Spiel- und Bolzplätze:

Spielplätze unterliegen einer eigenen Gesamtnutzungsdauer. Ohne erfolgte Investitionen in den letzten 15 Jahren vor Eröffnungsbilanz wurden sie mit einem Erinnerungswert von 1 EUR bewertet. Ansonsten erfolgte die Bewertung analog zu den Grünflächen.

Übrige Bauten auf Sonderflächen:

Grundsätzlich erfolgte in der Eröffnungsbilanz die Bewertung nach Anschaffungs- und Herstellungskosten, ansonsten anhand vergleichbarer Vermögensgegenstände.

Neuzugänge wurden für das Infrastrukturvermögen in 2010 mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten aktiviert.

Kunstgegenstände und
Kulturdenkmale

Bewegliche Kunstgegenstände wurden in der Eröffnungsbilanz, soweit die Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht bekannt waren, grundsätzlich mit einem Erinnerungswert von 1 EUR ausgewiesen.

Kunstdenkmale wurden mit einem Erinnerungswert von 1 € angesetzt, wenn die Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht bekannt sind und sofern sie nicht als Gebäude genutzt wurden.

Archivalien oder Sammelgüter, welche durch die Stadt Frankfurt (Oder) nach dem 01.01.1990 käuflich erworben wurden, waren mit genauer Bezeichnung einzeln zu erfassen und mit den AHK zu bewerten.

Lag eine Versicherung vor, so war der Versicherungswert in Ansatz zu bringen.

Archivgut, das unentgeltlich in das Archiv übernommen wurde, wurde nicht bewertet.

Die Bewertung des sonstigen Archivgutes erfolgte mit dem Erinnerungswert von 1 Euro pro Teil/ Stück Archivgut.

Neuzugänge sind 2010 mit Anschaffungs- und Herstellungskosten bilanziert.

Fahrzeuge, Maschinen
und technische Anlagen

Die Bewertung in der Eröffnungsbilanz erfolgte grundsätzlich nach AHK. Falls diese nicht vorlagen, wurde der aktuelle Wert des Vermögensgegenstandes auf der Grundlage aktueller Preise von Objekten gleicher Art und Güte ermittelt, zurückindiziert auf das Anschaffungsjahr mittels eines geeigneten Index (z. B. „Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten“) des Statistischen Bundesamtes.

Neuzugänge sind 2010 mit Anschaffungs- und Herstellungskosten bilanziert.

Bei Fahrzeugen des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungswesen wird in folgenden Fällen von der Brandenburgischen Abschreibungstabelle abgewichen:

Für *Rettungsfahrzeuge* beträgt die stadtspezifische Abschreibungsdauer 6 Jahre (statt 5 Jahre). Frankfurt (Oder) hat als kreisfreie Stadt im Vergleich zu den Landkreisen eine erheblich kleinere Fläche abzudecken. Daraus ergeben sich unterdurchschnittliche jährliche Kilometerlaufzeiten für die einzelnen Fahrzeuge, so dass diese in der Regel länger genutzt werden können.

Für *Tanklöschfahrzeuge* ist eine Nutzungsdauer nach Brandenburgischer Abschreibungstabelle von 10 Jahren vorgesehen. Nach bisherigen Erfahrungen des Fachamtes wird für Frankfurt (Oder) jedoch eine Nutzungsdauer von 15 Jahren angesetzt.

Auch für *Löschfahrzeuge* setzt die Stadt eine erhöhte Abschreibungsdauer an (10 Jahre statt 8 Jahre nach AfA-Tabelle).

Die Erfahrungen fundieren auf den Zustand der vorhandenen Technik im Verhältnis zum Anschaffungsjahr.

Betriebs- und
Geschäftsausstattung

Die Bewertung in der Eröffnungsbilanz erfolgte grundsätzlich nach AHK. Falls diese nicht vorlagen, wurde der aktuelle Wert des Vermögensgegenstandes auf der Grundlage aktueller Preise von Objekten gleicher Art und Güte ermittelt und zurückindiziert auf das Anschaffungsjahr mittels eines geeigneten Index (z. B. „Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten“) des Statistischen Bundesamtes.

Bewegliche Vermögensgegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden im Bewertungsvereinfachungsverfahren zu Gruppen zusammengefasst, soweit sie gleichartig waren und einer regelmäßigen Wiederbeschaffung unterlagen. Es entstanden Festwerte für PC-Arbeitsplätze, Drucker, Schülertische und -stühle in den Schulen.

Neue Ausstattung wurde mit Anschaffungs- und Herstellungskosten bilanziert, Festwerte wurden fortgeschrieben.

Geleistete Anzahlungen
und Anlagen im Bau

Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau waren in der Eröffnungsbilanz und sind in der Schlussbilanz mit den tatsächlich gezahlten Beträgen anzusetzen. Für Anlagen im Bau waren Ausgaben anzusetzen, die für bauliche Investitionen bis zum Bilanzstichtag getätigt wurden, ohne dass die Anlagen bereits fertiggestellt worden sind.

Finanzanlagevermögen

Rechte an Sonderevermögen Die Bewertung in der Eröffnungsbilanz erfolgte mittels Eigenkapital-Spiegel-Methode. Beim Eigenbetrieb Sportzentrum Frankfurt (Oder) wurde dem zu berücksichtigenden Eigenkapital auch der Verlustvortrag und der Jahresverlust zugeordnet.

Die Wertansätze wurden überprüft; Veränderungen werden unter der entsprechenden Position näher erläutert.

Anteile an verbundenen Unternehmen, an sonstigen Beteiligungen, Mitgliedschaften in Zweckverbänden Die Bewertung der Finanzanlagen erfolgte analog der Eröffnungsbilanz. Die Veränderungen werden unter der entsprechenden Position näher erläutert.

Ausleihungen Ausleihungen wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet und erfasst.

III.1.2. UMLAUFVERMÖGEN

Vorräte

Grundstücke in Entwicklung In der Eröffnungsbilanz wurde nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, das heißt, in Erfüllung des Vorsichtsprinzips wurde von drei möglichen Wertansätzen, den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, dem Marktpreis und dem am Bilanzstichtag beizulegenden Wert, stets der niedrigste Wert angesetzt.

Grundstücke in Entwicklung werden bei Neuerwerb mit Anschaffungskosten aktiviert.

Sonstiges Vorratsvermögen Vorräte wurden mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten bilanziert.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände Forderungen wurden grundsätzlich zum Nominalwert unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips angesetzt.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten Die Bestände der Girokonten und Barkassen sind mit ihrem Nennwert erfasst.

III.1.3. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Aktive Rechnungsabgrenzung

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind **Auszahlungen**, die vor dem Abschlussstichtag getätigt wurden, jedoch erst **Aufwand** für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Darüber hinaus werden von der Stadt an Dritte geleistete Zuwendungen für Investitionen in ihr Vermögen ausgewiesen.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind zum Bilanzstichtag mit dem Teilbetrag der geleisteten Auszahlungen angesetzt, welcher der aufwandswirksamen Zuordnung im Zeitraum nach dem 31. Dezember 2010 entspricht.

III.2. PASSIVA

III.2.1. EIGENKAPITAL

Basis-Reinvermögen

Das Basis-Reinvermögen wird einmalig in der Eröffnungsbilanz gebildet. Es ergab sich aus der Differenz des zum Eröffnungsbilanzstichtag bewerteten Vermögens, der Rücklagen und Schulden.

Mit Jahresabschluss 2010 wurden in Anwendung des § 141 Absatz 21 BbgKVerf Wertberichtigungen von EÖB-Bilanzpositionen vorgenommen, das Basisreinvermögen um diese Änderungen angepasst.

Ergebnisvorträge

Der Ausweis des Ergebnisses der Jahresrechnung wurde jeweils getrennt nach ordentlichem und außerordentlichem Ergebnis mit dem Nominalwert vorgetragen.

III.2.2. SONDERPOSTEN

Sonderposten

Zu den Sonderposten gehören alle erhaltenen Investitionszuschüsse der öffentlichen Hand, sowie Erschließungs- und Straßenausbaubeiträge und Baukostenzuschüsse Dritter, welche zweckgebunden oder pauschal gewährt wurden. In der Eröffnungsbilanz erfolgte der Ansatz in Höhe der Investitionszuwendung oder der Spende, abzüglich der bis zum Bilanzstichtag vorzunehmenden planmäßigen Auflösungen, welche sich aus der Wertermittlung des bezuschussten Vermögensgegenstandes ergaben.

Für die pauschal erhaltenen investiven Schlüsselzuweisungen wurde in der Eröffnungsbilanz ein jahresbezogener Sonderposten gebildet, welcher ab ursprünglichem Erhalt über einen Zeitraum von 20 Jahren aufgelöst wurde und wird.

Der Ansatz neuer Sonderposten erfolgt gegenstandsbezogen zum Nennwert der erhaltenen Investitionszuwendungen. Auch die pauschalen Schlüsselzuweisungen werden konkret zugeordnet. Bis zum Bilanzstichtag vorgenommene Auflösungen wurden in Anlehnung an die Wertentwicklung des dazugehörigen Vermögensgegenstandes in Abzug gebracht.

III.2.3. RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen

Die Bewertung und Erfassung der Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und Aufwendungen erfolgte nach vernünftiger Beurteilung jeweils in Höhe des Betrages, der für eine Inanspruchnahme in Folgejahren wahrscheinlich erscheint.

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen wurden erstmals gebildet, wenn die jeweilige Maßnahme im folgenden Jahr nachgeholt werden soll.

III.2.4. VERBINDLICHKEITEN

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden in Anwendung des § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet und angesetzt.

Es ist hierunter der Betrag zu verstehen, den der Schuldner zur Begleichung der Verbindlichkeit aufbringen muss, also die geschuldete Leistung. Soweit Verbindlichkeiten Kursschwankungen unterliegen und der Zeitwert der Verbindlichkeit zum Eröffnungsbilanzstichtag über dem Rückzahlungsbetrag liegt, so ist der höhere Wert auszuweisen.

III.2.5. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Passive Rechnungsabgrenzung

Passive Rechnungsabgrenzungsposten sind **Einzahlungen**, die vor dem Abschlussstichtag getätigt wurden, jedoch erst **Ertrag** für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Darüber hinaus werden von Dritten an die Stadt geleistete Zuwendungen oder Spenden für Investitionen ausgewiesen.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind zum Bilanzstichtag mit dem Teilbetrag der geleisteten Einzahlungen angesetzt, welcher der ertragswirksamen Zuordnung im Zeitraum nach dem 31. Dezember 2010 entspricht.

A. BILANZIERUNG UND BEWERTUNG DER KONKRETEN AKTIVPOSTEN

A.1. ANLAGEVERMÖGEN

A.1.1. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Immaterielle Vermögensgegenstände wurden ausschließlich regulär abgeschrieben. Neuzugänge wurden auch bei Gegenfinanzierung durch Dritte aus Zuweisungen in Höhe der vollen Anschaffungskosten (Bruttoausweis) aktiviert. Der Zuweisungsbetrag (z. B. aus einer konkreten Fachförderung oder aus der allgemeinen investiven Schlüsselzuweisung) ist als Sonderposten passiviert.

Bei der ausgewiesenen Anzahlung handelt es sich um einen ersten Teilbetrag eines Gesamtprojektes zum Infrastrukturknoten und Geoportal des Kataster- und Vermessungsamtes. Die Fertigstellung erfolgt in Folgejahren und wird erst mit Inbetriebnahme abschreibungsfähig aktiviert.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
Lizenzen	3.548,67	47.926,14	44.377,47
DV-Software	242.641,54	205.840,35	- 36.801,19
Anzahlungen	-	13.649,30	13.649,30
Immaterielle geringwertige Wirtschaftsgüter	-	4.126,77	4.126,77
1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände	246.190,21	271.542,56	25.352,35

Sind immaterielle Vermögensgegenstände geringwertig, d.h. die Anschaffungskosten (ohne Umsatzsteuer) liegen zwischen 150 EUR und 1.000 EUR, wurden sie als Sammelposten gesondert erfasst. Werte darunter wurden unmittelbar als Aufwand verbucht (vgl. hierzu § 50 Absatz 4 KomHKV).

A.1.2. SACHANLAGEVERMÖGEN

A. 1.2.1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bei der Bilanzierung und Bewertung der unbebauten Grundstücke erfolgte bereits in der Eröffnungsbilanz eine Einteilung in

- Brachland,
- Ackerland,
- Wald und Forsten sowie
- Sonstige unbebaute Grundstücke.

Diese wurde beigelassen.

Brach- und Ödland ist Grund und Boden, der sich im kommunalen Besitz befindet, aber keinem bestimmten Verwendungszweck dient.

Ackerland ist Grund und Boden, der landwirtschaftlich, gartenbaulich kommerziell oder für eigene Zwecke genutzt wird.

Bei dem Bestandskonto *Wald und Forsten* handelt es sich einerseits um den Grund und Boden, der forstwirtschaftlich genutzt wird; jedoch sind auch sog. Splitterflächen mit kleinerem Waldbestand im gesamten Stadtgebiet enthalten.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
Brachland	1.453,95	1.453,95	-
Ackerland - landwirtschaftliche Nutzung	1.149.219,96	1.127.964,71	- 21.255,25
Wald, Forsten	8.771.881,50	8.869.042,70	97.161,20
Sonstige unbebaute Grundstücke	10.673.513,32	10.580.294,07	- 93.219,25
Baureife Grundstücke	2.540,82	10.396,90	7.856,08
Erbbaurechte	182,90	182,90	-
1.2.1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	20.598.792,45	20.589.335,23	- 9.457,22

A. 1.2.2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

In Abgrenzung zu den unbebauten Grundstücken sind bebaute Grundstücke an dieser Stelle Bodenflächen mit Gebäuden.

Bei der Bilanzierung und Bewertung der bebauten Grundstücke wurde folgende Unterteilung vorgenommen:

- Grundstücke mit Wohnbauten,
- Grundstücke mit sozialen Einrichtungen (z. B. Kindertagesstätten),
- Grundstücke mit Gebäuden für schulische Zwecke,
- Grundstücke mit Kultureinrichtungen,
- Grundstücke mit sonstigen Dienst-, Geschäfts- und anderen Betriebsgebäuden und
- grundstücksgleiche Rechte wie zum Beispiel Erbbaugrundstücke.

Die Bilanzposition enthält neben den eigentlichen Grundstückswerten auch die Werte für Gebäude und Aufbauten sowie die für Betriebsvorrichtungen und die zum Gebäude gehörenden Außenanlagen.

Die Entscheidung der Frage, ob die einzelnen Bestandteile nach Bewertungsrecht Teile von Gebäuden oder Betriebsvorrichtungen sind, hängt davon ab, ob sie der Benutzung des Gebäudes *ohne* Rücksicht auf den gegenwärtig ausgeübten Betrieb bzw. Zweck dienen oder ob sie in *einer besonderen Beziehung zu diesem Betrieb* stehen.

Deshalb ist es durchaus möglich, dass auch Bauwerke oder Teile davon als Betriebsvorrichtungen und nicht als Gebäude oder Außenanlage aktiviert werden müssen. In derartigen Fällen hat stets eine Abgrenzung zwischen Betriebsvorrichtung und Gebäude oder Außenanlage zu erfolgen.

Diese Kategorisierung spielte in der Eröffnungsbilanz aufgrund der überwiegenden Anwendung des Sachwertverfahrens und damit Hinzurechnung zum Gebäude oder zur

Außenanlage eine eher untergeordnete Rolle, wird jedoch bei künftigen Aktivierungen von fertiggestellten Baumaßnahmen in den jeweiligen Einzelfällen berücksichtigt.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.01.2010	Veränderung
	€	€	€
Wohnbauten - Grund und Boden	1.168.582,80	1.144.408,39	- 24.174,41
- Gebäude und Aufbauten	1.889,00	1.845,00	- 44,00
- Außenanlagen	-		-
Soziale Einrichtungen - Grund und Boden	10.807.223,88	10.807.219,88	- 4,00
- Gebäude und Aufbauten	19.752.337,59	19.920.059,27	167.721,68
- Außenanlagen	393.633,48	381.613,48	- 12.020,00
Schulische Zwecke - Grund und Boden	14.943.599,56	14.877.018,56	- 66.581,00
- Gebäude und Aufbauten	58.554.233,55	54.461.750,10	- 4.092.483,45
- Außenanlagen	5.411.684,21	5.504.894,68	93.210,47
Kultureinrichtungen - Grund und Boden	4.217.152,40	4.217.152,40	-
- Gebäude und Aufbauten	50.044.651,65	48.200.126,65	- 1.844.525,00
- Außenanlagen	1.309.589,59	1.255.966,59	- 53.623,00
Sonstige Dienst-, Geschäfts- und andere Betriebsgebäude			-
- Grund und Boden	14.633.454,50	14.840.892,93	207.438,43
- Gebäude und Aufbauten	16.679.388,02	17.704.683,04	1.025.295,02
- Außenanlagen	751.660,05	758.782,05	7.122,00
1.2.2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	198.669.080,28	194.076.413,02	- 4.592.667,26

Die Eröffnungsbilanz wurde hier in Höhe von 1.258.274,59 EUR negativ korrigiert. Dieser Betrag ist Teil des Veränderungswertes. Nähere Erläuterung zum Geschäftsvorfall können der Anlage 4 zum Anhang entnommen werden.

Wertabschreibungen aus eventuell unterlassenen Instandhaltungen oder außergewöhnlichen Ereignissen waren nicht bekannt und erfolgten dem entsprechend nicht.

Neuzugänge aus der Aktivierung von fertiggestellten Baumaßnahmen sind im Einzelnen:

- Baumaßnahmen am Kinderheim „Clara Zetkin“
- Kita „Moosgärtlein“, Siedlerweg - Sanierung
- Grundschule „Friedensschule“, Leipziger Straße - Sanierung im Konjunkturpaket II
- Oberschule „Heinrich von Kleist“, Leipziger Platz - Sanierung im Konjunkturpaket II
- Förderschule „Lessingschule“, Sabiniusstraße - Sanierung im Konjunkturpaket II
- Gemeindezentrum Halbe Stadt - Fertigstellung im Rahmen des Sanierungsgebiets „Ehemalige Altstadt“

A. 1.2.3. Grundstücke und Bauten des Infrastrukturvermögens und sonstiger Sonderflächen

Zu Grundstücken des Infrastrukturvermögens gehören solche mit Bauten, die selbständige Grundstückseinrichtungen (z. B. Uferbefestigungen, Dämme, Kanalbauten, Flussregulierungen, Parks und Grünanlagen, Friedhöfe, Sport- und Spielplätze; wenn sie nicht unmittelbar mit Schulen zusammengehören, Parkplätze, Straßen, Brücken) sind.

Der Bilanzausweis beinhaltet folgende Struktur:

- Grund und Boden des sonstigen Infrastrukturvermögens und sonstiger Sonderflächen,
- Brücken und Tunnel, Durchlässe,
- Gleisanlagen mit Streckenausrüstungen und Sicherheitsanlagen,
- Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen,
- Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen,
- sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens und
- Bauten auf Sonderflächen.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	15.077.928,05	15.878.771,36	800.843,31
Brücken und Tunnel	14.259.554,85	14.599.057,14	339.502,29
Gleisanlagen mit Streckenausrüstungen und Sicherheitsanlage	1.608.671,02	1.508.720,02	- 99.951,00
Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	37.247.593,53	36.560.659,45	- 686.934,08
Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlage	140.487.591,90	131.883.513,65	- 8.604.078,25
Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	108.932,83	102.091,83	- 6.841,00
Hochwasserschutz	782.692,28	755.515,28	- 27.177,00
Bauten auf Sonderflächen	429.522,38	411.904,38	- 17.618,00
Bauten in Grün- und Parkanlagen	5.554.612,30	5.554.252,30	- 360,00
Spiel- und Bolzplätze	533.657,60	399.478,43	- 134.179,17
Freiflächen	24.782.068,74	23.552.402,64	- 1.229.666,10
Bauten in Grün- und Parkanlagen - Stadtmöbel	311.762,97	245.451,79	- 66.311,18
- Beleuchtung	292.495,27	217.630,79	- 74.864,48
Brunnen	498.634,56	476.033,56	- 22.601,00
Sonderbauten (Pergola, Pavillion)	190.355,79	167.412,79	- 22.943,00
1.2.3. Grundstücke und Bauten des Infrastrukturvermögens und sonstiger Sonderflächen	242.166.074,07	232.312.895,41	- 9.853.178,66

Die tatsächliche Veränderung des Vermögenswertes dieser Bilanzposition in 2010 beträgt **- 6.906.556,99 EUR**.

Der Differenzbetrag zum Veränderungswert der Tabelle in Höhe von 2.946.621,67 EUR beinhaltet negative Eröffnungsbilanzkorrekturen. Für nähere Erläuterungen wird an dieser Stelle auf Anlage 4 zum Anhang verwiesen.

Wertabschreibungen aus eventuell unterlassenen Instandhaltungen oder außergewöhnlichen Ereignissen waren nicht bekannt und erfolgten dem entsprechend nicht.

Neuzugänge aus der Aktivierung von fertiggestellten Baumaßnahmen sind im Einzelnen:

- Neubau Kreisel Bundesstraße 5 - Kliestow
- Boßener Straße - Ortsteil Rosengarten
- Ferdinandstraße
- Gartenstraße
- Goethestraße
- Zschokkestraße
- Fontanestraße
- Verkehrslenkungsanlage Goepelstraße
- Beleuchtung Fruchtstraße - Ortsteil Güldendorf
- Uferweg Lennéfließ
- Spielplatz Friedrich-Loeffler-Straße

Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

Ein erheblicher Posten mit einem Bilanzwert zum 31.12.2010 von **32.083.755,45 €** bildet die Vorhaltung einer **Brauchwasseranlage**, welche im Rahmen der seitens des Landes geförderten Maßnahme „Erschließung des Technologieparks Ostbrandenburg, 2. BA“ erstellt wurde. Diese Anlage besteht im Wesentlichen aus der Brauchwasserzuleitung vom Brieskower See bis zum „Großen Dreieck“, einer Prozesswasserableitung zurück inkl. Entnahmebauwerk, Zwischenbehälter, Druckerhöhungsanlage, Rücklaufpumpwerk u.a. .

Nach Fertigstellung sollte sie von einem Betreiber übernommen werden. Zur Überbrückung bis zur kontinuierlichen Nutzung zur Ver- und Entsorgung des Gewerbe-/ Industriestandortes wurde im August 2002 eine Vereinbarung zwischen der Stadt und der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH geschlossen, mit der sich das Unternehmen verpflichtete, für Stillstandszeiten die erforderlichen Wartungs- und Pflegeleistungen durchzuführen. Alle damit verbundenen Kosten und Nebenkosten werden durch die Stadt als Bauherrn getragen.

Da die geplanten Ansiedlungen nicht wie erwartet realisiert werden konnten, ist auch im Jahr 2010 keine Betreiberübernahme erfolgt. Somit ist die Stadt nach wie vor Eigentümer der Anlagen und hält diese für zukünftige Unternehmensansiedlungen bereit.

Der bedeutendere Teil an Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen befindet sich im Eigentum der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH und ist im Finanzanlagevermögen im Rahmen der Beteiligungswerte bilanziert.

A. 1.2.4. Bauten auf fremden Grund und Boden

Die Stadt Frankfurt (Oder) hat keine Bauten auf fremden Grund und Boden errichtet.

A. 1.2.5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmale

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
Kunstgegenstände/ Archivalien	982.096,45	984.596,45	2.500,00
Baudenkmale, die im wesentlichen als Gebäude genutzt werden	105.000,00	108.121,67	3.121,67
Sonstige Denkmale	111.609,99	111.609,99	-
1.2.5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	1.198.706,44	1.204.328,11	5.621,67

Beim Zugang der Position Baudenkmale handelt es sich hauptsächlich um den Kauf des Georgenhospitals, der im Rahmen einer Versteigerung erfolgte.

A. 1.2.6. Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
Fahrzeuge	2.380.532,12	2.770.645,22	390.113,10
Maschinen	23.850,60	20.309,38	- 3.541,22
Technische Anlagen	1.247.484,40	957.358,26	- 290.126,14
Betriebsvorrichtungen	7.228,95	3.557,95	- 3.671,00
1.2.6. Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen	3.659.096,07	3.751.870,81	92.774,74

Die Zugänge im Bereich Fahrzeuge sind überwiegend auf den Ersatz alter, bereits abgeschriebener Fahrzeuge im Bauhof und auf den Erwerb von zwei Komandowagen, eines Mannschaftstransportwagens sowie eines Drehleiterfahrzeugs in der Berufsfeuerwehr zurückzuführen. Auch zwei Notarzteinsatzfahrzeuge wurden erworben.

A. 1.2.7. Betriebs- und Geschäftsausstattung

Vermögensgegenstände, die zur technischen Ausstattung dienen, jedoch nicht Teil der technischen Anlagen sind, gehören zur Betriebsausstattung. Vermögensgegenstände, die dem Verwaltungsbereich zuzuordnen sind, gehören zur Geschäftsausstattung.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.136.438,39	2.948.513,14	- 187.925,25
Betriebs- und Geschäftsausstattung - Festwert	1.238.168,85	1.278.057,00	39.888,15
Betriebs- und Geschäftsausstattung - GWG	13.483,16	83.848,10	70.364,94
1.2.7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.388.090,40	4.310.418,24	- 77.672,16

A. 1.2.8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

Geleistete Anzahlungen stellen geldliche Vorleistungen auf noch zu erhaltene Sachanlagen dar. Anlagen im Bau sind Investitionen für die bis zum Bilanzstichtag Ausgaben getätigt wurden, ohne dass die baulichen Anlagen bereits fertiggestellt worden sind.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen	324.808,15	414.170,41	89.362,26
Anlagen im Bau - Hochbaumaßnahmen	6.428.407,67	8.114.602,16	1.686.194,49
Anlagen im Bau - Tiefbaumaßnahmen	3.493.066,28	7.136.609,88	
Anlagen im Bau - sonstige Baumaßnahmen	1.005.267,24	1.356.792,59	351.525,35
1.2.8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	11.251.549,34	17.022.175,04	2.127.082,10

Die Eröffnungsbilanz wurde in dieser Position erheblich reduziert. Mit Aktivierung einzelner fertiggestellter Baumaßnahmen stellte der Fachbereich fest, dass Maßnahmen in Höhe von **3.034.994,29 EUR** zur Eröffnungsbilanz bereits fertiggestellt waren. Dies wurde korrigiert.

Für nähere Erläuterungen wird an dieser Stelle auf Anlage 4 zum Anhang verwiesen.

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung werden die Vermögensgegenstände auf die einzelnen Posten des Anlagevermögens, zu denen sie gehören, umgebucht (z. B. bebaute Grundstücke und technische Ausstattungen).

Für das Jahr der Umstellung zum doppelten Rechnungswesen ist es nicht gelungen die neue Aufgabe der Vermögensaktivierung in den Fachbereichen umfassend zu etablieren. Aufgrund nicht erfolgter Bereitstellung personell notwendiger Kapazitäten konnten nicht alle baulich fertiggestellten Investitionen aktiviert werden. Dies muss mit dem Jahresabschluss 2011 nachgeholt werden.

Folgende Anlagen im Bau waren im Jahr 2010 fertiggestellt, werden nunmehr erst 2011 aktiviert.

- Grundschule „Mitte“, Gubener Straße - Sanierung Turnhalle
- Grundschule „Am Botanischen Garten“ - Sanierung
- Oberstufenzentrum - Medienkabinett
- Feuerwehrtechnisches Zentrum - Sanierung und Rekonstruktion
- Marie-Curie-Straße
- Regierungsstraße/ Große Oderstraße
- Tobias-Marquirus-Straße
- Leipziger Straße - 7. Bauabschnitt Cottbuser Straße bis Puschkinstraße
- Leipziger Straße - x. Bauabschnitt Hildebrandt bis Kopernikusstraße
- Radweg Kieler Straße
- Lübbener Straße - 2. Bauabschnitt
- Hohenwalde Dorfanger - Sanierung Straßenbeleuchtung
- Priestergasse/ Universitätsplatz
- Lennépark - Sanierung Kaskade

- Kriegsgräberstätte Nuhnen
- Friedensglocke
- Renaturierung Nuhnenfließ

A.1.3. FINANZANLAGEVERMÖGEN

Die Finanzanlagen sind grundsätzlich zu Anschaffungskosten bewertet. Die Anschaffungskosten umfassen den Kaufpreis zzgl. Nebenkosten. Bei Neugründungen entspricht der Kaufpreis dem Betrag der Einlage. Die Finanzanlagen sind mit ihrem niedrigeren, beizulegenden Wert in der Eröffnungsbilanz anzusetzen. Demnach sind bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen außerplanmäßige Abschreibungen auf die Finanzanlagen vorzunehmen.

Waren die Anschaffungskosten nur mit einem wirtschaftlich zu rechtfertigenden Aufwand nicht zu ermitteln, erfolgte die Bewertung anhand des Anteils der Stadt Frankfurt (Oder) am Eigenkapital der Gesellschaft; mittels der Eigenkapital-Spiegel-Methode. Als maßgebliche Berechnungsgröße für die näherungsweise den Anschaffungskosten entsprechenden Werte wurde dabei in der Regel nur das jeweilige Nominalkapital, bestehend aus Stammkapital und Kapitalrücklagen, angesetzt.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
1.3.1. Rechte an Sondervermögen	26.939.664,03	26.939.664,03	-
1.3.2. Anteile an verbundenen Unternehmen	129.926.565,60	129.976.165,60	49.600,00
1.3.3. Mitgliedschaft in Zweckverbänden	1,00	1,00	-
1.3.4. Anteile an sonstigen Beteiligungen	47.172,73	47.172,73	-
1.3.5. Wertpapiere des Anlagevermögens	-	-	-
1.3.6. Ausleihungen	99.591,98	697.318,97	597.726,99
1.3. Finanzanlagevermögen	157.012.995,34	157.660.322,33	647.326,99

A. 1.3.1. Rechte an Sondervermögen

Die Rechte an Sondervermögen betreffen den Eigenbetrieb Sportzentrum der Stadt Frankfurt (Oder) in Höhe von € 26.557.690,49 sowie den Eigenbetrieb Kulturbetriebe Frankfurt (Oder) in Höhe von € 381.973,54.

Die Eigenbetriebe wurden mit ihrem zum 01. Januar 2010 beizulegenden Wert angesetzt. Der beizulegende Wert entspricht dem Wert, der nach Eigenkapital-Spiegel-Methode ermittelt wurde.

Bei der Bewertung des **Eigenbetriebes Sportzentrum** der Stadt Frankfurt (Oder) wurden zur Eröffnungsbilanz dem zu berücksichtigenden Eigenkapital auch der Verlustvortrag und der Jahresverlust zugeordnet. Mit dem Jahresabschluss wäre der neue ausgewiesene

Jahresverlust 2010 von **695.128,90 EUR** ebenfalls im städtischen Anlagevermögen zu verzeichnen.

Die Veränderung wurde vom Fachbereich bisher nicht freigegeben. Zum Stichtag 31.12.2010 betrug der beizulegende Wert des Eigenbetrieb Sportzentrum der Stadt Frankfurt (Oder) 25.862.561,59 EUR. Die Anpassung des Finanzanlagewertes ist nunmehr zusätzlich zum Ergebnis 2011 im Folgejahr rückwirkend ergebniswirksam vorzunehmen.

Für den **Eigenbetrieb Kulturbetriebe** Frankfurt (Oder) erfolgen keine Veränderungen im Finanzanlagevermögen der Stadt Frankfurt (Oder).

A. 1.3.2. Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
- Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH	75.494.047,56	75.494.047,56	-
- Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH	39.788.433,08	39.812.433,08	24.000,00
- Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH	9.479.857,36	9.479.857,36	-
- Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft der Stadt Frankfurt (Oder)	1,00	1,00	-
- Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) GmbH	4.619.953,92	4.619.953,92	-
- Messe und Veranstaltungen GmbH	316.967,47	316.967,47	-
- Business and Innovation Centre Frankfurt (Oder) GmbH	179.055,21	179.055,21	-
- Investor Center Ostbrandenburg GmbH	48.250,00	73.850,00	25.600,00
1.3.2. Anteile an verbundenen Unternehmen	129.926.565,60	129.976.165,60	49.600,00

- Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH - WoWi 100 %

Das Unternehmen wurde in der Eröffnungsbilanz nach der Eigenkapital-Spiegel-Methode bewertet. Abweichend hiervon wurden zur Ermittlung des beizulegenden Wertes dem nominellen Eigenkapital der Gesellschaft auch die Sonderrücklagen gemäß DMBilG hinzugerechnet und entstandene Verluste vorgetragen (inhaltlicher Zusammenhang mit Gewinnrücklage).

Zum Stichtag 31.12.2010 wären Änderungen der Kapitalrücklage (z. B. Übertragung von Grundstücken des Gesellschafters), der Gewinnrücklage und des Jahresfehlbetrages zu berücksichtigen.

Die Veränderung wurde vom Fachbereich bisher nicht abschließend freigegeben. Die Anpassung des Finanzanlagewertes ist nunmehr zusätzlich zum Ergebnis 2011 im Folgejahr rückwirkend ergebniswirksam vorzunehmen.

~ Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH - FDH 100 %

Der Finanzanlagewert der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH wurde in der Eröffnungsbilanz nach der vereinfachten Eigenkapital-Spiegel-Methode bewertet. Entstandene Gewinne oder Verluste werden hierbei nicht berücksichtigt.

Der Jahresabschluss 2009 zeigte eine (unplanmäßig) verbesserte Ertragslage innerhalb des Querverbundes. Die Stadt zahlte unterjährig einen höheren Zuschuss als notwendig. Die in der Eröffnungsbilanz aufgenommene Forderung gegen die Gesellschaft in Höhe des zu viel gezahlten Zuschusses von 2.591.543,57 EUR wurde beglichen.

Mit dem Jahresabschluss 2010 weist das Unternehmen ein negatives Jahresergebnis von 2.543.427,11 EUR aus, welches durch Entnahme aus der Kapitalrücklage gedeckt wurde.

Es verbleibt eine Kapitaleinlage in Höhe von 24.000,00 EUR aufgrund eines Grundstücksverkaufs der Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH an die FDH. Somit erhöht sich der Buchwert der Finanzanlage um diese Summe.

~ Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft GmbH - FWA 90,5 %

Der Anteil an der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH wurde in der Eröffnungsbilanz nach der vereinfachten Eigenkapital-Spiegel-Methode bewertet, dabei werden erwirtschaftete Gewinne und Verluste nicht berücksichtigt. Somit erfolgte keine Anpassung des Finanzanlagebuchwertes. Anhaltspunkte für eine Anpassung des Wertes sind nicht bekannt.

~ Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft
der Stadt Frankfurt (Oder) mbH - 100 %

Die Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft der Stadt Frankfurt (Oder) mbH wurde in der Eröffnungsbilanz trotz des bilanziell ausgewiesenen Eigenkapitals mit einem beizulegenden Wert von 1,00 EUR erfasst.

Der wirtschaftliche Zustand der Gesellschaft wurde nicht verändert eingeschätzt, so dass eine Korrektur des Wertes im Jahr 2010 nicht erfolgte.

~ Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) - TeGeCe 100 %

Aus dem steuerlichen Einlagekonto erhielt die Stadt Frankfurt (Oder) 2010 eine Ausschüttung von 403.940,00 EUR, welche für den Schuldendienst der Kreditaufnahme zum ursprünglichen Ankauf des Unternehmens diente.

Mit dem Jahresabschluss 2010 wird nach Ausschüttung ein Bilanzgewinn von 4.406.393,94 EUR ausgewiesen.

Das Unternehmen ist für die Bilanz der Stadt mit Anschaffungskosten bewertet. Es erfolgt somit keine Anpassung des Buchwertes. Anhaltspunkte für Wertminderungen und damit für eine Korrektur des Beteiligungswertes sind nicht ersichtlich.

~ Messe und Veranstaltungs GmbH - MuV 100 %

Für die Ermittlung des Beteiligungswertes konnten die historischen Anschaffungskosten ermittelt werden. Somit erfolgte keine Anpassung des Finanzanlagewertes für die städtische Bilanz.

Wertminderungstatbestände waren zum Stichtag nicht ersichtlich.

~ Business and Innovation Centre Frankfurt (Oder) GmbH - BIC 50,45 %

Der Jahresabschluss 2010 weist einen Jahresüberschuss von 4,9 TEUR aus. Der Wert des Anteils an der Business and Innovation Centre Frankfurt (Oder) GmbH wurde anhand der Eigenkapital-Spiegel-Methode ermittelt. Gewinne und Verluste werden dabei nicht berücksichtigt, so dass keine Anpassung des Finanzanlagewertes in der Bilanz der Stadt erfolgte.

Wertminderungstatbestände waren zum Stichtag nicht ersichtlich.

~ Investor Center Ostbrandenburg GmbH - ICOB 96,5 %

Mit dem Jahresabschluss 2010 weist das Unternehmen einen Jahresfehlbetrag von 9.212,73 EUR aus, welcher durch Entnahme aus der Kapitalrücklage gedeckt wurde.

Der Beteiligungswert zur Eröffnungsbilanz ist trotz Vorliegen von Anschaffungskosten von 612.800 EUR auf den städtischen Anteil des Stammkapitals in Höhe von 48.250,00 EUR beigelegt. Hintergrund hier ist die existenzerhaltende Abhängigkeit von Drittmitteln.

Die Erhöhung des Buchwertes in Höhe der Einzahlung des Gesellschafters in die Kapitalrücklage von 25.600,00 EUR ist vor diesem Hintergrund zu überdenken und ggf. mit dem Jahresabschluss 2011 zu korrigieren.

1.3.3. Mitgliedschaft in Zweckverbänden

Die Stadt hat gemäß § 57 Absatz 3 Nr. 1.3.3. die Bilanzierung von Mitgliedschaften in Zweckverbänden als Finanzanlage auszuweisen. Ein kommunaler Zweckverband ist in der Regel ein Zusammenschluss von Gebietskörperschaften zur eigenverantwortlichen Erfüllung öffentlicher Aufgaben nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg.

Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) ist Mitglied im Zweckverband „**Niederlausitzer Studieninstitut für kommunale Verwaltung**“ (NLSI). Er ist von seinen Trägern mit Aufgaben rund um die Aus- und Fortbildung von Angestellten, Beamten und Arbeitern der Verwaltungen betraut worden.

Entsprechend der Satzung des NLSI erfolgte keine Eigenkapitalausstattung durch die Mitgliedsgemeinden. Der Verband finanziert sich durch Umlagen. In der Eröffnungsbilanz wurde die Mitgliedschaft der Stadt Frankfurt (Oder) mit einem Erinnerungswert von 1,00 EUR aufgenommen.

Eine Bilanzierung des Zweckverbandes Sparkasse Oder-Spree in der Eröffnungsbilanz erfolgte nicht, da gemäß § 36 des Brandenburgischen Sparkassengesetzes seit dem 19.07.2005 die Gewährträgerhaftung entfallen ist und somit kein eigentumsgleiches Recht mehr besteht.

Der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes im Prüfbericht der Eröffnungsbilanz auch diese Mitgliedschaft mit einem Erinnerungswert zu erfassen wird gefolgt. Eine Umsetzung dessen wird mit der Jahresrechnung 2011 vorgenommen.

Für nachfolgende Zweckverbände besteht eine Pflichtmitgliedschaft:

- Gewässer- und Deichverband „Oderbruch“ - Sitz Seelow
- Wasser- und Bodenverband „Schlaubetal/Oderauen“ - Sitz Eisenhüttenstadt
- Wasser- und Landschaftspflegeverband „Untere Spree“ - Sitz Steinhöfel/ OT Hasenfelde.

Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) hat keine Einlagen eingebracht und hält keine Beteiligungen. Es gehen jährliche Beitragsbescheide ein.

In Anlehnung an entsprechende Ausführungen des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern gehören die oben aufgeführten Gewässerunterhaltungsverbände zu den sondergesetzlich gegründeten Verbänden und sind damit nicht zu bilanzieren.

A. 1.3.4. Anteile an sonstigen Beteiligungen

Es werden folgende Anteile an sonstigen Beteiligungen ausgewiesen:

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
- AKS Aqua-Kommunal-Service GmbH	39.471,73	39.471,73	-
- VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	7.700,00	7.700,00	-
- Flugplatzgesellschaft Eisenhüttenstadt/ Frankfurt (Oder) mbH	1,00	1,00	-
1.3.4. Anteile an sonstigen Beteiligungen	47.172,73	47.172,73	-

- Aqua-Kommunal-Service GmbH - AKS 16,8 %

Die Bilanzierung der Finanzanlage erfolgte nach Anschaffungskosten.

Wertänderungstatbestände waren zum Stichtag nicht ersichtlich.

- VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH - 1,85 %

Die Bilanzierung der Finanzanlage erfolgte nach Anschaffungskosten. Damit ergäbe sich rechnerisch ein Anteil von 6.000,00 EUR. Die fehlerhafte Aufnahme eines zu einem

früheren Zeitpunkt bestehenden Anteils wurde vom Fachbereich bisher nicht korrigiert. Der Wert ist damit im Jahr 2011 um -1.700 EUR zu bereinigen.

Weitere Wertänderungstatbestände sind zum Stichtag nicht bekannt.

- Flugplatzgesellschaft Eisenhüttenstadt/ Frankfurt (Oder) mbH - 48 %

Die Anteile an der Flugplatzgesellschaft Eisenhüttenstadt/ Frankfurt (Oder) mbH wurden zum 01. Januar 2010 mit einem beizulegenden Wert von 1,00 EUR angesetzt. Hintergrund ist die Einschätzung einer äußerst geringen Werthaltigkeit des Unternehmens. Die jährlichen Zuschüsse haben existenziellen Charakter.

A. 1.3.5. Wertpapiere des Anlagevermögens

Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) hält und erwarb 2010 keine Wertpapiere, die hier zu bilanzieren wären.

A. 1.3.6. Ausleihungen

Ausleihungen sind Forderungen gegen Dritte, die durch Hingabe von Kapital erworben werden. Sie sind analog zur Eröffnungsbilanz mit dem Rückzahlungsbetrag erfasst.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
1.3.6.1. an Sondervermögen (EB Sportzentrum)	-	350.000,00	350.000,00
1.3.6.2. an verbundene Unternehmen			
- Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft Frankfurt (Oder) mbH	99.591,98	347.318,97	247.726,99
1.3.6. Ausleihungen	99.591,98	697.318,97	597.726,99

Die Ausleihung an den **Eigenbetrieb Sportzentrum Frankfurt (Oder)** erfolgte im Rahmen der Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes; konkret der Maßnahme Erweiterung des zum Sportzentrum und Olympiastützpunkt Frankfurt (Oder) gehörenden Schießzentrums.

Die Projektförderung betrug 90 Prozent, welche aus Bundes- und Landesmitteln im Durchführungszeitraum 2009 - 2011 zur Verfügung gestellt wurde. Die Bereitstellung des kommunalen Eigenmittelanteils von 10 Prozent erfolgte ebenfalls über das Konjunkturpaket II, als unbedingt rückzahlbare Zuwendung.

Da die Bauabwicklung vollständig über die Bücher des Eigenbetriebs erfolgte, wurde der geförderte Eigenanteil von der Stadt an den Eigenbetrieb mittels Rückzahlungsvereinbarung zur Verfügung gestellt.

In 2011 werden weitere Mittel an den Eigenbetrieb ausgezahlt (Gesamtsumme: 515.000,00 EUR). Die Rückzahlung erfolgt in Raten bis zum Jahr 2017, analog zur

Darlehensverpflichtung der Stadt gegenüber der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB).

Zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen wurden nach 2009 auch mehrere Ausleihungen an die **Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft Frankfurt (Oder) mbH** gegeben. Inwieweit eine vollständige Rückzahlung an die Stadt in künftigen Jahres erfolgt kann aufgrund der prekären wirtschaftlichen Lage des Unternehmens (Beteiligungsbuchwert auf 1,00 EUR abgewertet) derzeit nicht eingeschätzt werden.

A.2. UMLAUFVERMÖGEN

A.2.1. VORRÄTE

Vorräte sind Waren und Güter, die nicht zum Geschäftsbedarf der Verwaltung, der Bewirtschaftung der Grundstücke oder der Haltung von Fahrzeugen gehören, sondern zum Verzehr und Verbrauch oder zur Verarbeitung in Betriebszweigen der Verwaltung.

Vorräte wurde gebildet für:

- Druckmaterial (Toner) und
- Sandsäcke im Bereich Katastrophenschutz.

Grundstücke in Entwicklung zählen ebenfalls zum Umlaufvermögen.

Bei den Grundstücken in Entwicklung, solche Grundstücke, die nicht auf Dauer der kommunalen Aufgabenerledigung dienen sollen, wird auf die Erfassung zum Niederstwertprinzip im Rahmen der Aufstellung der Eröffnungsbilanz verwiesen.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
2.1.1. Grundstücke in Entwicklung	9.125.965,77	9.109.282,79	- 16.682,98
~ unbebaute Grundstücke - Konversionsflächen	107.301,00	107.301,00	-
~ Städtebauliche Entwicklungsgebiete	1.442.543,00	1.442.543,00	-
~ Sonstige Grundstücke in Entwicklung	706.513,01	706.513,01	-
~ Grundstücke in Entwicklung - Veräußerungsabsicht	6.868.120,52	6.851.459,46	- 16.661,06
~ Straßenbaulastim Übergang - Zensus	126,00	126,00	-
~ Wasserwirtschaftliche Anlagen - Übergabe FWA	1.362,24	1.340,32	- 21,92
2.1.2. Sonstiges Vorratsvermögen	49.106,20	39.523,24	- 9.582,96
2.1. Vorräte	9.175.071,97	9.148.806,03	- 42.948,92

Besonderheit zur Übertragung der Baulast von Straßen, Brücken und Stützwänden

Gemäß § 5 Abs. 2 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) wechselt die Straßenbaulast für Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen per Gesetz von der Gemeinde auf den Bund, wenn bei der Volkszählung die Einwohnerzahl unter 80.000 Einwohner festgestellt wurde. Zeitpunkt des Wechsels ist der Beginn des dritten Haushaltsjahres nach dem Jahr der Volkszählung.

Mit dem Zensus (letzte Volkszählung) wurde eine Einwohnerzahl von Frankfurt (Oder) unter 80.000 Einwohner festgestellt. Der Zeitpunkt des Überganges ist per Gesetz der 01.01.2014.

Mit dem Wechsel der Straßenbaulast gehen gem. § 6 Abs. 1 Satz 1 FStrG das Eigentum des bisherigen Straßenbaulastträgers an der Straße und an den dazugehörigen Anlagen (vgl. § 1 Abs. 4 FStrG, z. B. Straßenkörper, Brücken, Durchlässe, Entwässerungsanlagen, Luftraum, Verkehrszeichen, LSA etc.) sowie alle Rechte und Pflichten, die mit der Straße im Zusammenhang stehen, ohne Entschädigung auf den neuen Straßenbaulastträger über.

Aufgrund der Gewissheit des deutlichen Unterschreitens des für den Wechsel der Baulast maßgeblichen Einwohnerzahl (im Zuge des Zensus) wurden die entsprechenden Straßen/ Straßenabschnitte und die Brücken und Stützwände mit einem Erinnerungswert von jeweils einem Euro im Umlaufvermögen erfasst.

Wasserwirtschaftliche Anlagen

Wasserwirtschaftliche Anlagen und Leitungen, welche getrennt vom Straßenvermögen erfasst sind, wurden im Umlaufvermögen bilanziert, da diese mittelfristig aus dem Vermögen der Stadt herausgelöst und an die FWA übergeben werden. Eine Übertrag und in 2010 hat nicht stattgefunden.

Hochwasserschutz

Gemäß § 126 Abs. 3 Satz 3 Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG) i. V. m. § 125 BbgWG ist das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) als Wasserwirtschaftsamt des Landes Brandenburg für die Unterhaltung, die Bedienung und den Ausbau der Hochwasserschutzanlagen einschließlich der dazugehörigen wasserbaulichen Anlagen zuständig.

Auf dieser Grundlage ist eine unentgeltliche Übertragung der Hochwasserschutzanlagen an das Land Brandenburg (LUGV) geplant. Das Vermögen wurde nach dem Niederstwertprinzip mit jeweils 1 Euro Erinnerungswert in die Eröffnungsbilanz im Umlaufvermögen erfasst.

A.2.2. FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Forderungen sind in den Personenkonten mit dem Nennwert erfasst.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
2.2.1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	9.202.810,76	10.612.501,19	1.409.690,43
2.2.2. Privatrechtliche Forderungen	3.686.705,92	972.844,48	- 2.713.861,44
2.2.3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.273.848,10	1.225.939,85	- 47.908,25
2.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14.163.364,78	12.811.285,52	- 1.352.079,26

Die Bilanz soll die realistische Vermögenslage der Stadt widerspiegeln. In Anwendung des Niederstwertprinzips wurden Wertberichtigungen vorgenommen, um diese mit ihrem niedrigeren, beizulegenden Wert anzusetzen. Bei der Bemessung der Wertberichtigungen sind alle vorhersehbaren Risiken und Verluste, die bis zum Bilanzstichtag realisiert wurden, berücksichtigt.

Forderungen mit einem Alter (Fälligkeit) von über zwei Jahren werden als uneinbringliche Forderungen eingestuft. Für uneinbringliche Forderungen wurden pauschale Einzelwertberichtigungen in Höhe von 100 % gebildet. Davon ausgenommen sind Forderungen an öffentlich-rechtliche Körperschaften.

Auf den Bestand der einbringlichen, nicht pauschal einzelwertberichtigten Forderungen wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 3 % gebildet.

A 2.2.1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
Öffentlich-rechtliche Forderungen			
2.2.1.1. Gebührenforderungen	767.702,07	1.030.020,71	262.318,64
2.2.1.2. Beitragsforderungen	337.271,11	459.473,68	122.202,57
2.2.1.3. Wertberichtigungen auf Gebühren und Beiträge	- 413.331,04	- 432.744,66	- 19.413,62
2.2.1.4. Steuerforderungen	3.956.324,91	4.802.028,13	845.703,22
2.2.1.5. Transferleistungsforderungen	924.776,83	1.253.965,80	329.188,97
2.2.1.6. Sonstige ö-r Forderungen	4.439.581,90	4.838.819,44	399.237,54
2.2.1.7 Wertberichtigungen	- 809.515,02	- 1.339.061,91	- 529.546,89
2.2.1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	9.202.810,76	10.612.501,19	1.409.690,43

Einen Überblick über die Restlaufzeiten der Forderungen enthält die Anlage VI.3. - Forderungsübersicht, die den Unterlagen zur Jahresabschluss beiliegt. Hierauf wird verwiesen.

A. 2.2.2. Privatrechtliche Forderungen

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
Privatrechtliche Forderungen			
2.2.2.1. gegenüber dem privaten und öffentlichen Bereich	1.132.158,40	910.521,81	- 221.636,59
2.2.2.2. gegen Sondervermögen	4.541,65	14.220,71	9.679,06
2.2.2.3. gegen verbundene Unternehmen	2.807.230,42	226.210,89	- 2.581.019,53
2.2.2.4. gegen Zweckverbände	-	-	-
2.2.2.5. gegen sonstige Beteiligungen	11.999,90	11.999,90	-
2.2.2.6 Wertberichtigungen	- 269.224,45	- 190.108,83	79.115,62
2.2.2. Privatrechtliche Forderungen	3.686.705,92	972.844,48	- 2.713.861,44

Der erhebliche Rückgang der privatrechtlichen Forderungen ist überwiegend auf eine in der Eröffnungsbilanz enthaltene Forderung gegen die Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH zurückzuführen. Hierzu wird an dieser Stelle auf die Ausführungen zum Finanzanlagevermögen im Punkt A.1.3.2. verwiesen.

Einen Überblick über die Restlaufzeiten der Forderungen enthält die Anlage VI.3. - Forderungsübersicht, die den Unterlagen zur Jahresabschluss beiliegt. Hierauf wird verwiesen.

A. 2.2.3. Sonstige Vermögensgegenstände

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
- Forderungen gegen Treuhänder	1.061.785,79	1.061.785,79	-
- Übrige Forderungen	212.062,31	164.154,06	- 47.908,25
2.2.3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.273.848,10	1.225.939,85	- 47.908,25

Die Forderungen gegen Treuhänder resultieren aus der Bewirtschaftung bzw. Abwicklung der Sanierungsgebiete bzw. der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen. Die Aufarbeitung der Abrechnungen 2010 konnte vom Fachamt nicht abschließend erfolgen. Dies wird mit dem Jahresabschluss 2011 nachgeholt.

A. 2.3. WERTPAPIERE DES UMLAUFVERMÖGENS

Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) hält und erwarb 2010 keine Wertpapiere, die hier zu bilanzieren wären.

A. 2.4. KASSENBESTAND, BUNDESBANKGUTHABEN, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN UND SCHECKS

Die Bestände sind zum Eröffnungsbilanzstichtag mit ihrem Nennwert bewertet. Eine Saldierung von Guthaben und Verbindlichkeiten ist dabei nicht zulässig.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
Guthaben bei Kreditinstituten	4.667.444,38	4.364.972,72	- 302.471,66
Kassenbestände	32.728,28	33.612,46	884,18
2.4. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	4.700.172,66	4.398.585,18	- 301.587,48

Guthaben bei Kreditinstituten

Der Wert beinhaltet Guthaben auf Geschäftsgiro- und Kontokorrentkonten der Stadt in Höhe von € 4.110.879,48 sowie Guthaben auf von Verwaltern im Namen der Stadt geführten Bankkonten in Höhe von € 556.564,90.

Kassenbestand

Der Kassenbestand betrifft Barkassen, Kassenautomaten, Handvorschusskassen und Einnahmekassen mit einem Bestandsausweis in Höhe von 33.612,46 EUR.

A.3. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (aRAP) unterliegen nicht den klassischen Bewertungsvorschriften, da es sich nicht um Vermögensgegenstände, sondern lediglich um Abgrenzungsposten zur Gewährleistung der periodengerechten Zuordnung von Aufwendungen handelt.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind zum Bilanzstichtag mit dem Teilbetrag der geleisteten Auszahlungen angesetzt, welcher der aufwandswirksamen Zuordnung im Zeitraum nach dem 31. Dezember 2010 entspricht.

Grundsätzlich werden folgende Sachverhalte ausgewiesen:

- ~ von der Stadt Frankfurt (Oder) vor dem 31. Dezember 2010 an Dritte geleistete Investitionszuschüsse, sofern diese Zuschüsse einen Vermögensgegenstand bei einem Dritten förderten, mit einer mehrjährigen Zweckbindung oder einer Gegenleistungsverpflichtung des Zuwendungsempfängers verbunden sind,
- ~ von der Stadt Frankfurt (Oder) vor dem 31. Dezember 2010 geleistete Auszahlungen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit ab diesem Tag darstellen.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
Abgrenzung aus			
- Auszahlungen der Verwaltungstätigkeit	2.407.030,88	2.754.898,55	347.867,67
- geleisteten Investitionszuwendungen an			
◦ verbundene Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen	5.718.965,60	7.875.884,40	2.156.918,80
◦ sonstige öffentliche Sonderrechnungen	99.661,32	92.119,90	- 7.541,42
◦ private Unternehmen	-	15.338,02	15.338,02
◦ übrige Bereiche	8.286.067,79	7.736.717,25	- 549.350,54
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	16.511.725,59	18.474.958,12	1.963.232,53

Rechnungsabgrenzungsposten aus Auszahlungen aus der Verwaltungstätigkeit

Bei den wesentlichen Positionen der zum Bilanzstichtag abgegrenzten Auszahlungen handelt es sich um die Bereiche

Immobilienmanagement	224.630,08 EUR
Schulträgeraufgaben	116.859,97 EUR
Soziales und Jugend	2.224.470,45 EUR
Straßen und Brücken	53.044,50 EUR

Rechnungsabgrenzungsposten aus geleisteten Investitionszuwendungen

Die an Dritte ausgereichten Zuwendungen erreichen zum Bilanzstichtag einen Gesamtwert von **15.720.059,57 EUR**.

Allein 50 Prozent davon bestehen bei den mit der Stadt verbundenen Unternehmen, Eigenbetrieben und Gesellschaften.

Der Zuwachs 2010 resultiert überwiegend aus einem Investitionszuschuss an das verbundene Unternehmen Stadtverkehrsgesellschaft mbH Frankfurt (Oder) (SVF) in Höhe von 1.724.772,89 EUR. Das überplanmäßig gute Ergebnis der Stadtwerke Frankfurt (Oder) mbH wirkte sich positiv auf die Finanzierung des Querverbundes aus. Zusätzlich zu dem im 2010 geplant gezahlten Investitionszuschuss an die die SVF in Höhe von 300.000 EUR wurde ein Betrag von 1.424.772,89 EUR für Investitionen 2011-2015 bereitgestellt.

Die übrigen ca. 50 Prozent des Bestandes an Investitionszuwendungen betreffen städtebauliche Maßnahmen; die Sanierungsgebiete Altberesinchen, Südliche Fischerstraße / Walter-Korsing-Straße und Gubener Straße / Lindenstraße und die ehemalige Altstadt.

Städtebauliche Maßnahme	EÖB 01.01.2010	31.12.2010
SG Gubener Straße/ Lindenstraße	3.426,2 TEUR	3.151,8 TEUR
SG Südl. Fischerstraße/ Walter-Korsing-Straße	1.175,6 TEUR	1.083,6 TEUR
Städtische Wohneigentumsförderung	41,1 TEUR	14,6 TEUR
SG Altberesinchen	3.277,4 TEUR	3.010,4 TEUR
Ehemalige Altstadt	160,3 TEUR	236,9 TEUR
	8.080,6 TEUR	7.497,3 TEUR

P. BILANZIERUNG UND BEWERTUNG DER KONKRETEN PASSIVPOSTEN

P.1. EIGENKAPITAL

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
1.1. Basis-Reinvermögen	306.453.184,80	269.175.027,91	- 37.278.156,89
1.2. Rücklagen aus Überschüssen	-	626.323,90	626.323,90
1.3. Sonderrücklage	-	-	-
1.4. Fehlbetragsvortrag	-	- 9.524.422,14	- 9.524.422,14
1. Eigenkapital	306.453.184,80	260.276.929,67	- 46.176.255,13

P.1.1. BASIS-REINVERMÖGEN

Das Basis-Reinvermögen ergab sich im Rahmen der Eröffnungsbilanz rechnerisch als Differenz zwischen den zum Eröffnungsbilanzstichtag ermittelten Aktiva (Vermögen der Stadt) und den übrigen Passiva (Rücklagen und Schulden).

Der Vermögensvortrag erfolgte im Produktbereich der Allgemeinen Finanzwirtschaft.

Mit Jahresabschluss 2010 wurden in Anwendung des § 141 Absatz 21 BbgKVerf Wertberichtigungen von EÖB-Bilanzpositionen vorgenommen, das Basisreinvermögen um diese Änderungen angepasst.

Eine detaillierte Übersicht aller Korrekturen enthält zusammen mit näheren Erläuterungen die Anlage 4 zum Anhang.

P.1.2. RÜCKLAGEN AUS ÜBERSCHÜSSEN

Die Rücklage aus Überschüssen splittet sich nochmals auf. Es wird die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses getrennt von der Rücklage des außerordentlichen Ergebnisses ausgewiesen.

Die Ergebnisrechnung weist im **ordentlichen Ergebnis** einen Fehlbetrag aus. Ein Überschuss wird damit an dieser Stelle nicht ausgewiesen.

Das **außerordentliche Ergebnis** werden Geschäftsvorfälle erfasst, die Veräußerung von Grundstücken, grundstückgleichen Rechten, Bauten und Finanzanlagevermögen betreffen oder die auf unvorhersehbaren, seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen beruhen und von wesentlicher Bedeutung für die Stadt sind.

Die Ergebnisrechnung 2010 weist einen **Überschuss von 626.323,90 EUR** aus. Dieser wurde der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

P.1.4. FEHLBETRAGSVORTRAG

Fehlbeträge aus kameraleen Vorjahren werden nicht ausgewiesen. Sie finden Ausdruck in den Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Kassenkrediten. Doppische Fehlbeträge ab 2010, die nicht durch Verrechnung mit Rücklagen aus Überschüssen ausgeglichen werden konnten, werden an dieser Stelle erfasst.

In Anlehnung an den Punkt P 1.2. - Rücklagen aus Überschüssen wird in der Bilanz auch beim Fehlbetrag nach ordentlichem und außerordentlichem Ergebnis unterschieden.

Die Ergebnisrechnung weist im **ordentlichen Ergebnis** einen **Fehlbetrag von 9.524.422,14 EUR** aus. Dieser wurde dem Fehlbetragsvortrag aus dem ordentlichen Ergebnis zugeführt.

Ein Fehlbetrag des **außerordentlichen Ergebnisses** ist 2010 nicht zu verzeichnen.

P.1.3. SONDERRÜCKLAGE

Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) bildete keine Sonderrücklagen, die an dieser Stelle auszuweisen wären.

P.2. SONDERPOSTEN

Gemäß § 47 Absatz 4 KomHKR sind erhaltenen Investitionszuschüsse Dritter sowie Erschließungs- und Straßenausbaubeiträge und Baukostenzuschüsse Dritter als Sonderposten zwischen Eigenkapital und Rückstellungen zu passivieren.

Die Auflösung ist entsprechend der Wertentwicklung des jeweils bezuschussten Vermögensgegenstandes vorzunehmen.

Die investiven Schlüsselzuweisungen nach ehemals Gemeindefinanzierungsgesetz Brandenburg und nun nach BbgFAG werden über einen Zeitraum von 20 Jahren aufgelöst. Eine investitionsscharfe Zuordnung ist nicht gegeben.

Diese Vereinfachung gilt gem. § 670Abs 3 KomHKV nur für die Eröffnungsbilanz.

Sie gilt nicht für die Investitions- und Investitionsfördermaßnahmen, für deren Deckung investive Schlüsselzuweisungen maßnahmebezogen zugeordnet wurden und sie gilt nicht für die laufende doppische Haushaltsführung.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
2.1. Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	244.326.239,97	237.842.253,85	- 6.483.986,12
2.2. Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten- und Investitionszuschüssen	3.176.842,43	3.672.406,15	495.563,72
2.3. Sonstige Sonderposten	3.844.106,86	39.547.602,92	35.703.496,06
2. Sonderposten	251.347.189,26	281.062.262,92	29.715.073,66

P. 2.1. SONDERPOSTEN AUS ZUWEISUNGEN DER ÖFFENTLICHEN HAND

Der Sonderposten für investive Schlüsselzuweisungen wurde in Höhe von 78.675.125,68 € gebildet. Darüber hinaus wurden weitere Sonderposten aus Zuweisungen des Bundes und des Landes bzw. der sonstigen öffentlichen Hand erfasst und bewertet.

Art des Sonderpostens	EÖB 01.01.2010 in TEUR	31.12.2010 in TEUR

~ Sonderposten aus Zuweisungen - Bund - anlagebezogen	1.058,1	998,7
~ investive Schlüsselzuweisung bis 2009 - pauschal	78.675,1	69.175,5
~ investive Schlüsselzuweisung 2010 - anlagebezogen	0,0	909,8
~ Sonderposten „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“	961,7	961,7
~ Sonderposten mit Anlagebezug	163.631,3	166.758,3

Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	244.326,2	237.842,3

P. 2.2. SONDERPOSTEN AUS BEITRÄGEN, BAUKOSTEN- UND INVESTITIONSZUSCHÜSSEN

Die hier enthaltenen Sonderposten bestehen überwiegend aus Straßenbaubeiträgen und Ausgleichsbeträgen für die Aufwertung von Sanierungsgebieten.

Im Jahr 2010 wurden in den Gemeindestraßen folgende Maßnahmen beitragsseitig abgerechnet oder Vorausleistungsbescheide erstellt:

- Hafensstraße - Oder-Neiße-Radweg
- Lessingstraße - westlicher Parallelweg
- Wendischer Weg/ Sandfurt - Ortsteil Kliestow
- Ortsteil Lichtenberg - diverse Straßen
- Kietzer Gasse

Für die Bundesstraßen waren dies

- Berliner Straße - Ortsteil Booßen
- Berliner Chaussee.

P. 2.3. SONSTIGE SONDERPOSTEN

Bei den sonstigen Sonderposten wurde die Eröffnungsbilanz in Höhe von **25.822.299,23 EUR** korrigiert.

Nacherfasst wurden hauptsächlich in vergangenen Jahren unentgeltlich übergebene oder nach Vertrag rücküberführte Vermögensgegenstände, bei denen zwar der Gegenstand an sich in der Eröffnungsbilanz bewertet wurde, jedoch der dazugehörige Sonderposten vom Fachbereich nicht erfasst war.

Beispiele hierfür sind Straßen, welche von Erschließungsträgern eines Wohngebietes hergestellt und im Rahmen des Erschließungsvertrages nach Abschluss des Gebietes an die Stadt übergeben wurden.

Allein 59 Prozent der Summe betrifft die Liegenschaft Sport in der Kieler Straße, welche mittels Vermögenszuordnungsbescheid von 1994 der Stadt zweckgebunden jedoch unentgeltlich übergeben wurde. Auch dieser Sonderposten war nicht erfasst.

Nähe Erläuterungen zu den einzelnen Geschäftsvorfällen können der Anlage 4 zum Anhang entnommen werden.

Darüber hinaus enthält der Bilanzpunkt erhaltene **Anzahlungen auf Sonderposten** aus Zuweisungen vom Land. Als Anzahlungen auf Sonderposten gelten Zuwendungen so lange, bis der geförderte Vermögensgegenstand mit der Herstellung des betriebsbereiten Zustands aktiviert (Beendigung der „Anlage im Bau“) wird. Der entsprechende Sonderposten wird dann in Anwendung des § 47 Absatz 4 KomHKR passiviert.

P. 3. RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen wurden grundsätzlich in Höhe des nach vernünftiger Beurteilung wahrscheinlichen Betrages der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet.

Betreffend die nach § 48 Abs. 1 Nr. 9 KomHKV zu bildenden Rückstellungen wird eine Einzelfallwertgrenze von 10.000 EUR festgelegt, ab der Rückstellungen bei entsprechender Kenntnis der Geschäftsvorfälle zu bilden sind.

Ausgenommen werden Rückstellungen für geleistete Überstunden bzw. Gleitzeitüberhänge. Hier ist unabhängig von der Betragsgröße eine Rückstellung zu bilden.

Rückstellungen für sonstige Verpflichtungen unter 10.000 EUR können gebildet werden.

Nachfolgend werden spezielle Ansatz- und Bewertungsgrundlagen der für die Bildung von Rückstellungen wesentlichen Sachverhalte aufgeführt. Für andere gebildete Rückstellungen gelten die allgemein aufgeführten Grundsätze sowie weiterführende Regelungen der Bewertungsrichtlinie Buchvermögen der Stadt Frankfurt (Oder) zur Erstellung der Eröffnungsbilanz.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
3.1. Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach beamtenrechtl. Bestimmungen	4.647.017,00	5.441.329,99	794.312,99
Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen	875.601,00	999.302,00	123.701,00
Rückstellungen für Lohn- und Gehaltszahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen	10.245.573,58	10.645.548,23	399.974,65
3.2. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen	-	424.045,50	424.045,50
3.3. Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	1.559.055,00	1.445.000,01	- 114.054,99
3.4. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	-	-	-
3.5. Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	144.673,55	-	- 144.673,55
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	1.404.725,51	1.182.933,70	- 221.791,81
Rückstellungen für sonstige Verpflichtungen, die vor dem Bilanzstichtag wirtschaftlich begründet wurden und die dem Grunde oder der Höhe nach noch nicht genau bekannt sind, sofern der zu leistende Betrag nicht geringfügig ist	15.664.155,79	15.828.535,29	164.379,50
3. Rückstellungen	34.540.801,43	35.966.694,72	1.425.893,29

P. 3.1. RÜCKSTELLUNGEN FÜR PENSIONEN UND ÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN

Pensionsverpflichtungen nach den beamtenrechtlichen Bestimmungen

Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) ist Pflichtmitglied im Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg und leistet für die Versorgung der Beamten aufwandswirksame Beiträge. Dennoch ist die Bildung von Pensionsrückstellungen verpflichtend.

Die Bewertung der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach beamtenrechtlichen Bestimmungen erfolgte auf Grundlage des § 2 Abs. 4 KVBBG durch das Sachverständigenbüro Rüss, Dr. Zimmermann und Partner (GbR). im Auftrag des Kommunalen Versorgungsverbandes.

Die Pensionsrückstellungen wurden gebildet für Versorgungs- und Beihilfeansprüche für aktive und ehemalige Beamte.

Die Stände per 31.12.2010 gliedern sich wie folgt auf

Pensions- und Beihilferückstellungen	EÖB inkl. Korrekturen	Wechsel aktiver/ passiver Dienst	Zuführung	Inanspruchnahme	Stand 31.12.2010
	€	€	€	€	€
Pensionen	4.647.017,00		1.787.494,28	993.181,29	5.441.329,99
davon: aktive Beamte	1.405.196,00	- 498.501,67	126.853,35	745.120,68	288.427,00
Versorgungsempfänger	3.241.821,00	498.501,67	1.660.640,93	248.060,61	5.152.902,99
Beihilfe	875.601,00		263.109,57	139.408,57	999.302,00
davon: aktive Beamte	406.041,00	- 144.045,47	134.684,63	90.447,16	306.233,00
Versorgungsempfänger	469.560,00	144.045,47	128.424,94	48.961,41	693.069,00

Altersteilzeitverpflichtungen

Die Bewertung der Rückstellungen Lohn- und Gehaltsverpflichtungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen erfolgte entsprechend Anlage 5 des BewertL Bbg, Stand 23. September 2009.

Nach Beratung und Recherche zur Haushaltsdurchführung 2010 wurde festgestellt, dass in der Eröffnungsbilanz Altersteilzeitrückstellungen zu niedrig ausgewiesen sind. Nach Ergänzungsberechnung des Fachamtes wurde die Rückstellung in der Eröffnungsbilanz in diesem Bereich um **1.439.628,85 EUR** korrigierend erhöht.

P. 3.2. RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNTERLASSENE INSTANHALTUNG

Rückstellungen im Rahmen der Eröffnungsbilanz wurden für unterlassene Instandhaltungen nicht gebildet, da mit der Bewertung des Anlagevermögens bereits Wertminderungen Berücksichtigung fanden.

Für im Haushaltsjahr 2010 geplante, jedoch unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung, die im folgenden Haushaltsjahr nachgeholt oder fertiggestellt werden sollen, sind Rückstellungen in einer Gesamthöhe von **424.045,50 EUR** gebildet.

Bei den einzelnen Positionen der zum Bilanzstichtag zu bildenden Instandhaltungsrückstellungen handelt es sich um die Maßnahmen

Kita „Kinderland am Park“ - Rettungsweg

62.158,44 EUR

Kita „Moosgärlein“ - Sanierung Medienleitungen	97.446,85 EUR
Kita „Regenbogen“ - Elektroanierung	40.215,13 EUR
Hort „Coole Kiste“ - Elektro- und Fenstersanierung	115.797,99 EUR
Hort „Erich Kästener“ - Elektroanierung	108.427,09 EUR

P. 3.3. RÜCKSTELLUNGEN FÜR DIE REKULTIVIERUNG UND NACHSORGE VON ABFALLDEPONIE

Für Verpflichtungen aus der Rekultivierung und Nachsorge von Deponien sind Rückstellungen in Höhe der zu erwartenden Gesamtkosten im Zeitpunkt der Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen gebildet worden. In Frankfurt (Oder) werden Beträge für die Rekultivierung und Nachsorge der Siedlungsabfalldeponie und der Bauschuttdeponie rückstellungsrelevant.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
Rückstellung für die Nachsorge der Siedlungsabfalldeponie	1.392.455,00	1.290.492,12	- 101.962,88
Rückstellung für die Nachsorge der Bauschuttdeponie	166.600,00	154.507,89	- 12.092,11
3.3. Rückstellungen für die Nachsorge von Abfalldeponien	1.559.055,00	1.445.000,01	- 114.054,99

P. 3.4. RÜCKSTELLUNGEN FÜR DIE SANIERUNG VON ALTLASTEN

Es waren keine Vorfälle bekannt, die eine Bildung von Rückstellungen an dieser Stelle erforderlich machten.

P. 3.5. SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

Anhängige Gerichtsverfahren

Rückstellungen wurden in der Eröffnungsbilanz gebildet, soweit eine hinreichende Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme bestand, insbesondere aber in den Fällen, in denen Rechtsmittel eingelegt wurden. Die Höhe der Rückstellung richtete sich nach dem Prozesskostenrisiko, wie es am Bilanzstichtag mit hinreichender Wahrscheinlichkeit bestand.

Eine Rückstellung für Kosten eines Aktivprozesses, in dem ein Schadenersatzanspruch geltend gemacht wird, ist zulässig, wenn der Prozess schwebt und mit Verlusten aus ihm zu rechnen ist. Die Höhe der Rückstellung ist nur nach dem Streitwert am Bilanzstichtag unter Berücksichtigung der in diesem Zeitpunkt angerufenen Instanzen zu berechnen.

Im Jahr 2010 sank die Rückstellungshöhe um 221.791,81 EUR auf **1.182.933,70 EUR**. Hierbei

wurden überwiegend Rückstellungen aufgrund beendeter Auseinandersetzungen Inanspruch genommen oder aufgelöst.

Die zum Stichtag 31.12.2010 anhängigen Gerichtsverfahren konnten durch den Fachbereich mit den vorhandenen Ressourcen nicht überarbeitet werden. Die Anpassung der Rückstellungen ist nunmehr im Folgejahr rückwirkend zusätzlich zum Ergebnis 2011 ergebniswirksam vorzunehmen.

Rückstellungen für sonstige übrige Verpflichtungen

Hierrunter zählen alle übrigen Verpflichtungen, die vor dem Bilanzstichtag wirtschaftlich begründet wurden und die dem Grunde oder der Höhe nach noch nicht genau bekannt sind, sofern der zu leistende Betrag nicht geringfügig ist.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
~ Weitere ungewisse Verpflichtungen, die vor dem Bilanzstichtag wirtschaftlich begründet wurden	541.660,43	662.020,84	120.360,41
~ Rückstellungen für sonstige Verpflichtungen	15.108.004,02	15.166.514,45	58.510,43
~ Steuerrückstellung der Unternehmen des Konsolidierungskreises	14.491,34	-	- 14.491,34
Rückstellungen - sonstige Verpflichtungen	15.664.155,79	15.828.535,29	164.379,50

Die erste Position ist zum Bilanzstichtag um 308.848,30 EUR höher einzuschätzen. Aufgrund eines Buchungsfehlers ist im Bereich Regionalleitstelle Oderland eine Differenz zwischen Inanspruchnahme und Bildung zu korrigieren. Dies ist im Folgejahr 2011 ergebniswirksam zu bereinigen.

Übertragung der Baulast von Straßen, Brücken und Stützwänden

Gem. § 6 Abs. 1a des Bundesfernstraßengesetzes hat der bisherige Träger der Straßenbaulast dem neuen Träger der Straßenbaulast für nicht ordnungsgemäße Unterhaltung bzw. unterlassenen Grunderwerb einzustehen (Zahlung Einstandspflicht).

Da dies bereits mit Erstellung der Eröffnungsbilanz bekannt war, wurde eine notwendige Rückstellung für die Bundesstraßen zum einen und für die Brücken und Stützwände zum Anderen gebildet.

Der Übergang erfolgte 2010 nicht, so dass hier keine Veränderung umzusetzen war.

Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub

Die Bildung der Rückstellung für nicht genommenen Urlaub in der Bilanz wurde in Anlehnung an die Verfahrensweise zur Eröffnungsbilanz unterlassen, da vorhandener Resturlaub mit Stand vom 31.12. in der Regel bis zum 31.März bzw. 31.Mai des Folgejahres in Anspruch und damit abgegolten wird. Eine Inanspruchnahme der Rückstellung und damit Auszahlung in Höhe des nicht genommenen Urlaubs ist von geringer Wahrscheinlichkeit.

Rückstellungen für geleistete Überstunden, Gleitzeitüberhänge

Soweit Arbeitnehmer vor dem Bilanzstichtag mehr als die gemäß Arbeits- oder Tarifvertrag vereinbarte Regelarbeitszeit geleistet haben und der Ausgleich nach diesem Zeitpunkt erfolgt, wurden Rückstellungen für geleistete Überstunden gebildet, da sich die Stadt Frankfurt (Oder) im Erfüllungsrückstand befindet.

Rückstellungen für Gebührenüberdeckungen

Für zu erstattende bzw. zu verrechnende Kostenüberdeckungen der kostenrechnenden Einrichtungen wurden Rückstellungen gebildet. Gemäß § 6 Abs. 3 KAG sind Kostenüberdeckungen spätestens im übernächsten Kalkulationszeitraum auszugleichen, d. h. zur Entgeltentlastung der Abgabenschuldner einzusetzen.

Angesetzt wurden durch die Stadt Frankfurt (Oder) erhobene Benutzungsgebühren oder wiederkehrende Beiträge, die über den tatsächlichen Kosten der Einrichtungen oder Anlagen liegen.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
~ Abfallwirtschaft	-	554.573,57	554.573,57
~ Rettungsdienst	482.302,73	482.302,73	-
~ Stadtreinigung	92.570,89	40.578,26	- 51.992,63
Rückstellungen - Gebührenüberdeckungen	574.873,62	1.077.454,56	502.580,94

Rückstellungen für Restititionen

Für Überschüsse im Rahmen der vorläufigen Bewirtschaftung von Vermögensgegenständen, deren eigentumsrechtliche Zuordnung ungeklärt ist, sind in Höhe der Überschüsse Rückstellungen gebildet worden.

Angesetzt wurde dabei jeweils die Differenz zwischen den von der Stadt vereinnahmten Entgelten aus einem Miet-, Pacht- oder sonstigen Nutzungsverhältnis abzüglich der Betriebskosten, der Kosten auf Grund von Rechtsgeschäften zur Erhaltung des Vermögenswertes und der Verwaltungskosten i. S. v. § 7 Abs. 7 des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen.

Sachverhalte, aus denen sich künftig finanzielle Verpflichtungen ergeben können

Die Mitgliedschaft im KSA (Kommunaler Schadensausgleich) ist nicht in der Bilanz als Finanzanlagevermögen zu aktivieren, sondern lediglich im Anhang anzuführen. Gemäß § 58 Abs. 2 Ziff. 8 KomHKV sind Sachverhalte, aus denen sich künftig finanzielle Verpflichtungen ergeben können, anzugeben. Hierzu zählt die Mitgliedschaft im KSA, der ein nicht rechtsfähiger Zusammenschluss nach § 1 Abs. 3 Nr. 3 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen ist, der dem Ausgleich der Aufwendungen seiner Mitglieder aus Haftpflicht-, Kraftfahrt- und Unfallschäden dient. Bei Auflösung ohne Rechtsnachfolger gemäß § 12 der KSA - Satzung können auf die Mitglieder verschiedene Verpflichtungen zukommen.

P.4. VERBINDLICHKEITEN

Verbindlichkeiten wurden in Anwendung des § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit ihrem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
4.1. Anleihen	-	-	-
4.2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	17.548.504,79	21.485.809,99	3.937.305,20
4.3. Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Kassenkrediten	61.600.000,00	60.600.000,00	- 1.000.000,00
4.4. Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-	-	-
4.5. Erhaltene Anzahlungen	-	836.975,81	836.975,81
4.6. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.550.721,40	4.459.015,16	1.908.293,76
4.7. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.606.883,61	2.243.946,60	637.062,99
4.8. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen	17.551,58	14.089,91	- 3.461,67
4.9. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	945.123,00	1.212.684,49	267.561,49
4.10. Verbindlichkeiten gegenüber Zweckverbänden	557,76	17.669,70	17.111,94
4.11. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Beteiligungen	656,88	2.232,17	1.575,29
4.12. Sonstige Verbindlichkeiten	5.045.100,11	4.270.517,08	- 774.583,03
4. Verbindlichkeiten	89.315.099,13	95.142.940,91	5.827.841,78

Einen Überblick über die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten enthält die Anlage VI.4. - Verbindlichkeitsübersicht, die den Unterlagen zur Jahresabschluss beiliegt. Hierauf wird verwiesen.

P. 4.1. ANLEIHEN

Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) hat keine Verbindlichkeiten aus Anleihen, die hier zu bilanzieren wären.

P. 4.2. VERBINDLICHKEITEN AUS KREDITAUFNAHMEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERMAßNAHMEN

In der nachfolgenden Übersicht werden die einzelnen Schulden aus Krediten dargestellt:

Kredit	Fälligk./ Jahr	Stand 01.01.2010	Aufnahmen 2010	Tilgungen 2010	Schuldenstand per 31.12.2010
<i>Kreditmarkt:</i>					
01	2009	-	-	-	-
02	2021	3.924.969,69	-	259.511,64	3.665.458,05
03	2010	25.564,63	-	25.564,63	-
04	2010	25.564,63	-	25.564,63	-
05	2020	1.364.437,00	-	143.626,00	1.220.811,00
06	2021	1.208.606,88	-	82.100,85	1.126.506,03
07	2021	3.224.399,14	-	223.924,16	3.000.474,98
08	2024	3.563.369,90	-	185.381,42	3.377.988,48
09	2029	-	5.596.650,00	-	5.596.650,00
10		-	199.911,05	-	199.911,05
11		-	355.000,00	-	355.000,00
Zwischensumme:		13.336.911,87	6.151.561,05	945.673,33	18.542.799,59
<i>Schulbaudarlehen:</i>					
Friedrichsgymn.	2010	27.149,59	-	27.149,59	-
3. Grundschule	2010	33.571,44	-	33.571,44	-
1.Real/ 10.Grund	2010	43.908,21	-	43.908,21	-
Gymnasium I	2010	16.730,46	-	16.730,46	-
2. Gesamtsch.	2010	129.466,64	-	129.466,64	-
11. Gesamtsch.	2012	1.185.648,00	-	395.218,00	790.430,00
Gauß-Gymn.1.BA	2011	252.050,00	-	126.022,00	126.028,00
Gauß-Gymn.2.BA	2013	565.453,00	-	161.558,00	403.895,00
Gauß-Gymn.3.BA	2014	675.000,00	-	150.000,00	525.000,00
Gauß Fassade	2013	100.152,00	-	25.038,00	75.114,00
Förderschule	2012	35.513,58	-	24.030,18	11.483,40
2. Realschule	2014	211.950,00	-	42.390,00	169.560,00
Gymnasium I	2019	935.000,00	-	93.500,00	841.500,00
Zwischensumme:		4.211.592,92	-	1.268.582,52	2.943.010,40
Kreditaufnahme gesamt:		<u>17.548.504,79</u>	<u>6.151.561,05</u>	<u>2.214.255,85</u>	<u>21.485.809,99</u>

P. 4.3. VERBINDLICHKEITEN AUS DER AUFNAHME VON KASSENKREDITEN

Ausgewiesen sind die sonstige Einlagen bei der SEB Bank (Tagegeld) in Höhe von 60.600.000,00 EUR.

Zur Aufrechterhaltung der Kassenliquidität war 2010 die Verstärkung des Kassenbestandes durch weitere Aufnahmen von Kassenkrediten erforderlich. Die Aufnahme erfolgte ausschließlich in Form von Kontokorrentkrediten, so dass am Ende des Haushaltsjahres 2010 die Inanspruchnahme des Kassenkredites bei insgesamt 60.600.000,00 € lag.

P. 4.4. VERBINDLICHKEITEN AUS RECHTSGESCHÄFTEN, DIE KREDITAUFNAHMEN WIRTSCHAFTLICH GLEICHKOMMEN

Insbesondere für den Beteiligungsbereich der Gemeinden werden Bürgschaften, Patronatserklärungen, Verlustübernahmen etc. vereinbart. Zum Bilanzstichtag war eine Inanspruchnahme nicht hinreichend wahrscheinlich und es lagen keine Voraussetzungen für eine Verbindlichkeit vor, so dass hier kein Ausweis erfolgt.

Nachrichtlich:

Übersicht über die Bürgschaften und bürgschaftsähnlichen Rechtsgeschäfte zugunsten von Eigen- und Beteiligungsgesellschaften der Stadt Frankfurt (Oder)

Angaben in TEUR

Unternehmen	lfd. Nr.	Genehmigung erteilt am:	Betrag in TEUR	Schuldenstand der vorherigen Kredite in TEUR		Gesellschaftsanteile der Stadt
				per 01.01.10	per 31.12.10	
Stadtverkehrsgesellschaft mbH Ffo.	1	29.09.1994	11.146,2	4.024,3	3.598,4	Übergang in die Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH
	2	16.05.2000	6.442,3	268,4	-	
FWA mbH Ffo.	3	08.01.1996	19.556,6	12.672,7	11.890,5	90,5%
	4	18.12.1998	-	39.346,6	37.302,7	
Wohnungswirtschaft GmbH Frankfurt (Oder)	5	19.06.1995	6.209,7	3.260,1	2.949,6	100,0%
	6	29.06.1995	190,0	99,7	90,2	
	7	21.12.1998	2.658,7	1.875,2	1.780,0	
Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH	8	urspr. 17.08.1998	unbegrenzt	5.709,4	3.493,8	100,0%
	9	urspr. 17.08.1998	23.744,0	16.844,0	14.985,2	
	10	07.12.2004	3.446,0	2.364,5	2.176,2	
Gesamtbetrag:				<u>86.465,0</u>	<u>78.266,6</u>	

P. 4.5. ERHALTENE ANZAHLUNGEN

Die Position erhaltene Anzahlungen bezieht sich auf städtebauliche Maßnahmen. Im Vorhaben Soziale Stadt, in den Sanierungsgebieten Ehemalige Altstadt und Gubener Straße sowie im Bereich Stadtumbau bekam die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) zweckgebundene Drittmittel, welche zum Bilanzstichtag noch nicht vollständig verwendet waren.

P. 4.6. VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhalten Eingangsrechnungen, die in ihrer Leistungserbringung dem Jahr 2010 zuzurechnen sind, bei denen jedoch die Fälligkeit in Folgejahren liegt.

P. 4.7. VERBINDLICHKEITEN AUS TRANSFERLEISTUNGEN

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen beinhalten Eingangsrechnungen, die in Ihrer Leistungserbringung dem Jahr 2010 zuzurechnen sind, bei denen jedoch die Fälligkeit in Folgejahren liegt.

P 4.8. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER SONDERVERMÖGEN

Da die Verluste der Eigenbetriebe bereits im Beteiligungswert enthalten sind, werden diese nicht als Verbindlichkeit gesondert in der Bilanz ausgewiesen.

P 4.9. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Die Stadt Frankfurt (Oder) hat ihre zu Wohnzwecken dienenden Grundstücke und ihr sonstiges Wohnungsvermögen gemäß Beschluss vom 27.08.1992 auf die WoWi bei gleichzeitiger Schuldübernahme der hierauf entfallenden Altverbindlichkeiten durch die WoWi übertragen. Die bestehenden Altverbindlichkeiten wurden durch die Deutsche Kreditbank AG finanziert.

Im Zusammenhang mit der Übertragung der Grundstücke und des sonstigen Wohnvermögens wurde zwischen der DKB, der Stadt und der WoWi ein Vertrag geschlossen mit einer Gesamtschuld von 294.460.930,33 DM.

Zwischen der Stadt und der WoWi wurde nach Abschluss des Vertrages vereinbart, dass das Unternehmen die Zins- und Tilgungsleistungen übernimmt. Diese Verfahrensweise wurde in vollem Umfang erfüllt. Aus diesem Grund wird die Gesamtschuld inkl. der Zinsleistungen durch die WoWi bilanziert.

Die Gesamtrestsschuld beträgt zum Stichtag 31.12.2009 insgesamt 8.100.867,22 EUR.

Es besteht Einigkeit zwischen der Stadt Frankfurt (Oder) und der WoWi, dass keine buchhalterische Aufnahme der Restschuld bei der Stadt vorgenommen wird, um eine doppelte Erfassung zu vermeiden - siehe Vereinbarung zu den Altverbindlichkeiten vom 21./22. März 2011.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus dem Forfaitierungsvertrag zwischen der HELABA und der FWA mbH werden nicht bilanziell erfasst, sondern lediglich hier im Anhang (siehe Bürgschaften) dargestellt.

Im Jahr 2009 wurde der ursprünglich geplante Betrag an Landesmitteln für den ÖPNV nicht für den Verlustausgleich im Querverbund benötigt. Der Grund dafür lag in dem außerplanmäßig hohen Ergebnis der Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH. Die nicht verwendeten Landesmittel wurden als Verbindlichkeit i.H.v. 442.684,57 EUR vorgetragen. Die Verbindlichkeit wurde in 2010, mit der Verwendung der Landesmittel für den Verlustausgleich im Querverbund 2010, aufgelöst.

P.5. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden vor dem Bilanzstichtag erhaltene Einzahlungen ausgewiesen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit ab diesem Zeitpunkt darstellen.

Sie wurden zum Bilanzstichtag mit dem Teilbetrag der erhaltenen Einzahlung angesetzt, der der ertragswirksamen Zuordnung im Zeitraum nach dem 31.12.2010 entspricht.

Ausgewiesen wird der Bestand an zum Eröffnungsbilanzstichtag erhaltenen Einzahlungen für künftige Haushaltsjahre in Höhe von 3.584107,38 EUR.

Diese setzen sich folgendermaßen zusammen:

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	01.01.2010	31.12.2010	Veränderung
	€	€	€
~ Abgrenzung aus Grabnutzungsentgelten der Friedhofsverwaltung	1.693.334,53	1.458.793,80	- 234.540,73
~ Übrige passive Abgrenzungsposten aus IST-Einzahlungen	259.467,74	1.993.480,87	1.734.013,13
~ Passive Abgrenzungsposten aus Investitionseinzahlungen (Ausgleichsmaßnahmen Bereich öffentliches Grün)	131.832,71	131.832,71	-
5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	2.084.634,98	3.584.107,38	1.499.472,40

Die Abgrenzung der Liegegebühren im Friedhofsbereich orientiert sich nicht am Zeitpunkt der Einzahlungen, sondern am Zeitpunkt der Bescheiderstellung. Die Stadt Frankfurt (Oder) hat demnach eine passive Rechnungsabgrenzung für Erträge aus Liegegebühren auch in den Fällen vorgenommen, in denen die Forderungen bis zum 01. Januar 2010 noch nicht beglichen waren.

Die tatsächliche Veränderung der Posten aus den Grabnutzungsentgelten dieser Bilanzposition in 2010 beträgt **434.299,27 EUR**.

Der Differenzbetrag zum Veränderungswert der Tabelle in Höhe von 668.840,00 EUR beinhaltet negative Eröffnungsbilanzkorrekturen. Für nähere Erläuterungen wird an dieser Stelle auf Anlage 4 zum Anhang verwiesen.

Die Rechnungsabgrenzungsposten wurden in Höhe des Ertrages, der im laufenden Haushaltsjahr bzw. ggf. den Haushaltsfolgejahren jeweils entsteht, aufgelöst.

IV. VERMÖGENSGEGENSTÄNDE MIT ZUM BILANZSTICHTAG UNGEKLÄRTEN EIGENTUMSVERHÄLTNISSEN

Hierzu waren keine Sachverhalte bekannt.

V. ÜBERSICHT DER ÜBERTRAGENEN HAUSHALTSERMÄCHTIGUNGEN

Mit der Jahresrechnung 2010 wurden neue Haushaltsreste gebildet. Die nach 2011 übertragenen Ermächtigungen setzten sich zusammen aus

1. Aufwendungen der laufenden Verwaltung	934.262,87 EUR
2. Auszahlungen der laufenden Verwaltung	2.815.300,60 EUR
3. Einzahlungen für geplante Investitionsmaßnahmen	1.926.285,95 EUR
4. Auszahlungen für geplante Investitionsmaßnahmen	10.058.115,55 EUR.

Einen Überblick über die zum Jahresabschluss 2010 gebildeten Haushaltsreste enthalten die Anlagen 3A und 3B zum Anhang, welche den Unterlagen zum Jahresabschluss beiliegt. Hierauf wird verwiesen.

VI. ÜBERSICHT ÜBER DIE VON DER GEMEINDE BEWIRTSCHAFTETEN TREUHANDMITTEL

Die Bewertung und bilanzielle Abbildung der Sanierungsgebiete und städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen erfolgte in der Eröffnungsbilanz 2010 nach den Vorgaben der Anlagen 7 und 8 des „Bewertungsleitfaden des Landes Brandenburg“ vom September 2009.

Folgende Sanierungsgebiete waren weiterhin zum Bilanzstichtag 31.12.2010 zu berücksichtigen:

- „Altberesinchen“,
- „Gubener Str. / Lindenstraße“,
- „Südliche Fischerstraße/ Walter-Korsing-Straße“,
- „ehemalige Altstadt von Frankfurt (Oder)“

sowie die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme

- „Südöstliches Stadtzentrum von Frankfurt (Oder)“

Bei der Bilanzierung der städtebaulichen Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen wurde unterschieden in:

- Maßnahmen mit beauftragten Treuhänder
- Eigenmaßnahmen der Kommune (ohne Einschaltung von Treuhändern).

Die Aufarbeitung der Sanierungsgebiete zum Jahresabschluss konnte mit den vorhandenen personellen Ressourcen nicht vollständig abgeschlossen werden. Dies wird in 2011 periodenfremd nachgeholt.

VII. ANGABEN ZUM INHALT DER VERWAHR- UND VORSCHUSSKONTEN

Dem Anhang beigelegt sind die Angaben zum Inhalt der Verwahr- und Vorschusskonten per 31.12.2010. Es wird erläutert, aus welchen Sachverhalten sich die Bestände zusammensetzen.

Im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz (EÖB) der Stadt Frankfurt (Oder) wurden Verwahr- und Vorschusskonten eingerichtet. Diese wurden fortgeführt; in einigen Bereichen sind neue eingerichtet worden. Sie stellen in der Regel Forderungen oder Verbindlichkeiten in der Bilanz dar und sind Bestandteil der jeweiligen Bilanzpositionen.

Verwahrkonten (Stadtkasse)

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung des Verwahrkontos	Stand per 01.01.2010	Stand per 31.12.2010	Veränderung
1	111 310	379300	Sonstige Verbindlichkeiten aus der Nichtermittlung des Empfängers	61.141,38 €	398.505,15 €	337.363,77 €
2	111 310	3793 03	Sonstige Verbindlichkeiten aus Überzahlungen der Personenkonten	140,80 €	787,07 €	646,27 €
3	111 310	3793 04	Sonstige Verbindlichkeiten aus Kassendifferenzen	19,89 €	149,89 €	130,00 €
4	111 310	3793 05	Sonstige Verbindlichkeiten aus Amtshilfe- und Vollstreckungsersuchen	5.889,15 €	26.489,55 €	20.600,40 €
5	111 310	3793 06	Verbindlichkeiten aus der Nichtermittlung von Einzahlungen - Niederschlagungen	1.131,77 €	3.537,52 €	2.405,75 €
6	599 999	1798 01	Sonstige Forderungen - Kassenauffüllung Hauptkasse	5.112,92 €	- €	- 5.112,92 €
Bestände Verwahrkonten Stadtkasse				73.435,91 €	429.469,18 €	356.033,27 €

Erläuterungen:

Lfd. Nr. 1 - sog. „großer Einzahlungsrirrläufer“

In diesem Verwahrkonto erfolgte die Verbuchung von nichtzuordenbaren Zahlungseingängen. Es handelt sich hier, bis zur Klärung etwaiger Zuordnungsmöglichkeiten zu offenen Posten auf Personenkonto, um Verbindlichkeiten gegenüber dem Einzahler. Der Bestand beinhaltet u. a. einen Saldo von 79.154,55 € aus der Erfassung der Veränderungen bei den Bankkontoständen der Verwalterkonten bei der HypoVereinsbank (Objektverwaltung durch die WOWI GmbH).

Lfd. Nr. 2

Hier handelt es sich um tatsächlich erstattungspflichtige Überzahlungen. Ist anhand des Verwendungszwecks der Überweisungsgutschrift erkennbar, dass es sich um eine Überzahlung oder auch Fehlüberweisung handelt, werden die Einzahlungen auf diesem Verwahrkonto separiert und zeitnah die Rücküberweisung geprüft und veranlasst. Der Bestand weist die Einzahlungen aus, die erst nach dem Jahreswechsel zur Auszahlung gelangt sind. Der Betrag stellt Verbindlichkeiten gegenüber den Einzählern dar.

Lfd. Nr. 3

Es handelt sich um Differenzen aus dem Barzahlungsverkehr (Barkasse, Kassenautomaten und Geldannahmestelle Kfz-Zulassungsstelle). Grundsätzlich besteht ein Anspruch auf Rückerstattung. In der Praxis erfolgt regelmäßig nach Ablauf bestimmter Zeiträume die Vereinnahmung der Beträge, da eine Empfängerermittlung i. d. R. nicht mehr möglich ist. Der Bestand setzt sich aus den noch nicht vereinnahmten positiven Kassendifferenzen des 2. Halbjahres 2009 in Höhe von 19,89 € und einer Überweisungsgutschrift aus dem Jahr 2010 in Höhe von 130,00 € zusammen. Die Kassenplusbeträge aus 2009 werden in 2011 vereinnahmt. Der Betrag in Höhe von 130,00 EUR ist gehört auf das Produktsachkonto 111330.379304 und wurde im Haushaltsjahr 2011 dorthin umgebucht.

Lfd. Nr. 4

Bei diesem Konto handelt es sich um Einzahlungen aus der Beitreibung von Forderungen aus Amtshilfeersuchen und Vollstreckungsersuchen, die an die ersuchenden Behörden bzw. dritte Gläubiger weiter überwiesen werden - durchlaufende Gelder.

Lfd. Nr. 5

Der Bestand umfasst Einzahlungen auf Forderungen die bereits niedergeschlagen waren. Zur Vermeidung von ungerechtfertigten Rücküberweisungen wurde hierfür ein separates Verwahrkonto eingerichtet. Auch hier gilt grundsätzlich bis zur Zuordnung der Einzahlung auf offene Posten eine mögliche Rückerstattungspflicht. Üblicherweise werden die Zahlungen nach Reaktivierung der Sollstellung dem jeweiligen Personenkonto (Debitor) zugeordnet.

Lfd. Nr. 6

Der Bestand in der Eröffnungsbilanz handelte es sich um eine Auszahlungsdifferenz i. H. v. ursprünglich 10.000 DM von vor 2002. Eine detaillierte Erklärung kann diesseits nicht gegeben werden, da in der Zwischenzeit mehrere Personalwechsel des Kassenverwalters stattgefunden haben. Der Betrag wurde ergebnisreduzierend über den Aufwand 2010 ausgebucht.

Vorschusskonten (Stadtkasse)

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung des Verwahrkontos	Stand per 01.01.2010	Stand per 31.12.2010	Veränderung
1	111 310	1793 00	Sonstige Forderungen aus Vorschüssen - ungeklärte Ausgaben	2.277,45 €	1.758,91 €	- 518,54 €
2	111 100	1831 30	Hand- und Wechselkasse - Büro des Oberbürgermeisters	100,00 €	200,00 €	100,00 €
		1831 31	Handvorschuss - Büro des Oberbürgermeisters	- €	100,00 €	100,00 €
3	111 510	1831 30	Hand- und Wechselkasse - Poststelle	40,00 €	- €	- 40,00 €
		1831 31	Handvorschuss - Poststelle	- €	40,00 €	40,00 €
4	122 120	1831 30	Hand- und Wechselkasse - KfZ - Zulassungsstelle	500,00 €	- €	- 500,00 €
		1831 31	Handvorschuss - KfZ - Zulassungsstelle	- €	500,00 €	500,00 €
5	111 310	1831 30	Hand- und Wechselkasse - Vollstreckungsbehörde	100,00 €	- €	- 100,00 €
		1831 31	Handvorschuss - Vollstreckungsbehörde	- €	100,00 €	100,00 €
6	262 000	1831 30	Hand- und Wechselkasse - Brandenburgisches Staatsorchester	50,00 €	- €	- 50,00 €
		1831 31	Handvorschuss - Brandenburgisches Staatsorchester	- €	50,00 €	50,00 €
Bestände Vorschusskonten Stadtkasse				3.067,45 €	2.748,91 €	- 318,54 €

Erläuterungen:**Lfd. Nr. 1 - allgemeiner Auszahlungsrücker**

Der Bestand enthält nichtzuordenbare Zahlungsausgänge. Die Zahlungsausgänge resultieren in erster Linie aus Lastschrifteneinzügen vom Hauptkonto der Stadt.

Der Restbestand betrifft stadt eigene Abbuchungen für Grundbesitzabgaben städtischer Grundstücke, wofür bislang keine Klärung der Zuordnung zu offenen Posten auf Personenkonten erzielt werden konnte. Bis zur Klärung müssen die Zahlungsausgänge wegen eventueller Rückforderungsansprüche als privatrechtliche Forderungen gegenüber dem Abbucher gewertet werden.

Lfd. Nr. 2- 7

Hier handelt es sich um ausgereichte Gelder im Rahmen der Gewährung von Handvorschusskassen an andere Bereiche der Stadtverwaltung. Diese sind als liquide Mittel zu werten. Aus technischen überleitungsbedingten Gründen mussten neue Konten (Handvorschuss) angelegt werden.

Verwahrkonten der Fachbereiche

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung des Verwahrkontos	Stand per 01.01.2010	Stand per 31.12.2010	Veränderung
1	111 210	3791 54	Verbindlichkeiten gegenüber Finanzamt aus Personalaufwand	688.432,36 €	66.522,08 €	- 621.910,28 €
2	111 210	3791 55	Übrige Verbindlichkeiten - Personalkosten für Dritte	46.339,18 €	382,20 €	- 45.956,98 €
3	111 210	3791 59	Ungeklärte Einzahlungen aus Entgeltabrechnung Beschäftigte	6,65 €	3.212,61 €	3.205,96 €
4	111 320	3793 04	Sonstige Verbindlichkeiten - Stadtumbau Rückbau	918.331,20 €	- €	- 918.331,20 €
5	111 330	3793 04	Sonstige Verbindlichkeiten - Wahrnehmung von Eigentümerpflichten als gesetzlicher Vertreter	1.168,85 €	1.558,85 €	390,00 €
6	111 330	3793 05	Sonstige Verbindlichkeiten - Wahrnehmung von Eigentümerpflichten nach Einigungsvertrag	95.447,67 €	- 8.970,55 €	- 104.418,22 €
7	122110	3793 00	Sonstige Verbindlichkeiten aus Nichtermittlung des Empfängers - Ordnungsrechtliche Angelegenheiten	183,50 €	48,50 €	- 135,00 €
8	122 110	3793 03	Sonstige Verbindlichkeiten aus Fischereiabgabe	33.814,11 €	10.387,61 €	- 23.426,50 €
9	122 110	3793 04	Sonstige Verbindlichkeiten aus Jagdabgabe	50,00 €	225,00 €	175,00 €
10	122 110	3793 05	Sonstige Verbindlichkeiten - Bundeskasse Weiden (Auszüge Bundes und Gewerbezentralregister)	1.703,48 €	1.722,60 €	19,12 €
11	122 120	3793 00	Sonstige Verbindlichkeiten aus Nichtermittlung des Empfängers - Straßenverkehrsangelegenheiten	- €	31,72 €	31,72 €
12	122 200	3793 00	Sonstige Verbindlichkeiten aus Aufbewahrung Fundbüro	1.801,48 €	1.946,82 €	145,34 €
13	122 200	3793 03	Sonstige Verbindlichkeiten - Standesamt	973,00 €	1.563,00 €	590,00 €
14	122 200	3793 04	Sonstige Verbindlichkeiten - Bundeskasse Weiden (Auszüge Bundeszentralregister)	13.834,80 €	22.805,32 €	8.970,52 €
15	341 000	3793 03	Sonstige Verbindlichkeiten - Leistungen nach § 37 Unterhaltsvorschussgesetz	5.331,85 €	4.407,92 €	- 923,93 €
16	341 000	3793 04	Sonstige Verbindlichkeiten - Leistungen nach § 5 Unterhaltsvorschussgesetz	- 69.503,89 €	- 82.739,07 €	- 13.235,18 €
17	351 000	3793 00	Sonstige Verbindlichkeiten aus Nichtermittlung des Empfängers - Sozial- und Jugendamt	8.113,93 €	8.007,25 €	- 106,68 €
18	511 220	3793 03	Sonstige Verbindlichkeiten - Bodensonderungsverfahren	80.628,75 €	77.989,30 €	- 2.639,45 €
Bestände Verwahrkonten Stadtkasse				1.826.656,92 €	109.101,16 €	- 1.717.555,76 €

Erläuterungen:

Lfd. Nr. 1

In dem Produktsachkonto wurden Zahlungen für Steuerangelegenheiten, wie z. B. Lohnsteuer, Steuer für beschränkt Steuerpflichtige, pauschale Lohnsteuer, verbucht, die bislang keinem offenen Posten zugeordnet werden konnten.

Der Saldo beinhaltet jedoch auch die noch im Dezember 2010 eingegangenen Erstattungszahlungen für den Lohnsteueranteil des Eigenbetriebes Sportszentrum und Kulturbetriebe in Höhe von insgesamt 64.722,57 €. Der entsprechende Abzug der Lohnsteuer durch das Finanzamt erfolgt erst im Januar 2011.

Lfd. Nr. 2

Der Bestand resultiert aus noch nicht geklärten Differenzen im Bereich Lohn und Gehalt, z. B. aus Reisekostenabrechnungen. Diese Differenzen befinden sich noch in der Klärung.

Lfd. Nr. 3

Auf diese Verwahrung wurden sämtliche Rücküberweisungen aus der Verdienstabrechnung hinsichtlich der an Dritte überwiesenen VWL-Leistungen gebucht. Es handelt sich meist um bereits beendete VL-Verträge, denen die Zahlung nicht mehr zugeordnet werden konnte. Die Rückrechnung gegenüber den Beschäftigten erfolgt durch das Amt für Personal, Organisations- und Technikdienstleistungen. Der Umgang mit diesen Zahlungseingängen im Rahmen der Verbuchung der Personalaufwendungen ist bislang nicht geklärt. Des Weiteren befindet sich eine Rückzahlung Kindergeld auf der Verwahrung sowie zwei Einzahlungen vom Kultureigenbetrieb in Höhe von je 39,05 €, die ggf. eher dem Verwahrkonto 111210.379154 zuzuordnen sind. Auch hier konnte eine Klärung bislang nicht erzielt werden.

Lfd. Nr. 4

Das Land unterstützt im Rahmen der Städtebauförderung Wohnungsunternehmen beim Rückbau von Wohnfläche. Die Mittel werden über die Kommunen ausgereicht. In der Eröffnungsbilanz bestand eine Verbindlichkeit aufgrund der Ausreichung von Zuschüssen an die Stadt, welche noch nicht verwendet, d. h. an Wohnungsunternehmen weitergeleitet wurden.

Künftig werden noch nicht verwendete Rückbauerträge sachgerecht als passive Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert.

Lfd. Nr. 5

Auf Grund der Betretungsbestellung auf Grundlage des Art. 233 § 2 Abs. 3 EGBGB wurde ein Mitarbeiter der Stadt als gesetzlicher Vertreter der Grundstückseigentümer eingesetzt. In seiner Funktion hat er einen Pachtvertrag abgeschlossen und erzielt somit Pachteinnahmen, die für den Eigentümer gesondert zu verwahren sind.

Lfd. Nr. 6

Das Konto beinhaltet das Gesamtgebiet Mieten und Pachten. Auf dem Konto befinden sich Kautionen, Rücklagen für Entschädigungszahlungen und Mietrücklagen von Fremdverwaltungen.

Lfd. Nr. 7

Bei dem Bestand handelt es sich um Zahlungseingänge, die auf Grund von fehlender, unvollständiger oder unkorrekter Angaben des Verwendungszweckes den Verfahren der Bußgeldstelle zum 31.12.2010 nicht zugeordnet werden konnten.

Lfd. Nr. 8

Wer im Land Brandenburg die Fischerei ausüben möchte, hat bei der Fischereibehörde eine Fischereiabgabe zu entrichten (bis auf Ausnahmen). Rechtsgrundlage ist hier der § 22 des Fischereigesetzes für das Land Brandenburg i. V. mit der Verordnung über die Erhebung der Fischereiabgabe. Die Abgabe ist zweckgebunden, ist zur Förderung des Fischereiwesens zu verwenden und wird im Geschäftsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung verwaltet. Die Fischereiabgabe ist durch die untere Fischereibehörde einzunehmen und im Januar und Juli eines jeden Jahres an die oberste Fischereibehörde abzuführen.

Lfd. Nr. 9

Die Jagdabgabe wird mit der Gebühr für die Erteilung/Verlängerung des Jagdscheines erhoben. Rechtsgrundlage ist hier der § 23 des Jagdgesetzes für das Land Brandenburg i. V. m. § 2 der DVO zum BbgJagdG. Hierbei handelt es sich um eine zweckgebundene Abgabe, die ausschließlich zur Förderung des Jagdwesens verwendet wird und im Geschäftsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung verwaltet wird. Dort wird sie nach einer Richtlinie für förderfähige Projekte ausgereicht. Die Jagdabgabe ist durch die untere Jagdbehörde einzunehmen und im Mai und November eines jeden Jahres an die oberste Jagdbehörde abzuführen.

Lfd. Nr. 10

Auf Antrag des Betroffenen oder anderen Gründen werden Auskünfte aus dem Gewerbezentralregister und dem Bundeszentralregister (Führungszeugnis) eingeholt. Ein Teil der erhobenen Gebühren sind als zweckgebundene Abgabe (Grundgebühr in Höhe von 13,00 € für die Auskunft $3/5 = 7,80$ €) abzuführen. Bei Auskünften aus dem Gewerbezentralregister sind gemäß § 150 Abs. 2 GewO von der erhobenen Grundgebühr in Höhe von 13,00 € $5/8 = 8,12$ € abzuführen. Die Termine zur Abführung sind jeweils der 01. Juni und der 01. Dezember eines jeden Jahres.

Lfd. Nr. 11

In diesem Konto werden periodenfremde Erträge, die durch die Vollstreckungsbehörde beetrieben werden, geführt. Die Gebührenbescheide befinden sich nicht im HKR.

Lfd. Nr. 12

Auf dieses Konto werden Fundgelder sowie Versteigerungserlöse vom Hauptzollamt gebucht. Diese Mittel müssen für 3 Jahre verwahrt werden (eventuelle Ansprüche des Eigentümers). Nach Ablauf der Verwahrfrist werden die Gelder ertragswirksam im Haushalt vereinnahmt.

Lfd. Nr. 13

Im Standesamt sind bei bestimmten Vorgängen Auskünfte oder Unterlagen von deutschen Botschaften im Ausland erforderlich bzw. werden Dokumente dort geprüft. Die Kosten hierfür müssen vom Antragsteller getragen werden. Der Antragsteller zahlt hierfür einen bestimmten Betrag bei Antragstellung ein. Nach Vorliegen der Kostenaufstellung durch die Botschaft (der Zeitraum kann 1 Jahr und länger dauern) wird diese mit den bereits eingezahlten Betrag verrechnet. Der Rest wird an den Bürger ausgekehrt oder bei fehlenden Mitteln nachgefordert.

Lfd. Nr. 14

Auf Antrag des Betroffenen oder anderen Gründen werden Auskünfte aus dem Gewerbezentralregister und dem Bundeszentralregister (Führungszeugnis) eingeholt. Ein Teil der erhobenen Gebühren sind als zweckgebundene Abgabe an die Bundeskasse abzuführen. Gem. § 30 Abs. 2 Bundeszentralregister sind von der erhobenen Grundgebühr in Höhe von 13,00 € für die Auskunft $3/5 = 7,80$ € abzuführen. Bei Auskünften aus dem Gewerbezentralregister sind gemäß § 150 Abs. 2 GewO von der erhobenen Grundgebühr in Höhe von 13,00 € $5/8 = 8,12$ € abzuführen. Die Termine zur Abführung sind jeweils der 01. Juni und der 01. Dezember eines jeden Jahres.

Lfd. Nr. 15 - 16

Hier erfolgt die Umsetzung des Gesetzes zur Sicherung des Unterhaltes von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (§§ 5 bzw. 7 UVG). Im Land Brandenburg werden Geldleistungen, die nach dem Gesetz zu zahlen sind, zu einem Drittel vom Bund, im Übrigen vom Land Brandenburg selbst getragen. Insofern handelt es sich hier um durchlaufende Gelder.

Die laufende Nr. 16 ist eine Forderung gegenüber dem Land zur Erstattung ausgezahlter Vorschüsse.

Lfd. Nr. 17 - allgemeiner Einzahlungsrümläufer des Amtes für Jugend und Soziales

Hier erfolgt die Verbuchung von Einzahlungen, die lt. dem Verwendungszweck dem Amt für Jugend und Soziales, jedoch keinem konkreten Personenkonto zugeordnet werden können. Bis zur Klärung etwaiger Zuordnungsmöglichkeiten zu offenen Posten auf Personenkonten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber dem Einzahler.

Lfd. Nr. 18

Hier handelt es sich um Entschädigungszahlungen in Bodensonderungs-Verfahren. Die Auszahlung konnte bis zum 31.12.2010 aufgrund anhängiger Rechtsstreite, nicht geklärter Erbfolgen, fehlender Pfandhaftentlassung oder fehlender Kontoverbindungen nicht erfolgen.

Abschließender Hinweis:

Bei einigen Verwehr- und Vorschusskonten erfolgten bzw. erfolgen Korrekturbuchungen nach dem 31.12.2010, sodass hier ein geringerer Bestand zu erwarten ist bzw. bereits feststeht.

VIII. KAMERALE ALTFEHLBETRÄGE

Ein gesonderter Ausweis der kamerale Altfehlbeträge in der Bilanz ist aufgrund der unterschiedlichen Systematik des kamerale und doppischen Rechnungswesens sachlich nicht korrekt.

Die Entwicklung und der Stand der kamerale Altfehlbeträge werden entsprechend § 67 Abs. 9 KomHKV in anliegender Übersicht der letzten drei Jahre vor Erstellung der Eröffnungsbilanz ausgewiesen.

Entwicklung kameraler Fehlbeträge				- in Euro -
Fehlbetrag	2007	93.097.611,83	davon Fehlbetrag aus Vorjahren:	79.642.801,52
Fehlbetrag	2008	87.017.902,05	davon Fehlbetrag aus Vorjahren:	87.018.902,05
Fehlbetrag	2009	63.437.207,42	davon Fehlbetrag aus Vorjahren:	63.437.207,42
Stand der noch nicht durch Veranschlagung gedeckten Fehlbeträge im letzten kameralen Jahresabschluss:				-
Bestand an Kassenkrediten zu Beginn des Haushaltsjahres 2009:				83.700.000,01
Vor. Bestand an Kassenkrediten zum Ende des Haushaltsjahres 2009:				96.916.800,00
Summe der bilanzierten Kreditverbindlichkeiten zum 01.01.2010:				61.600.000,00

Summe der bilanzierten Kreditverbindlichkeiten zum 31.12.2010:	60.600.000,00
---	----------------------

IX. ERLÄUTERUNGEN ZU POSTEN DER ERGEBNISRECHNUNG

Im Anhang sind gem. § 58 Abs. 2 Ziffer 3 KomHKV einzelne Positionen der Ergebnisrechnung zu erläutern.

Im ersten doppischen Haushaltsjahr 2010 schloss die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) mit einem **Gesamtdefizit von 8.898.098,24 EUR** ab.

Hierbei ist zwischen

- ordentlichem Ergebnis mit - 9.571.202,14 EUR und
- außerordentlichem Ergebnis mit einem Überschuss von 673.103,90 EUR

zu unterscheiden.

Die gemäß § 63 Abs. 5 BbgKverf erforderliche Genehmigung der Haushaltssatzung 2010 wurde mit Schreiben vom 29. November 2010 nach entsprechender Anhörung durch das Ministerium des Innern versagt. Damit wurde die Satzung nicht rechtskräftig.

Dennoch werden zur Vereinfachung die ursprünglich geplanten und mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (Beschluss-Nr. 10/SVV/0564) vom 17. Juni 2010 im Haushaltsplan veranschlagten Ansätze als Basis der Erläuterungen verwendet.

Im Vergleich zum fortgeschriebenen Ansatz 2010 konnte das erwartete Defizit von ca. 17,6 Mio EUR um 50% reduziert werden.

Den betragsmäßig höchsten Anteil daran tragen konjunkturell bedingte Mehrerträge in den Steuern und ähnlichen Abgaben. Ein Mehrertrag von rund 14 Prozent, konkret 6.761.169,65 EUR resultiert überwiegend aus der Gewerbesteuer und den Anteilen an den Gemeinschaftsteuern. Des Weiteren verzeichnen die Auflösung der Sonderposten höhere Erträge als geplant. Dies ist auf die zum Planungszeitpunkt noch nicht abschließende Ermittlung der Sonderposten zurückzuführen.

Die Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sind im Ergebnis um 3.089.375,77 EUR höher als veranschlagt. Dies ist vor allem auf höhere Abschreibungen zurückzuführen. Zum Planungszeitpunkt 2010 war das Vermögen noch nicht vollständig erfasst, so dass auch die dazugehörenden Abschreibungen nicht vollständig waren.

Der im Haushaltsjahr festgestellte Fehlbetrag ist unter im Eigenkapital, konkret Punkt 1.4. bilanziell erfasst.

Der Überschuss aus dem außerordentlichen Ergebnis wurde gemäß § 77 Absatz 1 BbgKVerf i. V. m. § 25 KomHKV den Rücklagen aus Überschüssen zugeführt.

Für konkretere Erläuterungen wird auf die Ergebnisrechnung des Jahresabschlusses 2010 und den Rechenschaftsbericht unter Punkt V der Jahresrechnung verwiesen.

X. ERLÄUTERUNGEN ZU POSTEN DER FINANZRECHNUNG

Die Finanzrechnung 2010 schließt mit folgenden Eckdaten ab:

Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-4.410 TEUR
+ Saldo aus Investitionstätigkeit	<u>1.606 TEUR</u>
= Finanzmittelfehlbetrag	-2.803 TEUR
+ Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	<u>3.937 TEUR</u>
= Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln	1.134 TEUR
+ Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres	- 56.901 TEUR
+ Saldo aus Ein- und Auszahlungen von fremden Finanzmitteln	<u>- 435 TEUR</u>
= Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	<u>- 56.202 TEUR</u>

Unter Hinzunahme von Kassenkrediten nach § 76 BbgKVerf war die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) im Haushaltsjahr 2010 jederzeit zahlungsfähig.

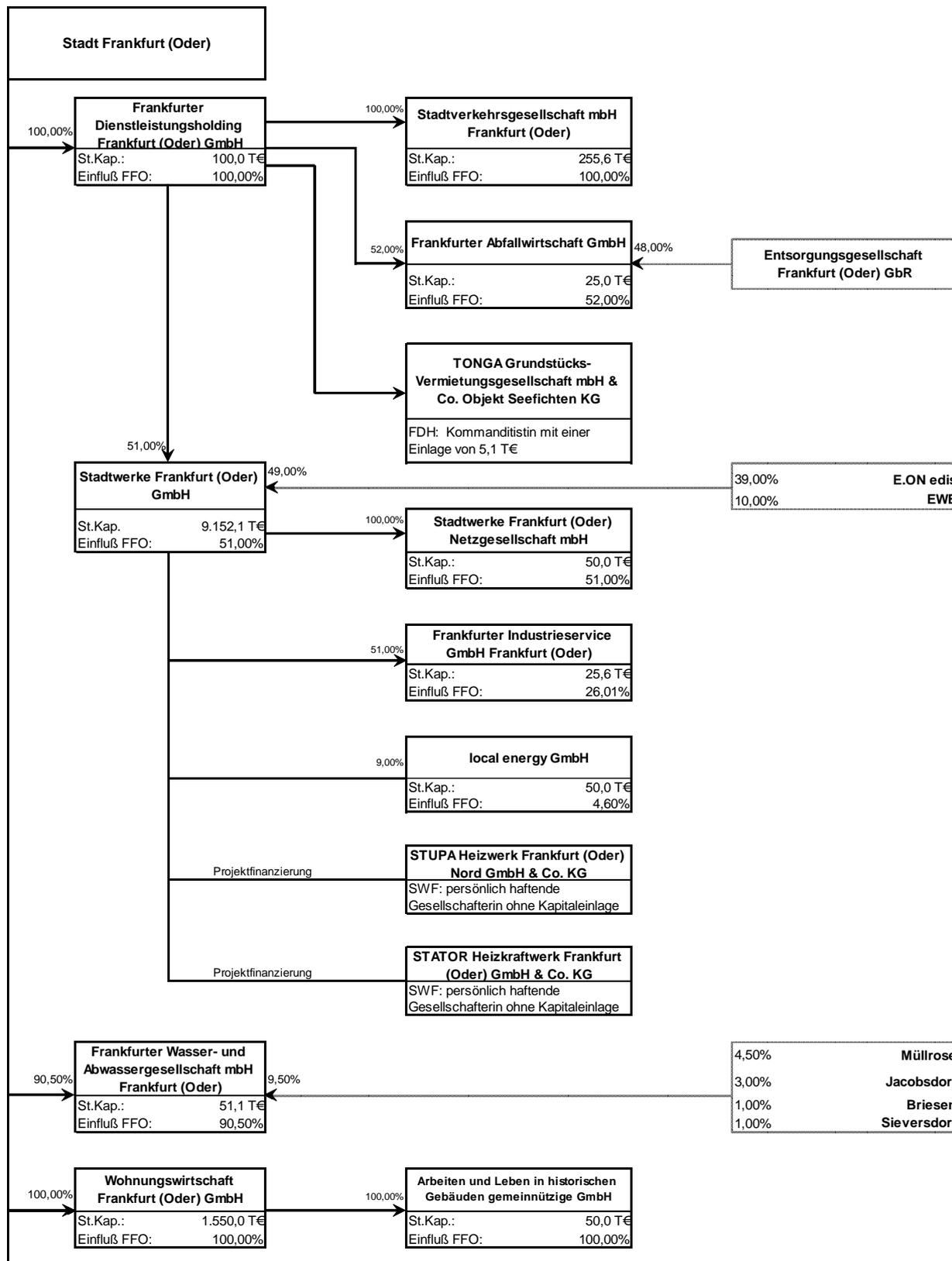
Für konkretere Erläuterungen wird auf die Finanzrechnung des Jahresabschlusses 2010 und den Rechenschaftsbericht unter Punkt V der Jahresrechnung verwiesen.

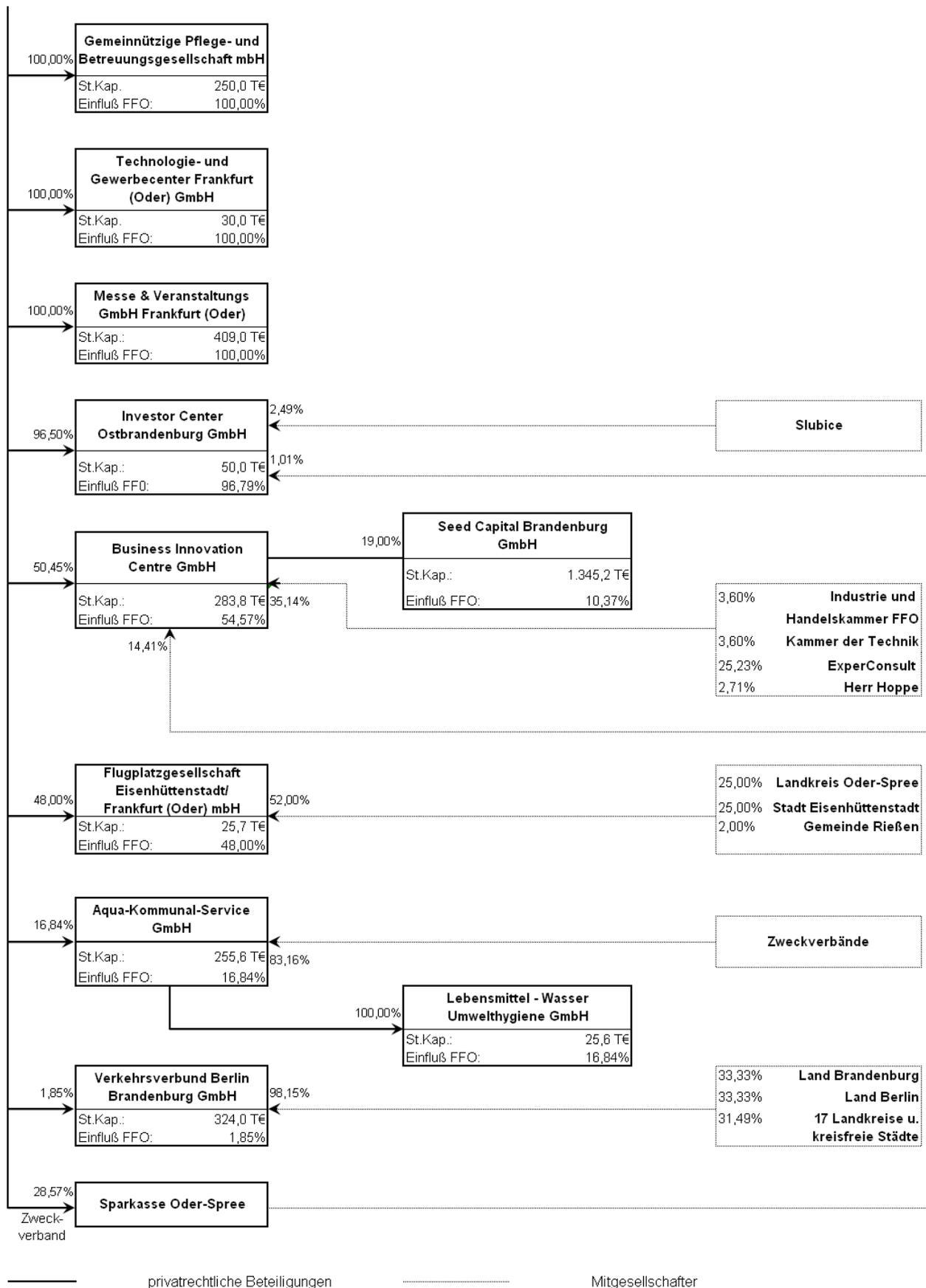
IX. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

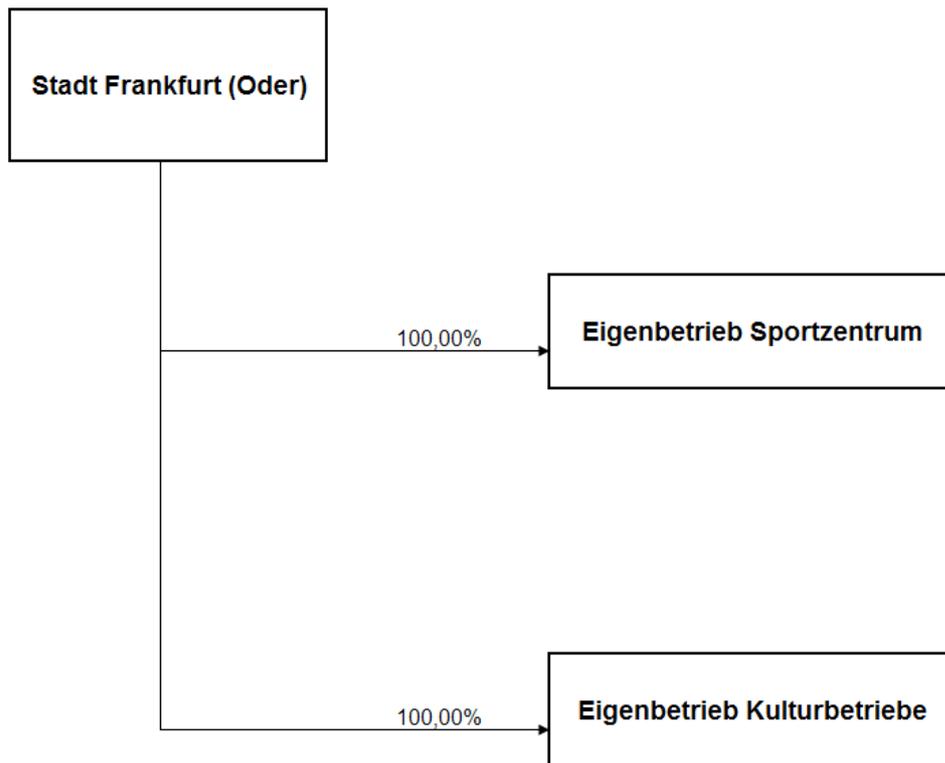
Abs	Absatz
AHK	Anschaffungs- und Herstellungskosten
Art	Artikel
BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
DM	Deutsche Mark
DMBilG	Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (DM-Bilanzgesetz - DMBilG)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EÖB	Eröffnungsbilanz
EUR	Euro
FWA GmbH	Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH
gem.	gemäß
GewO	Gewerbeordnung
HELABA	Landesbank Hessen-Thüringen
ILB	Investitionsbank des Landes Brandenburg
inkl.	inklusive
i. V. m.	in Verbindung mit
KomHKV	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden (Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung - KomHKV) vom 14. Februar 2008
KVBbgG	Gesetz über den Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg
lt.	laut
Qm	Quadratmeter
SG	Sanierungsgebiet
sog.	sogenannte/- r/ -s
u. a.	unter anderem
UVG	Unterhaltvorschussgesetz
WoWi	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH
z. B.	zum Beispiel

Überblick über die kommunalen Beteiligungsverhältnisse

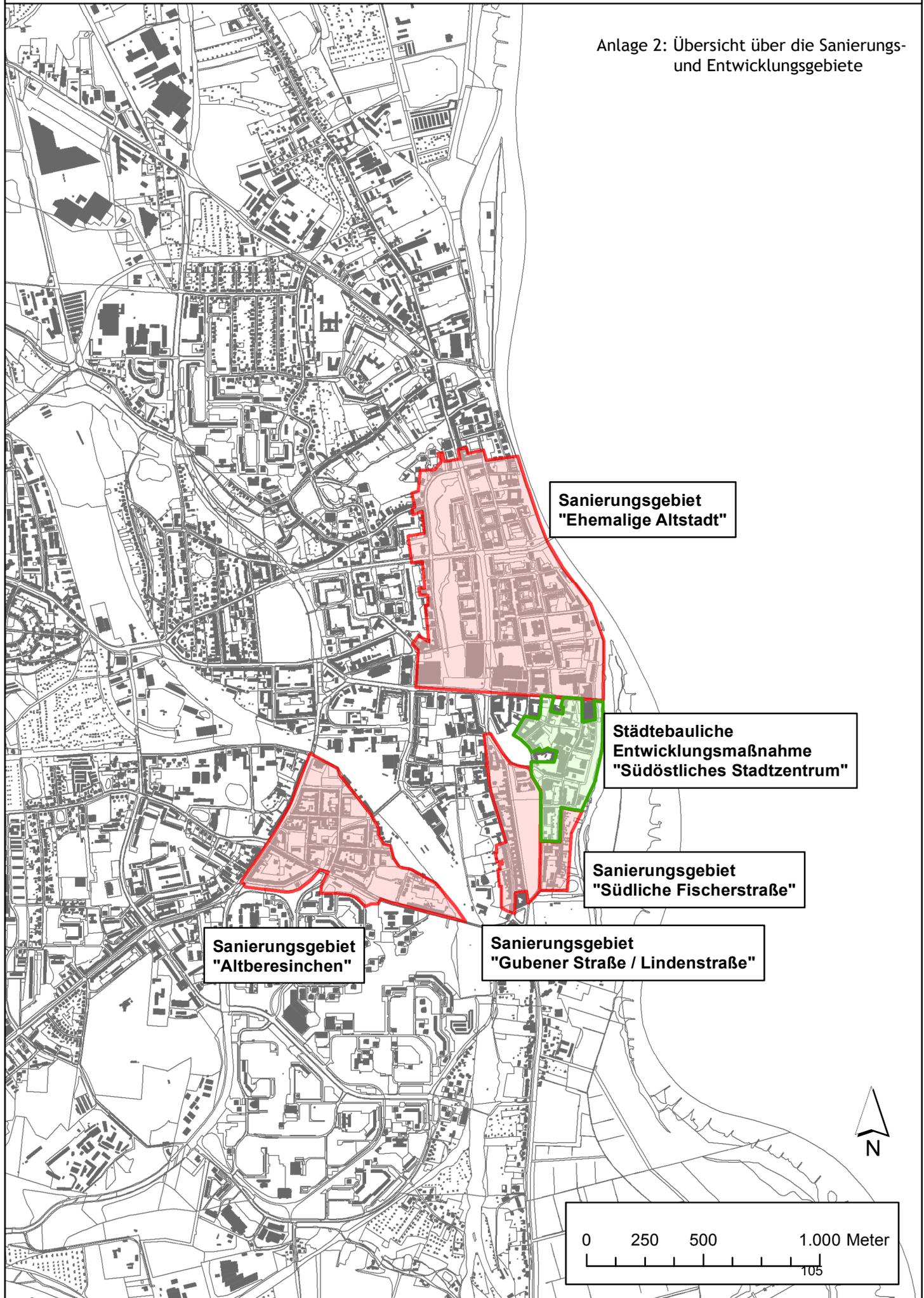
Graphische Gesamtdarstellung







Anlage 2: Übersicht über die Sanierungs-
und Entwicklungsgebiete



Anlage 3: Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen
der laufenden Verwaltung

Haushaltsreste 2010

hier: Übertragene Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen der laufenden Verwaltung

Ifd. Nr.	Amt	Produkt		Konto	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in €	Auswirkungen Haushalt 2011 in €	
		Nr.	Bezeichnung	Nr.			Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
1	13	111100	Bereich des Oberbürgermeisters	522100/ 722100	Unterhaltung des sonstigen unbew. Vermögens Kleinteilige Maßnahmen in den Ortsteilen	26.700,00	22.316,90	26.700,00
2	91	111110	Steuerung und Leitung Dezernat I	743190	Sachverständigen- Gerichts- und ähnliche Kosten	41.680,00	-	41.680,00
3	10	111210	Personalangelegenheiten	726160	Zentrale Aus- und Fortbildung - Teilnehmergebühren	7.811,00	-	7.811,00
4	10	111210	Personalangelegenheiten	543190/ 743190	Sachverständigen- Gerichts- und ähnliche Kosten (Organisationsuntersuchung)	17.427,00	17.427,00	17.427,00
5	65	111330	Immobilienmanagement	521134/ 721134	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Übertragung zweckgebundener Mittel - Bismarkturm	2.089,14	2.089,14	1.769,14
6	65	111330	Immobilienmanagement	521175/ 721175	051140034002/ 3 - Einbau historische Fenster Marienkirche	35.046,89	35.046,89	35.046,89
7	65	111330	Immobilienmanagement	521192/ 721192	0111330032000/2 Brandschutz "Kinderland am Park"	62.158,44	-	62.158,44
8				521192/ 721192	0365000032200/ 2 Elektrosanierung Kita "Regenbogen"	40.215,13	-	40.215,13
9				521192/ 721192	0365000032201/ 2 Sanierung Leitungen Kita "Moosgärtlein"	97.446,85	-	97.446,85
10				521192/ 721192	0365010032200/ 2 Elektrosanierung Hort "Coole Kiste"	15.797,99	-	15.797,99
11				521192/ 721192	0365010032200/ 4 Fenstersanierung Hort "Coole Kiste"	100.000,00	-	100.000,00
12				521192/ 721192	0365010032201/ 2 Elektrosanierung Hort "Erich Kästner"	108.427,09	-	108.427,09
13				521192/ 721192	0511130521000 / 1 Sanierung KITA Bambi (EKZ)	253.500,00	234.434,47	253.500,00
14				521192/ 721192	0522023032002/1 Stadtumbau - Rückbau Kita Clara Zetkin	60.000,00	60.000,00	60.000,00
15	32	122110	Ordnungsrechtliche Angelegenheiten	722100	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	8.845,27	-	8.845,27
16	32	122110	Ordnungsrechtliche Angelegenheiten	724100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	406,98	-	406,98

lfd. Nr.	Amt	Produkt		Konto	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in €	Auswirkungen Haushalt 2011 in €	
		Nr.	Bezeichnung	Nr.			Ergebnishaushalt	Finanzaushalt
17	32	122110	Ordnungsrechtliche Angelegenheiten	725140	Kraftstoffe	475,91	-	475,91
18	32	122110	Ordnungsrechtliche Angelegenheiten	727100	Besondere Verwaltungs- und Betriebsauszahlungen	3.464,87	-	3.464,87
19	32	122110	Ordnungsrechtliche Angelegenheiten	743120	Bücher und Zeitschriften	712,41	-	712,41
20	32	122110	Ordnungsrechtliche Angelegenheiten	743190	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	446,25	-	446,25
21	32	122110	Ordnungsrechtliche Angelegenheiten	745700	Erstattungen an private Unternehmen	1.208,71	-	1.208,71
22	32	122120	Straßenverkehrsangelegenheiten	724140	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Reinigung	452,98	-	452,98
23	32	122120	Straßenverkehrsangelegenheiten	745000	Erstattungen an Bund	1.380,70	-	1.380,70
24	32	122200	Melde- und Personenstandswesen	729100	Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	4.805,79	-	4.805,79
25	32	122200	Melde- und Personenstandswesen	743120	Bücher und Zeitschriften	351,55	-	351,55
26	37	126000	Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung	722200	Unterhaltung von Geräten, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenständen	2.851,89	-	2.851,89
27	37	126000	Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung	723150	Mieten und Pachten - Ausstattungen und technische Anlagen	308,68	-	308,68
28	37	126000	Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung	725140	Kraftstoffe	710,12	-	710,12
29	37	126000	Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung	725150	Pflege-, Inspektions- und Reparaturkosten	1.476,35	-	1.476,35
30	37	126000	Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung	726100	Besondere zahlungswirksame Aufwendungen für Beschäftigte	9.110,32	-	9.110,32
31	37	126000	Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung	727100	Besondere Verwaltungs- und Betriebsauszahlungen	2.751,62	-	2.751,62
32	37	126000	Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung	727160	Auszahlungen für Müll-, Sondermüll- und Schadstoffbeseitigung	1.337,20	-	1.337,20
33	37	126000	Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung	745600	Erstattungen an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	10.225,84	-	10.225,84
34	37	127010	Regionalleitstelle Oderland	722200	Unterhaltung von Geräten, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenständen	11.124,57	-	11.124,57
35	37	127010	Regionalleitstelle Oderland	722210	Unterhaltung immaterieller Vermögensgegenstände (Software, Lizenzen)	1.185,24	-	1.185,24
36	37	127010	Regionalleitstelle Oderland	723150	Mieten und Pachten - Ausstattungen und technische Anlagen	320,11	-	320,11
37	37	127010	Regionalleitstelle Oderland	726100	Besondere zahlungswirksame Aufwendungen für Beschäftigte	2.675,86	-	2.675,86
38	37	127020	Notfallrettung mit Krankentransport	723150	Mieten und Pachten - Ausstattungen und technische Anlagen	502,71	-	502,71
39	37	127020	Notfallrettung mit Krankentransport	725100	Ersatzbeschaffung Rettungswagen - Erwerb Winterreifen - Maßnahme 0127020071100	1.094,80	-	1.094,80
40	37	127020	Notfallrettung mit Krankentransport	725140	Kraftstoffe	2.577,39	-	2.577,39

lfd. Nr.	Amt	Produkt		Konto	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in €	Auswirkungen Haushalt 2011 in €	
		Nr.	Bezeichnung	Nr.			Ergebnishaushalt	Finanzaushalt
41	37	127020	Notfallrettung mit Krankentransport	725150	Pflege-, Inspektions- und Reparaturkosten	1.991,47	-	1.991,47
42	37	127020	Notfallrettung mit Krankentransport	725190	Unfallreparatur	1.238,88	-	1.238,88
43	37	127020	Notfallrettung mit Krankentransport	726100	Besondere zahlungswirksame Aufwendungen für Beschäftigte	5.568,88	-	5.568,88
44	37	127020	Notfallrettung mit Krankentransport	727100	Besondere Verwaltungs- und Betriebsauszahlungen	7.948,07	-	7.948,07
45	37	127020	Notfallrettung mit Krankentransport	727160	Auszahlungen für Müll-, Sondermüll- und Schadstoffbeseitigung	299,48	-	299,48
46	37	127020	Notfallrettung mit Krankentransport	743100	Geschäftsauszahlungen	505,11	-	505,11
47	37	127020	Notfallrettung mit Krankentransport	743110	Bürobedarf	321,99	-	321,99
48	37	127020	Notfallrettung mit Krankentransport	745700	Erstattungen an private Unternehmen	47.091,86	-	47.091,86
49	37	127020	Notfallrettung mit Krankentransport	745800	Erstattungen an übrige Bereiche	1.673,09	-	1.673,09
50	37	128000	Schutz vor Großschadensereignissen und Katastrophenschutz	722100	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	1.175,45	-	1.175,45
51	37	128000	Schutz vor Großschadensereignissen und Katastrophenschutz	725140	Kraftstoffe	222,80	-	222,80
52	37	128000	Schutz vor Großschadensereignissen und Katastrophenschutz	725150	Pflege-, Inspektions- und Reparaturkosten	301,50	-	301,50
53	37	128000	Schutz vor Großschadensereignissen und Katastrophenschutz	728100	Erwerb von Vorräten	6.725,29	-	6.725,29
54	40	211000	Grundschulen	721100	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2.822,10	-	2.822,10
55	65	211000	Grundschulen	721133	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Grundstücke mit Schulen	9.899,91	-	9.899,91
56	40	211000	Grundschulen	521170/ 721170	Soziale Stadt - Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Sanierung Grundschule Mitte - Maßnahme 0511130033000	35.400,00	35.400,00	35.400,00
57	40	211000	Grundschulen	722200	Unterhaltung von Geräten, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenständen	1.158,08	-	1.158,08
58	40	211000	Grundschulen	722210	Unterhaltung immaterieller Vermögensgegenstände (Software, Lizenzen)	4.370,80	-	4.370,80
59	40	211000	Grundschulen	723150	Mieten und Pachten - Ausstattungen und technische Anlagen	1.684,59	-	1.684,59
60	65	211000	Grundschulen	724122	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Müllentsorgung	5.936,26	-	5.936,26
61	65	211000	Grundschulen	724126	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Entwässerung	1.937,67	-	1.937,67
62	65	211000	Grundschulen	724132	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Fernwärme	12.209,73	-	12.209,73
63	65	211000	Grundschulen	724138	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Wasser, Abwasser	8.079,17	-	8.079,17
64	40	211000	Grundschulen	724140	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Reinigung	9.571,43	-	9.571,43

lfd. Nr.	Amt	Produkt		Konto	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in €	Auswirkungen Haushalt 2011 in €	
		Nr.	Bezeichnung	Nr.			Ergebnishaushalt	Finanzaushalt
65	40	211000	Grundschulen	527100/ 727100	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen/ Schulsozialfonds	22.915,74	9.378,53	22.915,74
66	40	211000	Grundschulen	731800	Zuschüsse an übrige Bereiche	4.195,89	-	4.195,89
67	40	211000	Grundschulen	743110	Bürobedarf	307,96	-	307,96
68	40	216000	Oberschulen	721100	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.996,28	-	1.996,28
69	65	216000	Oberschulen	721133	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Grundstücke mit Schulen	6.259,87	-	6.259,87
70	40	216000	Oberschulen	722210	Unterhaltung immaterieller Vermögensgegenstände (Software, Lizenzen)	1.248,87	-	1.248,87
71	65	216000	Oberschulen	724136	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Gas	10.605,58	-	10.605,58
72	65	216000	Oberschulen	724138	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Wasser, Abwasser	816,07	-	816,07
73	40	216000	Oberschulen	724140	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Reinigung	15.623,48	-	15.623,48
74	40	216000	Oberschulen	527100/ 727100	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen/ Schulsozialfonds	4.319,75	2.653,50	4.319,75
75	40	217000	Gymnasien	721100	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.678,34	-	1.678,34
76	65	217000	Gymnasien	721133	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Grundstücke mit Schulen	38.137,08	-	38.137,08
77	40	217000	Gymnasien	722210	Unterhaltung immaterieller Vermögensgegenstände (Software, Lizenzen)	1.248,80	-	1.248,80
78	65	217000	Gymnasien	724126	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Entwässerung	952,11	-	952,11
79	65	217000	Gymnasien	724132	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Fernwärme	90.820,65	-	90.820,65
80	65	217000	Gymnasien	724134	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Strom	5.782,67	-	5.782,67
81	40	217000	Gymnasien	724140	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Reinigung	31.505,46	-	31.505,46
82	40	217000	Gymnasien	527100/ 727100	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen/ Schulsozialfonds	13.652,29	2.747,92	13.652,29
83	40	218000	Gesamtschulen	721100	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.805,36	-	1.805,36
84	40	218000	Gesamtschulen	722200	Unterhaltung von Geräten, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenständen	1.125,59	-	1.125,59
85	40	218000	Gesamtschulen	722210	Unterhaltung immaterieller Vermögensgegenstände (Software, Lizenzen)	624,40	-	624,40
86	40	218000	Gesamtschulen	723150	Mieten und Pachten - Ausstattungen und technische Anlagen	705,55	-	705,55
87	65	218000	Gesamtschulen	724126	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Entwässerung	1.284,16	-	1.284,16

lfd. Nr.	Amt	Produkt		Konto	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in €	Auswirkungen Haushalt 2011 in €	
		Nr.	Bezeichnung	Nr.			Ergebnishaushalt	Finanzaushalt
88	65	218000	Gesamtschulen	724132	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Fernwärme	24.213,76	-	24.213,76
89	65	218000	Gesamtschulen	724134	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Strom	2.961,53	-	2.961,53
90	40	218000	Gesamtschulen	527100/ 727100	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen/ Schulsozialfonds	145,97	145,97	145,97
91	40	218000	Gesamtschulen	731800	Zuschüsse an übrige Bereiche	17.000,00	-	17.000,00
92	65	221000	Förderschulen	721133	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Grundstücke mit Schulen	2.072,54	-	2.072,54
93	40	221000	Förderschulen	722200	Unterhaltung von Geräten, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenständen	430,16	-	430,16
94	40	221000	Förderschulen	722210	Unterhaltung immaterieller Vermögensgegenstände (Software, Lizenzen)	1.248,80	-	1.248,80
95	65	221000	Förderschulen	724122	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Müllentsorgung	1.558,41	-	1.558,41
96	65	221000	Förderschulen	724132	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Fernwärme	18.943,29	-	18.943,29
97	40	221000	Förderschulen	527100/ 727100	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen/ Schulsozialfonds	5.488,31	3.155,79	5.488,31
98	40	231000	Oberstufenzentren	721100	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2.483,37	-	2.483,37
99	65	231000	Oberstufenzentren	721133	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Grundstücke mit Schulen	21.585,74	-	21.585,74
100	40	231000	Oberstufenzentren	722210	Unterhaltung immaterieller Vermögensgegenstände (Software, Lizenzen)	3.700,20	-	3.700,20
101	65	231000	Oberstufenzentren	724132	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Fernwärme	51.806,50	-	51.806,50
102	65	231000	Oberstufenzentren	724134	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Strom	4.726,72	-	4.726,72
103	65	231000	Oberstufenzentren	724138	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Wasser, Abwasser	8.063,37	-	8.063,37
104	40	231000	Oberstufenzentren	724140	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Reinigung	9.700,06	-	9.700,06
105	40	231000	Oberstufenzentren	527100/ 727100	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	20.433,41	-	20.433,41
106	40	241000	Schülerbeförderung	742900	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	38.650,95	-	38.650,95
107	40	242020	Unterbringung von Schülern und Azubis	731700	Zuschüsse an private Unternehmen	29.319,00	-	29.319,00
108	40	243010	Zentrale Steuerung der Schulen	722200	Unterhaltung von Geräten, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenständen	734,38	-	734,38
109	40	243010	Zentrale Steuerung der Schulen	725140	Kraftstoffe	309,94	-	309,94
110	40	243010	Zentrale Steuerung der Schulen	743190	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	12.082,50	-	12.082,50

lfd. Nr.	Amt	Produkt		Konto	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in €	Auswirkungen Haushalt 2011 in €	
		Nr.	Bezeichnung	Nr.			Ergebnishaushalt	Finanzaushalt
111	40	243010	Zentrale Steuerung der Schulen	745200	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	56.760,38	-	56.760,38
112	43	251000	Historisches Stadtarchiv	727100	Besondere Verwaltungs- und Betriebsauszahlungen	28.074,78	-	28.074,78
113	43	251000	Historisches Stadtarchiv	731800	Zuschüsse an übrige Bereiche	522,00	-	522,00
114	D I	281020	Feuerwehrsternfahrt 2011	729100	Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen Übertragung zweckgebundene Einzahlung (281020.646100)	168.483,00	-	168.483,00
115	50	312000	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)	722200	Unterhaltung von Geräten, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenständen	60,61	-	60,61
116	50	313000	Hilfen für Asylbewerber (ohne Krankenhilfe)	722200	Unterhaltung von Geräten, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenständen	60,61	-	60,61
117	50	341000	Unterhaltsvorschuss	722200	Unterhaltung von Geräten, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenständen	72,13	-	72,13
118	50	341000	Unterhaltsvorschuss	724140	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlage - Reinigung	1,85	-	1,85
119	50	341000	Unterhaltsvorschuss	742100	Auszahlungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	5,23	-	5,23
120	50	341000	Unterhaltsvorschuss	743120	Bücher und Zeitschriften	10,00	-	10,00
121	13	342000	Zuweisungen und Zuschüsse zu Maßnahmen der regionalen Arbeitsmarktpolitik	731500	Zuschüsse an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	536,66	-	536,66
122	13	342000	Zuweisungen und Zuschüsse zu Maßnahmen der regionalen Arbeitsmarktpolitik	731700	Zuschüsse an private Unternehmen	536,66	-	536,66
123	13	342000	Zuweisungen und Zuschüsse zu Maßnahmen der regionalen Arbeitsmarktpolitik	731800	Zuschüsse an übrige Bereiche	6.516,96	-	6.516,96
124	50	351000	Sonstige Soziale Hilfen und Leistungen	722200	Unterhaltung von Geräten, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenständen	60,61	-	60,61
125	50	351000	Sonstige Soziale Hilfen und Leistungen	743120	Bücher und Zeitschriften	6,48	-	6,48
126	50	351000	Sonstige Soziale Hilfen und Leistungen	745400	Erstattungen an sonstigen öffentlichen Bereich	1,17	-	1,17
127	50	361000	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	722200	Unterhaltung von Geräten, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenständen	72,13	-	72,13
128	50	361000	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	724140	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlage - Reinigung	1,48	-	1,48

lfd. Nr.	Amt	Produkt		Konto	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in €	Auswirkungen Haushalt 2011 in €	
		Nr.	Bezeichnung	Nr.			Ergebnishaushalt	Finanzaushalt
129	50	361000	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	742100	Auszahlungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	5,23	-	5,23
130	50	361000	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	743120	Bücher und Zeitschriften	9,20	-	9,20
131	50	362000	Förderung der Kinder- und Jugendarbeit	722200	Unterhaltung von Geräten, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenständen	72,06	-	72,06
132	50	362000	Förderung der Kinder- und Jugendarbeit	724140	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlage - Reinigung	1,52	-	1,52
133	50	362000	Förderung der Kinder- und Jugendarbeit	742100	Auszahlungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	5,23	-	5,23
134	50	362000	Förderung der Kinder- und Jugendarbeit	743120	Bücher und Zeitschriften	9,20	-	9,20
135	50	365000	Kindertagesstätten in freier Trägerschaft	722200	Unterhaltung von Geräten, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenständen	71,17	-	71,17
136	50	365000	Kindertagesstätten in freier Trägerschaft	724140	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlage - Reinigung	13,57	-	13,57
137	50	365000	Kindertagesstätten in freier Trägerschaft	742100	Auszahlungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	17,37	-	17,37
138	50	365000	Kindertagesstätten in freier Trägerschaft	743120	Bücher und Zeitschriften	9,10	-	9,10
139	50	366000	Stadtteilorientierte Jugendzentren	724140	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlage - Reinigung	1,52	-	1,52
140	61	366000	Stadtteilorientierte Jugendzentren	531870/ 731870	Modellvorhaben SMS - Zuschuss Verkehrserziehung - Maßnahme 0511131521001	20.000,00	20.000,00	20.000,00
141	50	366000	Stadtteilorientierte Jugendzentren	742100	Auszahlungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	5,23	-	5,23
142	50	366000	Kindertagesstätten in freier Trägerschaft	743120	Bücher und Zeitschriften	9,10	-	9,10
143	53	414020	Gesundheitsamt	724140	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlage - Reinigung	847,35	-	847,35
144	53	414020	Gesundheitsamt	728100	Erwerb von Vorräten	2.191,98	-	2.191,98
145	53	414020	Gesundheitsamt	729100	Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	1.062,18	-	1.062,18
146	61	414020	Gesundheitsamt	531870/ 731870	Projektzuschuss "Fit mit Biss" - Maßnahme 0511130521004	25.267,95	24.767,95	25.267,95
147	61	421010	Förderung des Leistungssports	531591/ 731591	Hüllensanierung Internat Finkensteig - Maßnahme 0522021521000/3	115.000,00	115.000,00	115.000,00
148	40	424100	Bereitstellung von Sportmöglichkeiten auf Freisportanlagen und Sporthallen	722100	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	19.875,90	-	19.875,90
149	65	424100	Bereitstellung von Sportmöglichkeiten auf Freisportanlagen und Sporthallen	724122	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Müllentsorgung	2.261,92	-	2.261,92

lfd. Nr.	Amt	Produkt		Konto	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in €	Auswirkungen Haushalt 2011 in €	
		Nr.	Bezeichnung	Nr.			Ergebnishaushalt	Finanzaushalt
150	65	424100	Bereitstellung von Sportmöglichkeiten auf Freisportanlagen und Sporthallen	724126	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Entwässerung	1.027,31	-	1.027,31
151	65	424100	Bereitstellung von Sportmöglichkeiten auf Freisportanlagen und Sporthallen	724132	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Fernwärme	33.798,35	-	33.798,35
152	65	424100	Bereitstellung von Sportmöglichkeiten auf Freisportanlagen und Sporthallen	724134	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Strom	5.349,76	-	5.349,76
153	65	424100	Bereitstellung von Sportmöglichkeiten auf Freisportanlagen und Sporthallen	724136	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Gas	1.827,92	-	1.827,92
154	65	424100	Bereitstellung von Sportmöglichkeiten auf Freisportanlagen und Sporthallen	724138	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Wasser, Abwasser	604,40	-	604,40
155	40	424100	Bereitstellung von Sportmöglichkeiten auf Freisportanlagen und Sporthallen	724140	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlage - Reinigung	4.634,99	-	4.634,99
156	65	424200	Hallenbad (BGA)	721139	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Grundstücke mit Geschäfts- und Betriebsgebäuden	5.220,98	-	5.220,98
157	40	424200	Hallenbad (BGA)	722200	Unterhaltung von Geräten, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenständen	360,63	-	360,63
158	65	424200	Hallenbad (BGA)	724134	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Strom	1.265,24	-	1.265,24
159	65	424200	Hallenbad (BGA)	724138	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Wasser, Abwasser	1.886,29	-	1.886,29
160	40	424200	Hallenbad (BGA)	724140	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlage - Reinigung	1.126,76	-	1.126,76
161	61	511100	Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	543170/ 743170	Soziale Stadt - Verfahrenssteuerung/ Öffentlichkeitsarbeit/ Quartiersfonds - Maßnahme 0511130521001	9.966,51	2.843,44	9.966,51
162	61	511100	Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	743190	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	61.902,77	-	61.902,77
163	61	511100	Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	531870/ 731870	Soziale Stadt - Kompetenzagentur - Maßnahme 0511130521002	11.315,40	11.315,40	11.315,40
164	61	521000	Bauordnung	722210	Unterhaltung immaterieller Vermögensgegenstände (Software, Lizenzen)	874,65	-	874,65
165		537010	BgA Duales System	722100	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	24.280,60	-	24.280,60
166	66	541000	Neubau und Unterhaltung von Verkehrsflächen und Ingenieurbauwerken	543190/ 743190	Planungs- und Beratungsleistungen für das Industriegebiet an der A 12	51.092,51	36.257,82	51.092,51

lfd. Nr.	Amt	Produkt		Konto	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in €	Auswirkungen Haushalt 2011 in €	
		Nr.	Bezeichnung	Nr.			Ergebnishaushalt	Finanzaushalt
167	66	541000	Neubau und Unterhaltung von Verkehrsflächen und Ingenieurbauwerken - Gemeindestraßen	727200	Ersatzpflanzung Bäume Gemeindestraßen	19.743,21	-	19.743,21
168	66	541000	Neubau und Unterhaltung von Verkehrsflächen und Ingenieurbauwerken - Gemeindestraßen	722100	Wartungs- und Reparaturarbeiten Straßenbeleuchtung -> Anteil Gemeindestraßen	24.603,11	-	24.603,11
169	66	543000	Neubau und Unterhaltung von Verkehrsflächen und Ingenieurbauwerken - Landesstraßen	722100	Wartungs- und Reparaturarbeiten Straßenbeleuchtung -> Anteil Landesstraßen	8.842,08	-	8.842,08
170	66	544000	Neubau und Unterhaltung von Verkehrsflächen und Ingenieurbauwerken - Bundesstraßen	722100	Wartungs- und Reparaturarbeiten Straßenbeleuchtung -> Anteil Bundesstraßen	20.998,37	-	20.998,37
171	60	547000	ÖPNV	543190/ 743190	Planungs- und Sachverständigenkosten für den ÖPNV (100% FÖM)	235.870,41	172.576,41	235.870,41
172	60	548000	BGA KV-Terminal	743190	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	5.209,70	-	5.209,70
173	66	551000	Neubau und Unterhaltung von Grün- und Parkanlagen	522190/ 722190	Soziale Stadt - Sanierung Schöpferdenkmal - Maßnahme 0511130047000	25.500,00	25.500,00	25.500,00
174	66	551000	Neubau und Unterhaltung von Grün- und Parkanlagen	722190	Durchführung nichtinvestiver Ausgleichsmaßnahmen 0551000520000	26.012,97	-	26.012,97
175	66	552000	Neubau und Unterhaltung von öffentlichen Gewässern	722190	Sanierung Rückhaltebecken 0552000522000	3.176,23	-	3.176,23
176	66	553010	Friedhöfe incl. Kriegsgräber	722100	Friedhöfe - Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	5.509,40	-	5.509,40
177	66	553010	Friedhöfe incl. Kriegsgräber	722101	Kriegsgräberstätten - Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	110.859,02	101.205,74	110.859,02
178	39	555010	Agrarverwaltung und -förderung	743190	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	1.620,00	-	1.620,00
179	39	555020	Stadtwald (BGA)	722100	Friedhöfe - Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	2.103,66	-	2.103,66
180	39	555020	Stadtwald (BGA)	725140	Kraftstoffe	495,92	-	495,92
181	39	555020	Stadtwald (BGA)	425150	Pflege-, Inspektions- und Reparaturkosten	1.425,84	-	1.425,84
182	39	555020	Stadtwald (BGA)	726100	Besondere zahlungswirksame Aufwendungen an Beschäftigte	993,60	-	993,60
183	39	555020	Stadtwald (BGA)	745800	Erstattungen an übrige Bereiche	346,50	-	346,50
184	65	555030	BGA Verpachtung Bio-Obstanlage	744185	Vorsteuern	2.325,55	-	2.325,55
185	39	561000	Umweltschutzmaßnahmen	721100	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.469,89	-	1.469,89

lfd. Nr.	Amt	Produkt		Konto	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in €	Auswirkungen Haushalt 2011 in €	
		Nr.	Bezeichnung	Nr.			Ergebnishaushalt	Finanzaushalt
186	39	561000	Umweltschutzmaßnahmen	723200	Leasing	477,49	-	477,49
187	39	561000	Umweltschutzmaßnahmen	725150	Pflege,- Inspektions- und Reparaturkosten	439,40	-	439,40
188	39	561000	Umweltschutzmaßnahmen	727100	Besondere Verwaltungs- und Betriebsauszahlungen	2.534,04	-	2.534,04
189	39	561000	Umweltschutzmaßnahmen	743100	Geschäftsauszahlungen	1.600,00	-	1.600,00
190	60	571000	Wirtschaftsförderung und Projektmanagement	731774	"Nachhaltige Stadtentwicklung" - Zuschüsse an private Unternehmen (KMU-Förderung) 0511120530000	5.068,00	-	5.068,00
191	20	612000	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	759800	Sonstige Finanzauszahlungen	833,20	-	833,20
Summen:						<u>2.815.620,30</u>	<u>934.262,87</u>	<u>2.815.300,30</u>

Anlage 3: Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen
aus geplanten Investitionsmaßnahmen

Haushaltsreste 2010

hier: Übertragene Ermächtigungen aus geplanten Investitionsmaßnahmen

lfd. Nr.	Amt	Investitions-Nr./ Pos.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in €	Auswirkungen Haushalt 2011 in €	
					Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt

Einzahlungen

1	65	0126000039000/ 4	Konjunkturpaket II - Feuerwehrrätehaus Guldendorf	219.991,10	-	219.991,10
2	37	0127010082103	Einrichtung Redundanzarbeitsplätze - Regionalleitstelle Oderland	116.252,57	-	116.252,57
3	65	0211000033401/ 4	Konjunkturpaket II - TH Grds. Mitte	578.227,99	-	578.227,99
4	65	0211000033403/ 6	Konjunkturpaket II - Sanierung Friedensschule	341.985,62	-	341.985,62
5	65	0211000033404/ 4	Konjunkturpaket II - Schulhof Grds. Lindgren	108.506,87	-	108.506,87
6	65	0216000033400/ 4	Konjunkturpaket II - Sanierung Kleistoberschule	28.902,36	-	28.902,36
7	65	0221000033400/ 4	Konjunkturpaket II - Sanierung Lessingschule	59.772,26	-	59.772,26
8	50	0361000191280/ 2	FÖM ILB Zuschuss Tagespflegepersonen	673,72	-	673,72
9	61	0511120032000/ 4	NSE - Sport- und Freianlagen Gubener Straße	55.000,00	-	55.000,00
10	61	0511120039000/ 8	NSE - Sanierung ehem. Bürgerschule - FÖM Land	0,16	-	0,16
11	61	0511120065100/ 6	NSE Ehemaliges Georgenhospital - FÖM Land	460,98	-	460,98
12	61	0511140034000	SG EA - Ankauf Grundstück Erweiterungsbau Kleistmuseum	160.700,00	-	160.700,00
13	62	0511220013100/12	Zuweisung Land Infrastrukturknoten/ Geoportal	3.412,32	-	3.412,32
14	66	0535000191203/ 4	EFRE-FÖM Trinkwassernetz Hansaviertel - FWA	69.900,00	-	69.900,00
15	66	0541010045009/ 4	Zuweisung Land für Verlängerung Marie-Curie-Straße AiB	32.500,00	-	32.500,00
16	66	0552000042100	Brücke über das Klingefließ/ Rathenaustraße	150.000,00	-	150.000,00
Summen:				1.926.285,95	-	1.926.285,95

Auszahlungen

lfd. Nr.	Amt	Investitions-Nr./ Pos.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in €	Auswirkungen Haushalt 2011 in €	
					Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
1	OB	0111100082000/ 2	Erwerb/ Ersatz Betriebs- und Geschäftsausstattung - OB-Bereich	281,23	-	281,23
2	20	0111110013000/2	Erwerb Fachsoftware Doppisches Berichtswesen	35.000,00	-	35.000,00
3	BS	0111110013000/8	Erwerb Fachsoftware Beteiligungsverwaltung	35.000,00	-	35.000,00
4	DI	0111110082200	Erwerb GWG - Steuerung/ Leitung DI	1.300,00	-	1.300,00
5	D III	0111130080000/2	Ersatz Büroausstattung Stab D III (GWG)	1.700,00	-	1.700,00
6	10	0111210012000/14	Diverse geringwertige Einzellizenzen	2.700,00	-	2.700,00
7	10	0111210013100/2	Einführung DMS-Software (Archivierungssystem)	51.199,75	-	51.199,75
8	10	0111210013101/2	Erwerb Fachsoftware "Software-Management"	27.000,00	-	27.000,00
9	10	0111210082101	Ersatz unterbrechungsfreie Stromversorgung	5.219,58	-	5.219,58
10	10	0111210082102	Erwerb Netzwerkkomponenten	30.249,80	-	30.249,80
11	10	0111210082103/2	Erwerb Netzwerkspeicher	28.768,25	-	28.768,25
12	10	0111210082107/4	Zentrale Druck- und Plottertechnik	11.000,00	-	11.000,00
13	15	0111220080000/2	Erwerb Ausstattung Beteiligungssteuerung	694,87	-	694,87
14	20	0111310013100/2	Erwerb Software - Einführung dopp. Berichtswesen	19.355,35	-	19.355,35
15	65	0111330020000/2,4	Ankauf unbebauter Grundstücke	3.671,00	-	3.671,00
16	65	0111330020000/18	Bundesstraßen - Ankauf unbeb. Grundstücke	918,00	-	918,00
17	65	0111330034001/2	Sanierung VHS - AiB Planung und Bauvorber.	231.886,84	-	231.886,84
18	65	0111330034001/4	Sanierung VHS - AiB Haus 1 Neubau	219.600,00	-	219.600,00
19	65	0111330034001/8	Sanierung VHS - AiB Haus 2 Altbau	219.600,00	-	219.600,00
20	65	0111330034001/12	Sanierung VHS - AiB Haus 3 Altbau	219.500,00	-	219.500,00
21	65	0111330041100/ 4	Ankauf Grundstücke ETTC-Süd	2.900,00	-	2.900,00
22	65	0111330041101/2	Ankauf unbebauter Grundstücke - Bereinigung	5.849,41	-	5.849,41
23	65	0111330041101/4	Ankauf unbebauter Grundstücke - Betriebsflächen	1.050,00	-	1.050,00
24	65	0111330082000	Betriebs- und Geschäftsausstattung - Immobilienmanagement	2.907,50	-	2.907,50
25	65	0111330493000/ 10	Kaufpreisveränderungen im Rahmen von Grundstücksveräußerungen	10.000,00	-	10.000,00
26	66	0111540071100/2	Ersatz Kleintransporter FF - 2611	20.000,00	-	20.000,00
27	66	0111540071101/2	Ersatz Kleintransporter FF - 2658	30.000,00	-	30.000,00
28	66	0111540071102/2	Ersatz Kleintransporter FF - 2662	20.000,00	-	20.000,00
29	66	0111540072100/2	Ersatz SAG Mäher	4.480,50	-	4.480,50
30	66	0111540072101/2	Formatkreissäge	14.800,00	-	14.800,00
31	66	0111540072104/2	diverse Maschinen unter 3.000 € Bauhof	1.700,00	-	1.700,00
32	66	0111540082200/2	Erwerb geringwertige Ausstattungen Bauhof	6.462,48	-	6.462,48

lfd. Nr.	Amt	Investitions-Nr./ Pos.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in €	Auswirkungen Haushalt 2011 in €	
					Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
33	32	0122110082200/2,4,8	Geringwertige Wirtschaftsgüter Ordnungsrechtliche Angelegenheiten	6.859,25	-	6.859,25
34	10	0122110013100/2	Lizenz Jagd- und Fischereiverwaltung/ BZR Auskunft	1.286,90	-	1.286,90
35	10	0122110013101/2,10	Lizenzen Ordnungsrechtliche Angelegenheiten	3.600,00	-	3.600,00
36	10	0122200013100/2	Zusatzmodul Parkausweis	4.992,05	-	4.992,05
37	32	0122200082200/2,4,8	Geringwertige Wirtschaftsgüter Straßenverkehrsangelegenheiten	5.000,00	-	5.000,00
38	37	0126000012100/2	Erwerb Lizenz Abrechnungssystem	7.100,00	-	7.100,00
39	65	0126000039000/2	Ersatzneubau Feuerwache Guldendorf	78.495,34	-	78.495,34
40	65	0126000039200/4	Sanierung Feuerwehrtechnisches Zentrum	2.442.505,00	-	2.442.505,00
41	37	0126000071100/6,8,12	Erwerb Einsatzleitwagen	16.500,00	-	16.500,00
42	37	0126000071102/8	Erwerb Mannschaftstransportwagen	7.200,00	-	7.200,00
43	37	0126000082100/2	Ausstattung Manschaftstransportwagen	4.000,00	-	4.000,00
44	37	0126000082101/2	Erwerb Bergungsfass	3.000,00	-	3.000,00
45	37	0126000082106/12	Erwerb BGA - Leinwand für Beamer	285,01	-	285,01
46	37	0126000082200/4,6,14	Ersatzbeschaffung GWG Brandschutz	12.000,00	-	12.000,00
47	37	0127010013102	Störmeldeinrichtung	22.000,00	-	22.000,00
48	37	0127010013104	Software Dienstplanung	7.461,30	-	7.461,30
49	37	0127010073100/18,22,26	Erwerb von technischen Anlagen - DAU-Standorte	34.305,65	-	34.305,65
50	37	0127010073102/2	Multimasterstandort - Regionalleitstelle Oderland	19.500,00	-	19.500,00
51	37	0127010073103/2	Multimasterstandort Reduzierung / Sat Link - Regionalleitstelle Oderland	40.000,00	-	40.000,00
52	37	0127010082103	Einrichtung Redundanzarbeitsplätze - Regionalleitstelle Oderland	116.252,57	-	116.252,57
53	37	0127020071100/8	Ersatzbeschaffung Rettungstransportwagen - Spezialausstattung	20.706,67	-	20.706,67
54	37	0127020071100/10	Ersatzbeschaffung Rettungstransportwagen - geringwertige Ausstattung	4.929,17	-	4.929,17
55	37	0127020071100/18	Ersatzbeschaffung Rettungstransportwagen	50.085,86	-	50.085,86
56	37	0127020071101/2	Ersatz Notarzteinsetzfahrzeug (NEF)	8.960,70	-	8.960,70
57	37	0127020082102/2	Erwerb Lifepack	23.000,00	-	23.000,00
58	37	0127020082104/6	Erwerb Server	2.900,00	-	2.900,00
59	37	0128000082101	Erwerb Schlauchboot	1.990,00	-	1.990,00
60	65	0211000033401/2	Grs. "Mitte" - KP II - AiB Turnhalle	652.753,38	-	652.753,38
61	65	0211000033401/6	Grs. "Mitte" - AiB Turnhalle (außerhalb KP)	19.857,20	-	19.857,20

lfd. Nr.	Amt	Investitions-Nr./ Pos.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in €	Auswirkungen Haushalt 2011 in €	
					Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
62	65	0211000033402/ 4	GrS. "Am Botanischen Garten" - KP II - AiB Außenanlagen	12.105,12	-	12.105,12
63	65	0211000033403/ 2	GrS. "Friedensschule" - KP II - AiB Fenster	425.453,55	-	425.453,55
64	65	0211000033403/ 4	GrS. "Friedensschule" - KP II - AiB Außenanlagen	44.472,57	-	44.472,57
65	65	0211000033404/ 2	GrS. "Astrid Lindgren" - KP II - AiB Schulhof	89.226,02	-	89.226,02
66	65	0216000033400/ 2	Oberschule "Kleist" - KP II - AiB	296,00	-	296,00
67	40	0217000082101/ 14	Erwerb div. geringwertige Ausstattung (GWG) Gymnasium "Karl Liebknecht"	998,00	-	998,00
68	40	0217000082102/ 2	Erwerb IT-Ausstattung Gymnasium "Carl-Friedrich-Gauß"	9.242,18	-	9.242,18
69	65	0221000033400/ 2	Fös. "Lessingschule" - KP II - AiB	1.938,96	-	1.938,96
70	40	0231000012100/ 2	OSZ - Erwerb geringwertiger Lizenzen (immat. GWG)	1.071,00	-	1.071,00
71	40	0231000082100/4	Oberstufenzentrum - Ersatz PC's	22.661,60	-	22.661,60
72	41	0262000082100	Ersatzbeschaff EDV BSOE	13.096,21	-	13.096,21
73	50/10	0311100013100/2	DV-Software Amt 50 - Lizenzen OPEN/ PROSOZ	18.300,00	-	18.300,00
74	50/10	0311100013100/4	DV-Software Amt 50 - Lizenzen OPEN/ PROSOZ	2.500,00	-	2.500,00
75	50/10	0311100013100/6	DV-Software Amt 50 - Lizenzen OPEN/ PROSOZ	7.000,00	-	7.000,00
76	50	0361000191280/ 4	Zuschuss an Tagespflegepersonen - FÖM ILB	673,72	-	673,72
77	50/10	0363300013100/2	Erwerb zusätzlicher Lizenzen - Prosoz	2.677,50	-	2.677,50
78	50	0363300082200/2	Erwerb/ Ersatz Büroausstattung (GWG)	6.140,40	-	6.140,40
79	65	0365000032000/2	Dachgeschossausbau EURO-KITA	8.000,00	-	8.000,00
80	53	0414020073100/2	Ersatzbeschaffung Dentaleinheit - Gesundheitsamt	22.610,00	-	22.610,00
81	61	0511100190000	Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum in der Innenstadt	13.750,00	-	13.750,00
82	61	0511120032000/2	NSE - AiB Sport- und Freianlagen Gubener Str.	140.611,21	-	140.611,21
83	61	0511120039000	Sanierung Bürgerschule	269.252,74	-	269.252,74
84	61	0511120042100/2	AiB Klingefließ Renaturierung	18.000,00	-	18.000,00
85	61	0511120042100/6	AiB Freianlagen Grüner Weg	4.000,00	-	4.000,00
86	61	0511120045100/ 2	INSEK - Priestergasse	35.894,85	-	35.894,85
87	61	0511120045100/ 6	INSEK - Universitätsplatz	85.876,32	-	85.876,32
88	61	0511120047100/2	AiB - Funktionsgebäude Stadion	172.392,65	-	172.392,65
89	65	0511120065100/ 2	NSE - Georgenhospital - Erwerb Grundstücke	105,00	-	105,00

lfd. Nr.	Amt	Investitions-Nr./ Pos.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in €	Auswirkungen Haushalt 2011 in €	
					Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
90	61	0511120065100/ 4	NSE - AiB ehemaliges Georgenhospital	77.949,78	-	77.949,78
91	61	0511130032000	Soziale Stadt "Sanierung Horthaus Grundschule Mitte"	453.701,03	-	453.701,03
92	61	0511130033000	Soziale Stadt "Sanierung Schulgebäude Grundschule Mitte"	20.000,00	-	20.000,00
93	61	0511130047000	Soziale Stadt "Sanierung Schöpferdenkmal"	158.759,07	-	158.759,07
94	61	0511130191200/ 2	SG EA - Investitionszuschuss Einbau Fahrstuhl	44.022,90	-	44.022,90
95	61	0511140032000/ 2	SG EA - Sanierung Kita Oderknirpse AiB	66.534,34	-	66.534,34
96	61	0511140034000	SG EA - Ankauf Grundstück Erweiterungsbau Kleistmuseum	241.000,00	-	241.000,00
97	61	0511140034001	"Ehemalige Altstadt" - Sanierung Anbau Konzerthalle	132.084,37	-	132.084,37
98	61	0511140045101/2	SG EA - AiB Schulstraße 1. BA	17.923,19	-	17.923,19
99	61	0511140047000/2	SG EA - Uferwege Lennépark AiB	72.364,92	-	72.364,92
100	61	0511140065300/2	SGEA - Neubau Glockenturm AiB	10.417,79	-	10.417,79
101	61	0511140065300/4	SGEA - Grundhafte Sanierung Treppe Friedensglocke AiB	12.191,33	-	12.191,33
102	62	0511210082200/2	Erwerb von geringwertiger fachspezifischer Hardware	3.570,00	-	3.570,00
103	62	0511210082200/8	Erwerb von immateriellen geringwertigen Wirtschaftsgütern	1.404,20	-	1.404,20
104	61	0522021045000/ 2	Stadtumbau - Grundhafter Ausbau Gartenstraße	50.725,72	-	50.725,72
105	61	0522021045001/ 2	Stadtumbau - Stadtplatz Süd AiB	60.497,65	-	60.497,65
106	61	0522021045003/ 2	Stadtumbau - Ausbau Ziegelstraße AiB	17.469,54	-	17.469,54
107	66	0535000191201/ 10	Investitionsfördermaßnahme Schmutzwassernetz Booßen - FWA	88.660,00	-	88.660,00
108	66	0535000191203/ 2	Investitionsfördermaßnahme Trinkwassernetz Hansaviertel - FWA	69.900,00	-	69.900,00
109	66	0535000191204/ 2	Investitionsfördermaßnahme Trinkwassernetz Ludwig-Feuerbach-Straße - FWA	27.040,84	-	27.040,84
110	66	0537000071100/4	Ersatz PKW FF - 2593	13.000,00	-	13.000,00
111	66	0537000082000/2	Erwerb geringwertige Ausstattungen Abfallwirtschaft	800,00	-	800,00
112	66/10	0541000013101/2	DV-Software Gemeindestraßen	3.300,00	-	3.300,00
113	66	0541000082100/2	Erwerb Betriebs- und Geschäftsausstattung Gemeindestraßen	4.200,00	-	4.200,00
114	66	0541000082100/4	Erwerb diverse geringwertige Ausstattungen Gemeindestraßen	600,00	-	600,00

lfd. Nr.	Amt	Investitions-Nr./ Pos.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in €	Auswirkungen Haushalt 2011 in €	
					Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
115	66	0541010045001/ 2	Goethestraße HHR 2009 - Fortführung	534,44	-	534,44
116	66	0541010045002/2	Gemeindestr. - Zschokkestraße - HHR 2009	471,24	-	471,24
117	66	0541010045002/2	Gemeindestr. - Zschokkestraße - EM 2010	1.831,56	-	1.831,56
118	66	0541010045008/2	Gemeindestr. - Tobias-Magirus-Str. AiB	108.662,31	-	108.662,31
119	66	0541010045009/2	Gemeindestr. - Marie-Curie-Str. AiB	117.147,95	-	117.147,95
120	66	0541020045016/ 2	Gemeindestr. - Radweg Bierweg - AiB	55.969,46	-	55.969,46
121	66	0541030042100/4	Instandsetzung Brücke Leinengasse - Bau	230.515,93	-	230.515,93
122	66	0541040041000/2	Booßener Straße 1. BA - Fortführung aus 2009	7.127,99	-	7.127,99
123	66	0541040041001/2	Booßener Straße 2. BA - Straßenkörper	50.000,00	-	50.000,00
124	66	0541050191003/ 2	Kreuzungsvereinbarung Bahnübergang Wildbahn	22.242,76	-	22.242,76
125	66	0541060045006/ 2	Gemeindestr. - Straßenbeleuchtung Dorfstraße Hohenwalde	8.776,25	-	8.776,25
126	66	0544010045000/2	Verbindungsstraße B 112 neu Frankfurt (Oder) - West	137.061,88	-	137.061,88
127	66	0544010045000/4	Brücke B 112 neu Frankfurt (Oder)	48.240,41	-	48.240,41
128	66	0544010045000/6	Verbindungsstraße B 112 neu Frankfurt (Oder) - West	124.939,46	-	124.939,46
129	66	0544010045104/2	HET 4. BA - AiB Straßenkörper und Zubehör	63.987,76	-	63.987,76
130	66	0544010045107/2	Haupterschließungstrasse - 7 Einmündung Cottbuser Str. - Puschkinstr.	129.821,40	-	129.821,40
131	66	0544010045107/4	Haupterschließungstrasse - 7. BA Einmündung Cottbuser Str. - Puschkinstr.	10.018,70	-	10.018,70
132	66	0544010045108/2	Haupterschließungstrasse - 8. BA Leipziger Str. von Puschkinstr. bis KP H.-Hildebrand-Str./Leipziger Str.	28.741,99	-	28.741,99
133	66	0544040045000/6	Tiefbaumaßnahme Kreisel Kliestow	159.808,32	-	159.808,32
134	66	0544040045001/2	Querungshilfe OE Booßen AiB	16.058,11	-	16.058,11
135	60	0547000191200/2	Investförderung ab SVF - Haltestellen	85.053,22	-	85.053,22
136	60	0548000041000/2	KV-Terminal Ergänzung Grundstücke	1.750,09	-	1.750,09
137	WiFö	0548000042100	Ausbau KV - Terminal - AiB Eisenbahnbrücke Rathenaustraße	1.246,88	-	1.246,88
138	WiFö	0548000043100	Ausbau KV - Terminal - AiB Neubau östliche Gleisanbindung	19.999,90	-	19.999,90
139	66	0551000047001/ 2	Gestaltung Eingangsbereich Stadtwald	84.575,00	-	84.575,00
140	66	0551000047206/2	AiB Spielplatz A.-Bebel-Str.	17.500,00	-	17.500,00
141	66	0551000071100/2	Ersatz FF - 2645 Opel Combo	13.000,00	-	13.000,00

lfd. Nr.	Amt	Investitions-Nr./ Pos.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in €	Auswirkungen Haushalt 2011 in €	
					Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
142	66	0551000082000/6	Erwerb Betriebs- und Geschäftsausstattung - Park- und Grünanlagen	1.055,53	-	1.055,53
143	66	0552000042100	Brücke über das Klingefließ/ Rathenaustraße	410.989,02	-	410.989,02
144	66	0552000044100	Entwässerungssystem Rosengarten	9.959,26	-	9.959,26
145	10/ 66	0553010016100/2	Erwerb von immateriellen geringwertigen Wirtschaftsgütern - Friedhof	4.800,00	-	4.800,00
146	66	0553010071100/2	Ersatz Absetzkipper FF - 2654	89.000,00	-	89.000,00
147	66	0553010082200/4	Erwerb diverse geringwertige Ausstattungen Friedhöfe	15.800,00	-	15.800,00
148	65	(Kto. 555030.781700)	BGA - Verpachtung Bio-Obstanlage	12.239,74	-	12.239,74
149	66	0555020082200/ 4	BGA Stadtwald - Erwerb Kleingeräte (GWG)	882,00	-	882,00
150	60	0571000046100/12	Planung Steganlage	8.829,24	-	8.829,24
151	60	0571000082200/2	Erwerb geringwertiger Ausstattung	694,87	-	694,87
Summen:				10.058.115,55	-	10.058.115,55

Jahresrechnung 2010**Korrekturen der Eröffnungsbilanz der Stadt Frankfurt (Oder) zum 01.01.2010**

Aktiva	ALT Bestand Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010	Korrekturen im Jahresabschluss 2010	NEU Bestand Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010
1. Anlagevermögen	639.190.574,60	7.061.643,14	632.128.931,46
1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände	246.190,21	247,41	246.437,62
1.2. Sachanlagevermögen	481.931.389,05	7.061.890,55	474.869.498,50
1.2.1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	20.598.792,45	178.000,00	20.776.792,45
1.2.2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	198.669.080,28	- 1.258.274,59	197.410.805,69
1.2.3. Grundstücke und Bauten des Infrastrukturvermögens und sonstiger Sonderflächen	242.166.074,07	- 2.946.621,67	239.219.452,40
1.2.4. Bauten auf fremdem Grund und Boden	-	-	-
1.2.5. Kunstgegenstände/ Kulturdenkmäler	1.198.706,44	-	1.198.706,44
1.2.6. Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen	3.659.096,07	-	3.659.096,07
1.2.7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.388.090,40	-	4.388.090,40
1.2.8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	11.251.549,34	- 3.034.994,29	8.216.555,05
1.3. Finanzanlagevermögen	157.012.995,34	-	157.012.995,34
1.3.1. Rechte an Sondervermögen	26.939.664,03	-	26.939.664,03
1.3.2. Anteile an verbundenen Unternehmen	129.926.565,60	-	129.926.565,60
1.3.3. Mitgliedschaft in Zweckverbänden	1,00	-	1,00
1.3.4. Anteile an sonstigen Beteiligungen	47.172,73	-	47.172,73
1.3.5. Wertpapiere des Anlagevermögens	-	-	-
1.3.6. Ausleihungen	99.591,98	-	99.591,98
1.3.6.1. an Sondervermögen	-	-	-
1.3.6.2. an verbundene Unternehmen	99.591,98	-	99.591,98
1.3.6.3. an Zweckverbände	-	-	-
1.3.6.4. an sonstige Beteiligungen	-	-	-
1.3.6.5. Sonstige Ausleihungen	-	-	-

Aktiva

	ALT Bestand Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010	Korrekturen im Jahresabschluss 2010	NEU Bestand Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010
2. Umlaufvermögen	28.038.609,41	71.046,35	28.109.655,76
2.1. Vorräte	9.175.071,97	10.469,96	9.164.602,01
2.1.1. Grundstücke in Entwicklung	9.125.965,77	10.469,96	9.115.495,81
2.1.2. Sonstiges Vorratsvermögen	49.106,20	-	49.106,20
2.1.3. Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	-	-	-
2.2. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände	14.163.364,78	81.516,31	14.244.881,09
2.2.1. öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	9.202.810,76	-	9.297.273,32
2.2.1.1. <i>Gebühren</i>	767.702,07	-	767.702,07
2.2.1.2. <i>Beiträge</i>	337.271,11	-	337.271,11
2.2.1.3. <i>Wertberichtigungen auf Gebühren und Beiträgen</i>	413.331,04	-	413.331,04
2.2.1.4. <i>Steuern</i>	3.956.324,91	-	3.956.324,91
2.2.1.5. <i>Transferleistungen</i>	924.776,83	225.760,00	699.016,83
2.2.1.6. <i>Sonstige öffentlich-rechtlichen Forderungen</i>	4.439.581,90	320.222,56	4.759.804,46
2.2.1.7. <i>Wertberichtigungen auf Steuern, Transferleistungen, sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen</i>	809.515,02	-	809.515,02
2.2.2. Privatrechtliche Forderungen	3.686.705,92	-	3.672.049,67
2.2.2.1. <i>gegenüber dem privaten und öffentlichen Bereich</i>	1.132.158,40	-14.656,25	1.117.502,15
2.2.2.2. <i>gegen Sondervermögen</i>	4.541,65	-	4.541,65
2.2.2.3. <i>gegen verbundene Unternehmen</i>	2.807.230,42	-	2.807.230,42
2.2.2.4. <i>gegen Zweckverbände</i>	-	-	-
2.2.2.5. <i>gegen sonstige Beteiligungen</i>	11.999,90	-	11.999,90
2.2.2.6. <i>Wertberichtigungen auf privatrechtliche Forderungen</i>	269.224,45	-	269.224,45
2.2.3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.273.848,10	1.710,00	1.275.558,10
2.3. Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-
2.4. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	4.700.172,66	-	4.700.172,66
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	16.511.725,59	-	16.511.725,59
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	-	-	-
Bilanzsumme Aktiva	683.740.909,60	6.990.596,79	676.750.312,81

Erläuterungen zu den Korrekturen der Eröffnungsbilanz - Aktiva

Bilanzposition Aktiva		Bestand ALT	Korrektur	Bestand NEU
1.1.	Immaterielle Vermögensgegenstände			
1.1.	Immaterielle Vermögensgegenstände	246.190,21	247,41	246.437,62
	013100 - Software Haufe TVÖD - Nachtrag fehlende Vortragsbuchung		247,41	
1.2.	Sachanlagevermögen			
1.2.1.	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	20.598.792,45	178.000,00	20.776.792,45
	022100 - Gewerbegebiet Markendorf - Werterhöhung Grundvermögen - Nachweis: Kaufvertrag		184.428,00	
	029100 - Neubewertung Grundstück OT Rosengarten Hauptstr. 33 A		6.428,00	
1.2.2.	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	198.669.080,28	1.258.274,59	197.410.805,69
	039100 - Kita Moskauer Str. -> Wertmind. Grundstück -> Berücksichtigung reale Abrisskosten		36.537,05	
	033240 - Außenanlagen Friedenschule, Leipziger Str. 165 -> Neufestsetzung Herstellungskosten + ND		7.290,05	
	039200 - Rathaus -> Wertkorr. -> Zuordnung AHK aus AiB (096100), da Fertigstellung in 2009		1.140.748,84	
	039100 - Grundstück Baubetriebshof -> Nacherfassung in EöB nach versehentlicher Löschung		338.040,00	
	039200 - Hausmülldeponie -> Korrektur Doppelerfassung		9.858,00	
	039240 - Hausmülldeponie Außenanlage -> Korrektur Doppelerfassung		493,00	
	033200 - Gymnasium I - K.-Liebknecht-Haus; Neubewertung mit AHK nach Verwendungsnachweis		3.157.862,05	
	039100 - SG "Südl. Fischerstr./ Walter-Korsing-Str." - Neubewertung Grundstücke Fischerstraße 37/39		29.355,00	
	033100 - Korrektur Wert Grundvermögen, da Verkauf bereits in 2009		66.581,00	
	032200 - Horthaus Grundschule "E.-Kästner" - Wertberichtigung auf Grundlage Nachweis AHK		81.689,62	
	039200 - BgA Brunnenplatz - Abgang Pavillons, da nicht Eigentum der Stadt		63.469,00	
	039100 - Neubewertung Grundstück Moskauer Straße 7		5.781,00	
	039200 - Sozialgebäude Bauhof - Nachtrag fehlende Vortragsbuchung		543.893,00	
1.2.3.	Grundstücke und Bauten des Infrastrukturvermögens und sonstiger Sonderflächen	242.166.074,07	2.946.621,67	239.219.452,40
	045100 - Abspannmasten Straßenbahn		2.428.498,00	
	045100 - Abspannmasten Straßenbahn - Nachmeldung		35.453,00	
	044100 - Ferdinandstraße - grundhafter Ausbau 2009/2010 - Ausbuchung Restwert vor Sanierung		8.335,00	
	045100 - Ferdinandstraße - grundhafter Ausbau 2009/2010 - Ausbuchung Restwert vor Sanierung		133.873,06	
	044100 - Goethestraße - grundhafter Ausbau 2009/2010 - Ausbuchung Restwert vor Sanierung		16.198,00	
	045100 - Goethestraße - grundhafter Ausbau 2009/2010 - Ausbuchung Restwert vor Sanierung		318.955,15	
	045100 - Zschokkestraße - grundhafter Ausbau 2009/2010 - Ausbuchung Restwert vor Sanierung		9.008,00	
	045100 - Fontanestraße - grundhafter Ausbau 2009/2010 - Ausbuchung Restwert vor Sanierung		6.790,00	
	042100 - Brücke Rosengarten - Wertberichtigung		10.488,54	
1.2.4.	Bauten auf fremdem Grund und Boden	-	-	-
1.2.5.	Kunstgegenstände/ Kulturdenkmäler	1.198.706,44	-	1.198.706,44
1.2.6.	Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen	3.659.096,07	-	3.659.096,07

Bilanzposition Aktiva		Bestand ALT	Korrektur	Bestand NEU
1.2.7.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.388.090,40	-	4.388.090,40
1.2.8.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	11.251.549,34	- 3.034.994,29	8.216.555,05
	091100 - Betriebsvermögen KV-Terminal -> Umbuchung/ Werterhöhung Grundstück		2.117,40	
	096231/096200 - Betriebsvermögen KV-Terminal -> Umbuchung/ Nachmeldung AiB Brücke Rathenaustraße		125.009,11	
	096200 - Betriebsvermögen KV-Terminal -> Überprüfung Wertansatz AiB Regenentwässerung		19.273,97	
	096200 - Betriebsvermögen KV-Terminal -> Ausbuchung AiB Umschlagfläche		- 83.825,43	
	096200 - Betriebsvermögen KV-Terminal -> Überprüfung Wertansatz AiB östliche Gleisanbindung		- 17.139,32	
	096121 - Feuerwehrtechnisches Zentrum -> Überprüfung Wertansatz AiB		- 112.394,32	
	096101 - OS H.-v.Kleist -> Überprüfung Wertansatz AiB		- 50.000,00	
	096172 - RSI_Mikado 2.-4. BA -> Überprüfung Wertansatz AiB		256.701,34	
	096240 - Kreisel Kliestow -> Überprüfung Wertansatz AiB		11.664,98	
	096110 - Betriebssitz Stadtförsterei -> Korrektur AiB -> verworfene Planung		- 18.848,06	
	096265 - Verkehrslenkungsanlage Goepelstraße -> Überprüfung Wertansatz AiB		7.873,99	
	096100 - Rathaus -> Korrektur AiB -> Maßnahme in 2009 beendet		- 1.161.623,74	
	096302 - Uferweg südlicher Lennépark -> Korrektur AiB		12.494,72	
	096110 - Gymnasium I - K.-Liebknecht-Haus - Korrektur AiB - Maßnahme in 2009 beendet		- 1.909.809,91	
	096113 - Grundschule "Am Bot. Garten" - Korrektur AiB		1.190,00	
	096116 - Horthaus Grundschule "E.-Kästner" - Korrektur AiB - Maßnahme in 2009 beendet		- 82.825,21	
	096112 - Turnhalle Grundschule "Mitte" - Korrektur AiB		- 29.187,53	
	096230 - Brücke Rosengarten - Wertberichtigung AiB - Leistung in 2009 erbracht		- 10.488,54	
	091183 - Gesamtschule "U.-v.-Hutten" - KP II - geleistete Anzahlung Sachanlagen		4.822,26	
1.3.	Finanzanlagevermögen			
1.3.1.	Rechte an Sondervermögen	26.939.664,03	-	26.939.664,03
1.3.2.	Anteile an verbundenen Unternehmen	129.926.565,60	-	129.926.565,60
1.3.3.	Mitgliedschaft in Zweckverbänden	1,00	-	1,00
1.3.4.	Anteile an sonstigen Beteiligungen	47.172,73	-	47.172,73
1.3.5.	Wertpapiere des Anlagevermögens	-	-	-
1.3.6.	Ausleihungen	99.591,98	-	99.591,98
1.3.6.1.	an Sondervermögen	-	-	-
1.3.6.2.	an verbundene Unternehmen	99.591,98	-	99.591,98
1.3.6.3.	an Zweckverbände	-	-	-
1.3.6.4.	an sonstige Beteiligungen	-	-	-
1.3.6.5.	Sonstige Ausleihungen	-	-	-
2.1.	Vorräte			
2.1.1.	Grundstücke in Entwicklung	9.125.965,77	- 10.469,96	9.115.495,81
	151310 - SG "Südl. Fischerstr./ Walter-Korsing-Str." - Neubewertung Grundstücke Fischerstraße 37/39		- 10.469,96	

Bilanzposition Aktiva		Bestand ALT	Korrektur	Bestand NEU
2.1.2.	Sonstiges Vorratsvermögen	49.106,20	-	49.106,20
2.1.3.	Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	0,00	-	-
2.2.	Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände			
2.2.1.	öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen			
2.2.1.1.	<i>Gebühren</i>	767.702,07	-	767.702,07
2.2.1.2.	<i>Beiträge</i>	337.271,11	-	337.271,11
2.2.1.3.	<i>Wertberichtigungen auf Gebühren und Beiträgen</i>	-413.331,04	-	413.331,04
2.2.1.4.	<i>Steuern</i>	3.956.324,91	-	3.956.324,91
2.2.1.5.	<i>Transferleistungen</i>	924.776,83	- 225.760,00	699.016,83
	169200 - Wertberichtigung Fördermittelantrag LASA		- 6.400,00	
	169200 - Wertberichtigung Fördermittelantrag LASA		- 219.360,00	
2.2.1.6.	<i>Sonstige öffentlich-rechtlichen Forderungen</i>	4.439.581,90	320.222,56	4.759.804,46
	169990 - Ausbuchung Forderung, da doppelte Erfassung		- 68.053,44	
	169990 - Nachtrag Forderung aus Erstattungsanspruch nach § 107b BeamtVG		388.276,00	
2.2.1.7.	<i>Wertberichtigungen auf Steuern, Transferleistungen, sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen</i>	-809.515,02	-	809.515,02
2.2.2.	Privatrechtliche Forderungen			
2.2.2.1.	<i>gegenüber dem privaten und öffentlichen Bereich</i>	1.132.158,40	- 14.656,25	1.117.502,15
	171100 - HanseStadtFest - Ausbuchung Ford. Projekt "Jugendfest Hanse und Gretel"		- 14.656,25	
2.2.2.2.	<i>gegen Sondervermögen</i>	4.541,65	-	4.541,65
2.2.2.3.	<i>gegen verbundene Unternehmen</i>	2.807.230,42	-	2.807.230,42
2.2.2.4.	<i>gegen Zweckverbände</i>	0,00	-	-
2.2.2.5.	<i>gegen sonstige Beteiligungen</i>	11.999,90	-	11.999,90
2.2.2.6.	<i>Wertberichtigungen auf privatrechtliche Forderungen</i>	-269.224,45	-	269.224,45
2.2.3.	Sonstige Vermögensgegenstände	1.273.848,10	1.710,00	1.275.558,10
	179288 - Betriebsvermögen KV-Terminal -> Überprüfung Wertansatz Ford. Vorsteuer östliche Gleisanbindung		1.710,00	
2.3.	Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-
2.4.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	4.700.172,66	-	4.700.172,66
3.	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	16.511.725,59	-	16.511.725,59

Passiva

	ALT Bestand Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010	Korrekturen im Jahresabschluss 2010	NEU Bestand Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010
1. Eigenkapital	306.453.184,80	37.278.156,89	269.175.027,91
1.1. Basis Reinvermögen	306.453.184,80	37.278.156,89	269.175.027,91
1.2. Rücklagen aus Überschüssen	-	-	-
1.2.1. Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	-	-	-
1.2.2. Rücklage aus Überschüssen des außerordentl. Ergebnisses	-	-	-
1.3. Sonderrücklage	-	-	-
1.4. Fehlbetragsvortrag	-	-	-
1.4.1. Fehlbetrag aus ordentlichem Ergebnis	-	-	-
1.4.2. Fehlbetrag aus außerordentlichem Ergebnis	-	-	-
2. Sonderposten	251.347.189,26	28.447.082,20	279.794.271,46
2.1. Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	244.326.239,97	2.624.782,97	246.951.022,94
2.2. Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten- u. Investitionszuschüssen	3.176.842,43	-	3.176.842,43
2.3. Sonstige Sonderposten	3.844.106,86	25.822.299,23	29.666.406,09
3. Rückstellungen	34.540.801,43	1.439.628,85	35.980.430,28
3.1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	17.193.184,46	1.439.628,85	18.632.813,31
3.2. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	-	-	-
3.3. Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	1.559.055,00	-	1.559.055,00
3.4. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	-	-	-
3.5. Sonstige Rückstellungen	15.788.561,97	-	15.788.561,97
4. Verbindlichkeiten	89.315.099,13	648.570,37	89.963.669,50
4.1. Anleihen	-	-	-
4.2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	17.548.504,79	-	17.548.504,79

Passiva

	ALT Bestand Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010	Korrekturen im Jahresabschluss 2010	NEU Bestand Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010
4.3. Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Kassenkrediten	61.600.000,00	-	61.600.000,00
4.4. Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-	-	-
4.5. Erhaltene Anzahlungen	-	663.315,61	663.315,61
4.6. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.550.721,40	21.180,09	2.529.541,31
4.7. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.606.883,61	-	1.606.883,61
4.8. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen	17.551,58	-	17.551,58
4.9. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	945.123,00	-	945.123,00
4.10. Verbindlichkeiten gegenüber Zweckverbänden	557,76	-	557,76
4.11. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Beteiligungen	656,88	-	656,88
4.12. Sonstige Verbindlichkeiten	5.045.100,11	6.434,85	5.051.534,96
5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	2.084.634,98	247.721,32	1.836.913,66
Bilanzsumme Passiva	683.740.909,60	6.990.596,79	676.750.312,81

Erläuterungen zu den Korrekturen der Eröffnungsbilanz - Passiva

Bilanzposition Passiva		Bestand ALT	Korrektur	Bestand NEU
1.1.	Basis Reinvermögen	306.453.184,80	- 37.278.156,89	269.175.027,91
1.2.	Rücklagen aus Überschüssen	-	-	-
1.2.1.	Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses			
1.2.2.	Rücklage aus Überschüssen des außerordentl. Ergebnisses			
1.3.	Sonderrücklage	-	-	-
1.4.	Fehlbetragsvortrag	-	-	-
1.4.1.	Fehlbetrag aus ordentlichem Ergebnis			
1.4.2.	Fehlbetrag aus außerordentlichem Ergebnis			
2.1.	Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	244.326.239,97	2.624.782,97	246.951.022,94
	231110 - Grundstück Moskauer Str. 7/8 -> Korrektur SoPo		2.591,82	
	231110 - Museum "Junge Kunst" - Nacherfassung Fördermittel Land für Erwerb Kunstgegenstände		291.436,37	
	231110 - Gymnasium I - K.-Liebknecht-Haus; Nacherfassung SoPo		2.073.813,86	
	231110 - Goethestraße - Maßnahme zum 01.01.2010 noch nicht beendet -> Umwandlung Anzahlung SoPo	-	145.207,32	
	231110 - Goethestraße - grundhafter Ausbau 2009/2010 - Ausbuchung Restwert vor Sanierung (hier: SoPo)	-	4.218,60	
	231110 - Horthaus Grundschule "E.-Kästner" - Nacherfassung auf Grundlage Verwendungsnachweis		73.521,56	
	231110 - Brücke Rosengarten - konkrete Zuordnung der investiven Schlüsselzuweisung		256.402,44	
	231110 - Redundanzsystem Regionalleitstelle - Nachtrag fehlende Vortragsbuchung		76.442,84	
2.2.	Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten- und Investitionszuschüssen	3.176.842,43	-	3.176.842,43
2.3.	Sonstige Sonderposten	3.176.842,43	25.822.299,23	28.999.141,66
	235200 - Betriebsvermögen KV-Terminal -> Korrektur Anzahlung SoPo Regenentwässerung		- 110.985,36	
	235200 - Betriebsvermögen KV-Terminal -> Nachmeldung Anzahlung SoPo Brücke Rathenaustraße		76.991,34	
	235272 - RSI_Mikado 2.-4. BA -> Korrektur Anzahlung SoPo		222.577,60	
	235240 - Kreisel Kliestow -> Nachmeldung Anzahlung SoPo aus Fördermitteln		305.000,00	
	235240 - OT Rosengarten, Booßener Str., 1. BA -> Nachzahlung Anzahlung SoPo aus Fördermitteln		138.000,00	
	235340 - OT Rosengarten, Booßener Str., 1. BA -> Nachzahlung Anzahlung SoPo aus Beiträgen		100.251,10	
	233100 - "Gartenstadt Buckower Str." - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		537.742,44	
	233100 - "Messering" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		535.762,61	
	233100 - "Am Berg" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		277.357,44	
	233100 - "Sonnenhang Kliestow" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		388.292,40	
	233100 - "Igelweg" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		66.234,20	
	233100 - "Wohnanlage Mühlenfließ" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		1.000.620,07	
	233100 - "Lebuser Weg" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		286.717,90	
	233100 - "Gewerbegebiet Mühlenweg" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		151.630,74	

Bilanzposition Passiva	Bestand ALT	Korrektur	Bestand NEU
233100 - "Winkelweg" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		164.325,33	
233100 - "Pflaumenallee" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		402.389,73	
233100 - "Römerhügel, 2. BA" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		515.907,88	
233100 - "Mühlengrund" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		141.774,92	
233100 - "An der Plantage" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		65.342,90	
233100 - "Am Hohen Feld" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		664.256,68	
233100 - "Wolfsweg" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		244.114,60	
233100 - "Wildbahn" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		43.774,43	
233100 - "Wohnanlage Richard-Wagner-Str." - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		101.108,22	
233100 - "Heißer Kohlhofweg" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		157.410,69	
233100 - "Am Waldrand" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		572.824,33	
233100 - "TeGeCe" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		1.591.202,30	
233100 - "Hasenwinkel" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		135.815,71	
233100 - "Luchsweg" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		131.034,90	
233100 - "Eisenwerk/ Spitzkrugring/ Perleberger Str." - Herstell./ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		454.064,08	
233100 - "Wohnanlage Klingetal" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		161.833,60	
233100 - "Kliestow Am See" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		410.397,70	
233100 - "Goepelstraße 83" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		47.088,80	
233100 - "Versorgungszentrum West" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		219.435,13	
233100 - "Fürstenwalder Poststraße" - Herstellung/ Übergabe Straßen durch Erschließungsträger		80.790,44	
233100 - Museum "Junge Kunst" - Nacherfassung Spenden für Erwerb Kunstgegenstände		59.054,21	
235120 - Zweckgebundene Zuwendung Land für Investitionen ÖPNV (Ausreichung über FDH)		24.565,89	
235101 - "Lessingschule" - Fördermittel KP II		7.200,00	
235210 - Goethestraße - Nacherfassung Fördermittel Land		147.000,00	
235371 - Ferdinandstraße - Nacherfassung Straßenbaubeiträge		200.485,08	
235000 - IT-Ausstattung Schulen- Korrektur Anzahlung SoPo	-	497,72	
235213 - Grundschule "Am Bot. Garten" - Nacherfassung Anzahlung SoPo		6.591,56	
235216 - Horthaus Grundschule "E.-Kästner" - Nacherfassung SoPo - Konjunkturpaket II	-	72.000,00	
233100 - Liegenschaft Sport Kieler Straße - Nacherfassung SoPo - Bescheid aus 1994		15.168.815,36	
3.1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	17.193.184,46	1.439.628,85	18.632.813,31
251300 - Rückstellungen Altersteilzeit -> Neuberechnung Erfüllungsrückstand (div. Produkte)		- 4.726.945,63	
251301 - Rückstellungen Altersteilzeit -> Neuberechnung Aufstockung (div. Produkte)		5.726.653,73	
251300 - Rückstellungen Altersteilzeit -> Korrektur Anfangsbestand		439.920,75	
3.2. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	-	-	-
3.3. Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	1.559.055,00	-	1.559.055,00
3.4. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	-	-	-
3.5. Sonstige Rückstellungen	15.788.561,97	-	15.788.561,97

Bilanzposition Passiva		Bestand ALT	Korrektur	Bestand NEU
4.1.	Anleihen	-	-	-
4.2.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	17.548.504,79	-	17.548.504,79
4.3.	Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Kassenkrediten	61.600.000,00	-	61.600.000,00
4.4.	Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-	-	-
4.5.	Erhaltene Anzahlungen	-	663.315,61	663.315,61
	381090 - Stadtumbau - Teilprogramm "RSI" - Bestand nicht verwendete Fördermittel		663.315,61	
4.6.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.550.721,40	- 21.180,09	2.529.541,31
	351100 - Betriebsvermögen KV-Terminal -> Östliche Gleisanbindung -> Korrektur Verbindlichkeit		- 694,37	
	351100 - Betriebsvermögen KV-Terminal -> Brücke Rathenaustraße -> Korrektur Verbindlichkeit		- 20.485,72	
4.7.	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.606.883,61	-	1.606.883,61
4.8.	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen	17.551,58	-	17.551,58
4.9.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	945.123,00	-	945.123,00
4.10.	Verbindlichkeiten gegenüber Zweckverbänden	557,76	-	557,76
4.11.	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Beteiligungen	656,88	-	656,88
4.12.	Sonstige Verbindlichkeiten	5.045.100,11	6.434,85	5.051.534,96
	379110 - Stadtumbau - Teilprogramm "RSI" - Vb Zinsen für nicht fristgerecht verwendete Fördermittel		6.434,85	
5.	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	2.084.634,98	- 247.721,32	1.836.913,66
	391110 - Wertberichtigung PRAP Friedhofsgebühren		- 665.840,00	
	391110 - Zweckgebundene Zuwendung Land für Aufwendungen ÖPNV (Ausreichung über FDH)		418.118,68	

VI.2. Anlagenübersicht

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Buchwert	
	Stand am 31.12.2009	Zugänge in 2010	Abgänge in 2010	Umbuchungen in 2010	Stand am 31.12.2010	Abschreibungen in 2010	Umbuchungen in 2010	Zuschreibungen in 2010	Abschreibungen auf Abgänge	kumulierte Abschreibungen am 31.12.2010	am 31.12.2010	am 31.12.2009
	1	+	./.	+/-	5	./.		+		./.	10	11
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.170.120,45	97.814,10	92.554,40	49.158,90	1.224.539,05	107.175,35	798,00	2,00	78.905,10	952.996,49	271.542,56	246.190,21
Sachanlagen	547.137.139,71	20.447.603,87	13.189.625,43	-49.158,90	554.345.959,25	17.810.022,43	-798,00	193.991,11	1.608.462,99	81.212.520,99	473.133.438,26	481.931.389,05
<i>Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte</i>	20.598.792,45	314.367,28	323.824,50	0,00	20.589.335,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	20.589.335,23	20.598.792,45
Brachland	1.453,95	0,00	0,00	0,00	1.453,95	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.453,95	1.453,95
Ackerland	1.149.219,96	184.428,00	205.683,25	0,00	1.127.964,71	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.127.964,71	1.149.219,96
Wald, Forsten	8.771.881,50	103.857,00	6.695,80	0,00	8.869.042,70	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.869.042,70	8.771.881,50
Sonstige unbebaute Grundstücke	10.676.237,04	26.082,28	111.445,45	0,00	10.590.873,87	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10.590.873,87	10.676.237,04
<i>Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte</i>	215.026.189,32	2.357.538,08	3.699.109,60	1.290.916,27	214.975.534,07	4.567.280,01	0,00	0,00	25.288,00	20.899.121,05	194.076.413,02	198.669.080,28
Grundstücke mit Wohnbauten	1.170.471,80	425,59	24.600,00	0,00	1.146.297,39	44,00	0,00	0,00	0,00	44,00	1.146.253,39	1.170.471,80
Grundstücke mit sozialen Einrichtungen	31.719.894,95	81.689,62	5,00	661.159,12	32.462.738,69	587.150,06	0,00	0,00	4,00	1.353.846,06	31.108.892,63	30.953.194,95
Grundstücke mit Schulen	82.682.740,36	216.781,05	3.433.934,05	629.757,15	80.095.344,51	1.478.458,13	0,00	0,00	0,00	5.251.681,17	74.843.663,34	78.909.517,32
Grundstücke mit Kultureinrichtungen	66.651.087,64	0,00	270,00	0,00	66.650.817,64	1.898.148,00	0,00	0,00	270,00	12.977.572,00	53.673.245,64	55.571.393,64
Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	32.801.994,57	2.058.641,82	240.300,55	0,00	34.620.335,84	603.479,82	0,00	0,00	24.994,00	1.315.977,82	33.304.358,02	32.064.502,57
<i>Infrastrukturvermögen und sonstige Sonderflächen</i>	267.995.097,21	667.123,59	3.329.302,80	4.191.513,41	269.524.431,41	11.730.113,84	0,00	189.740,77	157.860,21	37.211.536,00	232.312.895,41	242.166.074,07
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens und sonstiger Sonderflächen	15.077.928,05	643.950,51	54.731,00	211.623,80	15.878.771,36	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	15.878.771,36	15.077.928,05
Brücken und Tunnel	15.237.281,81	10.488,54	0,00	573.774,84	15.821.545,19	244.761,09	0,00	0,00	0,00	1.222.488,05	14.599.057,14	14.259.554,85
Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	1.608.671,02	0,00	1.577,40	1.577,40	1.608.671,02	99.951,00	0,00	0,00	0,00	99.951,00	1.508.720,02	1.608.671,02
Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	37.739.889,53	0,00	35.200,00	589.521,82	38.294.211,35	1.252.943,75	0,00	1.020,85	10.667,00	1.733.551,90	36.560.659,45	37.247.593,53
Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	158.358.614,27	10.718,66	3.237.794,40	2.521.282,30	157.652.820,83	8.234.197,94	0,00	188.719,92	147.193,21	25.769.307,18	131.883.513,65	140.487.591,90
Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	1.028.130,11	0,00	0,00	0,00	1.028.130,11	34.018,00	0,00	0,00	0,00	170.523,00	857.607,11	891.625,11
Bauten auf Sonderflächen	38.944.582,42	1.965,88	0,00	293.733,25	39.240.281,55	1.864.242,06	0,00	0,00	0,00	8.215.714,87	31.024.566,68	32.593.109,61
<i>Bauten auf fremden Grund und Boden</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Kunstgegenstände, Kulturdenkmale</i>	1.198.706,44	5.621,67	0,00	0,00	1.204.328,11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.204.328,11	1.198.706,44
<i>Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen</i>	14.050.575,83	853.551,82	852.876,84	120.472,20	14.171.723,01	868.106,44	0,00	0,00	839.734,00	10.419.852,20	3.751.870,81	3.659.096,07
<i>Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>	17.016.229,12	293.856,09	591.824,27	274.169,04	16.992.429,98	644.522,14	-798,00	1.334,34	588.516,78	12.682.011,74	4.310.418,24	4.388.090,40

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Buchwert	
	Stand am 31.12.2009	Zugänge in 2010	Abgänge in 2010	Umbuchungen in 2010	Stand am 31.12.2010	Abschreibungen in 2010	Umbuchungen in 2010	Zuschreibungen in 2010	Abschreibungen auf Abgänge	kumulierte Abschreibungen am 31.12.2010	am 31.12.2010	am 31.12.2009
		+	/.	+/-		/.		+		/.		
	1	2	3	4	5	6		7	8	9	10	11
<i>Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau</i>	11.251.549,34	15.955.545,34	4.392.687,42	-5.926.229,82	16.888.177,44	0,00	0,00	2.916,00	-2.916,00	0,00	16.888.177,44	11.251.549,34
Finanzanlagevermögen	156.913.403,36	49.600,00	0,00	0,00	156.963.003,36	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	156.963.003,36	156.913.403,36
<i>Rechte an Sondervermögen</i>	26.939.664,03	0,00	0,00	0,00	26.939.664,03	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	26.939.664,03	26.939.664,03
<i>Anteile an verbundenen Unternehmen</i>	129.926.565,60	49.600,00	0,00	0,00	129.976.165,60	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	129.976.165,60	129.926.565,60
<i>Mitgliedschaft in Zweckverbänden</i>	1,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00
<i>Anteile an sonstigen Beteiligungen</i>	47.172,73	0,00	0,00	0,00	47.172,73	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	47.172,73	47.172,73
<i>Wertpapiere des Anlagevermögens</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Ausleihungen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>an Sondervermögen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>an verbundene Unternehmen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>an Zweckverbände</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>an sonstige Beteiligungen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>sonstige Ausleihungen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtsumme Anlagevermögen:	705.220.663,52	20.595.017,97	13.282.179,83	0,00	712.533.501,66	17.917.197,78		193.993,11	1.687.368,09	82.165.517,48	630.367.984,18	639.090.982,62

VI.3. Forderungsübersicht

**Forderungsübersicht
Haushaltsjahr 2010
- in TEUR-**

Art der Forderungen	Stand zum	Stand zum	mit einer Restlaufzeit von			Mehr (+)/ Weniger (-) gegenüber 2009
	31.12.2009	31.12. 2010	bis zu einem Jahr	einem bis zu fünf Jahren	mehr als fünf Jahren	
	1	2	3	4	5	
Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	9.203	10.613	10.352	233	28	1.410
Gebühren	768	1.030	1.028	3	0	262
Beiträge	337	459	438	12	9	122
Wertberichtigungen auf Gebühren und Beiträge	-413	-433	-433	0	0	-19
Steuern	3.956	4.802	4.743	59	0	846
Transferleistungen	925	1.254	1.176	69	10	329
sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	4.440	4.839	4.739	91	9	399
Wertberichtigungen auf Steuern, Transferleistungen und sonstige öffentliche Forderungen	-810	-1.339	-1.339	0	0	-530
Privatrechtliche Forderungen	3.687	973	921	52	0	-2.714
gegenüber dem privaten und öffentlichen Bereich	1.132	911	858	52	0	-222
gegen Sondervermögen	5	14	14	0	0	10
gegen verbundene Unternehmen	2.807	226	226	0	0	-2.581
gegen Zweckverbände	0	0	0	0	0	0
gegen sonstige Beteiligungen	12	12	12	0	0	0
Wertberichtigungen auf privatrechtliche Forderungen	-269	-190	-190	0	0	79
Sonstige Vermögensgegenstände	1.274	1.226	2.140	-716	-198	-48
Gesamtsumme Forderungen:	14.163	12.811	13.413	-431	-171	-1.352

VI.4. Verbindlichkeitenübersicht

Verbindlichkeitsübersicht
Haushaltsjahr 2010
- in TEUR-

Art der Verbindlichkeiten	Stand zum	Stand zum	mit einer Restlaufzeit von			Mehr (+)/ Weniger (-) gegenüber 2009
	01.01.2010	31.12. 2010	bis zu einem Jahr	einem bis zu fünf Jahren	mehr als fünf Jahren	
	1	2	3	4	5	
Anleihen	0	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	17.549	21.486	1.544	7.439	12.503	3.937
Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Kassenkrediten	61.600	60.600	60.600	0	0	-1.000
Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0	0	0	0	0	0
erhaltene Anzahlungen	0	837	837	0	0	837
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.551	4.459	4.330	129	0	1.908
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.607	2.244	2.230	14	0	637
Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen	18	14	14	0	0	-4
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	945	1.213	1.213	0	0	268
Verbindlichkeiten gegenüber Zweckverbänden	1	18	18	0	0	17
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Beteiligungen	1	2	2	0	0	1
sonstige Verbindlichkeiten	5.045	4.271	4.239	32	0	-774
Gesamtsumme Verbindlichkeiten:	89.317	95.144	75.027	7.614	12.503	5.827

VI.5. Beteiligungsbericht

Der Beteiligungsbericht der Stadt Frankfurt (Oder) hat in diesem Dokument seine ursprüngliche Seitennummerierung beibehalten, so dass dieser in der fortlaufenden Nummerierung des Gesamtdokumentes außen vor gelassen wurde.



BETEILIGUNGSBERICHT

DER

STADT FRANKFURT (ODER)

über das Wirtschaftsjahr

2010

Impressum

Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der uns von den Einrichtungen zur Verfügung gestellten Daten kann nicht übernommen werden. Die veröffentlichten Daten besitzen Informationsfunktion, Änderungen vorbehalten.

Herausgeber:

Stadt Frankfurt (Oder)
Der Oberbürgermeister

Beteiligungssteuerung
Marktplatz 1
15230 Frankfurt (Oder)

Redaktionsschluss:
28. Oktober 2011

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigungen und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

VORWORT	145
WIRTSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG DER STADT FRANKFURT (ODER)	147
RECHTLICHE GRUNDLAGEN	147
ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS	147
WIRTSCHAFTLICHKEIT DER STÄDTISCHEN UNTERNEHMEN	147
RECHTSFORMEN DER WIRTSCHAFTLICHEN BETÄTIGUNG	147
STEUERUNGSBEDARF	148
GEGENSTAND DES BETEILIGUNGSBERICHTES	149
ÜBERBLICK ÜBER DIE KOMMUNALEN BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE	150
GRAPHISCHE GESAMTDARSTELLUNG.....	150
DARSTELLUNG NACH RECHTSFORM UND BETEILIGUNGSGRAD	153
DARSTELLUNG NACH BETÄTIGUNGSBEREICHEN.....	154
ERLÄUTERUNG DER KENNZAHLEN	155
BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN DER KOMMUNALEN BETEILIGUNGEN	161
BEREICH VER- UND ENTSORGUNG	161
<i>Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH</i>	161
<i>Frankfurter Abfallwirtschaft GmbH</i>	166
<i>Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH</i>	170
<i>FIS Frankfurter Industrieservice GmbH Frankfurt (Oder)</i>	177
<i>Stadtwerke Frankfurt (Oder) Netzgesellschaft GmbH</i>	182
<i>FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH</i>	188
<i>AKS Aqua-Kommunal-Service GmbH</i>	195
BEREICH VERKEHR	201
<i>Flugplatzgesellschaft Eisenhüttenstadt/Frankfurt (Oder) mbH</i>	201
<i>Stadtverkehrsgesellschaft Frankfurt (Oder) mbH</i>	206
BEREICH WOHNUNGSBAU UND -VERWALTUNG.....	212
<i>Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH</i>	212
BEREICH STANDORTENTWICKLUNG	220
<i>Investor Center Ostbrandenburg GmbH – Betreiber des World Trade Centers Frankfurt (Oder) –Slubice</i> 220	
<i>Business and Innovation Centre Frankfurt (Oder) GmbH</i>	225
<i>Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) GmbH</i>	230
<i>Messe und Veranstaltungen GmbH Frankfurt (Oder)</i>	235
BEREICH SOZIALES	243
<i>Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft der Stadt Frankfurt (Oder) mbH</i>	243
BEREICH SPORT	250

<i>Eigenbetrieb Sportzentrum der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)</i>	250
BEREICH KULTUR	257
<i>Eigenbetrieb Kulturbetriebe Frankfurt (Oder)</i>	257

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dieser Ausgabe des Beteiligungsberichtes setzt die Stadt Frankfurt (Oder) ihre Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung nach den Vorschriften der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) fort.

Der 15. Beteiligungsbericht liefert die wesentlichen Daten der städtischen Unternehmen und schafft damit Transparenz hinsichtlich ihrer Entwicklung. Diese Transparenz unterstützt nicht nur die Verantwortlichen bei der wirtschaftlichen Steuerung, sondern gewährt interessierten Bürgerinnen und Bürgern informative Einblicke in die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Frankfurt (Oder). Mit der Berichterstattung zum 31.12.2010 wurde zeitnah die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen bekanntgegeben.

Die Aufgabe der kommunalen Unternehmen und Beteiligungen besteht vor allem darin, für die Bevölkerung Leistungen und Güter in den Bereichen der Energieversorgung, Wasserver- und Entsorgung, Wirtschaftsförderung und Personennahverkehr anzubieten, aber auch Kultur-, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsleistungen bereitzustellen. Dabei sollen sie die ihnen übertragenen Aufgaben schneller, besser und kostengünstiger erledigen, als dies in der Gemeindeverwaltung auf Grund der Strukturen möglich ist.

Dazu muss den Unternehmen ein hinreichendes Maß an Selbständigkeit zur wirtschaftlichen Entfaltung gewährt werden, ohne dass eine Verselbständigung vom demokratisch legitimierten öffentlichen Zweck eintritt. Ziel ist es, durch eine effektive Beteiligungssteuerung ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Selbständigkeit, Steuerung und Kontrolle durch die Stadt zu sichern.

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren auch in 2010 für die Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie die Wohnungswirtschaft durch den Stadtumbau und die Bewältigung der Folgen von Bevölkerungsverlust geprägt. Der Stadtumbau und Stadtentwicklung bleiben wichtige infrastrukturelle Entwicklungsmaßnahmen der kommenden Jahre, deren Bewältigung für alle Beteiligten eine große Herausforderung darstellt.

Durch die Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH wurde das Stadtumbaukonzept aktiv vorangetrieben, so dass die Maßnahmen entsprechend der Planung zum Jahreswechsel 2010/2011 umgesetzt und abgeschlossen werden konnten. Dennoch bleibt die Frage der Altschuldenentlastung über das Jahr 2011 hinaus ein entscheidender Faktor für die Mittelfristplanung des Unternehmens.

Das Geschäftsjahr 2010 der Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH ist durch einen anhaltend aggressiven Verdrängungswettbewerb, stark schwankenden Bezugspreisen für Primärenergie und durch die Umsetzung der veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen geprägt. Vor diesem Hintergrund stehen die Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH, wie alle Energieversorgungsunternehmen, vor großen Herausforderungen. Gleichzeitig waren im Jahre 2010 wichtige Entscheidungen mit der Übernahme des HKW und des HW von den Fondsgesellschaften STATOR und STUPA durch die Stadtwerke zu treffen und umzusetzen.

Eine besondere Herausforderung hatte im Jahre 2010 auch die Investor Center Ostbrandenburg GmbH (ICOB) zu bewältigen. Herr Dr. Wilke, langjähriger Geschäftsführer der Gesellschaft, trat am 06.05.2010 das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Frankfurt (Oder) an. Eine Neubesetzung der Geschäftsführerstelle erfolgte erst zum 01.01.2011. Damit stand die Gesellschaft vor der Herausforderung, die Aufgabenerfüllung unter erheblich eingeschränkter Mitwirkung der Geschäftsführung weiter auf Erfolgskurs zu halten. Das bedeutete für das Unternehmen i.R. ihrer finanziellen und personellen Ressourcen umzusteuern und Lösungen zur Kompensation der unbesetzten Stelle aufzuzeigen und umzusetzen.

Auch unter diesen erschwerten Bedingungen wurde die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Zeitraum weiter vorangetrieben. In Eisenhüttenstadt wurde die größte Papiermaschine Europas in Betrieb genommen. Ca. 130 direkte und mehr als 500 indirekte Arbeitsplätze wurden damit im Regionalen Wachstumskern Frankfurt (Oder) Eisenhüttenstadt (RWK) geschaffen. Die Entscheidung des in Frankfurt (Oder) ansässigen amerikanischen Unternehmens First Solar zur Verdoppelung der Produktionskapazitäten wurde in 2010 getroffen und somit ein Zuwachs an Arbeitsplätzen erreicht.

Das Umschlagsaufkommen am KV Terminal hat sich in diesem Jahr fast verdoppelt und es konnte erfolgreich ein Fördermittelantrag zum Ausbau des Terminals mittels Krahnbahn beim EBA platziert werden.

Weiteres Zeichen für die erfolgreiche Arbeit der ICOB ist der Anstieg der Arbeitsplätze durch Neuansiedlung (11) und Erweiterung bereits bestehender Unternehmen (ca. 600).

Zur langfristigen Stabilisierung der Gesellschaft wurden Verhandlungen mit der Stadt Eisenhüttenstadt als zukünftige Mitgesellschafterin aufgenommen. Beide Städte arbeiten im RWK eng zusammen und haben sich klar zur gemeinsamen Wirtschaftsförderung bekannt.

Für die gute Arbeit der städtischen Unternehmen möchte ich mich an dieser Stelle bedanken und wünsche mir weiterhin eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Interesse aller Frankfurterinnen und Frankfurter.

Frankfurt (Oder), im Oktober 2011



Dr. Martin Wilke

Oberbürgermeister

Wirtschaftliche Betätigung der Stadt Frankfurt (Oder)

Rechtliche Grundlagen

Die Gemeinden können Unternehmen auf Grund eines Beschlusses der Gemeindevertretung gründen oder sich an Unternehmen beteiligen.

Die Grundsätze für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden wie auch der Beteiligung Dritter sind festgelegt im § 91 ff. Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf).

„Wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Gesetzes ist das Herstellen, Anbieten und Verteilen von Gütern, Dienstleistungen oder vergleichbaren Leistungen, die ihrer Art nach auch mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnten.“ Nach dieser Begriffsbestimmung der wirtschaftlichen Tätigkeit sind auch hoheitliche Aufgaben, die der Kommune als pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben übertragen worden sind, wie z. B. der Abwasserbereich, der wirtschaftlichen Tätigkeit zuzuordnen. Ebenso ist dies auch möglich für Einrichtungen der Bildung, Gesundheit, Kultur und des Sports.

Eine Unternehmensgründung sind folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

- bedient sich die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben eines Unternehmens in privater Rechtsform, müssen die vertraglichen Vereinbarungen (Gesellschaftsvertrag, Satzung) ausreichend die Aufgabenerfüllung sicherstellen,
- die Haftung der Gemeinde muss auf einen bestimmten Betrag beschränkt sein,
- ein angemessener Einfluss in Abhängigkeit von der Höhe der Beteiligung ist sicherzustellen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Unternehmen und Einrichtungen sind nach § 92 Abs. 4 BbgKVerf so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Ein öffentlicher Zweck liegt immer dann vor, wenn Lieferungen und Leistungen eines Unternehmens im Aufgabenbereich der Stadt liegen und eine im öffentlichen Interesse gebotene Versorgung der Einwohner zum Ziel haben.

Von entscheidender Bedeutung für das Vorliegen eines öffentlichen Zwecks ist, ob ein ausreichender Bedarf an den zu erwartenden Leistungen und Lieferungen besteht, zumindest aber in absehbarer Zeit zu erwarten ist.

Der öffentliche Zweck ist in den Satzungen bzw. Gesellschaftsverträgen der städtischen Unternehmen unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ hinreichend festzuschreiben.

Wirtschaftlichkeit der städtischen Unternehmen

Soweit die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird und andere gesetzliche Vorschriften nicht entgegenstehen, soll ein Jahresgewinn erwirtschaftet werden, der mindestens einer marktüblichen Verzinsung des Eigenkapitals entspricht.

Der Erfolg oder Misserfolg der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde kann allerdings nicht allein an der Gewinnerzielung gemessen werden, sondern muss sich an der Realisierung der gesetzlichen Ziele orientieren. Durch ein systematisches und planvolles Einwirken auf die Unternehmen können die Gemeinden die Umsetzung der Zielvorgaben kontrollieren und steuern.

Eine unternehmensübergreifende Kontrolle und Steuerung durch die Beteiligungssteuerung erfolgt auf der Grundlage systematischer Auswertungen und Beurteilungen von Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen, Prüfungsberichten, Geschäftsberichten und Niederschriften.

Rechtsformen der wirtschaftlichen Betätigung

Für die wirtschaftliche Betätigung können sich die Gemeinden privatrechtlicher und öffentlichrechtlicher Organisationsformen bedienen (§ 92 BbgKVerf).

Die privatrechtlichen Beteiligungen der Stadt Frankfurt (Oder) werden als Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt. Sie unterliegen deshalb den Rechnungslegungsvorschriften des Handels- und Steuerrechts.

Die **Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)** ist eine mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattete Gesellschaft, deren Gesellschafter durch einen Geschäftsanteil (Stammeinlage) am Gesellschaftsvermögen beteiligt sind, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften.

Das GmbH-Recht lässt im Gegensatz zum Aktienrecht eine weitgehende Gestaltungsfreiheit zu und ermöglicht dem Gesellschafter die Einräumung umfassender Rechte.

Die Stadt Frankfurt (Oder) hat sich bei der Ausgestaltung der Gesellschaftsverträge einen starken Einfluss auf die Unternehmen gesichert. Zudem werden die Organe der GmbH – Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat bzw. Beirat – zur Einflussnahme auf die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch die städtischen Unternehmen genutzt.

Die wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit werden in der Stadt Frankfurt (Oder) als Eigenbetriebe geführt.

Bei einem **Eigenbetrieb** handelt es sich um einen organisatorisch und wirtschaftlich verselbstständigten Betrieb. Der Werksausschuss ist das Kontrollorgan. Das Vermögen ist als Sondervermögen im Haushalt der Stadt ausgewiesen. Das Rechnungswesen erfolgt unabhängig vom städtischen Haushalt. Dadurch ist die Unternehmensführung nach kaufmännischen Grundsätzen möglich. Die eigene Planung des Eigenbetriebes erfolgt im Wirtschaftsplan. Dieser ist als Anlage dem Haushaltsplan der Stadt Frankfurt (Oder) beizufügen.

In der Darstellung der Gesellschaftsformen nach dem städtischen Einfluss ist zwischen Eigengesellschaften und Beteiligungsgesellschaften zu unterscheiden.

Eigengesellschaften sind Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, deren sämtliche Anteile einem Gesellschafter, hier der Stadt, gehören. Eigengesellschaften der Stadt Frankfurt (Oder) sind die Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH, die Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH, die Messe und Veranstaltungen GmbH, Technologie und Gewerbecenter GmbH Frankfurt (Oder) sowie die Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft mbH.

Beteiligungsgesellschaften sind Gesellschaften, an denen die Stadt Frankfurt (Oder) mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen, jedoch unter 100% beteiligt ist. Man unterscheidet hier Mehrheitsbeteiligungen (über 50%) und Minderheitsbeteiligungen (unter 50%). Die Höhe der Anteile beeinflusst maßgeblich den Einfluss des Gesellschafters.

Die Stadt Frankfurt (Oder) ist neben ihrer unmittelbaren Gesellschafterfunktion auch mittelbar an den Töchtern ihrer Eigengesellschaften und Beteiligungsgesellschaften beteiligt.

Steuerungsbedarf

Immer mehr Verwaltungseinheiten, die früher in kommunale Haushalte integriert waren, werden in selbstständige oder teilselbstständige Betriebe ausgegründet u. a., weil von den kommunalwirtschaftlichen Unternehmen Vorteile durch eine wirtschaftliche und rechtliche Selbstständigkeit erwartet werden.

Mehr Selbstständigkeit bedeutet jedoch erhöhte Anforderung an die Steuerung der Unternehmen. Die große Selbstständigkeit gerade privatrechtlicher Gesellschaften macht ein umfangreiches Beteiligungsmanagement notwendig, um die aktuellen Situationen ihrer Unternehmen angemessen beurteilen und kurzfristig steuernd eingreifen zu können.

Die kommunalen Unternehmen können nicht allein an den kaufmännischen Erfolgen gemessen werden; zusätzlich zu den ökonomischen Zielstellungen sind die konkreten Sachaufgaben gesondert zu beurteilen. Auch allgemeine politische Vorgaben des Gesellschafters können eine Rolle spielen.

Unter Beachtung der Vorschriften in der BbgKVerf für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden ist dem Aspekt der Steuerung ein wichtiger Stellenwert einzuräumen. Über Gesellschaftsverträge sichern sich die Kommunen einen starken Einfluss auf die Unternehmen. Der Oberbürgermeister oder die zuständigen Dezernenten sind in den Aufsichtsgremien der Beteiligungen mit Stimmrecht vertreten.

Es ist erforderlich, dass die Politik am Anfang klare Zielvorgaben und Anforderungen an die Unternehmen formuliert und am Ende eine wirksame Zielverfolgung ermöglicht. Das dazwischen liegende operative Geschäft muss jedoch denen überlassen bleiben, die es am besten beherrschen, den Unternehmen selbst.

Gegenstand des Beteiligungsberichtes

In Fortschreibung des Beteiligungsberichtes gemäß § 98 Nr. 3 BbgKVerf werden die Einwohner, die politischen Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung sowie die Mitarbeiter der Verwaltung über die wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) informiert.

Neben den Quartalsberichten stellt der Beteiligungsbericht ein weiteres Instrumentarium zur Steuerung und Kontrolle der städtischen Unternehmen dar. Er hat die Aufgabe, einen generellen Überblick über die städtischen Unternehmen zu geben, insbesondere über ihre Entwicklung in der jährlichen Fortschreibung.

Wie bereits in den Vorjahresberichten ist die Darstellung nicht auf die privatrechtlichen Unternehmen und Einrichtungen beschränkt, sie beinhaltet ebenso die Eigenbetriebe als Einrichtungen des öffentlichen Rechts.

Als Informationsgrundlage für die Darstellung der einzelnen Beteiligungen der Stadt Frankfurt (Oder) dienen die durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften testierten Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2010 sowie die Wirtschaftspläne 2011.

Die Bilanzen sowie die Gewinn- und die Verlustrechnungen der Gesellschaften wurden in komprimierter und vereinheitlichter Form dargestellt, um die Jahresabschlüsse vergleichbar zu gestalten.

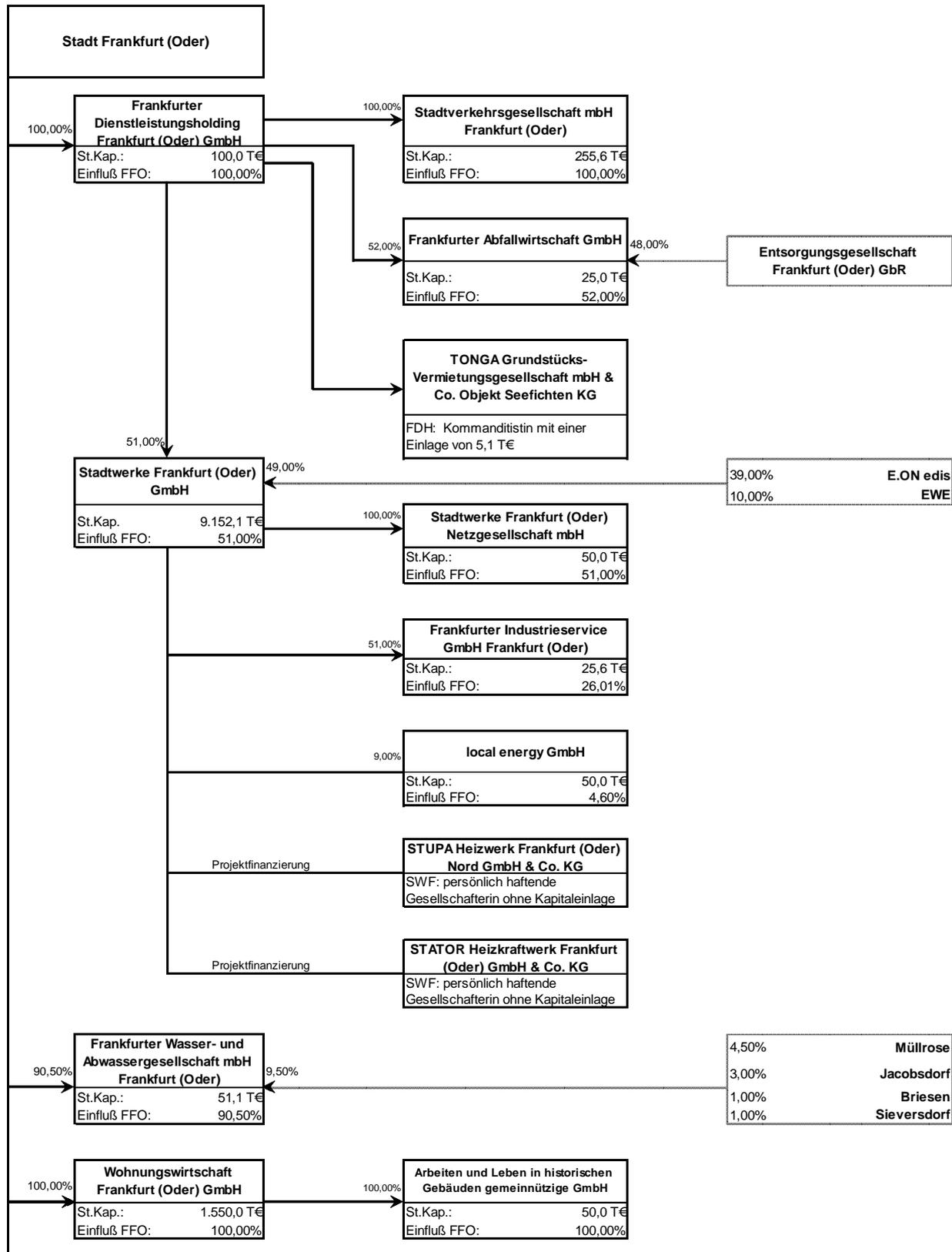
Zur Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Beteiligungen wurden einige betriebswirtschaftliche Kennzahlen anhand der Bilanzpositionen ermittelt. Diese Kennzahlen sind definiert und den Jahresabschlussberichten entnommen.

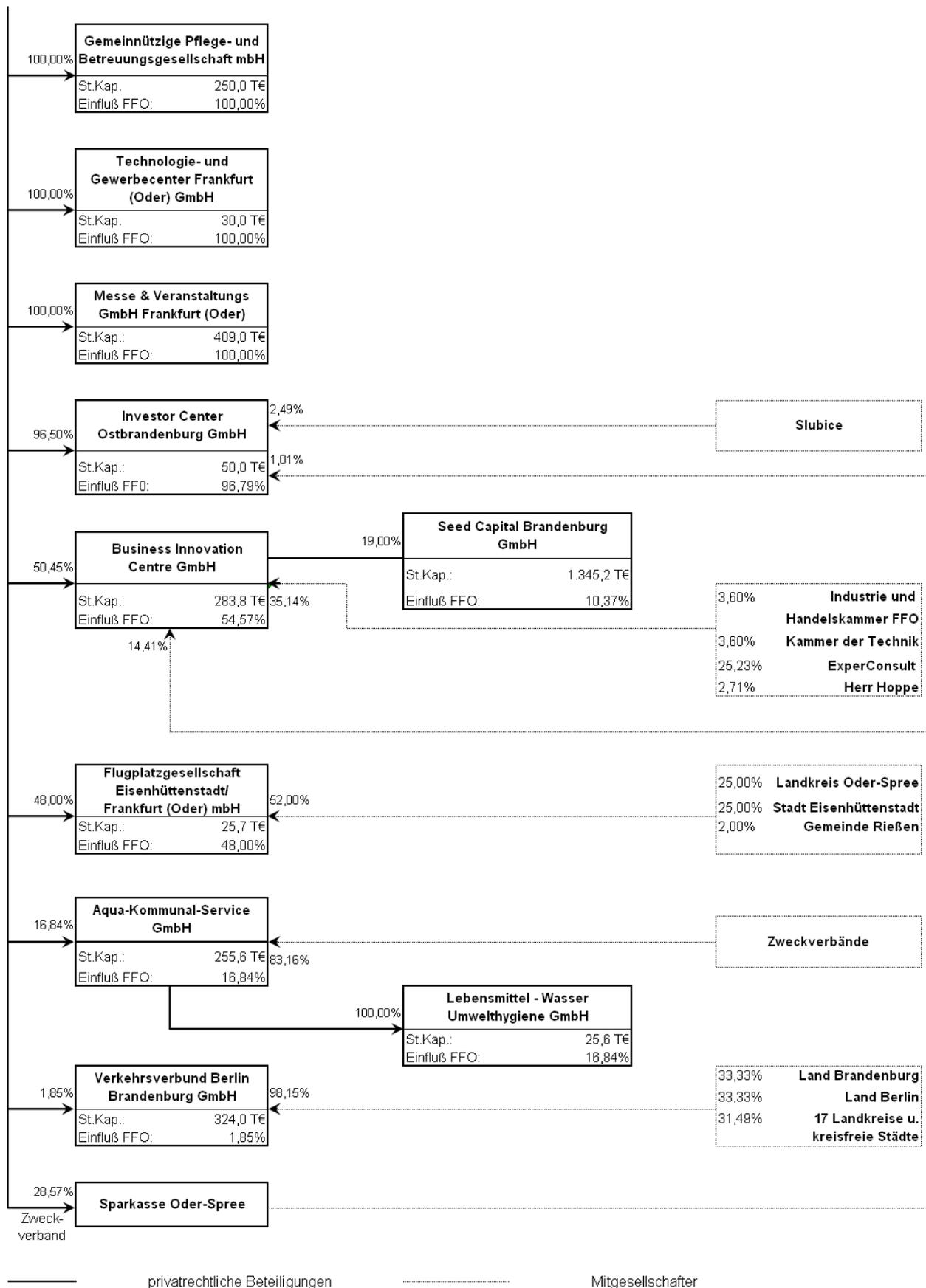
Der Beteiligungsbericht für das Wirtschaftsjahr 2010 umfasst die unmittelbaren Beteiligungen und die Eigenbetriebe der Stadt Frankfurt (Oder). Des Weiteren sind auch Unternehmen mit einer Beteiligungsquote unter 50% bei dem Punkt „Betriebswirtschaftliche Daten der kommunalen Beteiligungen“ erfasst. In diesem Abschnitt erfolgt die Berichterstattung über die einzelnen Unternehmen in einer nach Tätigkeitsfeldern gegliederten Systematik.

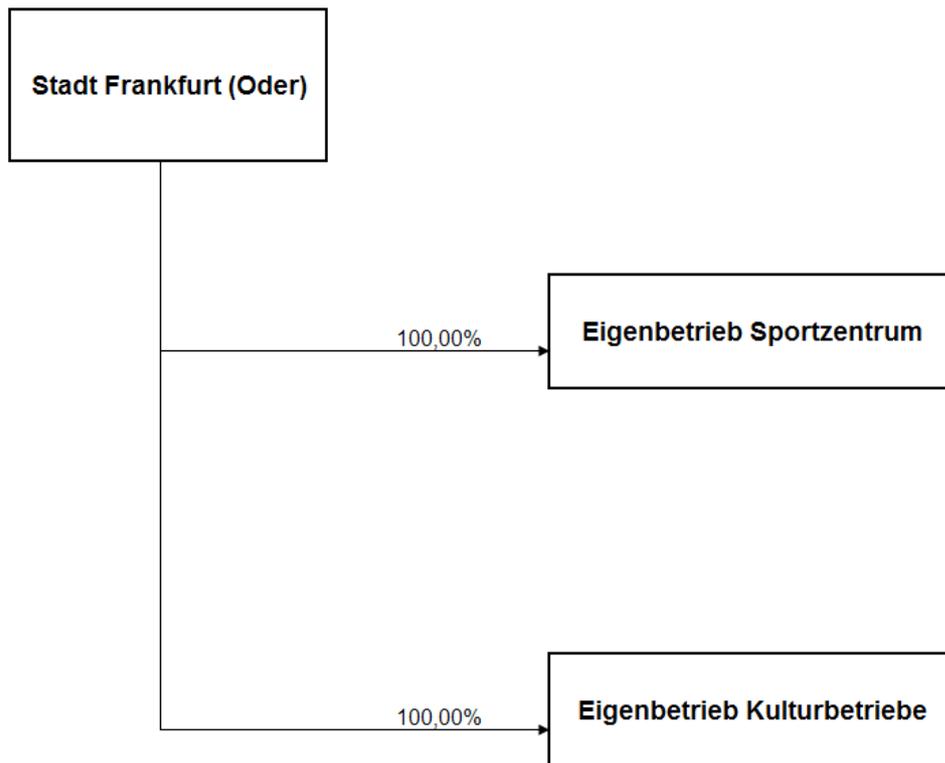
Für die Darstellung der über das Berichtsjahr hinausgehenden Entwicklungen werden jeweils die zum Zeitpunkt der Bearbeitung vorliegenden aktuellen Daten verwendet.

Überblick über die kommunalen Beteiligungsverhältnisse

Graphische Gesamtdarstellung







Darstellung nach Rechtsform und Beteiligungsgrad

Die Liste der Beteiligungsunternehmen kann nach unterschiedlichen Gesichtspunkten aufgestellt werden. Sowohl eine Zusammenstellung nach Rechtsformen als auch Einteilung nach Betätigungsfeldern ist sinnvoll.

Der folgende Gesamtüberblick über alle kommunalen Beteiligungen und Sondervermögen der Stadt Frankfurt (Oder), direkter oder indirekter Art, ist zunächst nach der Rechtsform gegliedert.

lfd. Unternehmen Nr.	Abkürz.	Stamm- kapital (T€)	wird gehalten von Nr.	Anteil	Stammkapi- taleinlage (T€)	durchge- rechner Einfluß
-------------------------	---------	---------------------------	-----------------------------	--------	----------------------------------	--------------------------------

1 Stadt Frankfurt (Oder)

Privatrechtliche Beteiligungen mit 100%

2	Frankfurter Dienstleistungs Holding GmbH	FDH	100,0	1	100,00%	100,0	100,00%
3	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH	WoWi	1.550,0	1	100,00%	1.550,0	100,00%
4	Messe und Veranstaltungen GmbH	MuV	409,0	1	100,00%	409,0	100,00%
5	Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft der Stadt Frankfurt (Oder) mbH	gGmbH	250,0	1	100,00%	250,0	100,00%
6	Technologie- und Gewerbe Center Frankfurt (Oder) GmbH	TeGeCe	30,0	1	100,00%	30,0	100,00%

Privatrechtliche, direkte Mehrheitsbeteiligungen

7	Frankfurter Wasser- und Abwassergesellsch. mbH	FWA	51,1	1	90,50%	46,2	90,50%
8	Investor Center Ostbrandenburg GmbH - Betreiber des World Trade Center Frankfurt (Oder)-Slubice	ICOB	50,0	1	96,50%	48,3	96,79%
				22	1,01%	0,5	
9	Business and Innovation Centre Ffo. GmbH	BIC	283,8	1	50,45%	143,2	54,57%
				22	14,41%	40,9	

Privatrechtliche, direkte Minderheitsbeteiligungen

10	Flugplatzgesellschaft Eisenhüttenstadt/Frankfurt (Oder) mbH	FLP	25,65	1	48,00%	12,3	48,00%
11	AKS Kommunal-Service-GmbH Frankfurt (Oder)	AKS	255,6	1	16,84%	43,0	16,84%
12	Verkehrsverbund Berlin Brandenburg GmbH	VBB	324,0	1	1,85%	6,0	1,85%

Privatrechtliche Beteiligungen von Tochtergesellschaften

13	Stadtwerke Frankfurt (O) GmbH	SWF	9.152,1	2	51,00%	4.667,6	51,00%
14	Stadtverkehrsgesellschaft mbH Frankfurt (Oder)	SVF	255,6	2	100,00%	255,6	100,00%
15	Frankfurter Abfallwirtschaft GmbH	FAW	25,0	2	52,00%	13,0	52,00%
16	Seed Capital Brandenburg GmbH	SCB	1.345,2	10	19,00%	255,6	10,37%
17	Arbeiten und Leben in historischen Gebäuden gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung	ARLE	50,0	3	100,00%	50,0	100,00%
18	Lebensmittel-, Wasser- und Umwelthygiene GmbH	LWU	25,6	12	100,00%	25,6	16,84%

Eigenbetriebe

19	Eigenbetrieb Sportzentrum der Stadt Frankfurt (Oder).	SEB		1	100,00%	0,0	100,00%
20	Eigenbetrieb Kulturbetriebe Frankfurt (Oder)	KEB		1	100,00%	0,0	100,00%

Anstalt des öffentlichen Rechts

21	Sparkasse Oder-Spree	SOS		1	28,57%	0,0	28,57%
----	----------------------	-----	--	---	--------	-----	--------

Darstellung nach Betätigungsbereichen

In der folgenden Darstellung sind die einzelnen Beteiligungen den Betätigungsfeldern zugeordnet.

lfd. Unternehmen Nr.	Abkürz.	Stamm- kapital (T€)	wird gehalten von Nr.	Anteil	Stammkapi- taleinlage (T€)	durchge- rechneter Einfluß
-------------------------	---------	---------------------------	-----------------------------	--------	----------------------------------	----------------------------------

1 Stadt Frankfurt (Oder)

Ver- und Entsorgung

2	Frankfurter Dienstleistungs Holding GmbH	FDH	100,0	1	100,00%	100,0	100,00%
7	Frankfurter Wasser- und Abwassergesellsch. mbH	FWA	51,1	1	90,50%	46,2	90,50%
11	AKS Kommunal-Service-GmbH Frankfurt (Oder)	AKS	255,6	1	16,84%	43,0	16,84%
13	Stadtwerke Frankfurt (O) GmbH	SWF	9.152,1	2	51,00%	4.667,6	51,00%
15	Frankfurter Abfallwirtschaft GmbH	FAW	25,0	2	52,00%	13,0	52,00%
18	Lebensmittel-, Wasser- und Umwelthygiene GmbH	LWU	25,6	11	100,00%	25,6	16,84%

Verkehr

10	Flugplatzgesellschaft Eisenhüttenstadt/Frankfurt (Oder) mbH	FLP	25,65	1	48,00%	12,3	48,00%
12	Verkehrsverbund Berlin Brandenburg GmbH	VBB	324,0	1	1,85%	6,0	1,85%
14	Stadtverkehrsgesellschaft mbH Frankfurt (Oder)	SVF	255,6	2	100,00%	255,6	100,00%

Wohnungsbau- und Verwaltung

3	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH	WoWi	1.550,0	1	100,00%	1.550,0	100,00%
17	Arbeiten und Leben in historischen Gebäuden gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung	LuW	75,0	3	100,00%	75,0	100,00%

Standortentwicklung

4	Messe und Veranstaltungen GmbH	MuV	409,0	1	100,00%	409,0	100,00%
6	Technologie- und Gewerbe Center Frankfurt (Oder) GmbH	TeGeCe	30,0	1	100,00%	30,0	100,00%
8	Investor Center Ostbrandenburg GmbH - Betreiber des World Trade Center Frankfurt (Oder)-Slubice	ICOB	50,0	1	96,50%	48,3	96,79%
				21	1,00%	0,5	
9	Business and Innovation Centre Ffo. GmbH	BIC	283,8	1	50,45%	143,2	54,57%
				21	14,41%	40,9	
16	Seed Capital Brandenburg GmbH	SCB	1.345,2	9	19,00%	255,6	10,37%

Kultur, Sport und Soziales

5	Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft der Stadt Frankfurt (Oder) mbH	gGmbH	250,0	1	100,00%	250,0	100,00%
19	Eigenbetrieb Sportzentrum der Stadt Frankfurt (Oder).	SEB		1	100,00%	0,0	100,00%
20	Eigenbetrieb Kulturbetriebe Frankfurt (Oder)	KEB		1	100,00%	0,0	100,00%

Anstalt des öffentlichen Rechts

21	Sparkasse Oder-Spree	SOS		1	28,57%	0,0	28,57%
----	----------------------	-----	--	---	--------	-----	--------

Erläuterung der Kennzahlen

Gesamtvermögen/-kapital

- Eigen- und Fremdkapital ergeben das Gesamtvermögen/-kapital

Eigenkapital

- Finanzielle Mittel, die dem Unternehmen von den rechtlichen Eigentümern, wie z. B. den Gesellschaftern, unbefristet zur Verfügung gestellt werden
- das Eigenkapital setzt sich aus dem gezeichneten Kapital, der Kapitalrücklage, der Gewinnrücklage, dem Gewinn-/Verlustvortrag, Jahresüberschuss/-fehlbetrag zusammen
- das Eigenkapital ist im allgemeinen Voraussetzung für die Fremdfinanzierung, da ohne ausreichend haftendes Eigenkapital die Fremdkapitalgeber nicht zur Kreditvergabe bereit sind

Fremdkapital

- Finanzielle Mittel, die dem Unternehmen von Dritten zeitlich befristet zur Verfügung gestellt werden
- zum Fremdkapital gehören die Rückstellungen, die Verbindlichkeiten und der passive Rechnungsabgrenzungsposten

Eigenkapitalquote

- Aufgabe: dient der Beurteilung der Finanzkraft eines Unternehmens, da sie das Verhältnis des Eigenkapitals zum Gesamtkapital wiedergibt
- $\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100$
- Kritischer Wert: < 25 %
- Bewertung:
 - je höher die Eigenkapitalquote ist, desto größer ist die finanzielle Stabilität des Unternehmens
 - eine konstante und hohe Quote erleichtert die Beschaffung von Fremdkapital
 - es lässt ein Rückschluss auf die Unternehmensstrategie zu (Sicherheitsstrategie oder Risikostrategie)

Fremdkapitalquote

- Aufgabe: gibt den prozentualen Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital an
- $\text{Fremdkapitalquote} = \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100$
- Kritischer Wert: > 75 %
- Bewertung:
 - die Fremdkapitalquote ist das Gegenstück zur Eigenkapitalquote und sollte nicht zu hoch ausfallen

Verschuldungsgrad

- Aufgabe: stellt das Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital dar
- Verschuldungsgrad = $\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Eigenkapital}} \times 100$
- Kritischer Wert:
 - als Richtwert kann ein Verhältnis zwischen Fremdkapital und Eigenkapital von 2:1 herangezogen werden (wobei auch ein Verhältnis von 1:1 oder 1:2 denkbar ist)
- Bewertung:
 - je höher der Verschuldungsgrad, desto abhängiger ist das Unternehmen von den Fremdkapitalgebern (Gläubigern)
 - eine allgemein gültige Regel ist nicht möglich, denn bei der Bestimmung des optimalen Verschuldungsgrades muss sowohl der Gesichtspunkt der Rentabilität als auch der Gesichtspunkt des Risikos berücksichtigt werden

Anlagevermögen

- Vermögensgegenstände, die auf Grund ihrer Eigenschaft und/oder der betrieblichen Zweckbestimmung dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsprozess zu dienen
- es umfasst immaterielle Vermögensgegenstände, Sach- und Finanzanlagen

Umlaufvermögen

- Vermögensgegenstände, die im Gegensatz zum Anlagevermögen nicht dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen
- es beinhaltet Vorräte, Forderungen, Wertpapiere, Zahlungsmittelbestand (Kasse, Bankguthaben)

Anlagendeckungsgrade

- die Fristenkongruenz fordert, dass der Zeitraum der Kapitalüberlassung mit dem Zeitraum der Kapitalbindung übereinstimmt, d. h. dass langfristige Vermögensgegenstände durch langfristiges Kapital und kurzfristige Vermögensgegenstände durch kurzfristiges Kapital finanziert werden
- Aufgabe: geben Auskünfte über den Deckungsgrad des langfristigen Vermögens
- Anlagendeckungsgrad 1: gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens durch Eigenkapital finanziert wird
- Anlagendeckungsgrad 1 = $\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$
- Anlagendeckungsgrad 2: berücksichtigt neben dem Eigenkapital noch das langfristige Fremdkapital
- Anlagendeckungsgrad 2 = $\frac{\text{Eigenkapital} + \text{lfr. Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$
- Kritischer Wert (Anlagendeckungsgrad 2): < 100 %

- Bewertung:
 - je höher der Anlagendeckungsgrad 2, desto sicherer sind die lfr. Vermögensgegenstände finanziert
 - sollte das Ergebnis sehr stark unter dem kritischen Wert liegen, kann die Fristenkongruenz nicht eingehalten werden und die Kapitalbindung im Unternehmen ist wesentlich länger als die Kapitalüberlassung, was auf Dauer nicht tragbar ist

Liquidität

- Fähigkeit des Unternehmens, berechnete Zahlungsanforderungen termin- und betragsgenau erfüllen zu können
- gibt Auskunft über den Deckungsgrad der kurzfristigen Schulden

Liquidität 1. Grades (Barliquidität)

- Aufgabe: legt offen, inwiefern dem Unternehmen liquide Mittel zur Verfügung stehen, seinen kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen
- Liquiditätsgrad 1. Grades = $\frac{\text{Liquide Mittel}}{\text{kfr. Fremdkapital}} \times 100$
- Kritischer Wert: < 20 %
- Bewertung:
 - die Liquidität sollte den kritischen Wert nicht unterschreiten, um überhaupt Zahlungen tätigen zu können
 - allerdings sollte sie nicht zu hoch sein, da flüssige Mittel keine Zinsen erwirtschaften

Liquidität 2. Grades

- Aufgabe: gibt das Verhältnis an, mit welchem das monetäre Umlaufvermögen die kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen deckt
- Liquidität 2. Grades = $\frac{\text{Liquide Mittel} + \text{Forderungen}}{\text{kfr. Fremdkapital}} \times 100$
- Kritischer Wert: < 100 %
- Bewertung:
 - Liquidität unterhalb des kritischen Werts kann zu Zahlungsschwierigkeiten führen
 - problematisch ist allerdings, dass die Kennzahl anfällig für abschlusspolitische Maßnahmen ist

Working Capital

- Aufgabe: Information über die zukünftige Zahlungsfähigkeit des Unternehmens
- Working Capital = Umlaufvermögen - kfr. Fremdkapital
- Kritischer Wert: negatives Ergebnis
- Bewertung:
 - je größer das Working Capital, desto stabiler die Liquiditätslage
 - Vorteil: resistent gegen abschlusspolitische Maßnahmen
 - Nachteil: absolute Kennzahl, welche einen Unternehmensvergleich schwer zulässt

Umsatzrentabilität

- Aufgabe: gibt die durchschnittlich aus dem Umsatz erwirtschaftete Marge an
- $$\text{Umsatzrentabilität} = \frac{\text{Betriebsergebnis}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 100$$
- Kritischer Wert: negatives Ergebnis
- Bewertung:
 - je höher desto besser (Umsatzerlöse Ausgangspunkt für operatives Betriebsergebnis)
 - Kennzahl für den zwischenbetrieblichen Vergleich

Materialintensität

- Aufgabe: gibt an, wie viel Material pro Umsatz eingesetzt wird
- $$\text{Materialintensität} = \frac{\text{Herstellungskosten}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 100$$
- Kritischer Wert: -
- Bewertung:
 - dient bei der Betrachtung der Aufwandsstruktur als Kalkulationsgröße
 - eine wichtige Einflussgröße ist das Verhältnis zwischen Einkaufspreisen und Verkaufspreisen, da geringe Änderungen in diesem Bereich zu starken Schwankungen führen können
 - eine niedrige Materialintensität lässt auf eine geringe Produktionstiefe schließen, bedeutet aber auch Flexibilität in der Produktion

Personalintensität

- Aufgabe: Information über das Verhältnis zwischen Personal und Ertrag
- $$\text{Personalintensität} = \frac{\text{Personalkosten}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 100$$
- Kritischer Wert: -
- Bewertung:
 - ein hohes Ergebnis stellt eine hohe Abhängigkeit des Erfolges von der Entwicklungen der Personalkosten dar
 - Ursache für Veränderungen: Personalauf-/abbau und Lohnkostenänderungen

Anlagenintensität

- Aufgabe: Beurteilung des Umfangs des langfristig gebundenen Vermögens im Unternehmen
- $$\text{Anlagenintensität} = \frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}} \times 100$$
- Kritischer Wert: keiner, da branchenspezifisch variabel
- Bewertung:
 - eine sehr hohe Kennzahl wird allgemein als negativ angesehen

- kann allerdings auf größere Investitionen in der Vergangenheit (Erhöhung des Anlagevermögens) oder auf eine Lagerrationalisierung (Minderung des Umlaufvermögens) zurückzuführen sein
- die Kennzahl ist durch abschlusspolitische Maßnahmen (z. B. Wahl der Abschreibungsmethode, Factoring, sale and lease back) beeinflussbar

Umschlagshäufigkeit der Forderungen

- Aufgabe: gibt an, wie oft sich der durchschnittliche Forderungsbestand in einer Periode umgeschlagen hat
- $$\text{Umschlagshäufigkeit der Forderungen} = \frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Durchschn. Bestand an Forderungen}}$$
- Kritischer Wert: -
- Bewertung
 - zeigt an, wie oft die gesamten Forderungen über die Umsatzerlöse zurückgeflossen sind
 - je höher die Kennzahl, desto kürzer ist die durchschnittliche Kreditdauer und die Zinsbelastung für das eigene Unternehmen, somit steigen auch Liquidität, Rentabilität und Wirtschaftlichkeit
 - beim Rückgang dieser Kennzahl nimmt die Kapitalbindung in den Forderungen zu, was negativ zu bewerten ist

Umschlagshäufigkeit der Vorräte

- Aufgabe: Aussage über die Mittelverwendung, d. h. wie häufig werden die Vorräte in der Berichtsperiode umgeschlagen
- $$\text{Umschlagshäufigkeit der Vorräte} = \frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Durchschn. Vorratsbestand}}$$
- Kritischer Wert: -
- Bewertung:
 - eine hohe Umschlagshäufigkeit der Vorräte ist positiv zu werten, da sich die Lagerbestände schnell in liquide Mittel umwandeln lassen
 - eine sehr niedrige Kenngröße deutet auf Absatzprobleme
 - allerdings besteht auch die Möglichkeit, dass der Lagerbestand geplant gesteigert wird, wenn eine steigende Auftragslage dieses Handeln verursacht
 - Nachteile sind die branchenspezifische Abhängigkeit und dass es sich um eine absolute Zahl handelt

Produktivität

- Aufgabe: stellt den Umsatz der Anzahl an Mitarbeiter gegenüber
- $$\text{Produktivität} = \frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Durchschn. Anzahl d. Mitarbeiter}} \times 100$$
- Kritischer Wert: -
- Bewertung:
 - je höher die Kennzahl, desto mehr Umsatz wird pro Mitarbeiter erwirtschaftet

Kreditorenlaufzeit

- Aufgabe: gibt die durchschnittliche Anzahl der Tage an, die ein Unternehmen braucht, um seine Lieferanten zu bezahlen
- $$\text{Kreditorenlaufzeit} = \frac{\text{Durchschn. Bestand Vblkt. L \& L}}{\text{Wareneinsatz}} \times 360$$
- Kritischer Wert: < Debitorenlaufzeit, da die Rückzahlung der eigenen Verbindlichkeiten später als die Zahlungseingänge der Kunden erfolgen sollte
- Bewertung:
 - Indikator für die Lieferanten bzgl. der Kreditwürdigkeit des Unternehmens
 - ein relativ hoher Wert wird prinzipiell positiv bewertet, da jedes Unternehmen bestrebt ist, den Mittelabfluss zu verzögern, um einen Zinsvorteil zu erreichen
 - eine zu hohe Kreditorenlaufzeit oder sogar Überziehung kann auf Zahlungsschwierigkeiten hinweisen (Verdacht der Unternehmensfinanzierung auf Kosten der Lieferanten)

Debitorenlaufzeit

- Aufgabe: Aussage, wie viele Tage zwischen Rechnungsstellung und Zahlungseingang liegen
- $$\text{Debitorenlaufzeit} = \frac{\text{Durchschn. Bestand Ford. L \& L}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 360$$
- Kritischer Wert: > Kreditorenlaufzeit, um Kundenzahlung vor Zahlungsverpflichtungen zu realisieren
- Bewertung:
 - Indikator, wie schnell das Unternehmen zu seinem Geld kommt
 - empirisch: durchschnittlich 46 Tage
 - je kürzer die Laufzeit, desto höher ist die Liquidität
 - sehr langes Kundenzahlungsziel kann verschiedene Ursachen haben:
 - Verzerrung durch Vereinbarungen von Ratenzahlung
 - Mängel im Mahnwesen
 - notleidende Kredite
 - säumige Großkunden und die Abhängigkeit von diesen

Betriebswirtschaftliche Daten der kommunalen Beteiligungen**Bereich Ver- und Entsorgung****Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH****Gründungsjahr:** 2001**Stammkapital:** 100 T€**Gesellschafter:** Stadt Frankfurt (Oder), 100%**Organe:**Geschäftsführer: Herr Michael Ebermann,
seit 01.10.2004
Herr Thiem, seit 01.10.2010Aufsichtsrat: Herr Patzelt bis 05.05.10
Herr Dr. Wilke ab 06.05.10,
Vorsitzender
Herr Lorenz, *stell. Vorsitzender*
Herr Grünkorn
Frau Melcher
Herr Dr. Mende
Herr Neumann
Frau Seifert
Herr Schubert
Herr Alisch
Herr Bleck
Herr Spohn**Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehören die Abfallentsorgung einschließlich der Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen und der Ausbau der abfallwirtschaftlichen Infrastruktur im Rahmen des Schutzes der natürlichen Umwelt und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Reinlichkeit zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben:

- Abfallentsorgung einschließlich Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen und Ausbau der abfallwirtschaftlichen Infrastruktur,
- Vermögensverwaltung aller Art, insbesondere der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen und die Verwaltung eigenen Vermögens,
- Erbringung allgemeiner Dienstleistungen an verbundene Unternehmen

Bemerkungen

Die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2010 am 11. Mai 2011 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

Dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat wurden in der Gesellschafterversammlung der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH am 08. Juli 2011 Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

Höhe: **€ 2.426.856,13** (Vj: € 2.364.498,67)

Davon mit einer Restlaufzeit von:

- bis 1 Jahr: **€ 165.176,68**
Vj: € 212.754,36
- 1 - 5 Jahre: **€ 660.706,76**
Vj: € 533.445,70
- ab 5 Jahre: **€ 1.600.972,69**
Vj: € 1.618.298,61

Bilanz

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	43.883,6	43.941,2	-57,6	-0,13%
Imm. Vermögensg.	566,3	693,4	-127,1	-18,33%
Sachanlagevermögen	2.666,2	2.759,6	-93,4	-3,38%
Finanzanlagevermögen	40.651,1	40.488,2	162,9	0,40%
Umlaufvermögen	6.451,6	7.618,5	-1.166,9	-15,32%
Vorräte	4,3	7,3	-3,0	-41,10%
Forderungen	2.215,1	5.045,7	-2.830,6	-56,10%
Liquide Mittel	4.232,2	2.565,5	1.666,7	64,97%
RA	33,7	8,3	25,4	306,02%
Summe AKTIVA	50.368,9	51.568,0	-1.199,1	-2,33%
TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	40.438,2	40.408,4	29,8	0,07%
Gezeichnetes Kapital	100,0	100,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	40.338,2	40.308,4	29,8	0,07%
Sonderposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Rückstellungen	369,4	261,9	107,5	41,05%
Verbindlichkeiten	9.561,3	10.897,7	-1.336,4	-12,26%
RA	0,0	0,0	0,0	0,00%
Summe PASSIVA	50.368,9	51.568,0	-1.199,1	-2,33%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	4.957,0	4.850,1	106,9	2,20%
Sonstige Erträge	3.035,9	2.928,8	107,1	3,66%
Materialaufwand	4.404,0	4.150,1	253,9	6,12%
Personalaufwand	2.059,8	1.770,2	289,6	16,36%
Abschreibungen	518,6	702,2	-183,6	-26,15%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	974,7	1.091,2	-116,5	-10,68%
Betriebsergebnis	35,8	65,2	-29,4	-45,09%
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	2.871,0	4.276,7	-1.405,7	-32,87%
Aufwendungen aus Verlustübernahme	5.333,7	5.243,0	90,7	1,73%
Zinsergebnis	-109,8	-107,2	-2,6	-2,43%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.536,7	-1.008,3	-1.528,4	-151,58%
Steuern	6,7	5,6	1,1	19,64%
Jahresergebnis	-2.543,4	-1.013,9	-1.529,5	-150,85%
Gewinnvortrag	0,0	0,0	0,0	0,00%
Entnahme aus der Kapitalrücklage	2.543,4	1.013,9	1.529,5	150,85%
Bilanzgewinn	0,0	0,0	0,0	0,00%

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäftsverlauf

Die Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH (FDH) ist unverändert eine 100 %ige kommunale Gesellschaft. Sie hält 100 % der Anteile an der Stadtverkehrsgesellschaft mbH Frankfurt (Oder) (SVF), 51 % der Anteile an der Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH (SWF) und 52 % der Anteile an der Frankfurter Abfallwirtschaft GmbH (FAW).

Die FDH hat im Geschäftsjahr 2010 weiterhin kaufmännische Dienstleistungen, Personaldienstleistungen und IT-Dienstleistungen für die Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH, die Stadtwerke Frankfurt (Oder) Netzgesellschaft mbH, für die Stadtverkehrsgesellschaft mbH Frankfurt (Oder) und für die Frankfurter Abfallwirtschaft GmbH erbracht. Zum 01.01.2010 hat die Gesellschaft das Personalmanagement und die Berufsausbildung von der SVF übernommen.

Das operative Geschäft ist darüber hinaus von den abfallwirtschaftlichen Aktivitäten bestimmt. Dazu zählen hauptsächlich der Betrieb einer Abfallbehandlungs- und Abfallumschlaganlage und das Abfallstoffstrommanagement für die Stadt Frankfurt (Oder). Die Durchsätze in der Abfallbehandlung und dem Abfallumschlag lagen mit rund 27.000 Tonnen auf dem Niveau des Vorjahres. Der Bereich Abfallentsorgung konnte im Geschäftsjahr 2010 ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen.

Weiterhin organisierte die FDH auch für das Geschäftsjahr 2010 als Geschäftsbesorger für die Stadt Frankfurt (Oder) die Abfallsammlung, die Pappe-/Papiersammlung, die Abfallberatung und die maschinelle Straßenreinigung sowie die Erfassung und teilweise Verwertung der Abfälle gemäß Elektro- und Elektronikgerätegesetz.

Der Gesamtumsatz erhöhte sich im Berichtsjahr um 2,2 % gegenüber dem Vorjahr auf 4.957 T€.

Das Geschäftsjahr schließt durch die aufgabenbedingte Verlustübernahme der SVF mit einem Jahresfehlbetrag ab.

Investitionen und Finanzierung

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen von 0,3 Mio € umfassten vorrangig Hard- und Software sowie Fahrtechnik. Die Finanzierung erfolgte durch die Aufnahme von Krediten.

Die Veränderung der Finanzanlagen beruht nahezu ausschließlich auf einer Zuzahlung in die Kapitalrücklage der SVF. Die Gesellschaft führt mit der SVF ein Cash-Management.

Die Ausstattung der FDH mit finanziellen Mitteln zur Erfüllung ihrer Aufgaben erfolgt ab 2006 über eine 5jährige Vereinbarung mit der Stadt Frankfurt (Oder).

Mitarbeiter

Zum 31.12. 2010 beschäftigte die Gesellschaft insgesamt 33 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Gesellschaft bietet ihren Arbeitnehmern für die Sicherung der Altersbezüge eine Pensionskassenmitgliedschaft an. Von diesem Angebot machen bisher 16 Arbeitnehmer Gebrauch.

Risikomanagement

Das im Konzern der FDH eingerichtete Risiko-Management-System wird von der Gesellschaft zur Risikofrüherkennung und Einleitung geeigneter Gegenmaßnahmen genutzt. Als kritische Risiken werden u.a. das Betreiberrisiko für die Abfallbehandlungsanlage und der zunehmende Preisdruck in der Abfallbranche gesehen.

Das Ergebnis der SWF wird in den nächsten Jahren maßgeblich durch den Preisdruck im Energiemarkt, die Entwicklung der Energiebeschaffungskosten, die Anreizregulierung im Netzbereich Strom und Gas und den Fernwärmeabsatzrückgang beeinflusst.

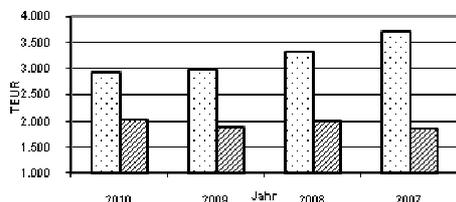
Die Zukunftssicherheit des kommunalen steuerlichen Querverbundes ist durch das Jahressteuergesetz 2009 gegeben.

Bei der SVF und der FAW wird mit einer unveränderten Ertragssituation geplant. Die operativen Risiken der Tochterunternehmen haben wirtschaftlich eine mittelbare Wirkung vor allem über die Ergebnisabführungsverträge auf die FDH.

Kennzahlen

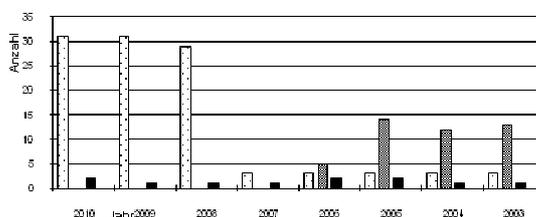
	Kritischer Wert	2010	2009
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	80,28%	78,36%
EK (+ EK-ähnliche) Quote		80,28%	78,36%
Fremdkapitalquote	> 75 %	19,72%	21,64%
Verschuldungsgrad	-	1/4	2/7
Anlagendeckungsgrad I	-	92,15%	91,96%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	98,58%	99,12%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	59,55%	32,01%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	91,19%	95,06%
Working Capital	< 0	-655,8	-396,7
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	0,72%	1,34%
Materialintensität	-	88,84%	85,57%
Personalintensität	-	41,55%	36,50%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	87,12%	85,21%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	1,37	1,07
Produktivität	-	150,21	151,57
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	> Deb.lfz.	48	45
Debitorenlaufzeit	< Kred.lfz.	17	20

Umsatzerlöse



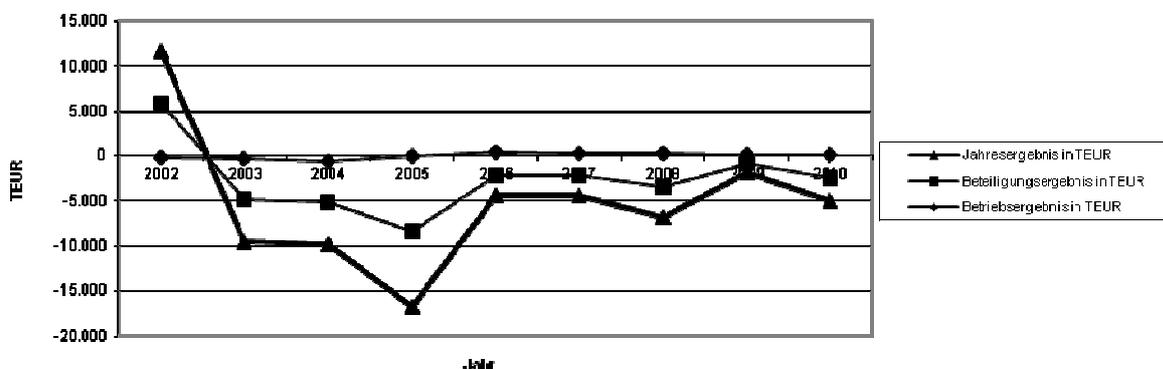
Abfallbehandlung/-umschlag
 Abfallwirtschaftliche Dienstleistungen

Anzahl der Mitarbeiter



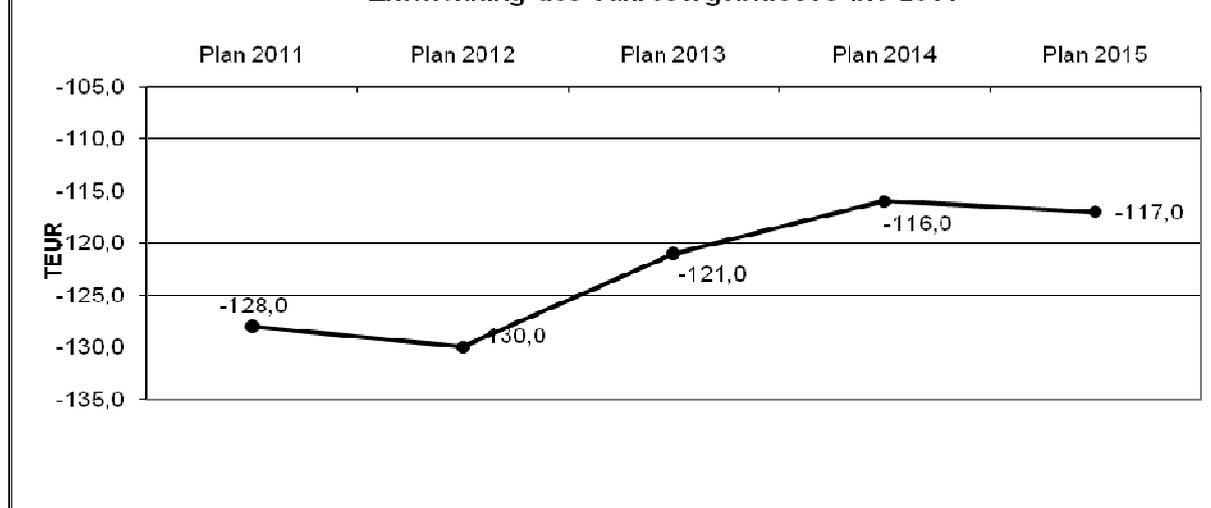
Angestellte
 Arbeiter
 Geschäftsführer
 Auszuhilfende

Ertragslage



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2011	HR 2011	Plan 2012	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Umsatzerlöse	4.933,0	4.933,0	4.980,0	47,0	0,95%
Sonstige Erträge	3.220,0	3.220,0	3.130,0	-90,0	-2,80%
Zuschüsse				0,0	0,00%
Materialaufwand	4.207,0	4.207,0	4.163,0	-44,0	-1,05%
Personalaufwand	2.093,0	2.093,0	2.192,0	99,0	4,73%
Abschreibungen	576,0	576,0	517,0	-59,0	-10,24%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.210,0	1.210,0	1.139,0	-71,0	-5,87%
Betriebsergebnis	67,0	67,0	99,0	32,0	47,76%
Zinsergebnis	-189,0	-189,0	-223,0	-34,0	-17,99%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-122,0	-122,0	-124,0	-2,0	-1,64%
Steuern	6,0	6,0	6,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	-128,0	-128,0	-130,0	-2,0	-1,56%

Entwicklung des Jahresergebnisses bis 2014**Ausblick**

Für das Jahr 2011 sind Investitionen am Standort Seefichten in Höhe von 0,3 Mio. € und im Verwaltungsbereich im Zusammenhang mit der Erbringung von kaufmännischen Dienstleistungen von 0,2 Mio. € geplant.

Die FDH plant des Weiteren die Errichtung einer PV-Anlage mit einer Leistung von ca. 1 MWp am Standort Seefichten auf dem rekultivierten Deponiekörper.

Zur Finanzierung werden vorrangig Fremdmittel eingesetzt.

Zum 01.01.2011 hat die Gesellschaft das Aufgabenfeld „Leit-, Fernwirk- und Automatisierungstechnik“ von der SWF übernommen.

Im Zuge der Übertragung weiterer Aufgaben ist ein Mitarbeiter auf die FDH übergegangen.

In der wirtschaftlichen Entwicklung wird von einer weiteren Stabilisierung ausgegangen.

Durch die aufgabenbedingte Verlustübernahme der SVF schließen die Jahre 2011 und 2012 mit einem Fehlbetrag ab. Es wird davon ausgegangen, dass die von der SVF zu übernehmenden Verluste durch die von der SWF prognostizierte Ergebnisabführung zu einem geringeren Anteil kompensiert werden.

Auch in den kommenden Jahren wird die Stadt Frankfurt (Oder) die Gesellschaft mit finanziellen Mitteln zur Aufgabenerfüllung ausstatten müssen.

Frankfurter Abfallwirtschaft GmbH

Gründungsjahr: 2006
Stammkapital: 25 T€

Gesellschafter: Frankfurter Dienstleistungs-
 holding GmbH, 52%
 Entsorgungsgesellschaft
 Frankfurt (Oder) GbR, 48%

Organe:
 Geschäftsführer: Herr Michael Ebermann

Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben:

- Wahrnehmung und Überwachung von Entsorgungsdienstleistungen und Ausbau der abfallwirtschaftlichen Infrastruktur im Entsorgungsgebiet Frankfurt (Oder)
- Entsorgungsdienstleistungen sind insbesondere die Entsorgung, der Transport, die Behandlung, die Verwertung und die Vermarktung von Abfällen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehören die Abfallentsorgung einschließlich der Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen und der Ausbau der abfallwirtschaftlichen Infrastruktur im Rahmen des Schutzes der natürlichen Umwelt und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Reinlichkeit zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Die PricewaterCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2010 am 24. März 2011 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

Dem Geschäftsführer wurde in der Gesellschafterversammlung der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH am 08. Juli 2011 Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Bilanz

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Imma. Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0	0,00%
Sachanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	115,6	107,7	7,9	7,34%
Vorräte	0,0	0,0	0,0	0,00%
Forderungen	53,3	78,8	-25,5	-32,36%
Liquide Mittel	62,3	28,9	33,4	115,57%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,1	-0,1	-100,00%
Summe AKTIVA	115,6	107,8	7,8	7,25%
TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	25,0	25,0	0,0	0,00%
Gezeichnetes Kapital	25,0	25,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	0,0	0,0	0,0	0,00%
Sonderposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Rückstellungen	73,3	45,3	28,0	61,81%
Verbindlichkeiten	17,3	37,5	-20,2	-53,87%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Summe PASSIVA	115,6	107,8	7,8	7,24%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	492,2	439,9	52,3	11,89%
Sonstige Erträge	0,9	3,4	-2,5	-73,53%
Materialaufwand	0,6	0,0	0,6	0,00%
Personalaufwand	459,0	411,7	47,3	11,49%
Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	34,2	32,9	1,3	3,95%
Betriebsergebnis	-0,7	-1,3	0,6	46,15%
Zinsergebnis	0,7	1,3	-0,6	-46,15%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,00%
Steuern	0,0	0,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,00%

Auszug aus dem Lagebericht**Geschäftsverlauf**

Die Frankfurter Abfallwirtschaft GmbH, Frankfurt (Oder) (FAW) ist eine Tochtergesellschaft der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH (FDH). Die Entsorgungsgesellschaft Frankfurt (Oder) GbR ist seit dem 01.01.2007 zu 48 % an der Gesellschaft beteiligt. Zur Entsorgungsgesellschaft Frankfurt (Oder) GbR gehören die Gesellschaften Veolia Umweltservice Ost GmbH & Co. KG und die Becker + Armbrust GmbH. Gegenstand der Gesellschaft ist u. a. die Wahrnehmung von Entsorgungsdienstleistungen und der Ausbau der abfallwirtschaftlichen Infrastruktur im Entsorgungsgebiet Frankfurt (Oder). Die FDH ist die Eigentümerin der Abfallumschlag- und Behandlungsanlage Seefichten in Frankfurt (Oder) und hat die FAW mit der Betriebsführung dieser Anlage beauftragt. Im Rahmen dieser Beauftragung sichert die FAW mit ihrem Personal den Umschlag der Abfälle aus den Haushalten der Stadt Frankfurt (Oder) ab und führt eine Vorbehandlung und Sortierung von Abfällen aus gewerblichen Bereichen durch. In der Anlage wurden im Geschäftsjahr 2010 insgesamt ca. 27.000 t Abfall durchgesetzt. Die FAW erzielte mit ihrer Tätigkeit als Betriebsführer im Geschäftsjahr 2010 einen Umsatz von 492 T€.

Infolge der vertraglichen Regelungen zur Kostenerstattung im Rahmen der Betriebsführung wurde das Geschäftsjahr mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis abgeschlossen.

Mitarbeiter

Zum 31.12.2010 beschäftigte die Gesellschaft insgesamt 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Risikomanagement

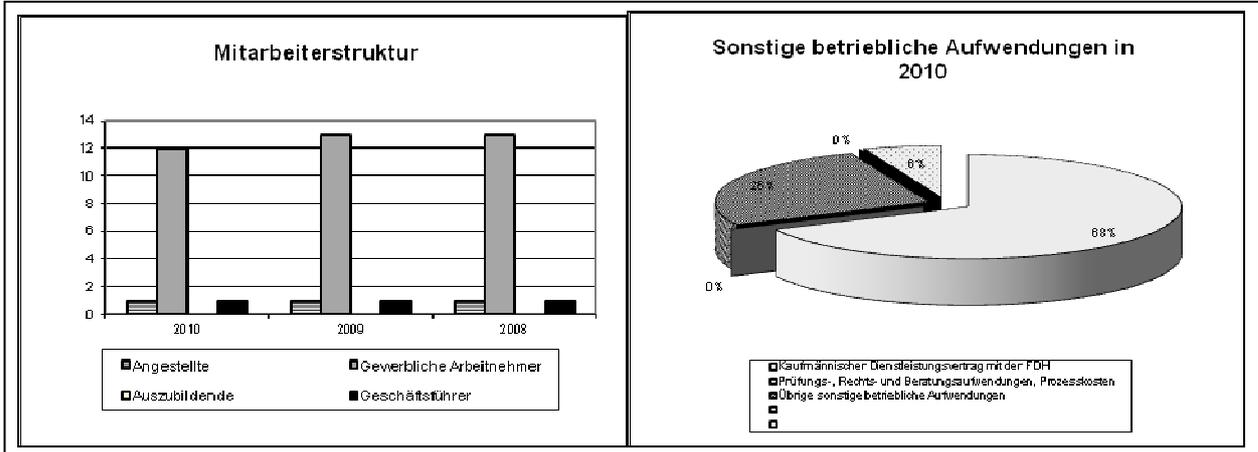
Das im Konzern der Frankfurter Dienstleistungsholding eingerichtete Risiko-Management-System wird von der Gesellschaft FAW zur Risikofrüherkennung und Einleitung geeigneter Gegenmaßnahmen genutzt.

Es wurden keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken festgestellt.

Als kritisch wird die demografische Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Frankfurt (Oder) und die damit verbundene rückläufige Entwicklung des Abfallaufkommens gesehen.

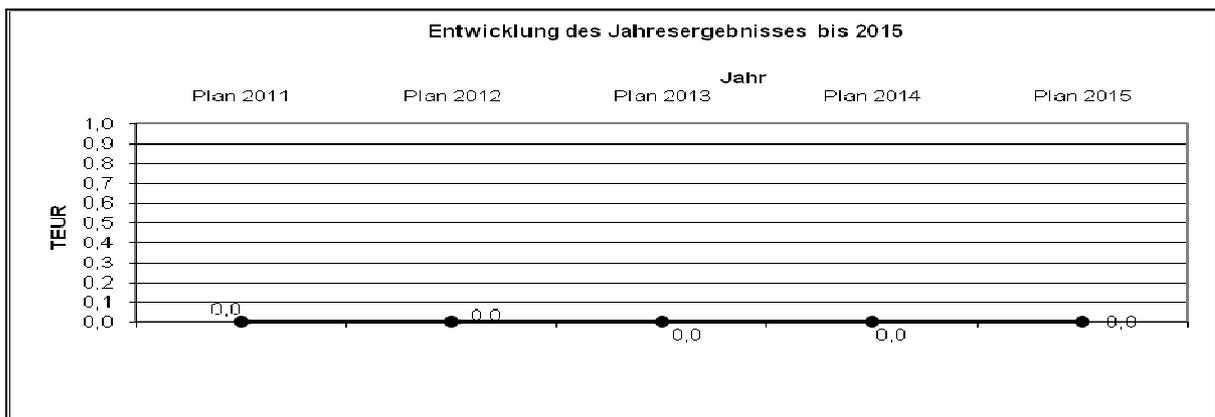
Kennzahlen

	kritischer Wert	Einheit	2010	2009
Finanzlage				
Eigenkapitalquote	< 25 %	%	21,63%	23,19%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	%	21,63%	23,19%
Fremdkapitalquote	> 75 %	%	78,37%	76,81%
Verschuldungsgrad	-	-	29/8	10/3
Liquidität 1. Grades	< 20 %	%	68,84%	34,90%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	%	127,73%	130,17%
Working Capital	< 0	T€	25,1	24,9
Ertragslage				
Umsatzrentabilität	< 0	%	-0,14%	-0,30%
Materialintensität	-	%	0,12%	0,00%
Personalintensität	-	%	93,25%	93,59%
Vermögenslage				
Anlagenintensität	-	%	0,00%	0,00%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	-	7,45	7,74
Produktivität	-	T€/Mitarbeiter	35,16	29,33



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2011	HR 011	Plan 2012	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Umsatzerlöse	444,0	444,0	402,0	-42,0	-9,46%
Sonstige Erträge	34,0	34,0	34,0	0,0	0,00%
Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Personalaufwand	444,0	444,0	402,0	-42,0	-9,46%
Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	34,0	34,0	34,0	0,0	0,00%
Betriebsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Zinsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%



Ausblick

Die strategische Ausrichtung der FAW liegt weiterhin in der Betriebsführung der abfallwirtschaftlichen Anlagen am Standort Seefichten.

Es ist neben der Abfallsortierung und dem Abfallumschlag weiterhin vorgesehen, die Aufbereitung von Abfällen zur energetischen Verwertung nach wirtschaftlichem Ermessen durchzuführen. Der FAW wird für diese Aufgaben weiterhin die Betriebsführung durch die FDH übertragen. Für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 wird bei unveränderten Regelungen zur Kostenerstattung gemäß dem Betriebsführungsvertrag ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Stadwerke Frankfurt (Oder) GmbH

Gründungsjahr: 1992

Stammkapital: 9.152 T€

Gesellschafter:

Frankfurter Dienstleistungs- holding GmbH	51%
E.ON e.dis	39%
EWE	10%

Organe:

Geschäftsführer: Herr Köhler, bis 30.06.2010
Herr Thiem, ab 01.07.2010

Aufsichtsrat:

Herr Grünkorn *Vorsitzender*
Herr Paasch *stellv. Vorsitzender*
Herr Dr. Müller
Herr Neumann
Herr Dr. Reichel
Herr Edelmann
Frau Seifert
Frau Melcher
Herr Gothe
Frau Veres

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Versorgung mit Energie zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2010 am 10. Mai 2011 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

Dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat wurde in der Gesellschafterversammlung der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH am 08. Juli 2011 Entlastung erteilt.

Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben:

- Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme und die Verwirklichung von Maßnahmen auf dem Gebiet der Energieeinsparung und der effizienten Energienutzung einschließlich der Beratung der Energienutzer,
- die Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen, insbesondere für die Stadt Frankfurt (Oder) und kommunale Unternehmen

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

Höhe: € 23.558.969,46 (Vj: € 17.154.719,38)

Davon mit einer Restlaufzeit von:

- bis 1 Jahr: € 6.709.117,44
Vj: € 4.041.117,66
- 1 - 5 Jahre: € 13.893.473,16
Vj: € 8.811.405,16
- ab 5 Jahre: € 2.956.378,86
Vj: € 4.302.196,56

Bilanz

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	57.406,4	52.253,9	5.152,5	9,86%
Imma. Vermögensgegenstände	770,0	298,9	471,1	157,61%
Sachanlagevermögen	22.050,0	22.187,9	-137,9	-0,62%
Finanzanlagevermögen	34.586,4	29.767,1	4.819,3	16,19%
Umlaufvermögen	21.054,6	24.436,5	-3.381,9	-13,84%
Vorräte	1.842,5	1.712,7	129,8	7,58%
Forderungen	14.733,4	15.112,2	-378,8	-2,51%
Liquide Mittel	4.478,7	7.611,6	-3.132,9	-41,16%
Rechnungsabgrenzungsposten	98,4	118,4	-20,0	-16,89%
Summe AKTIVA	78.559,4	76.808,8	1.750,6	2,28%
TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	31.275,5	30.729,1	546,4	1,78%
Gezeichnetes Kapital	9.152,2	9.152,2	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	22.123,3	21.576,9	546,4	2,53%
Sonderposten	2.276,2	2.519,0	-242,8	-9,64%
Rückstellungen	5.692,5	7.614,7	-1.922,2	-25,24%
Verbindlichkeiten	38.311,7	34.905,2	3.406,5	9,76%
Rechnungsabgrenzungsposten	1.003,5	1.040,8	-37,3	-3,58%
Summe PASSIVA	78.559,4	76.808,8	1.750,6	2,28%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	93.302,0	94.191,1	-889,1	-0,94%
Bestandsveränderung	0,0	0,0	0,0	0,00%
aktivierte Eigenleistungen	272,1	265,1	7,0	2,64%
Sonstige Erträge	3.991,1	6.319,4	-2.328,3	-36,84%
Materialaufwand	79.567,2	80.336,7	-769,5	-0,96%
Personalaufwand	6.056,7	5.984,1	72,6	1,21%
Abschreibungen	2.331,6	2.087,9	243,7	11,67%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.869,2	5.359,7	1.509,5	28,16%
Konzessionsabgabe	0,0	0,0	0,0	0,00%
Betriebsergebnis	2.740,5	7.007,2	-4.266,7	-60,89%
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	3.376,1	237,2	3.138,9	1323,31%
Finanzergebnis	-838,5	139,2	-977,7	-702,37%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.278,1	7.383,6	-2.105,5	-28,52%
Außerordentliche Aufwendungen	247,5	0,0	247,5	0,00%
Steuern	420,9	531,4	-110,5	-20,79%
Ausgleichszahlungen	1.738,7	2.575,5	-836,8	-32,49%
Gewinnabführung FDH	2.871,0	4.276,7	-1.405,7	-32,87%
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	50,00%

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäftsumfeld

Die Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH ist eine 51 %-ige Tochtergesellschaft der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH und hat ihren Sitz in Frankfurt (Oder). Weitere Gesellschafter sind die E.ON edis AG, Fürstenwalde/Spree, zu 39 % und die EWE ENERGIE AG, Oldenburg, zu 10 %.

Die Gesellschaft versorgt die Einwohner der Stadt Frankfurt (Oder) mit Strom, Erdgas, Fern- und Nahwärme und weiteren Dienstleistungen. Der Abwärtstrend bei der Entwicklung der Einwohnerzahl hat sich deutlich abgeschwächt, im Berichtszeitraum ist die Einwohnerzahl leicht gesunken und lag am 31.12.2010 bei ca. 59.600 Einwohnern.

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Frankfurt (Oder) haben sich nicht verändert, positive Impulse gehen von Neuansiedlungen der Vorjahre aus, die auch auf das Umfeld ausstrahlen. Darüber hinaus ist die Entwicklung in der Region verhalten.

Geschäftsverlauf

Insbesondere die Umsetzung der Vorgaben der Bundesnetzagentur stellen das Unternehmen vor permanente terminliche und umsetzungstechnische Schwerpunktaufgaben, die in hohem Maße Personal binden und eine ständige Anpassung der eingesetzten Software zur Folge haben. Die hierdurch hervorgerufenen Mehrkosten können im Markt nicht umgesetzt werden.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde die regulatorische Vorgabe zur softwareseitigen Mandantentrennung des Datenbestandes im Bereich der Kundenabrechnung zwischen Händler und Netzbetreiber ab 1. April 2010 realisiert und gleichzeitig die bisherige Softwareanwendung abgelöst.

Die Regulierung im Energiebereich stellt hohe Anforderungen an die Leistungskraft und Leistungsbereitschaft der Marktteilnehmer. Eine Veränderung bzw. Optimierung der Organisationsstrukturen ist kontinuierlich und zwingend erforderlich. Deshalb stehen die unternehmerischen Geschäftsprozesse stetig auf dem Prüfstand.

Zum 1. April 2010 wurde aus wirtschaftlicher Sicht nicht das Andienungsrecht zum Erwerb des Spitzenheizwerkes in Anspruch genommen, sondern die Kommanditanteile an der STUPA Heizwerk Frankfurt (Oder) Nord GmbH & Co. KG erworben.

Zur langfristigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Strom- und Wärmeerzeugung wird die Erarbeitung eines optimierten Erzeugungskonzeptes fortgeführt.

Wie bereits erfolgreich im Strombereich umgesetzt, erfolgt nun auch im Gasbereich eine strukturierte Beschaffung. Auf Basis klar definierter Rahmenbedingungen werden so die Chancen der Markttöffnung genutzt.

Umsatz und Ertragslage

Die Gesamtumsatzerlöse verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 % auf EUR 93,3 Mio.

Anteil der einzelnen Versorgungsbereiche am Gesamtumsatz:

Sparte	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	
Strom	41.474	40.872	1,5
Gas	23.017	24.730	-6,9
Wärme	22.265	22.364	-0,4

Gleichzeitig hat sich der Materialaufwand insgesamt um 1,0 % auf EUR 79,6 Mio reduziert, so dass der Rohertrag nahezu unverändert im Vergleich zum Vorjahr blieb.

In den sonstigen Erträgen ist die Inanspruchnahme der Drohverlustrückstellung aus Fernwärmelieferverträgen in Höhe von EUR 1,2 Mio enthalten (Vorjahr EUR 2,9 Mio für Inanspruchnahme und Auflösung).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von EUR 5,3 Mio (im Vorjahr EUR 7,4 Mio) beinhaltet die Gewinnabführung der Stadtwerke Frankfurt (Oder) Netzgesellschaft mbH in Höhe von EUR 3,4 Mio (im Vorjahr EUR 0,2 Mio).

Absatz und Beschaffung

Die Gesellschaft führt einen eigenen Strombilanzkreis in der Regelzone 50Hertz Transmission auf Basis eines Bilanzkreisvertrages. Zur Minimierung des Beschaffungsrisikos wird mit einem unabhängigen Portfoliomanager ein strategisches Risikomanagementsystem geführt. Die Kraftwerkskapazitäten werden zu ca. 30 % für die Stromlieferung an Letztverbraucher und ansonsten vorrangig zur Vermarktung genutzt.

Seit dem Jahr 2010 erfolgt kein physischer EEG-Pflichtbezug mehr vom Übertragungsnetzbetreiber. An dessen Stelle erfolgt die Abführung einer gesetzlichen EEG-Umlage für den Letztverbraucherabsatz in Höhe von 2,047 Ct/kWh.

Die Strombeschaffung für Kunden betrug im Berichtszeitraum 225,3 GWh, im Vorjahr 239,7 GWh. Der entsprechende Absatz liegt mit 5,2 % unter dem Vorjahreswert und beträgt 221,0 GWh, vorrangig bedingt durch den Rückgang von ca. 7 % bei Stromlieferungen an Großkunden.

Im Geschäftsjahr 2010 fanden keine Preisanpassungen statt.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2010 wurden ca. 1 % weniger Haushalts- und Gewerbekunden mit Strom versorgt als im Vorjahr.

Der Erdgasbezug erhöhte sich insgesamt von 603,7 GWh im Vorjahr auf 702,9 GWh im Berichtsjahr, Gründe hierfür sind der Temperaturverlauf in der Heizperiode und der erweiterte Einsatz der Gasturbine im Heizkraftwerk. Der spezifische Gasbezugsaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr verringert. Der Gasabsatz insgesamt erhöhte sich um 16,8 % auf 694,6 GWh gegenüber dem Vorjahr. Der Mengenrückgang aus Kundenverlusten wurde witterungsbedingt kompensiert. Preisanpassungen bei Sondervertragskunden erfolgten auf der Grundlage der individuellen vertraglich vereinbarten Kriterien entsprechend der Marktpreisentwicklung für den Erdgasbezug.

Seit Februar 2010 läuft eine Untersuchung der Erdgaspreise im Haushaltskundenbereich für das Kalenderjahr 2009 in ganz Brandenburg durch die Landeskartellbehörde. Die Gesellschaft rechnet mit keinen Auflagen der Landeskartellbehörde.

Im Geschäftsfeld Wärme ist die Absatzmenge trotz der weiterhin laufenden Rückbaumaßnahmen temperaturbedingt um 13,8 % gestiegen (275,5 GWh im Berichtsjahr, 242,0 GWh im Vorjahr).

In der Stadt Frankfurt (Oder) besteht nach wie vor ein hoher Wohnungsleerstand und das Wohnungsrückbauprogramm wird weiter fortgeführt, was u. a. zu einem Anstieg der spezifischen Fixkosten und Rückbaubelastungen führt.

Preisanpassungen erfolgten zum 1. Januar, 1. April und 1. Oktober 2010 auf der Grundlage der vertraglich vereinbarten Preisanpassungsmechanismen.

Investitionen, Finanzierung und Vermögen

Die Investitionen im Berichtsjahr umfassten vorrangig Maßnahmen zur Stabilisierung der Versorgungssicherheit bzw. Netzerweiterungen durch Neukundenanschlüsse und leittechnische Anlagen sowie den Kauf von Kommanditanteilen an der STUPA Heizwerk Frankfurt (Oder) Nord GmbH & Co. KG und weitere Ausleihungen an verbundene Unternehmen.

In das Sachanlagevermögen wurden EUR 2,3 Mio (im Vorjahr EUR 2,0 Mio) und in das Finanzanlagevermögen EUR 8,5 Mio (im Vorjahr EUR 3,6 Mio) investiert. Auf den Buchwert der Beteiligung an der FIS wurde im Geschäftsjahr eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 624 TEUR vorgenommen.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch Investitions- und Baukostenzuschüsse, aus vorhandenen Finanzmitteln und durch Neuaufnahme von Krediten. Unter Einbeziehung der Stadtwerke Frankfurt (Oder) Netzgesellschaft mbH und der FIS Frankfurter Industrieservice GmbH führen die Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH einen Cash-Pool durch.

Das langfristige Vermögen ist vollständig durch langfristige Eigen- und Fremdmittel gedeckt. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr jederzeit gegeben.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2010 waren insgesamt 121 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH beschäftigt. Zudem befanden sich 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ausbildung. Die Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH bietet ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Sicherung der Altersbezüge eine Pensionskassenmitgliedschaft an. Von diesem Angebot machen bisher 43 Mitarbeiter Gebrauch.

Risikomanagement

Seit dem Geschäftsjahr 2000 wird ein Risikohandbuch zur Dokumentation und Fortschreibung geführt. Die Risiken werden bereichsweise identifiziert, bewertet und entsprechende Gegenmaßnahmen festgelegt. Das Risikohandbuch wurde im Geschäftsjahr 2009 um den Teil Risikomanagement zur Strombeschaffung erweitert. Über das interne Berichtswesen waren jederzeit die aktuelle Geschäftssituation und mögliche Risiken erkennbar. Es wurden keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken festgestellt.

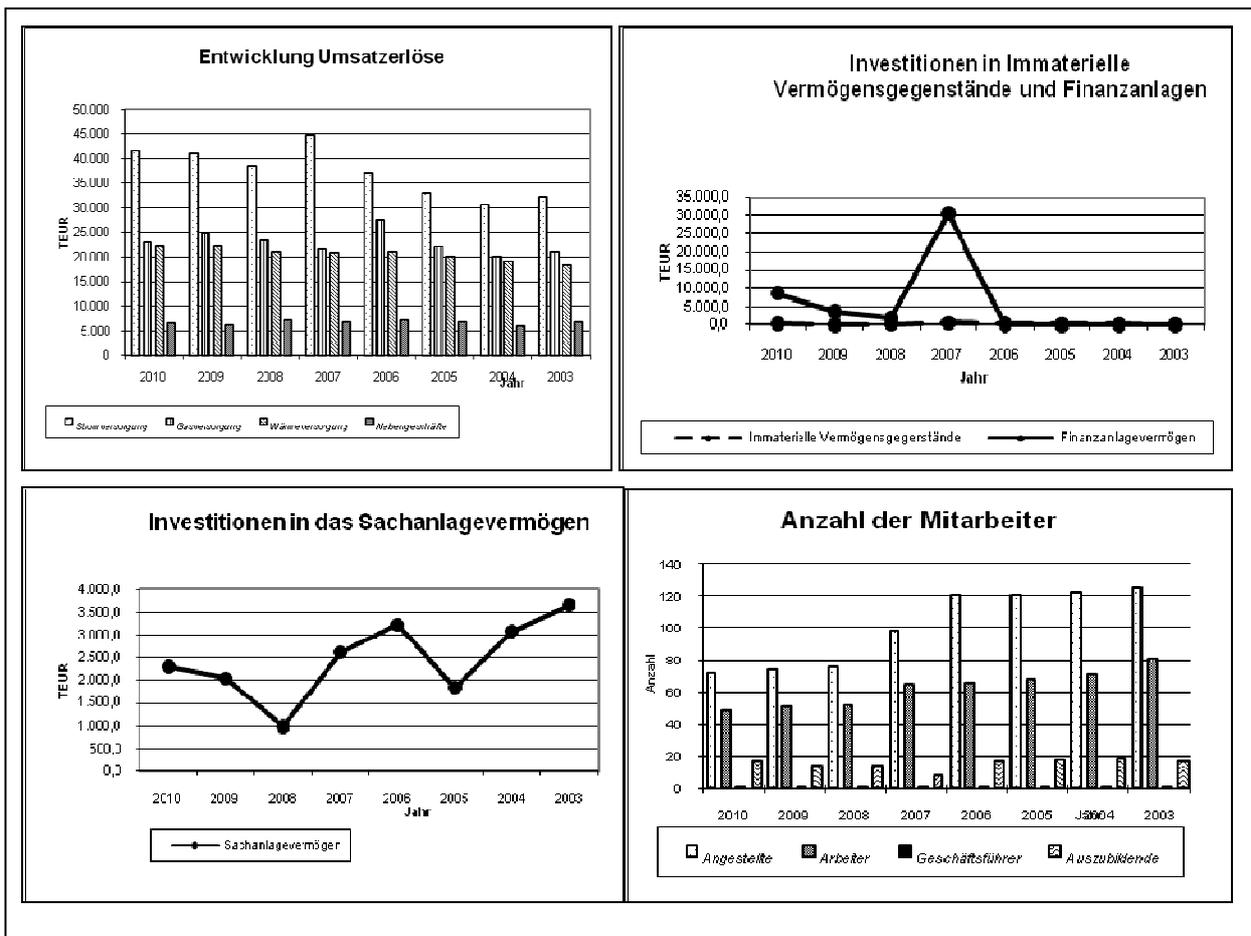
Als kritische Risiken werden u. a. gesehen:

- Marktpreisrisiken in den Bereichen Erzeugung, Handel und Vertrieb, kartellrechtliche Preisvorgaben,
- Kreditrisiken aus unbesicherten Forderungen gegenüber Handelspartnern und Kunden,
- Anhaltender Bevölkerungsrückgang in der Stadt Frankfurt (Oder),
- Leerstand und Abriss von fernwärmebeheizten Wohnungen,
- Betreiberrisiko für das HKW.

Die Landeskartellbehörde führt zurzeit eine Sektorenuntersuchung nach § 32 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung) bezüglich der Fernwärmeversorgung privater Endkunden im Land Brandenburg durch. Hierzu wurde ein entsprechender Fragenkatalog zugearbeitet. Folgen für die zukünftige Preisbildung sind bisher nicht absehbar. Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit werden in Form von Rückstellungen und Wertberichtigungen berücksichtigt. Die sich zunehmend bietenden Chancen und Handlungsspielräume in den Energiehandelsmärkten werden stärker genutzt.

Kennzahlen

	kritischer Wert	Einheit	2010	2009
Finanzlage				
Eigenkapitalquote	< 25 %	%	39,81%	40,01%
EK (+EK-ähnliche)-quote	-	%	42,71%	43,29%
Fremdkapitalquote	> 75 %	%	57,29%	56,71%
Verschuldungsgrad	-	-	13/9	10/7
Anlagendeckungsgrad I	-	%	54,48%	58,81%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	%	90,46%	90,04%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	%	18,39%	30,11%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	%	79,28%	90,21%
Working Capital	< 0	T€	-3.301,3	-883,6
Ertragslage				
Umsatzrentabilität	< 0	%	2,94%	7,44%
Materialintensität	-	%	85,28%	85,29%
Personalintensität	-	%	6,49%	6,35%
Vermögenslage				
Anlagenintensität	-	%	73,07%	68,03%
Umschlagshäufigkeit der V.	-	-	52,49	54,76
Umschlagshäufigkeit der F.	-	-	6,25	4,92
Produktivität	-	T€/Mitarbeiter	671,24	672,79
Cash- und Forderungsm.				
Kreditorenlaufzeit	> Deb.lfz.	Tage	15,50	11,83
Debitorenlaufzeit	< Kred.lfz.	Tage	35,98	37,34

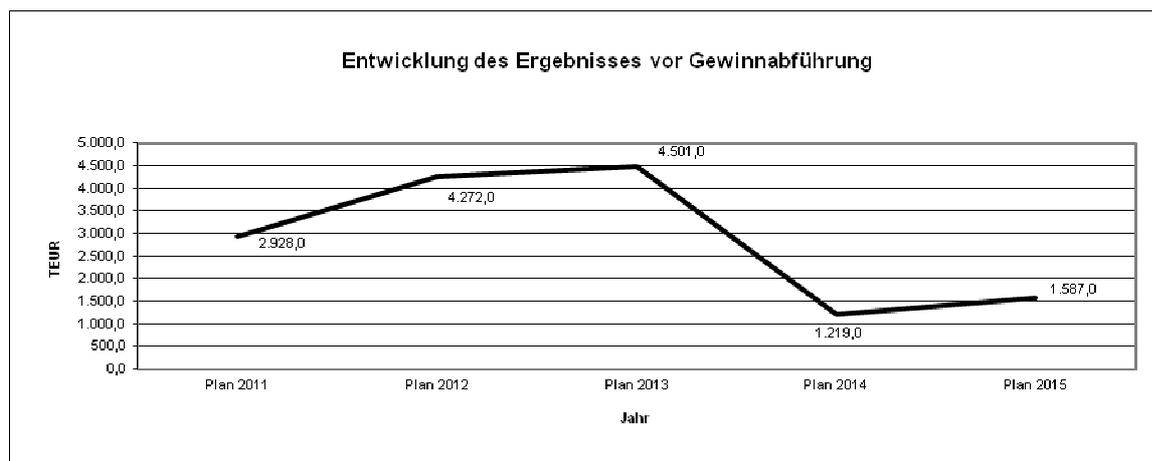


Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2011	HR 2011	Plan 2012	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Umsatzerlöse	80.352,0	84.634,0	77.420,0	-2.932,0	-3,65%
Sonstige Erträge	2.037,0	2.160,0	1.789,0	-248,0	-12,17%
Zuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Materialaufwand	62.411,0	66.551,0	58.178,0	-4.233,0	-6,78%
Personalaufwand	6.063,0	6.163,0	6.052,0	-11,0	-0,18%
Abschreibungen	5.867,0	5.867,0	5.081,0	-786,0	-13,40%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.999,0	6.125,0	6.281,0	282,0	4,70%
Betriebsergebnis	2.049,0	2.088,0	3.617,0	1.568,0	76,53%
Finanzergebnis	-1.607,0	-1.607,0	-1.205,0	402,0	25,02%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	442,0	481,0	2.412,0	1.970,0	445,70%
Erträge aus Beteiligungen	2.524,0	2.784,0	1.903,0	-621,0	-24,60%
Auflösung Drohverlustrückstellung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Ergebnis vor Steuer	2.966,0	3.265,0	4.315,0	1.349,0	45,48%
Steuern	38,0	38,0	43,0	5,0	13,16%
Ergebnis vor Gewinnabführung	2.928,0	3.227,0	4.272,0	1.344,0	45,90%

Quelle: Wirtschaftsplan SWF 2011 (unter Berücksichtigung der Auswirkungen Kauf HKW/ HW) mit Stand 18.03.2011

Zukünftige Entwicklung



Ausblick

Von zentraler Bedeutung ist die Bindung des vorhandenen Kundenstammes. Hierbei gilt es besonders die Rolle und Bedeutung des Unternehmens im direkten Umfeld herauszustellen, es geht um das „Produkt Stadtwerke“ als Gesamtpaket, zu kommunizieren und noch stärker als Alleinstellungsmerkmal hervorzuheben. Neben diesem Schwerpunkt sollen attraktive Produkte entwickelt und in den Markt gebracht werden, entsprechende Aktivitäten sind angelaufen, werden marketingseitig flankiert und umgesetzt. Der Rolle als kompetentes Dienstleistungsunternehmen vor Ort gerecht werdend gilt ein besonderes Augenmerk der weiteren Profilierung im Zusammenhang mit allen Maßnahmen und Aktivitäten zur Erhöhung der Energieeffizienz. Desweiteren wird das Unternehmen seine Verantwortung im Klimaschutz wahrnehmen und hier z.B. durch die Umsetzung erster erlebbarer EMobilitätsprojekte neue Wege beschreiten und Impulse geben. Auch soll die Effizienz und Wirksamkeit von Kundenrückgewinnungsmaßnahmen verbessert werden.

Im Zuge des fortgeführten Stadtbbaus wird die Gesellschaft mit weiteren Belastungen für den Rückbau von Wärmeleitungen bzw. für die Sicherung von Leitungsrechten rechnen müssen.

Hohe Priorität haben Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit der Erzeugungs- und Wärmeverteilungsanlagen bei hoher Wirtschaftlichkeit, daher sind im Geschäftsjahr 2011 EUR 25,9 Mio für Investitionen geplant. Hierin enthalten ist der Rückkauf des Heizkraftwerkes. Die entsprechenden Finanzierungsverhandlungen wurden im März 2011 abgeschlossen. Zum 1. April 2011 erfolgte die vertragliche Andienung des Heizkraftwerkes von der STATOR Heizkraftwerk Frankfurt (Oder) GmbH & Co. KG. Die Stärkung der umweltfreundlichen Energieerzeugung durch die Kraft-Wärme-Kopplung im Heizkraftwerk findet ihren Niederschlag in der geplanten Verlängerung der Fernwärmesatzung in der Stadt Frankfurt (Oder) nach dem 31.12.2011.

Für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 wird eine Reduzierung der Ergebnisse gegenüber dem Jahr 2010 vor Steuern, Gewinnabführung und Ausgleichszahlungen, welche auf Basis des mit der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH bestehenden Ergebnisabführungsvertrages erfolgen, erwartet. Insbesondere in 2011 wird mit einer deutlichen Ergebnisreduzierung gegenüber dem Berichtsjahr gerechnet.

FIS Frankfurter Industrieservice GmbH Frankfurt (Oder)

Gründungsjahr: 1992
Stammkapital: 25,6 T€
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH, 51%
 Dalkia GmbH, 49%
Organe:
 Geschäftsführer: Herr Uwe Bohm
 Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat wurde in 2007 aufgelöst.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks
 Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Versorgung mit Energie zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.
 Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).
 Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Gegenstand des Unternehmens
 Erbringung von Industriedienstleistungen:
 - Versorgung mit Elektrizität und Wärme (Erzeugung und Verteilung) sowie Gasverteilung; Herstellung, Vertrieb von Reinstwasser; die Abwasser- und Abfallentsorgung nebst Errichtung und Betrieb einer Telekommunikationsanlage. Die Versorgungsaufgaben sind standortgebunden und erstrecken sich auf den Industriestandort Markendorf auf der Gemarkung Frankfurt (Oder)
 - Erbringung von weiteren typischen Industriedienstleistungen für haustechnische Anlagen, einschließlich Montagearbeiten; Labortechnische Dienstleistungen (Analytik, Arbeitshygiene)
 - Transport von Gütern und Personen
 - Facility Management (ganzheitlich Management für Liegenschaften und/oder Gebäude)

Bemerkungen
 Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2010 hat am 14. März 2011 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGRG erteilt.
 Dem Geschäftsführer wurde in der Gesellschafterversammlung der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH am 08. Juli 2011 Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten
 Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Bilanz

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	1.125,4	1.125,7	-0,3	-0,03%
Imma. Vermögensgegenstände	4,9	0,0	4,9	0,00%
Sachanlagevermögen	1.120,5	1.125,7	-5,2	-0,46%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	1.037,9	1.269,9	-232,0	-18,27%
Vorräte	5,4	7,1	-1,7	-23,94%
Forderungen	366,5	581,1	-214,6	-36,93%
Liquide Mittel	666,0	681,7	-15,7	-2,30%
Rechnungsabgrenzungsposten	31,8	28,1	3,7	13,17%
Summe AKTIVA	2.195,1	2.423,7	-228,6	-9,43%
TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	1.694,8	1.761,6	-66,8	-3,79%
Gezeichnetes Kapital	25,6	25,6	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	1.669,2	1.736,0	-66,8	-3,85%
Sonderposten	2,9	4,4	-1,5	-34,09%
Rückstellungen	246,4	297,6	-51,2	-17,20%
Verbindlichkeiten	251,0	360,1	-109,1	-30,30%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Summe PASSIVA	2.195,1	2.423,7	-228,6	-9,43%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	3.798,1	3.699,3	98,8	2,67%
Sonstige Erträge	50,3	45,4	4,9	10,79%
Materialaufwand	1.296,0	1.302,3	-6,3	-0,48%
Personalaufwand	2.020,0	1.875,2	144,8	7,72%
Abschreibungen	51,7	48,7	3,0	6,16%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	313,9	284,7	29,2	10,26%
Betriebsergebnis	166,8	233,8	-67,0	-28,66%
Zinsergebnis	5,5	26,6	-21,1	-79,32%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	172,3	260,4	-88,1	-33,83%
Steuern	47,9	69,1	-21,2	-30,68%
Jahresergebnis	124,4	191,3	-66,9	-34,97%

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäftsverlauf der FIS

Die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft war von Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise im Geschäftsjahr nicht betroffen.

Im Geschäftsfeld **Gebäudemanagement** widerspiegeln sich die technischen Hauptaktivitäten des Unternehmens. Hier bieten sich, auf Grund der personellen und strukturellen Grundlagen, die größten Möglichkeiten der Unternehmensentwicklung. Deshalb wird mit Zielstrebigkeit am Ausbau dieses Geschäftsfeldes durch die Beteiligung an Ausschreibungen und daraus folgend dem Abschluss weiterer Verträge gearbeitet.

In der technischen Betriebsführung konnte der Umfang der Leistungen erweitert werden.

Überregional hat sich Cottbus als fester Standort etabliert.

Am Standort Berlin konzentrieren sich die Aktivitäten des technischen Services auf Objekte im öffentlichen und kommunalen Bereich.

Auf dem Gebiet der **EDV-Dienstleistungen** und der **Arbeitssicherheit** sind Aktivitäten im kommunalen Bereich regional und überregional entwickelt worden.

Die Umsatzsteigerungen im **Laborbereich** werden nach wie vor durch Auftragsleistungen bestimmt. Hier schlägt sich die Zusammenarbeit mit den Landkreisen Oder-Spree und Märkisch Oderland besonders positiv in der Wasseranalytik nieder. Erstmals wurde in diesem Geschäftsjahr auch ein Auslandseinsatz mit der Analytik im Gasbereich erfolgreich abgeschlossen.

Mitarbeiter

Zum 31.12.2010 waren beim FIS 62 Arbeitnehmer beschäftigt. Der Altersdurchschnitt der Beschäftigten liegt bei 47,3 Jahren. Im Unternehmen sind 20 Ingenieure, 10 Meister und Techniker und 32 Facharbeiter beschäftigt. Die Qualifikation der Mitarbeiter ist ein wesentlicher Leistungsindikator.

Investitionen und Vermögenslage

An Investitionen wurden im Geschäftsjahr 54,1 TEUR realisiert. Wesentliche Maßnahmen waren die Anschaffung von Software für den elektronischen Entsorgungsnachweis von Abfällen, die Anschaffung eines Atomabsorptionsspektrometers sowie die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern in Höhe von 16,5 TEUR.

Das langfristige Vermögen (Anlagevermögen) ist analog dem Vorjahr vollständig durch eigene Mittel (Eigenkapital) gedeckt. Die Eigenkapitalquote beträgt 77,2 % (Vorjahr: 72,7 %).

Die Gesellschaft finanziert sich vollständig aus eigenerwirtschafteten Mitteln.

Risikomanagement

Der FIS Frankfurter Industrieservice GmbH sieht sich als regionaler Dienstleister und ist bestrebt, die Marktposition zu festigen und auszubauen. Der Wettbewerbsvorteil liegt in dem großen technischen Know-how des Unternehmens.

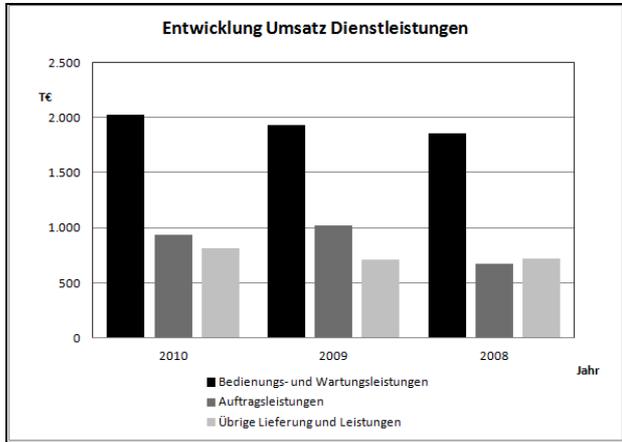
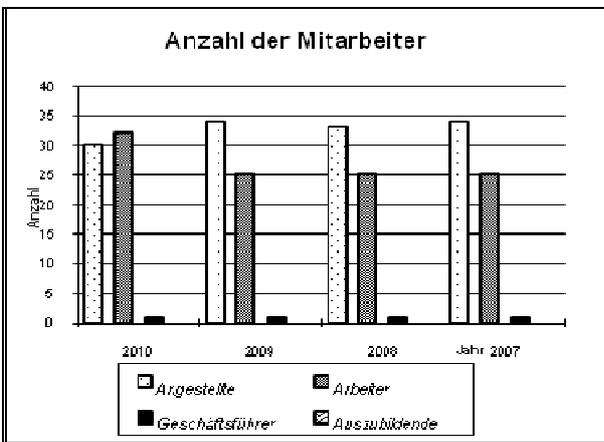
Die Strategie des Unternehmens für das Geschäftsjahr 2011 ist es, bestehende Vertragsbeziehungen zu festigen, sich erfolgreich an Ausschreibungen zu beteiligen und weitere, möglichst längerfristige Verträge in der Region um Frankfurt (Oder) abzuschließen. Die in der Verbindung mit der Solarindustrie entstehenden peripheren Neuansiedlungen stehen auch weiterhin im Fokus.

Eine wichtige Rolle in 2011 spielen die Teilnahme an der Ausschreibung der Betriebsführung eines regionalen Unternehmens sowie die Einarbeitung und Qualitätssicherung bei der Betreuung der versorgungstechnischen Anlagen eines Vertragspartners, für den FIS die Ausschreibung der Leistungen gewinnen konnte.

Die Leistungen des Labors werden regional und überregional angeboten, dabei spielt die Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern eine wesentliche Rolle. Ein weiterer Schwerpunkt in der Entwicklung des Laborbereiches ist der Ausbau der technischen Gasmessungen, mit dem Ziel einer Erweiterung der Akkreditierung.

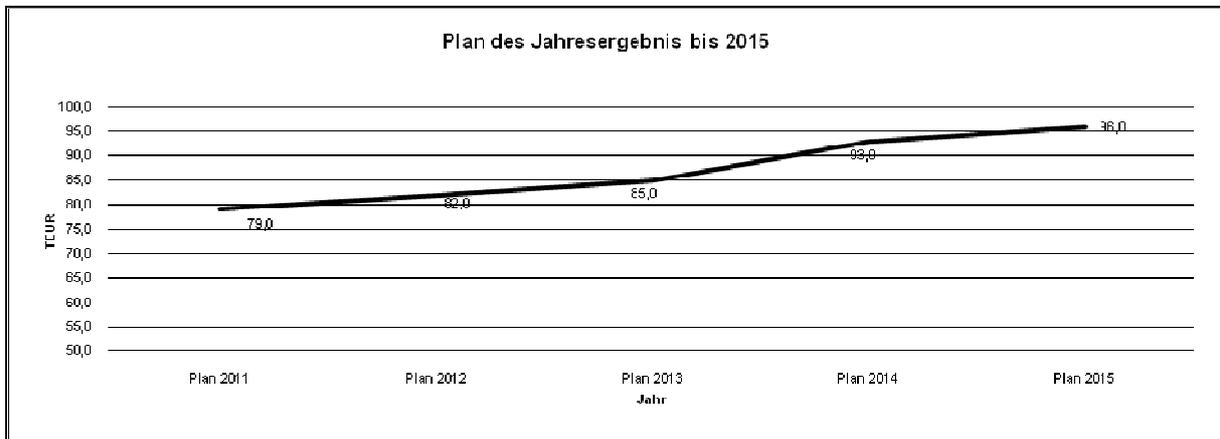
Kennzahlen

	kritischer Wert	Einheit	2010	2009
Finanzlage				
Eigenkapitalquote	< 25 %	%	77,21%	72,68%
EK (+EK-ähnliche)-quote	-	%	77,34%	72,86%
Fremdkapitalquote	> 75 %	%	22,66%	27,14%
Verschuldungsgrad	-	-	2/7	3/8
Anlagendeckungsgrad I	-	%	150,60%	156,49%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	%	159,30%	161,81%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	%	147,80%	113,01%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	%	236,20%	214,01%
Working Capital	< 0	T€	587,3	666,7
Ertragslage				
Umsatzrentabilität	< 0	%	4,39%	6,32%
Materialintensität	-	%	34,12%	35,20%
Personalintensität	-	%	53,18%	50,69%
Vermögenslage				
Anlagenintensität	-	%	51,27%	46,45%
Umschlagshäufigkeit der Vorräte	-	-	607,70	540,04
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	-	8,02	6,19
Produktivität	-	T€/Mitarbeiter	60,29	61,66
Cash- und Forderungsmanagement				
Kreditorenlaufzeit	< Deb.lfz.	Tage	57,00	47,27
Debitorenlaufzeit	> Kred.lfz.	Tage	38,77	37,17



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2011	HR 2011	Plan 2012	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Umsatzerlöse	3.900,0	3.900,0	4.017,0	117,0	3,00%
Sonstige Erträge	30,0	30,0	31,0	1,0	3,33%
Zuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Materialaufwand	1.167,0	1.167,0	1.202,0	35,0	3,00%
Personalaufwand	2.334,0	2.334,0	2.415,0	81,0	3,47%
Abschreibungen	60,0	60,0	60,0	0,0	0,00%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	255,0	255,0	263,0	8,0	3,14%
Betriebsergebnis	114,0	114,0	108,0	-6,0	-5,26%
Zinsergebnis	10,0	10,0	20,0	10,0	100,00%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	124,0	124,0	128,0	4,0	3,23%
Steuern	45,0	45,0	46,0	1,0	2,22%
Jahresergebnis	79,0	79,0	82,0	3,0	3,80%



Ausblick

Gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz (KonTraG) vom 01.Mai 1998 wurde ein Risikomanagementhandbuch erstellt und findet seit dem Jahr 2000 Anwendung.

Die Überarbeitung im Jahr 2005 stand unter dem Gesichtspunkt des Wandels vom Versorger zum Dienstleister. Risiken und Schwellenwerte wurden neu definiert. Gemäß der im Risikohandbuch fixierten Matrix werden die Risiken kontinuierlich im laufenden Geschäftsbetrieb bewertet und ausgewertet.

Als kritische Risiken für das Unternehmen werden gesehen:

- die Qualität der erbrachten Leistungen
- die Bearbeitungszeit von Kundenanforderungen
- kurze Vertragslaufzeiten
- der Konkurs von Vertragspartnern/Forderungsausfälle.

Von den Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise war das Unternehmen im Geschäftsjahr 2009 nicht betroffen. Es wird eingeschätzt, dass auch im Geschäftsjahr 2010 keine diesbezüglichen Einflüsse die Unternehmensentwicklung einschränken.

Dienstleistungsverträge, die in der Regel eine jährliche Kündigungsmöglichkeit enthalten, wurden nicht aufgekündigt. Die Auftragserteilung entwickelte sich positiv.

Stadtwerke Frankfurt (Oder) Netzgesellschaft GmbH

Gründungsjahr: 2007
Stammkapital: 50,0 T€
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH, 100%
Organe:
Geschäftsführer: Herr Hans-Ulrich Konieczek

Gegenstand des Unternehmens
Aufgaben:
- Die Errichtung, der Erwerb, der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau von örtlichen Verteilungsanlagen für Elektrizität und Gas einschließlich aller dazugehöriger Aufgaben und Dienstleistungen.

Verbindlichkeiten
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:
Höhe: € **850.000,00** (Vj: € 950.000,00)
Davon mit einer Restlaufzeit von:
➤ bis 1 Jahr: € **100.000,00**
 Vj: € 100.000,00
➤ 1 - 5 Jahre: € **400.000,00**
 Vj: € 400.000,00
➤ ab 5 Jahre: € **350.000,00**
 Vj: € 450.000,00

Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Versorgung mit Energie zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.
Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).
Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen
Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2010 am 09. Mai 2011 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.
Dem Geschäftsführer wurde in der Gesellschafterversammlung der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH am 08. Juli 2011 Entlastung erteilt.

Bilanz

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	43.965,8	44.815,8	-850,0	-1,90%
Imma. Vermögensgegenstände	465,5	312,3	153,2	49,06%
Sachanlagevermögen	43.500,3	44.503,5	-1.003,2	-2,25%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	9.861,3	7.177,2	2.684,1	37,40%
Vorräte	0,0	0,0	0,0	0,00%
Forderungen	5.824,1	7.122,0	-1.297,9	-18,22%
Liquide Mittel	4.037,2	55,2	3.982,0	7213,77%
Rechnungsabgrenzungsposten	15,1	4,6	10,5	228,26%
Summe AKTIVA	53.842,2	51.997,6	1.844,6	3,55%
TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	18.317,1	18.317,1	0,0	0,00%
Gezeichnetes Kapital	50,0	50,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	18.267,1	18.267,1	0,0	0,00%
Sonderposten	13.210,5	14.152,0	-941,5	-6,65%
Rückstellungen	5.254,8	4.719,0	535,8	11,35%
Verbindlichkeiten	17.059,8	14.809,6	2.250,2	15,19%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Summe PASSIVA	53.842,2	51.997,7	1.844,5	3,55%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	29.725,4	27.678,0	2.047,4	7,40%
Sonstige Erträge	567,9	1.346,0	-778,1	-57,81%
Materialaufwand	18.660,8	17.410,1	1.250,7	7,18%
Personalaufwand	734,3	778,6	-44,3	-5,69%
Abschreibungen	2.941,1	2.882,4	58,7	2,04%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.988,0	4.056,9	-68,9	-1,70%
Betriebsergebnis	3.969,1	3.896,0	73,1	1,88%
andere aktivierte Eigenleistung	0,0	0,0	0,0	0,00%
Zinsergebnis	-585,0	-648,6	63,6	9,81%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.384,1	3.247,4	136,7	4,21%
Steuern	8,0	3.010,2	-3.002,2	-99,73%
Gewinnabführung	3.376,1	237,2	3.138,9	1323,31%
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	148,28%

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäftsverlauf

Die Stadtwerke Frankfurt (Oder) Netzgesellschaft mbH als eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH hat ihren Sitz in Frankfurt (Oder).

Gegenstand der Gesellschaft ist die Errichtung, der Erwerb, der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau von örtlichen Verteilungsanlagen für Elektrizität und Gas.

Mit der Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag sowie ein Vertrag über die Durchführung von kaufmännischen und technischen Dienstleistungen. Die Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH hat die kaufmännische Dienstleistung auf Grundlage eines abgeschlossenen Dienstleistungsvertrages ab 1. Januar 2008 übernommen.

Die technische Betriebsführung der Netze wird seit dem 1. Januar 2008 durch die EWE Netz GmbH für das Gasnetz und durch die E.ON edis AG für das Stromnetz nach europaweiter Ausschreibung im Rahmen von abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen durchgeführt. Das entsprechende technische Personal wurde dazu nach § 613 a BGB auf beide Unternehmen übergeleitet.

Lage der Gesellschaft

Die Bilanz der Netzgesellschaft wurde auf Basis des BilMoG ab dem 01.01.2010 aufgestellt. Die Grundsätze der Stetigkeit zur Bilanzierung, der sachgerechten und nachvollziehbaren Zuordnung der Konten sowie der Grundsatz der linearen Abschreibung des Anlagevermögens wurden fortgeführt. Die GuV und Bilanz für die Bereiche der Gasverteilung und Elektrizitätsverteilung nach § 10 EnWG wurden aufgestellt.

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr vorrangig durch den Anstieg der flüssigen Mittel auf der Aktivseite und der Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter auf der Passivseite um 3,5 % gestiegen.

Der Eigenkapitalanteil ist geringfügig auf 34 % (Vorjahr 35,2 %) zurückgegangen. Insgesamt ist die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft knapp bemessen.

Grundlage für den Umsatz der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2010 bilden die gemäß Anreizregulierungsverordnung ermittelte Erlösobergrenze und die daraus abgeleiteten Netzentgelte, welche dem Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg jeweils mit Email vom 23. Dezember 2009 für den Netzbereich Gas und Strom mitgeteilt wurden.

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr einen Umsatz von TEUR 29.725 (Vorjahr TEUR 27.678) bei einer transportierten Gasmenge von 761 GWh (Vorjahr 672 GWh) und einer transportierten Strommenge von 383 GWh (Vorjahr 358 GWh).

Die höheren Absatzmengen gegenüber dem Vorjahr sind im Wesentlichen auf witterungsbedingte Einflüsse in den Sparten Gas und Strom, aber auch durch den starken Anstieg der Mengen von Industriekunden im Strombereich zurückzuführen. Infolge des geänderten Kundenverhaltens, als auch einer höheren Gradtagszahl gegenüber dem langjährigen Temperaturmittel kam es im Geschäftsjahr 2010 gegenüber dem Planansatz sowohl im Gasnetz als auch im Stromnetz zu gestiegenen Energiemengen in der Netznutzung. Für die sich dadurch ergebenden Mehrerlöse gegenüber der Erlösobergrenze für das Gasnetz wurden die erforderlichen Rückstellungen zum spartenbezogenen Regulierungskonto gebildet. Im Stromnetz erfolgt keine Rückstellung, da die Überschreitung der Erlösobergrenze wertmäßig geringer ausfällt als die bestehende Forderung auf dem Regulierungskonto aus dem Jahr 2009.

Die Umsatzerlöse der einzelnen Netzbereiche am Gesamtumsatz gliedern sich wie folgt:

	2010	2009
• Netz Gas	TEUR 5.984	TEUR 5.506
• Netz Strom	TEUR 23.741	TEUR 22.172

Der Materialaufwand für das Geschäftsjahr betrug für die Gas- und Stromnetze TEUR 18.661, welche gegenüber dem Vorjahr infolge der erhöhten Netznutzungsmengen, durch vorgelagerte Netzinanspruchnahme und der gestiegenen EEG- und KWK-Einspeisungen um ca. 7,3 % angewachsen sind.

Investitionen und Finanzierung

Die Investitionen im Geschäftsjahr in Höhe von TEUR 2.298 umfassten im Wesentlichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Versorgungssicherheit bzw. der Netzerweiterung und des IT-Umfeldes.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch Investitions- und Ertragszuschüsse, aus dem Cash flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit und bei der Gesellschafterin Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH aufgenommene Darlehen.

Die Gesellschaft ist in einem von den Stadtwerken Frankfurt (Oder) GmbH geführten Cash-Pool eingebunden.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2010 beschäftigte die Gesellschaft 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 7 Mitarbeiter nutzten das Angebot der Pensionskassenmitgliedschaft für die Sicherung der Altersbezüge.

Risikobericht

Als kritische Risiken werden u. a. genannt:

- Regulierung der Netze Gas und Strom aus der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen
- Risiken aus bestehenden Verträgen
- Finanzielle Risiken aus der Umsetzung der MaBiS
- Kreditrisiken aus unbesicherten Forderungen gegenüber Netzkunden und Händlern
- Umsetzung der Anforderungen zum Messwesen, insbesondere der Datenfernauslesung sowie Datenlieferung aus den Smart Metern an alle betroffenen Lieferanten
- Minderung der Netznutzungsmengen im Strombereich durch stärkere Nutzung des Selbstverbrauches bei EEG-Einspeisern bei gleichzeitig stärkerem Ausbau der dezentralen Einspeisungen
- Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Frankfurt (Oder) und damit verbundener Stadtrückbau

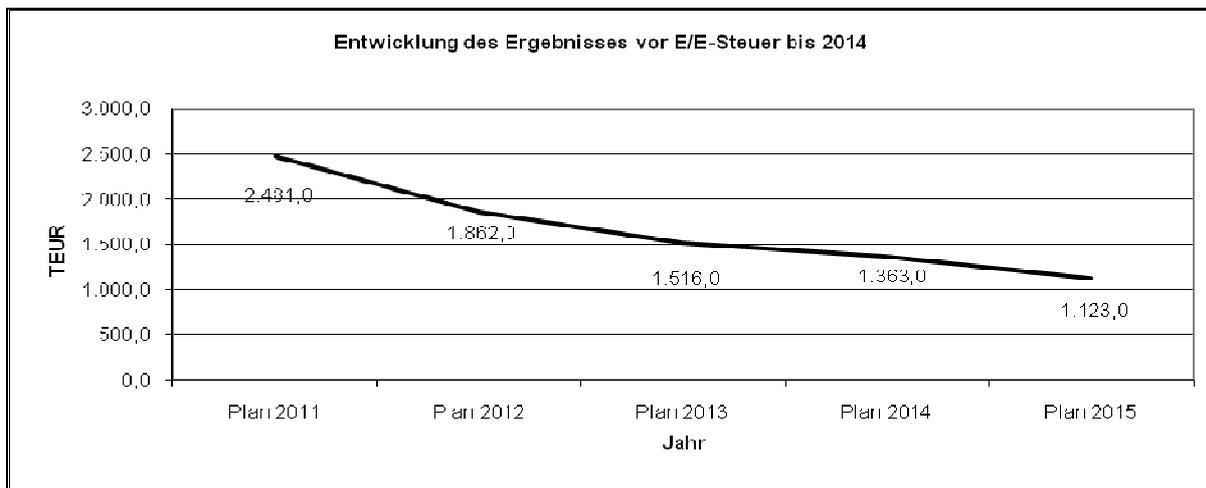
Kennzahlen

	kritischer Wert	Einheit	2010	2009
Finanzlage				
Eigenkapitalquote	< 25 %	%	34,02%	35,23%
EK (+EK-ähnliche)-quote	-	%	58,56%	62,44%
Fremdkapitalquote	> 75 %	%	41,44%	37,56%
Verschuldungsgrad	-	-	11/9	1/1
Anlagendeckungsgrad I	-	%	41,66%	40,87%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	%	70,32%	69,63%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	%	41,55%	0,83%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	%	101,65%	108,14%
Working Capital	< 0	T€	144,90	536,10
Ertragslage				
Umsatzrentabilität	< 0	%	13,35%	14,08%
Materialintensität	-	%	62,78%	62,90%
Personalintensität	-	%	2,47%	2,81%
Vermögenslage				
Anlagenintensität	-	%	81,66%	86,19%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	-	4,59	4,15
Produktivität	-	T€/Mitarbeiter	1748,55	1628,12
Cash- und Forderungsmanagement				
Kreditorenlaufzeit	< Deb.lfz.	Tage	50,28	38,09
Debitorenlaufzeit	> Kred.lfz.	Tage	35,15	26,08

Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2011	HR 2011	Plan 2012	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Umsatzerlöse	31.111,0	30.143,0	32.166,0	1.055,0	3,39%
Sonstige Erträge	1.144,0	1.303,0	1.647,0	503,0	43,97%
Zuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Materialaufwand	21.147,0	21.212,0	23.293,0	2.146,0	10,15%
Personalaufwand	738,0	738,0	756,0	18,0	2,44%
Abschreibungen	3.079,0	3.009,0	3.161,0	82,0	2,66%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.181,0	4.144,0	4.076,0	-105,0	-2,51%
Betriebsergebnis	3.110,0	3.343,0	2.527,0	-583,0	-18,75%
Finanzergebnis	-618,0	-610,0	-654,0	-36,0	-5,83%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.492,0	2.733,0	1.873,0	-619,0	-24,84%
Steuern	11,0	12,0	11,0	0,0	0,00%
Ergebnis vor E/E-Steuer	2.481,0	2.721,0	1.862,0	-619,0	-24,95%

Entwicklung des Ergebnisses vor E/E-Steuer bis 2014



Ausblick

Das Geschäftsjahr 2010 wird maßgeblich durch die Umsetzung der Vorgaben der Landesregulierungsbehörde geprägt sein.

Ab 1. Januar 2010 wurde das zweite Jahr der Anreizregulierung wirksam. Entsprechend den Vorgaben der Landesregulierungsbehörde Brandenburg für die Erlösobergrenzen für die Sparte Gas und für die Sparte Strom wurden die Netzentgelte Gas und Strom zum 1. Januar 2010 ermittelt, im Internet veröffentlicht und allen Lieferanten übermittelt. Die gesetzliche Umsetzung der Anreizregulierungsverordnung führte im Ergebnis der erfolgten Personalausgliederungen zum 1. Januar 2008 zur Minderung der Erlösobergrenzen Gas und Strom, insbesondere durch die Minderung der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenbestandteile gegenüber dem Jahr 2009.

Ab dem Kalenderjahr 2010 wurde entsprechend den Vorgaben des Bescheides der Landesregulierungsbehörde Brandenburg vom 18. Dezember 2009 die Mehrerlösabschöpfung für das Gas- und Stromnetz gemäß BGH-Urteil (AZ.: KRV 39/07 vom 14. August 2008) in einem gesonderten Verwaltungsverfahren für die Dauer von vier Jahren in die Ermittlung der Erlösobergrenze ergebnismindernd einbezogen.

Im Geschäftsjahr 2010 sind die Abweichungen aus der periodenübergreifenden Saldierung des Jahres 2009, die Inanspruchnahme der Investitionen 2009, die Änderung der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten für die Anpassung der Erlösobergrenzen 2011 und die Netzentgelte zum 1. Januar 2010 mit Verprobung der Regulierungsbehörde mitzuteilen.

Durch eine kontinuierliche Kosten- und Prozessoptimierung wird der Ergebnisrückgang nur teilweise zu kompensieren sein. Im Jahr 2010 erfolgt deshalb unter anderem die Umstellung des Abrechnungssystems von dem Programm SAP I-SU auf das Programm SIV kVASy.

Im Jahr 2010 sind für Investitionen EUR 2,5 Mio. geplant.

Infolge der umfassenden Regulierungsaktivitäten wird mit einem Rückgang des positiven Jahresergebnisses gerechnet. So ist für das Geschäftsjahr 2010 ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 1.798 geplant und für das Geschäftsjahr 2011 wird das Jahresergebnis mit TEUR 1.885 eingeschätzt.

FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH

Gründungsjahr: 1992

Stammkapital: 51,1 T€

Gesellschafter:

Stadt Frankfurt (Oder)	90,5%
Stadt Müllrose	4,5%
Gemeinde Jacobsdorf	3,0%
Gemeinde Jacobsdorf, OT Sieversdorf	1,0%
Gemeinde Briesen, OT Biegen	1,0%

Organe:

Geschäftsführer: Herr Weber

Aufsichtsrat:

Frau Dr. Schmitz, Vorsitzende
Herr Stumm, stellv. Vorsitzender
Herr Kulle
Herr Winter
Herr Dr. Freier
Herr Derling
Herr Bleck
Herr Ullrich, bis 24.09.2010
Frau Matuschke
Frau Förster, seit 09.12.2010

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf. gehören die Wasserver- und Abwasserentsorgung zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde. Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf. verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Die Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2010 am 15. April 2011 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

Der Geschäftsleitung und dem Aufsichtsrat wurde in der Gesellschafterversammlung der Frankfurter Wasser und Abwassergesellschaft mbH am 20. Juni 2011 Entlastung erteilt.

Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben:

- Versorgung der Abnehmer im Gebiet der Stadt Frankfurt (Oder) und des Umlandes mit Trink- und Brauchwasser und dessen Bereitstellung sowie die Beseitigung des anfallenden Abwassers durch Erwerb, Errichtung, Unterhaltung und Betrieb der dafür erforderlichen Anlagen und Einrichtungen
- Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich erscheinen.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

Höhe: T€ **25.569** (Vj: T€ 26.721)

Davon mit einer Restlaufzeit von:

- bis 1 Jahr: T€ **1.768**
Vj: T€ 1.850
- 1 - 5 Jahre: T€ **6.316**
Vj: T€ 6.247
- ab 5 Jahre: T€ **17.485**
Vj: T€ 18.624.

Bilanz

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	98.722,5	101.012,7	-2.290,2	-2,27%
Imma. Vermögensgegenstände	2.241,2	1.774,2	467,0	26,32%
Sachanlagevermögen	96.389,8	99.165,8	-2.776,0	-2,80%
Finanzanlagevermögen	91,5	72,7	18,8	25,86%
Umlaufvermögen	8.329,1	9.052,4	-723,3	-7,99%
Vorräte	161,0	174,3	-13,3	-7,63%
Forderungen	3.899,2	3.214,0	685,2	21,32%
Liquide Mittel	4.268,9	5.664,1	-1.395,2	-24,63%
Rechnungsabgrenzungsposten	12,7	15,9	-3,2	-20,13%
Summe AKTIVA	107.064,3	110.081,0	-3.016,7	-2,74%

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	20.237,2	18.977,4	1.259,8	6,64%
Gezeichnetes Kapital	51,1	51,1	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	20.186,1	18.926,3	1.259,8	6,66%
Sonderposten	15.682,6	16.170,4	-487,8	-3,02%
Empfangene Ertragszuschüsse	1.903,8	2.204,0	-300,2	-13,62%
Rückstellungen	4.517,5	4.748,0	-230,5	-4,85%
Verbindlichkeiten	27.418,6	28.632,5	-1.213,9	-4,24%
Rechnungsabgrenzungsposten	37.304,6	39.348,7	-2.044,1	-5,19%
Summe PASSIVA	107.064,3	110.081,0	-3.016,7	-2,74%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	21.522,2	21.359,4	162,8	0,76%
Aktivierete Eigenleistungen	84,9	81,0	3,9	4,81%
Sonstige Erträge	1.395,9	1.643,0	-247,1	-15,04%
Materialaufwand	3.454,7	3.245,1	209,6	6,46%
Personalaufwand	5.485,5	5.343,0	142,5	2,67%
Abschreibungen	5.401,5	5.447,1	-45,6	-0,84%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.508,7	2.538,7	-30,0	-1,18%
Betriebsergebnis	6.152,6	6.509,5	-356,9	-5,48%
Zinsergebnis	-3.402,9	-3.434,7	31,8	0,93%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.749,7	3.074,8	-325,1	-10,57%
Steuern	833,5	517,9	315,6	60,94%
außerordentliche Aufwendungen	0,0	903,4	0,0	0,00%
Jahresergebnis	1.916,2	1.653,5	262,7	15,89%

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH (kurz: FWA mbH) erbringt im Wesentlichen Leistungen im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung gegenüber ihren Gesellschaftern Stadt Frankfurt (Oder), Stadt Müllrose, Gemeinde Jacobsdorf und Gemeinde Briesen (Mark). Grundlage bildet der mit einer Laufzeit bis 31.12.2029 abgeschlossene Ver- und Entsorgungsvertrag für die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Der Anstieg im Geschäftsfeld Trinkwasserversorgung und Schmutzwasserentsorgung ist im Wesentlichen durch die gesteigerte Mengenabnahme eines Industriekunden begründet. Weiterhin wirkten sich die lang anhaltenden hochsommerlichen Temperaturen in den Monaten Juni und Juli 2010 in einer Erhöhung der spezifischen Verbräuche und damit in gesteigerten Absatzmengen im Bereich der Haushalts- und Kleingewerbekunden aus.

Festzustellen ist, dass die Rückläufigkeit der Bevölkerungszahl im Ver- und Entsorgungsgebiet sich leicht abgeschwächt hat.

Hatte die FWA mbH mit Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit im Jahr 1993 noch 90.135 Einwohner zu ver- und entsorgen, hat sich diese Zahl auf 66.313 (Vj. 66.659) Einwohner in 2010 reduziert. Der Trend der rückläufigen Einwohnerentwicklung wird nach unserer Einschätzung auch weiterhin anhalten. Die Wasserverluste betragen per 31.12.2010 7,5 % (Vorjahr bereinigt: 4,5 %).

Die Mengenentgelte Trinkwasser und Schmutzwasser für die satzungsgebundene Ver- und Entsorgung der Haushalts- und Gewerbekunden (Tarifkunden) wurden in Summe zum 01.01.2010 um 0,04 EUR/m³ brutto im Vergleich zum Vorjahr gesenkt.

Die Grundpreise wurden zum 01.01.2010 auf dem Niveau des Vorjahres beibehalten.

Eine Anhebung des Mengenentgeltes um 0,03 EUR/m² war für die Niederschlagswasserentsorgung zum 01.01.2010 notwendig.

Für die Trinkwasserversorgung betrug das Mengenentgelt 1,70 EUR/m³ (brutto); für die Schmutzwasserentsorgung 2,54 EUR/m³ (brutto) und für die Niederschlagsentwässerung der privaten Flächen 1,02 EUR/m² (brutto). Umgerechnet mit den Abflusswerten im Territorium entspricht das Niederschlagsentwässerungsentgelt einem Preis von 1,82 EUR/m³ (brutto).

Der Grundpreis wird für die Kapazitätsvorhaltung für die Trinkwasserversorgung und die Schmutzwasserentsorgung erhoben.

Umsatz-/Absatzentwicklung

Die Umsatzerlöse 2010 in Höhe von 21.522 TEUR liegen mit +163 TEUR über dem Niveau des Vorjahres (21.359 TEUR).

Der Anstieg zum Vorjahr beruht mit + 331,2 TEUR auf der Leistungsanspruchnahme aus der öffentlichen Abwasserentsorgung und mit - 241 TEUR aus der öffentlichen Wasserversorgung.

In der öffentlichen Abwasserentsorgung ist der Anstieg der Umsatzerlöse auf die zum 01.01.2010 erfolgte Anhebung der Mengenentgelte für die Schmutzwasserentsorgung (+ 0,05 EUR/m³ brutto) und für die Niederschlagswasserbeseitigung (+ 0,03 EUR/m² brutto) sowie durch erhöhte Einleitungsmengen, insbesondere aus der Ableitung an Betriebsabwasser der Solarunternehmen bedingt. Leicht erhöht haben sich auch die Ableitungsmengen Schmutzwasser der Haushalts- und Gewerbekunden/eines Industriekunden.

Der Rückgang der Umsatzerlöse in der öffentlichen Wasserversorgung ist überwiegend auf die zum 01.01.2010 umgesetzte Senkung des Mengenentgeltes (- 0,09 EUR/m³ brutto/- 0,08 EUR/m³ netto) zurückzuführen. Gering kompensiert wurde dies durch die leichte Erhöhung der Absatzmengen Trinkwasser der Haushalts- und Gewerbekunden und eines Industriekunden.

Bei den Wasserversorgungs- bzw. Abwasserentsorgungsleistungen, die die FWA mbH im eigenen Namen erbringt, blieben die Umsatzerlöse auf dem Niveau des Vorjahres. Rückgänge aus Lieferungen an Weiterverteiler bzw. die Entsorgung von Abwässern, außerhalb des Entsorgungsgebiets der FWA mbH gesammelt, konnten durch die gesteigerten Betriebswasserlieferungen kompensiert werden. Der Wasserabsatz beträgt im Geschäftsjahr 2010 4.868 Tm³ (Vorjahr: 4.717 Tm³). In der Schmutzwasserentsorgung/Betriebsabwasserableitung wurden 3.870 Tm³ (Vorjahr: 3.753 Tm³) gegenüber den Kunden berechnet.

Die Umsatzerlöse setzen sich im Wesentlichen zu 40 % aus Umsatzerlösen/Leistungen zur Wasserversorgung und zu 58 % aus Umsatzerlösen/Leistungen zur Abwasserentsorgung zusammen.

Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Eingesetzt wurden 2010 zur Investitionsfinanzierung neben den Möglichkeiten der Innenfinanzierung Investitionszuschüsse aus der Realisierung von Hausanschlüssen in Höhe von 148 TEUR und Fördermittel in Höhe von 323 TEUR. Aus dem im Geschäftsjahr 2009 abgeschlossenen Rahmenkreditvertrag über 4.732 TEUR wurden bis 31.12.2010 Mittel in Höhe von 500 TEUR im Jahr 2010 in Anspruch genommen. Für diesen Rahmenkredit wurde von dem Mehrheitsgesellschafter Stadt Frankfurt (Oder) eine Patronatserklärung gegenüber der finanzierenden Bank abgegeben.

Personal

In der FWA mbH waren zum 31.12.2010 94 (Vorjahr 96) Mitarbeiter beschäftigt. Auf Grundlage der in 2001 abgeschlossenen Betriebsvereinbarung zur Altersteilzeit (ATZ) wird der Abbau der Beschäftigtenzahlen grundsätzlich fortgesetzt. Mit Stand 31.12.2010 sind 44 Verträge abgeschlossen worden, darunter sind 22 Mitarbeiter in der Arbeitsphase, 8 Mitarbeiter in der Freistellungsphase und bei 14 Mitarbeitern ist der Renteneintritt nach Beendigung der Freistellungsphase erfolgt. Von den 44 ATZ-Arbeitsplätzen sollen aktuell 20 Arbeitsplätze wiederbesetzt werden, darunter 19 durch externe Neueinstellungen.

Darüber hinaus standen 7 Auszubildende in einem Ausbildungsverhältnis mit der FWA mbH.

Risikobericht

Ein Risiko mit potentielltem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der FWA mbH stellen die kartellrechtlichen Aktivitäten im Land Brandenburg in Bezug auf die Höhe der Wasserpreise dar. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die FWA mbH aufgefordert, die Höhe des im Versorgungsgebiet der FWA mbH erhobenen Trinkwasserpreises im Vergleich zu von der Kartellbehörde vorgegebenen Vergleichsunternehmen zu rechtfertigen. Nach der Preisdatenbank des Verbandes der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen e. V. (BBU) vom 24.06.2010 - Stand 1. Januar 2010 - liegt das Preisniveau für ein definiertes Modellanwesen im Versorgungsgebiet der FWA mbH im oberen Bereich.

Ein anhaltendes Risiko mit Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der FWA mbH stellt weiterhin die starke Abwanderung von Einwohnern der Stadt Frankfurt (Oder) dar. Seit Aufnahme der Geschäftstätigkeit der FWA mbH 1993 hat sich die Einwohnerzahl der Stadt Frankfurt (Oder) bis 2008 um 29 % reduziert und wird sich nach dem regional-realistischen Szenario bis 2030 nochmals um ca. 20 % verringern.

Technologische und kostenmäßige Folgewirkungen, wie z. B. Instabilität des technologischen Prozesses der Kläranlage, Qualitätsprobleme im Rohrnetz, Forderungen zur Anpassung und zum Rückbau der technischen Infrastruktur in Verbindung mit dem Stadtumbau, sind nicht ausgeschlossen. Das Unternehmen hat die Kosten für in diesem Zusammenhang zu schaffende Provisorien und für Restbuchwerte/erhöhte Abschreibungen zu tragen.

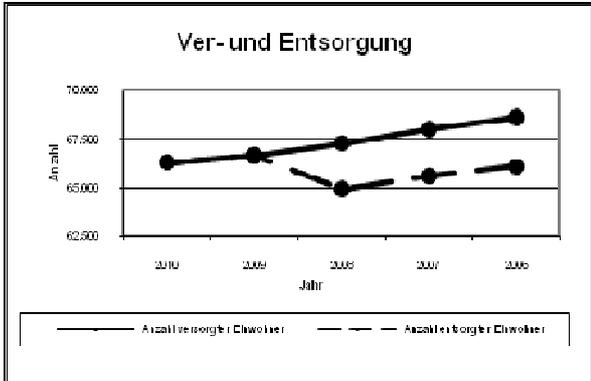
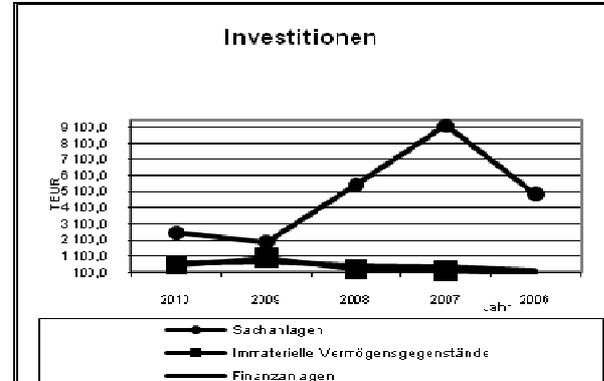
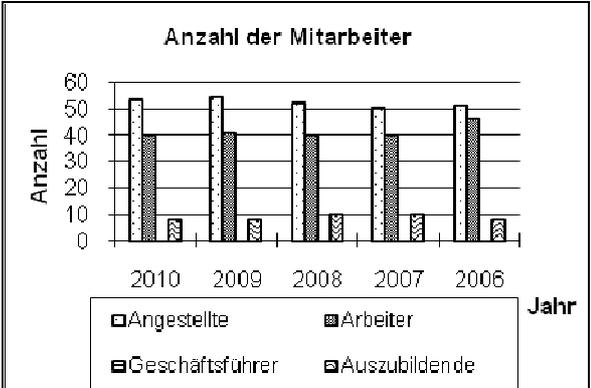
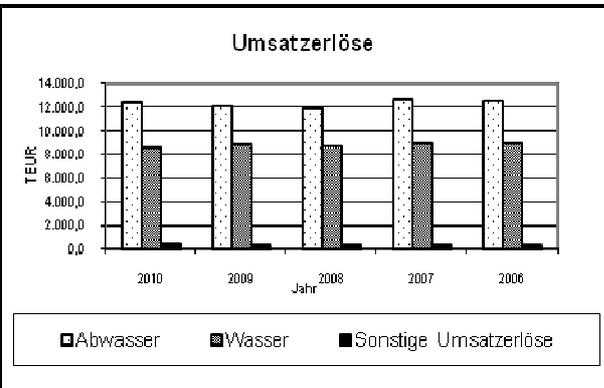
Seitens der FWA mbH wird gemeinsam mit den kommunalen Aufgabenträgern versucht, dieser Entwicklung durch die Ansiedlung neuer und der Unterstützung bestehender Industrieansiedlungen entgegenzuwirken. Das Geschäftsfeld Betriebswasserversorgung und -entsorgung konnte seit dem GJ 2007 kontinuierlich auf- und ausgebaut werden. Unter diesen Rahmenbedingungen bildet der Erhalt der Wasserver- und Abwasserentsorgungssysteme den Schwerpunkt der Investitionstätigkeit der FWA mbH.

Die zukünftige Handlungsfähigkeit der FWA mbH, auch unter Beachtung von Basel II, hinsichtlich der Realisierungsmöglichkeit der kommunalen Trinkwasser- und Abwasserkonzeptionen und der Reaktionsmöglichkeit auf weitere potentielle Investitionsanforderungen steht in starker Abhängigkeit zu diesen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der finanziellen Ausstattung der FWA mbH durch die Gesellschafter.

Durch die Kommunen als Aufgabenträger für diese Aufgaben der Daseinsvorsorge und als Gesellschafter der FWA mbH wurde diesen Anforderungen mit dem im Dezember 2008 neu gefassten Beschluss zur weiteren anteiligen Gewinnthesaurierung ab dem Geschäftsjahr 2009 Rechnung getragen. Inwieweit damit auch die Voraussetzungen geschaffen sind, die anteilige Finanzierung der Investitionstätigkeit der FWA mbH zukünftig durch Neukredite ohne die Stellung kommunaler Sicherheiten vertraglich vereinbaren zu können, bleibt abzuwarten. Aktuell ist der Fremdfinanzierungsbedarf der FWA mbH bis einschließlich 2011 durch Abschluss eines Rahmenkreditvertrages gesichert. Für diesen Rahmenkredit wurde von dem Mehrheitsgesellschafter Stadt Frankfurt (Oder) erneut eine Patronatserklärung gegenüber der finanzierenden Bank abgegeben.

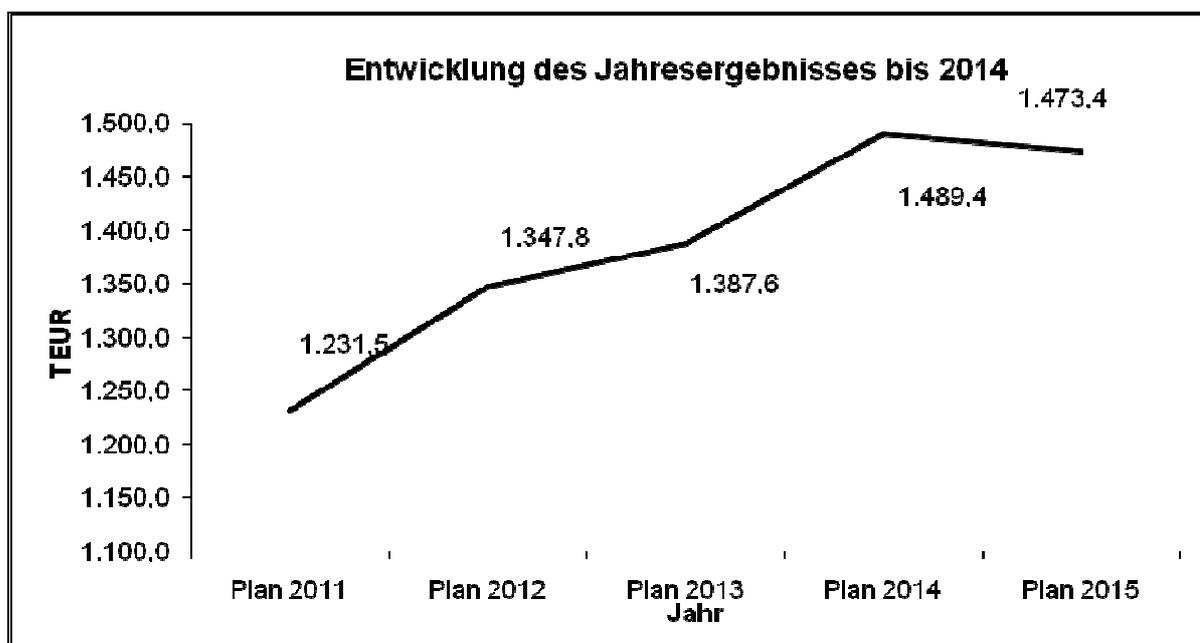
Kennzahlen

	Kritischer Wert	2010	2009
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	> 25 %	19%	17%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	35%	34%
Fremdkapitalquote	< 75 %	65%	66%
Verschuldungsgrad	-	24/7	23/6
Anlagendeckungsgrad I	-	20%	19%
Anlagendeckungsgrad II	> 100 %	47%	46%
Liquidität 1. Grades	> 20 %	10%	12%
Liquidität 2. Grades	> 100 %	19%	20%
Working Capital	> 0	3.042,0	2.877,6
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	> 0	29%	30%
Materialintensität	-	16%	15%
Personalintensität	-	25%	25%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	92%	92%
Umschlagshäufigkeit der Vorräte	-	128	141
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	6	6
Produktivität	-	211	205
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	> Deb.lfz.	69	80
Debitorenlaufzeit	< Kred.lfz.	1	2



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2011	HR 10	Plan 2012	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Umsatzerlöse	20.599,0	20.599,0	20.486,3	-112,7	-0,55%
Aktivierete Eigenleistungen	108,6	108,6	104,5	-4,1	-3,78%
Sonstige Erträge	1.309,9	1.309,9	1.319,3	9,4	0,72%
Materialaufwand	3.305,6	3.305,6	3.319,8	14,2	0,43%
Personalaufwand	5.670,9	5.670,9	5.628,8	-42,1	-0,74%
Abschreibungen	5.309,0	5.309,0	5.252,6	-56,4	-1,06%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.581,4	2.581,4	2.529,7	-51,7	-2,00%
Betriebsergebnis	5.150,6	5.150,6	5.179,2	28,6	0,56%
Zinsergebnis	-3.336,6	-3.336,6	-3.240,3	96,3	2,89%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.814,0	1.814,0	1.938,9	124,9	6,89%
Steuern	582,5	582,5	591,1	8,6	1,48%
Jahresergebnis	1.231,5	1.231,5	1.347,8	116,3	9,44%



Ausblick

Mit den im September 2010 durch die FWA mbH aktualisiert vorgelegten Entgeltprognosen wurde für das Geschäftsjahr 2011 die Senkung des Mengenentgeltes Trinkwasser um - 0,04 EUR/m³ auf 1,66 EUR/m³ brutto, bei Beibehaltung der Mengenentgelte Schmutzwasser mit 2,54 EUR/m³ und Niederschlagsentwässerung für private Flächen mit 1,02 EUR/m² brutto auf dem Preisniveau 2010 vorgeschlagen und umgesetzt.

Zum 01.01.2012 besteht zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Möglichkeit der weiteren Beibehaltung der Mengenentgelte Trinkwasser/Schmutzwasser und Niederschlagswasser auf dem Niveau 2011.

Für das Geschäftsjahr 2011 wird auch unter Einbeziehung der in 2003 bzw. im Januar 2004 gefassten Gesellschafterbeschlüsse zur Behandlung der Kosten Stadtumbau und der ausgefallenen kommunalen Forderungen in den Folgejahren und der damit verbundenen Reduzierung der geplanten Jahresüberschüsse ein positives Ergebnis in Höhe von 1,2 Mio. EUR erwartet (2010 1,9 Mio. EUR). Unterstellt wird dabei, dass die Trinkwasserpreise im Vergleich zu Dritten gegenüber der Landeskartellbehörde gerechtfertigt werden können.

Die Leistungsbeziehungen im Sonderkundenbereich werden im Geschäftsjahr 2011 - bedingt durch das teilweise Auslaufen bestehender Verträge zum 31.12.2011 - betriebswirtschaftlich und rechtlich überprüft und ggf. bei Änderungsbedarf angepasst.

Zur Vertragsgestaltung mit einem Sonderkunden stehen noch Genehmigungen der Stadt Frankfurt (Oder) aus, die eine Abrechnung der Ver- und Entsorgung ab 01.01.2011 beeinflussen.

Die Umsatzerlöse werden in 2011 und 2012 mit rund 20,5 Mio. EUR prognostiziert.

Die Entwicklung des Personalbestandes der Mitarbeiter der FWA mbH (ohne Auszubildende) soll sich bis zum Geschäftsjahr 2015 auf 85 Mitarbeiter rückläufig gestalten. Ausgehend vom Ist bei Unternehmensgründung – per 30.09.1993 verfügte die Gesellschaft über 143 Beschäftigte – hat sich per 31.12.2010 bereits ein Abbau auf 94 Mitarbeiter vollzogen. Das Ausbildungsniveau bleibt mit 8 bzw. 6 Auszubildenden hoch.

Mit der Fortschreibung der Planungs- und Entgeltkalkulationsrechnungen im Geschäftsjahr 2011 wird geprüft, inwieweit sich aus dem zwischenzeitlich umgesetzten Ausbau von Industriekapazitäten am Standort darüber hinaus weitere Möglichkeiten der Entgeltsenkung ergeben.

Einfließen werden in die Fortschreibung auch die gewonnenen Erkenntnisse aus der Beteiligung des Unternehmens am landesweiten Benchmarking Wasser/Abwasser in Brandenburg im Geschäftsjahr 2010, aus der 2010/2011 durchgeführten Analyse der Kostenentwicklung in der Wassersparte sowie aus den für 2011 geplanten energiewirtschaftlichen Studien zum Energieverbrauch der wasserwirtschaftlichen Anlagen.

AKS Aqua-Kommunal-Service GmbH

Gründungsjahr: 1993

Stammkapital: 255,6 T€

Gesellschafter: Stadt Frankfurt (Oder) 16,8%

Verbände:

Strausberg/Erkner	17,1%
Eberswalde	16,7%
Eisenhüttenstadt	15,2%
Schwedt	12,2%
Fürstenwalde	7,5%
Barnim	4,6%
Panke/Finow	4,0%
Märkische Schweiz	3,2%
Niederbarnim	0,7%
Guben	0,4%
Liebenwalde	0,2%
EB Werneuchen	1,4%

Organe:

Geschäftsführung: Frau Anita Winkler

Verwaltungsrat: Herr Haferkorn, Vorsitz
 Herr Schwanz, stellv. Vorsitz
 Frau Labes
 Frau Ambos
 Frau Scheibe
 Frau Herrmann
 Herr Müller

Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben:

- Planung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und -behandlung,
- Fachliche Beratung von Unternehmen
- Erbringung von Labor, Werk- und Dienstleistungen in den Bereichen Wasserwirtschaft, Kommunal- und Veterinärhygiene
- Großhandel mit entsprechenden Materialien

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf. gehören die Wasserver- und Abwasserentsorgung im Rahmen des Schutzes der natürlichen Umwelt und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Reinlichkeit zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf. verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Die Münzer & Storbeck Treuhand- und Revisions GmbH hat für den Jahresabschluss 2010 am 25. März 2011 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

Der Geschäftsführung und dem Verwaltungsrat wurde in der Gesellschafterversammlung am 12. Mai 2011 Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Bilanz

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	2.653,2	2.710,1	-56,9	-2,10%
Imma. Vermögensgegenstände	80,1	78,3	1,8	2,30%
Sachanlagevermögen	2.497,5	2.556,2	-58,7	-2,30%
Finanzanlagevermögen	75,6	75,6	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	4.336,2	4.097,2	239,0	5,83%
Vorräte	85,8	37,7	48,1	127,59%
Forderungen	496,8	658,1	-161,3	-24,51%
Liquide Mittel	3.753,6	3.401,4	352,2	10,35%
Rechnungsabgrenzungsposten	5,7	2,3	3,4	147,83%
Summe AKTIVA	6.995,1	6.809,6	185,5	2,72%
TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	6.557,3	6.403,5	153,8	2,40%
Gezeichnetes Kapital	255,6	255,6	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	6.301,7	6.147,9	153,8	2,50%
Sonderposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Rückstellungen	241,2	222,5	18,7	8,40%
Verbindlichkeiten	171,5	149,4	22,1	14,79%
Rechnungsabgrenzungsposten	25,1	34,2	-9,1	-26,61%
Summe PASSIVA	6.995,1	6.809,6	185,5	2,72%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	2.327,2	2.364,7	-37,5	-1,59%
Sonstige Erträge	41,0	80,7	-39,7	-49,19%
Bestand an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	48,3	-0,8	49,1	6137,50%
Materialaufwand	347,9	361,3	-13,4	-3,71%
Personalaufwand	1.680,7	1.712,0	-31,3	-1,83%
Abschreibungen	190,4	196,9	-6,5	-3,30%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	215,4	226,7	-11,3	-4,98%
Betriebsergebnis	-17,9	-52,3	34,4	65,77%
Finanzergebnis	176,9	191,4	-14,5	-7,58%
Zinsergebnis	92,3	121,7	-29,4	-24,16%
Ergebnis aus Gewinnabführungsvertrag	84,6	69,7	14,9	21,38%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	159,0	139,1	19,9	14,31%
Steuern	5,2	5,0	0,2	4,00%
Jahresergebnis	153,8	134,1	19,7	14,69%

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäftsverlauf

Die wirtschaftliche Entwicklung der AKS im Geschäftsjahr 2010 verlief nach leichten Startschwierigkeiten infolge des langen frostigen Winters und trotz des leichten Sommerhochwassers Ende Mai überplanmäßig gut. Unter Berücksichtigung der Erträge aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der LWU wird im Ergebnis ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 154 ausgewiesen.

Das Auftragsvolumen konnte insgesamt deutlich verbessert werden. Die Auftragsrealisierung im Wasserfachbüro erfolgte aus Kapazitätsgründen leider nicht vollständig.

Im Bereich der Kundenstruktur gab es einige Zugänge aus dem Bereich Cottbus. Die Umsätze aus dieser erfolgreichen Kundenbetreuung sind Dank der termingerechten Auftragsbearbeitung um TEUR 98 auf 132 % gestiegen.

Der zusätzliche Arbeitsanfall vor Ort war trotz des sehr großen Engagements der Mitarbeiter nur sehr schwer zu bewältigen. Ab Dezember wurde deshalb ein zusätzliches Arbeitsverhältnis im Büro Cottbus für den Zeitraum eines Jahres abgeschlossen, welches mit einem Eingliederungszuschuss vom Arbeitsamt unterstützt wird.

Der Investitionsplan wurde nicht einmal zur Hälfte in Anspruch genommen, wobei die Anschaffung des langfristig geplanten Analysengerätes (HPLC/MS) für die Erweiterung des Untersuchungsspektrums hinsichtlich der Pflanzenschutzmitteln und perfluorierter Tenside aus wirtschaftlichen Gründen um ein weiteres Jahr verschoben wurde.

Das Forschungsprojekt „Entwicklung von Schnellmethoden zur simultanen Bestimmung organischer Schadstoffe in Wässern mit Hilfe der Festphasenmikroextraktion; Entwicklung von Verfahren...“ wurde vom Labor in Kooperation mit der BTU Cottbus planmäßig abgeschlossen. Die entsprechenden Mittel im Rahmen des Programms „Förderung der Erhöhung der Innovationskompetenz mittelständischer Unternehmen“ wurden abgerufen und sind in Höhe von TEUR 9 unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Im Rahmen der Berufsausbildung der Fachkräfte für Wasserversorgungs- und Abwassertechnik wurden auch 2010 die Auszubildenden entsprechend der im Lehrplan geforderten Laborkenntnisse ausgebildet.

Die Auftragsituation bei den ingenieurtechnischen Planungs- und Beratungsleistungen im Wasserfachbüro war ähnlich wie im Vorjahr in einigen Auftragsgruppen nicht auskömmlich. Im Aufgabengebiet Hydrologie gab es dagegen weiterhin ein sehr umfangreiches Arbeitsvolumen, welches durch das vorhandene Personal wegen der spezifischen Fachkenntnisse nicht komplett abgearbeitet werden konnte. Aus dieser Situation heraus wurde Mitte November ein für zwei Jahre befristetes Arbeitsverhältnis mit einem erfahrenen Diplom Geographen abgeschlossen.

Die Dienstleistungen im Bereich Personalwesen wurden analog der Vorjahre erbracht. Umzusetzen galt es Tarifänderungen, die Modifizierung rahmentarifvertraglichen Bestimmungen und die Planung und Abrechnung leistungsbezogener Vergütungsbestandteile. Besonderes Augenmerk musste auf die korrekte Anwendung der jüngsten steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen sowie der Bestimmungen der Zusatzversorgungskasse innerhalb des Abrechnungsprogramms gerichtet werden. Gegenwärtig werden 13 Kunden in der personalwirtschaftlichen Firmendatenverarbeitung ständig betreut.

Das Unternehmen besitzt neben der Akkreditierung des Labors (Überwachungsaudit im Mai) zahlreiche Zulassungen als Untersuchungsstelle für spezifische Analysen und auch den Zertifizierungsnachweis nach der DIN EN ISO 9001:2008 (Überwachungsaudit April).

Der Auditor des zuletzt genannten Überwachungsaudits sprach sechs Empfehlungen aus, die sich im Wesentlichen auf die Projektbearbeitung, Projektauswertung und die Verbesserung der Kommunikation beziehen.

Mitarbeiter

Zum 01.04.2010 trat der 7. Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der bei der AKS Aqua-Kommunal-Service GmbH Frankfurt (Oder) beschäftigten Arbeitnehmer in Kraft. Vereinbart wurden eine Einmalzahlung je Mitarbeiter in Höhe von EUR 80 und die Erhöhung der Tabellenwerte der Monatsentgelttabelle ab 01.07.2010 um 1,3 v.H..

Die aus Gründen der Kosteneinsparung getroffene Vereinbarung der 37 Stunden–Woche wurde für einen Mitarbeiter aus dem Geschäftsbereich weitergeführt. Für eine Mitarbeiterin aus dem Geschäftsbereich wurde die wöchentliche Arbeitszeit auf 33 Stunden im Jahresdurchschnitt minimiert.

Aus persönlichen Gründen wurde auch mit einer Mitarbeiterin des Wasserfachbüros Teilzeitarbeit in Höhe von 30 Stunden wöchentlich vereinbart.

Das Durchschnittsalter aller Beschäftigten betrug zum 31.12.2010 48,7 Jahre.

In den Personalkosten sind Rückstellungen für Altersteilzeit (TEU 182) und für die erhöhte Zahlung des Weihnachtsgeldes (TEU 35) enthalten. Im Wasserfachbüro wird dieser ergebnisabhängige Gehaltsbestandteil wegen der Untererfüllung nicht gezahlt.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 185 erhöht und beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 6.994.

Das Anlagevermögen hat sich um EUR 59 verringert und das Umlaufvermögen um TEUR 244 erhöht. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt 37,9 % (Vorjahr 39,8%).

Die Finanzanlagen haben sich nicht verändert.

Die Vorräte erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 48 auf TEUR 86. Ausgewiesen werden unfertige Leistungen aus dem Wasserfachbüro in Höhe von TEUR 85 und ein geringfügiger Bestand an Salpetersalz. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 49 auf TEUR 167 vermindert. Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen haben sich um TEUR 4 auf TEUR 117 und die Forderungen gegenüber Gesellschafter um TEUR 72 auf TEUR 135 vermindert.

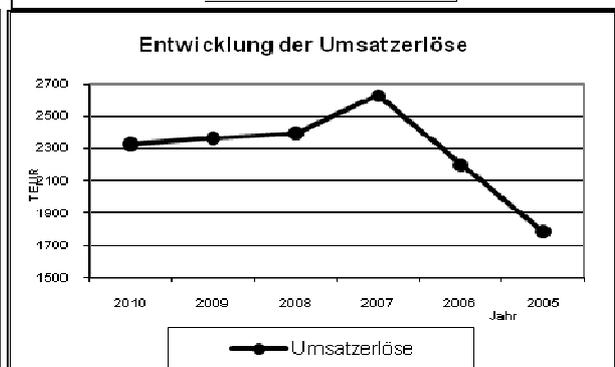
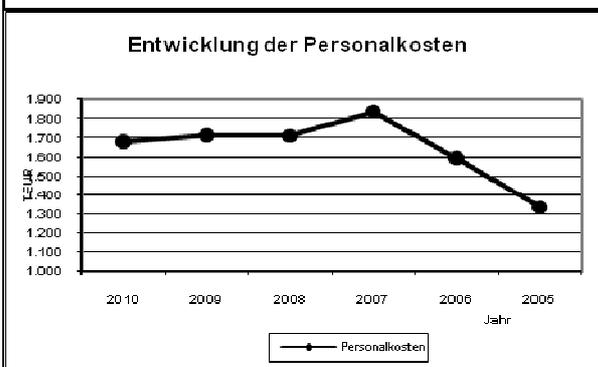
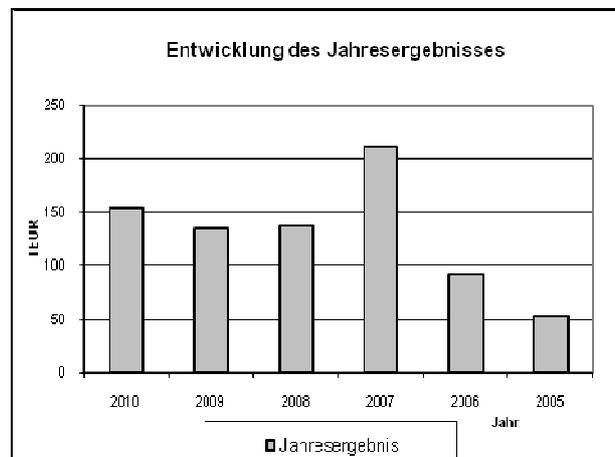
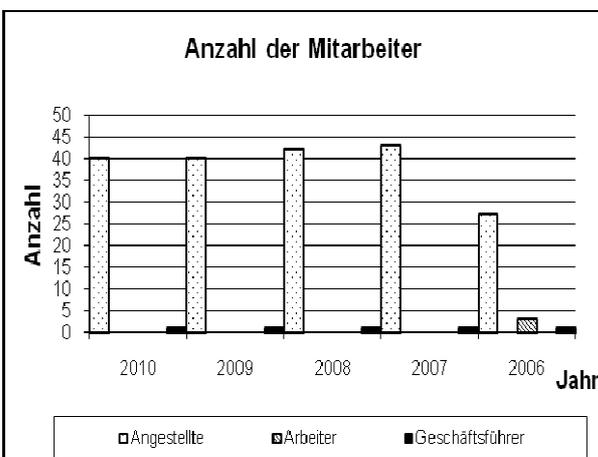
Die übrigen Aktiva (Sonstige Vermögensstände und Rechnungsabgrenzungsposten) haben sich um TEUR 31 auf TEUR 85 vermindert.

Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich um TEUR 353 auf TEUR 3.754 erhöht.

Das Eigenkapital liegt mit 93,8 % der Bilanzsumme um 0,2 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert von 94,0 %.

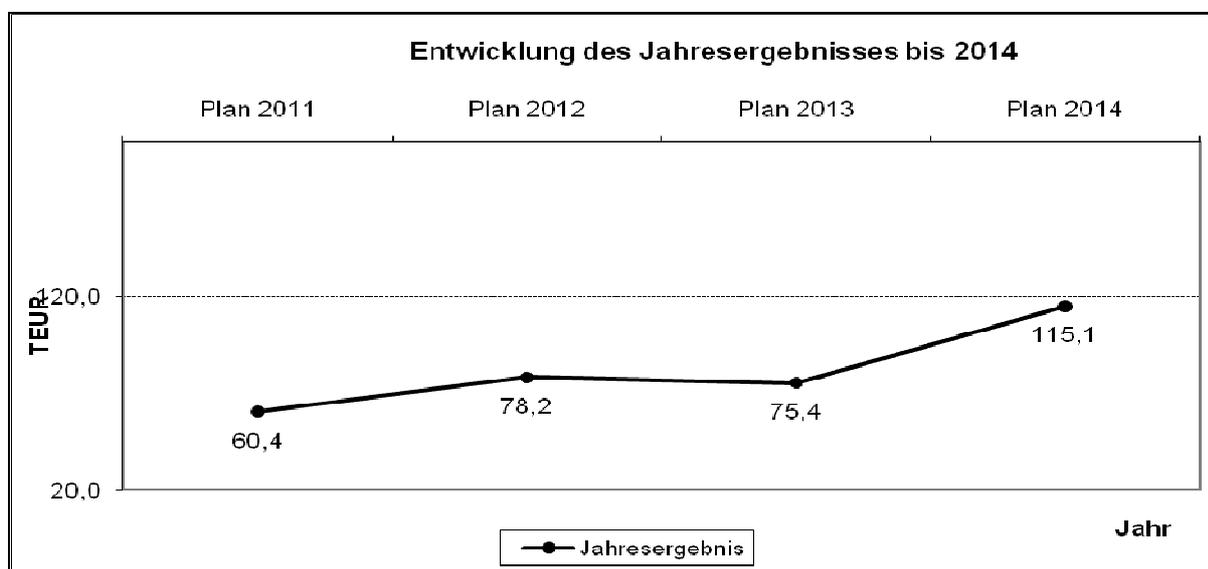
Kennzahlen

	Kritischer Wert	2010	2009
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	> 25 %	93,74%	94,04%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	93,74%	94,04%
Fremdkapitalquote	< 75 %	6,26%	5,96%
Verschuldungsgrad	-	0/1	0/1
Anlagendeckungsgrad I	-	247,15%	236,28%
Anlagendeckungsgrad II	> 100 %	256,24%	244,49%
Liquidität 1. Grades	> 20 %	3585,10%	3941,37%
Liquidität 2. Grades	> 100 %	4065,04%	4706,60%
Working Capital	> 0	4.231,5	4.010,9
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	> 0	-0,77%	-2,21%
Materialintensität	-	14,95%	15,28%
Personalintensität	-	72,22%	72,40%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	37,93%	39,80%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	4,03	3,54
Produktivität	-	56,76	57,68
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	> Deb.lfz.	28	32
Debitorenlaufzeit	< Kred.lfz.	30	35



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2011	HR 2011	Plan 2012	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Umsatzerlöse	2.386,0	2.386,0	2.396,0	10,0	0,42%
Sonstige Erträge	10,3	10,3	10,3	0,0	0,00%
Bestandsveränderung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Materialaufwand	332,5	332,5	337,5	5,0	1,50%
Personalaufwand	1.652,8	1.652,8	1.634,0	-18,8	-1,14%
Abschreibungen	221,5	221,5	221,5	0,0	0,00%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	215,0	215,0	213,5	-1,5	-0,70%
Betriebsergebnis	-25,5	-25,5	-0,2	25,3	99,22%
Zinsergebnis	90,9	90,9	83,4	-7,5	-8,25%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	65,4	65,4	83,2	17,8	27,22%
Steuern	5,0	5,0	5,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	60,4	60,4	78,2	17,8	29,47%



Ausblick

Unter Berücksichtigung der im Entwicklungskonzept 2009 dargestellten Strategien muss insbesondere die Effektivität der Projektbearbeitung im Wasserfachbüro verbessert werden. Mit der in jüngster Vergangenheit angeschaffte Hard- und Software bestehen bei konsequentem Einsatz besten Voraussetzungen hierfür. Die Arbeitsverteilung und Organisation muss ebenfalls weiter optimiert werden. Unter Ausnutzung des innerbetrieblichen Abrechnungssystems müssen die bearbeiteten Projekte zeitnah ausgewertet, zielgerichtet neue Aufträge beworben und damit eine kontinuierliche Auslastung der vorhandenen Kapazitäten erreicht werden.

Im Wasser- und Umweltlabor werden ebenfalls die Prozesse optimiert, um zum einen das Büro in Cottbus zu entlasten und damit wieder Personal einzusparen und zum anderen um personelle Veränderungen für einige anstehende Umstrukturierungen zu nutzen.

Im Personalwesen wird es durch den Beginn der Altersteilzeit – Ruhephase einer Mitarbeiterin eine Neueinstellung ab April 2011 geben.

Bereich Verkehr

Flugplatzgesellschaft Eisenhüttenstadt/Frankfurt (Oder) mbH

Gründungsjahr: 1993

Stammkapital: 25.650 €

Gesellschafter:

Stadt Frankfurt (Oder),	48%
Stadt Eisenhüttenstadt,	25%
Landkreis Oder-Spree,	25%
Gemeinde Siehdichum,	2%

Organe:

Geschäftsführer:

Herr Eckhard Pohle

Aufsichtsrat:

Frau Labes
Herr Hellmich
Herr Dr. Behrendt
Herr Kallweit

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf. gehört die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs und die Entwicklung von Freizeitmöglichkeiten zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf. verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Die Münzer & Storbeck GbR hat für den Jahresabschluss 2010 am 01. April 2011 eine uneingeschränkte Abschlussbescheinigung erteilt.

Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat wurde in der Gesellschafterversammlung am 01. Juli 2011 Entlastung erteilt.

Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben:

- Unterhalt und Betrieb des Verkehrslandeplatzes
- Förderung der allgemeinen Luftfahrt nebst Serviceleistungen zur Betreuung der Nutzer

Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Bilanz

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	1.536,9	1.674,6	-137,7	-8,22%
Imma. Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0	0,00%
Sachanlagevermögen	1.536,9	1.674,6	-137,7	-8,22%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	24,3	28,5	-4,2	-14,74%
Vorräte	15,6	13,9	1,7	12,23%
Forderungen	6,9	12,3	-5,4	-43,90%
Liquide Mittel	1,8	2,3	-0,5	-21,74%
Rechnungsabgrenzungsposten	2,4	2,5	-0,1	-4,00%
Summe AKTIVA	1.563,6	1.705,6	-142,0	-8,33%
TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	212,0	245,0	-33,0	-13,47%
Gezeichnetes Kapital	25,7	25,7	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	186,3	219,3	-33,0	-15,05%
Sonderposten	1.317,4	1.436,5	-119,1	-8,29%
Rückstellungen	3,7	3,4	0,3	8,82%
Verbindlichkeiten	30,5	20,7	9,8	47,34%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Summe PASSIVA	1.563,6	1.705,6	-142,0	-8,33%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	28,4	24,6	3,8	15,45%
Sonstige Erträge	119,3	120,2	-0,9	-0,75%
Zuschüsse	145,0	158,8	-13,8	-8,69%
Materialaufwand	24,8	14,4	10,4	72,22%
Personalaufwand	121,5	111,8	9,7	8,68%
Abschreibungen	139,5	142,8	-3,3	-2,31%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	39,7	39,5	0,2	0,51%
Betriebsergebnis	-32,8	-4,9	-27,9	-569,39%
Zinsergebnis	0,0	-0,4	0,4	100,00%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-32,8	-5,3	-27,5	-518,87%
Steuern	0,2	0,2	0,0	0,00%
Jahresergebnis	-33,0	-5,5	-27,5	-500,00%

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäftsablauf

In der Branche Luftfahrt haben sich im Vergleich zum Vorjahr geringe Veränderungen vollzogen. Es ist seit Jahren eine Stagnation feststellbar. Die Anzahl der durchgeführten Starts und Landungen haben sich im Vergleich zum Vorjahresergebnis verringert und betragen 6.926. Dieser Umstand ist hauptsächlich auf den Rückgang der Segelflugaktivitäten zurückzuführen durch Mitgliederschwund beim ansässigen Flugsportverein.

Das Gesamtaufkommen der Motorflugzeuge bleibt weiterhin stabil. Rund 25% dieser Flüge haben einen geschäftlichen Hintergrund.

Die Flugausbildung am Verkehrslandeplatz blieb auch in diesem Jahr auf niedrigem Niveau.

Die Auslastung der Hangare betrug im Geschäftsjahr etwa 40%.

Auch im Geschäftsjahr 2010 wurde ein Erbbaupachtvertrag mit Stiftung Stift Neuzelle angestrebt. Zwischenzeitlich wurde seitens Stiftung ein Kaufvertrag ohne Nennung eines Kaufpreises angeboten.

Das in 2002 eingeleitete Verfahren auf Zulassung eines einfachen Instrumentenanfluges auf der Basis eines Luftraumes „F“ wurde in 2010 weiter verfolgt. Grund dafür boten geänderte wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen wie Zuerkennung der Region Frankfurt (Oder) – Eisenhüttenstadt zum „Regionalen Wachstumskern“.

Zwecks Verhinderung der Rechtskraft des Ablehnungsbescheides wurde durch die Flugplatzgesellschaft in 2009 Klage vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) eingereicht. Ohne politische Hilfestellung wird es der Flugplatzgesellschaft nicht gelingen, diese Genehmigung zu erhalten. Auch hier wird ein wesentlicher Punkt für die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Verkehrslandeplatzes gesehen.

Die wirtschaftliche Situation der Flugplatzgesellschaft war auch in 2010 durch Liquiditätsschwierigkeiten gekennzeichnet.

Ertragssituation

Im Jahr 2010 konnten Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 28 erwirtschaftet werden. Zum Vergleich betragen die Umsatzerlöse im Vorjahr TEUR 24,6.

Hohe Kraftstoffpreise wirkten sich auch in diesem Jahr leicht negativ auf die Erlöse aus dem Benzinverkauf aus. Diese sanken um ca. TEUR 1. Demgegenüber stiegen die Erlöse aus der Ausrichtung des Flugplatzfestes um TEUR 4. Die Erlöse aus Landeentgelten, Mieteinnahmen und Bistro veränderten sich nur minimal.

Beschaffung

Die Beschaffungspolitik richtet sich nach den branchenüblichen Kriterien und Vorgängen.

Materialien werden grundsätzlich zeitnah eingesetzt und verbraucht.

Wie im Vorjahr sind die Energiepreise weiter gestiegen. Diese Entwicklung spiegelt sich in erhöhten betrieblichen Aufwendungen wieder.

Zur Ausrichtung und Durchführung der Veranstaltungen in 2010 wurden insgesamt Fremdleistungen in H. v. TEUR 11 bezogen.

Personal- und Sozialbereich

Der Verkehrslandeplatz beschäftigte im Berichtsjahr 5 Angestellten. In der Hauptsaison wurden geringfügig Beschäftigte befristet eingestellt, um die 24-stündige Betriebspflicht weiterhin garantieren zu können. Im Berichtsjahr fand keine Winterphase wie in den Vorjahren statt. Der Personalaufwand ist um TEUR 10 erhöht gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen.

Die angestellten Flugleiter verfügen über „beschränkt gültige Sprechfunkzeugnisse für den Flugfunkdienst“ (BZF I) in englischer Sprache sowie „Allgemeine Sprechfunkzeugnisse“ (AZF). Diese sind insbesondere für Instrumentenflugbetrieb unverzichtbar.

Vermögenslage

Die Vermögenslage ist durch die Verringerung des Gesamtvermögens im Wesentlichen durch planmäßige Abschreibungen i. H. v. TEUR 139 gekennzeichnet.

Das Anlagevermögen hat sich dabei zum Vorjahresniveau unter Berücksichtigung von Abschreibungen auf TEUR 1.537 verringert.

Das Umlaufvermögen verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 4.

Die Liquiden Mittel betragen zum Bilanzstichtag TEUR 2.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um den Jahresfehlbetrag von TEUR 33 verringert.

Es wird ein Eigenkapital in Höhe von TEUR 212 ausgewiesen.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse verringerte sich um die planmäßigen Auflösung TEUR 119 auf TEUR 1.317.

Die Verbindlichkeiten haben sich insgesamt um TEUR 9 erhöht und belaufen sich auf TEUR 31.

Die Rückstellungen wurden i. H. v. TEUR 4 ausgewiesen und liegen somit unter dem Vorjahreswert von TEUR 3.

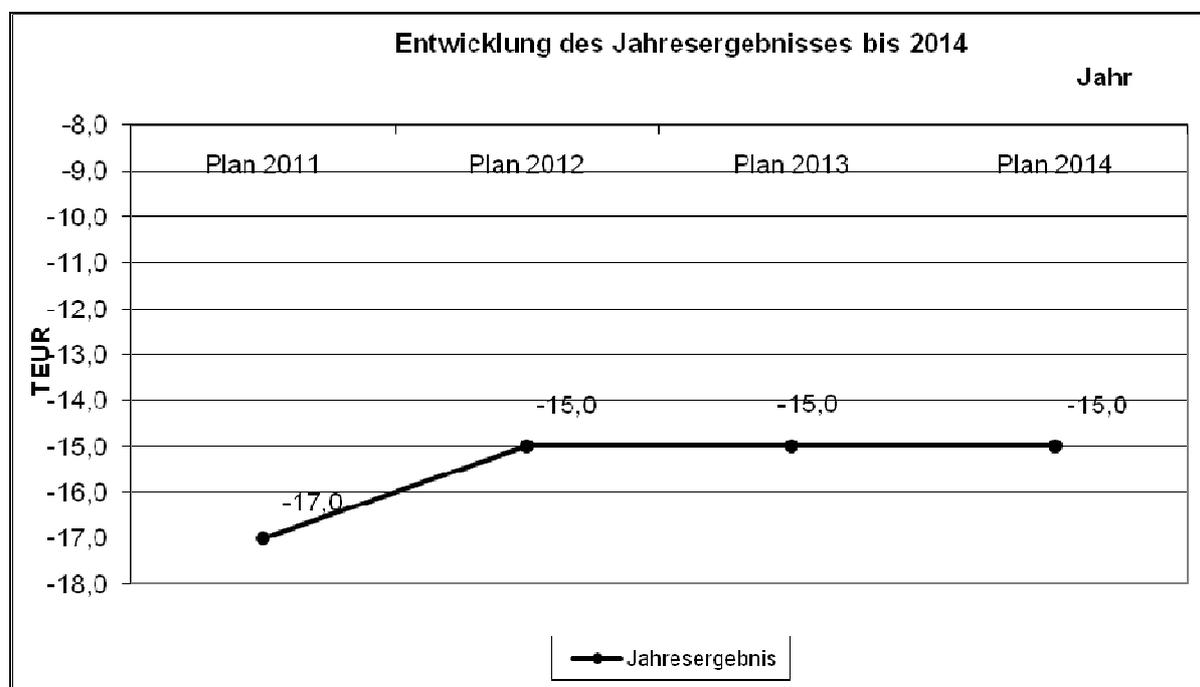
Zusammenfassend ist festzustellen, dass kurzfristigen Vermögenswerten in Höhe von TEUR 24 kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 31 gegenüberstehen.

Kennzahlen

	Kritischer Wert	2010	2009
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	> 25 %	13,56%	14,36%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	97,81%	98,59%
Fremdkapitalquote	< 75 %	2,19%	1,41%
Verschuldungsgrad	-	1/6	0/1
Anlagendeckungsgrad I	-	13,79%	14,63%
Anlagendeckungsgrad II	> 100 %	13,79%	14,63%
Liquidität 1. Grades	> 20 %	5,25%	6,76%
Liquidität 2. Grades	> 100 %	32,36%	50,29%
Working Capital	> 0	-10,0	-5,5
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	> 0	-115,49%	-19,92%
Materialintensität	-	87,32%	58,54%
Personalintensität	-	427,82%	454,47%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	98,29%	98,18%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	2,96	2,41
Produktivität	-	7,10	8,20
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	> Deb.lfz.	171	324
Debitorenlaufzeit	< Kred.lfz.	102	124

Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2011	HR 2011	Plan 2012	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Umsatzerlöse	31,0	31,0	37,6	6,6	21,29%
Sonstige Erträge	120,5	120,5	120,5	0,0	0,00%
Zuschüsse	142,0	142,0	142,0	0,0	0,00%
Materialaufwand	15,1	15,1	19,0	3,9	25,83%
Personalaufwand	106,4	106,4	106,8	0,4	0,38%
Abschreibungen	144,0	144,0	144,0	0,0	0,00%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	45,0	45,0	45,3	0,3	0,67%
Betriebsergebnis	-17,0	-17,0	-15,0	2,0	11,76%
Zinsergebnis				0,0	0,00%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-17,0	-17,0	-15,0	2,0	11,76%
Steuern				0,0	0,00%
Jahresergebnis	-17,0	-17,0	-15,0	2,0	11,76%



Ausblick

Grundsätzlich bestehen entwicklungsbeeinträchtigende Risiken mit entsprechendem negativem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Zum einen, dass der Verkehrslandeplatz nach derzeitigem Stand nicht kostendeckend betrieben werden kann und zum anderen, da sich die Liquiditätslage zukünftig verschlechtern kann.

Stadtverkehrsgesellschaft Frankfurt (Oder) mbH

Gründungsjahr: 1992
Stammkapital: 255,6 T€
Gesellschafter: Frankfurter Dienstleistungs-
holding GmbH, 100%
Organe:
Geschäftsführer: Herr Ebermann

Gegenstand des Unternehmens
Aufgaben:

- Personenförderung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
- Organisation bzw. Koordination des überregionalen Personennahverkehrs, soweit diese Leistungen durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt sind und mit dem geltenden kommunalrechtlichen Örtlichkeitsgrundsatz im Einklang stehen
- Darüber hinaus ist die Gesellschaft berechtigt, verschiedene Transportleistungen von Massen- und Stückgütern zu erbringen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.
Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).
Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen
Die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2010 am 09. Mai 2010 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.
Dem Geschäftsführer wurde in der Gesellschafterversammlung der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH am 08. Juli 2011 Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:
Höhe: € 3.598.405,81 (Vj: € 4.292.739,87)
Davon mit einer Restlaufzeit von:

- bis 1 Jahr: € 425.906,08
Vj: € 694.334,06
- 1 - 5 Jahre: € 1.703.624,32
Vj: € 1.703.624,32
- ab 5 Jahre: € 1.468.875,41
Vj: € 1.894.781,49

Bilanz

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	58.147,5	59.177,1	-1.029,6	-1,74%
Imma. Vermögensgegenstände	332,7	381,7	-49,0	-12,84%
Sachanlagevermögen	57.563,2	58.410,2	-847,0	-1,45%
Finanzanlagevermögen	251,6	385,2	-133,6	-34,68%
Umlaufvermögen	6.817,0	4.204,5	2.612,5	62,14%
Vorräte	917,0	649,3	267,7	41,23%
Forderungen	5.655,8	3.396,3	2.259,5	66,53%
Liquide Mittel	244,2	158,9	85,3	53,68%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	1,1	-1,1	-100,00%
Summe AKTIVA	64.964,5	63.382,7	1.581,8	2,50%
TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	22.146,8	21.967,0	179,8	0,82%
Gezeichnetes Kapital	255,6	255,6	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	21.891,2	21.711,4	179,8	0,83%
Sonderposten	34.517,1	34.343,4	173,7	0,51%
Rückstellungen	1.330,0	1.592,0	-262,0	-16,46%
Verbindlichkeiten	6.428,5	5.033,0	1.395,5	27,73%
Rechnungsabgrenzungsposten	542,1	447,3	94,8	21,19%
Summe PASSIVA	64.964,5	63.382,7	1.581,8	2,50%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	5.665,2	5.537,1	128,1	2,31%
Sonstige Erträge	2.679,9	2.590,9	89,0	3,44%
Materialaufwand	3.526,0	3.264,1	261,9	8,02%
Personalaufwand	5.632,3	5.605,6	26,7	0,48%
Abschreibungen	3.132,2	3.327,2	-195,0	-5,86%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.176,1	992,2	183,9	18,53%
Betriebsergebnis	-5.121,5	-5.061,1	-60,4	-1,19%
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	14,5	17,0	-2,5	-14,71%
Zinsergebnis	-192,6	-177,3	-15,3	-8,63%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5.299,6	-5.221,4	-78,2	-1,50%
Steuern	34,1	21,7	12,4	57,14%
Verlustübernahme	5.333,7	5.243,1	90,6	1,73%
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,00%

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäftsverlauf

Die teilweise prognostizierten Fahrgastverluste sind wegen der ungünstigen Entwicklung relevanter Strukturdaten weitestgehend ausgeblieben. Eine erste Auswertung der Verkehrserhebung im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg im Jahre 2010 hat das bestätigt.

Geschäftsgrundlage des unternehmerischen Handelns der Gesellschaft war und ist auch weiterhin die „Betrauungsvereinbarung zwischen der Stadt Frankfurt (Oder) und der Stadtverkehrsgesellschaft mbH Frankfurt (Oder) über die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs mit Bussen und Straßenbahnen im Stadtgebiet Frankfurt (Oder) für den Zeitraum 2006 bis 2015“, in Verbindung mit dem Nahverkehrsplan der Stadt Frankfurt (Oder), zuletzt durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2007 aktualisiert und für den Zeitraum 2008 - 2012 fortgeschrieben.

Im Verlaufe des Jahres arbeitet eine eingesetzte Arbeitsgruppe an der Aktualisierung des Nahverkehrsplanes mit dem Ziel, die Neufassung für die Jahre 2011 – 2015 von der Stadtverordnetenversammlung noch im Jahre 2010 beschließen zu lassen. Dieses Terminziel war nicht erreichbar. Hauptgrund waren Verzögerungen im Projektverlauf einer gutachterlichen Untersuchung. Mit der von der Stadt ausgeschriebenen Erarbeitung einer „Strategie des Öffentlichen Personennahverkehrs für die Doppelstadt Frankfurt (Oder) / Slubice“ wurde ein Gutachterkonsortium beauftragt, welchem unter der Leitung von PTV Planung Transport Verkehr AG weiterhin Ernst Basler + Partner GmbH, TTK Transport Technologie-Consult Karlsruhe GmbH und GIFK InterPROJEKT Spolka z o.o. angehören. Die für die Schlusspräsentation des Gutachtens vorgesehene Terminstellung 52. Kalenderwoche 2010 war nicht zu erfüllen und wurde auf das I. Quartal 2011 fortgeschrieben. Nach Einarbeitung der gefassten Beschlüsse zum Gutachten in den Entwurf des Nahverkehrsplanes 2011 – 2015 soll dieser der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Gesellschaft hat ihre Unternehmenspolitik der Orientierung auf Kundenanforderungen und Umwelt- und Klimaschutz auch im Geschäftsjahr 2010 konsequent verwirklicht. Grundlagen hierfür sind die internationalen Normanforderungen der DIN EN ISO 9001:2008, der Service Norm für den ÖPNV DIN EN 13816:2002 und der Umweltnorm DIN EN ISO 14001:2005. Der Erfolg daraus spiegelt sich in der erhobenen Kundenzufriedenheit wider, welche im Qualitätsbericht 2010 dokumentiert ist. Verstärkt haben wir in den zurückliegenden beiden Jahren darüber hinaus das Augenmerk auf die Mitarbeiterzufriedenheit gerichtet und dabei insbesondere auf den Aspekt familienfreundlicher Arbeitsbedingungen im Unternehmen geachtet. Auch wenn auf Grund von Branchenbesonderheiten, wie die Fahr- und Dienstplanung im fast Rund-um-die-Uhr-Schichtbetrieb, auch an Wochenenden und Feiertagen, dem Unternehmen enge Grenzen gesetzt sind, konnte dem Unternehmen in einem Bewertungsverfahren durch die Stadt Frankfurt (Oder), in Verbindung mit dem Lokalen Bündnis für Familie, unter Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters das Prädikat „Familienfreundliches Unternehmen 2010“ verliehen werden. Das ist ein Beitrag zur anforderungsgerechten Fachkräftesicherstellung in den kommenden Jahren.

Die Investitionstätigkeit betraf hauptsächlich die Grunderneuerung der Gleisanlage am Universitätsplatz, die abschnittsweise Grunderneuerung der Fahrleitungsanlage von Fuchsbau bis Conergy und die fast vollendete Ausstattung der Fahrzeuge des ÖPNV mit Video-Überwachungseinrichtung. Darüber hinaus wurde die grundhafte Erneuerung der Haltestellenanlage am TeGeCe begonnen, ein mit ca. 1,1 Mio € vom Land Brandenburg gefördertes Vorhaben zur grundhaften Verbesserung der Verkehrsverhältnisse am westlichen Stadtrand von Frankfurt (Oder).

Der Prozess der Konzernoptimierung wurde durch Überleitung der Berufsausbildung mit dem dazugehörigen Personal in die Konzernobergesellschaft weitergeführt. Im Gegenzug hat die Gesellschaft das Fuhrparkmanagement für alle Konzerngesellschaften übernommen.

Vermögens- und Finanzlage

Die finanziellen Verhältnisse sind geordnet und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt teilweise günstiger. Das langfristig gebundene Vermögen ist langfristig finanziert, das Eigenkapital ausreichend dotiert; die Zahlungsfähigkeit war während des Geschäftsjahres stets gesichert.

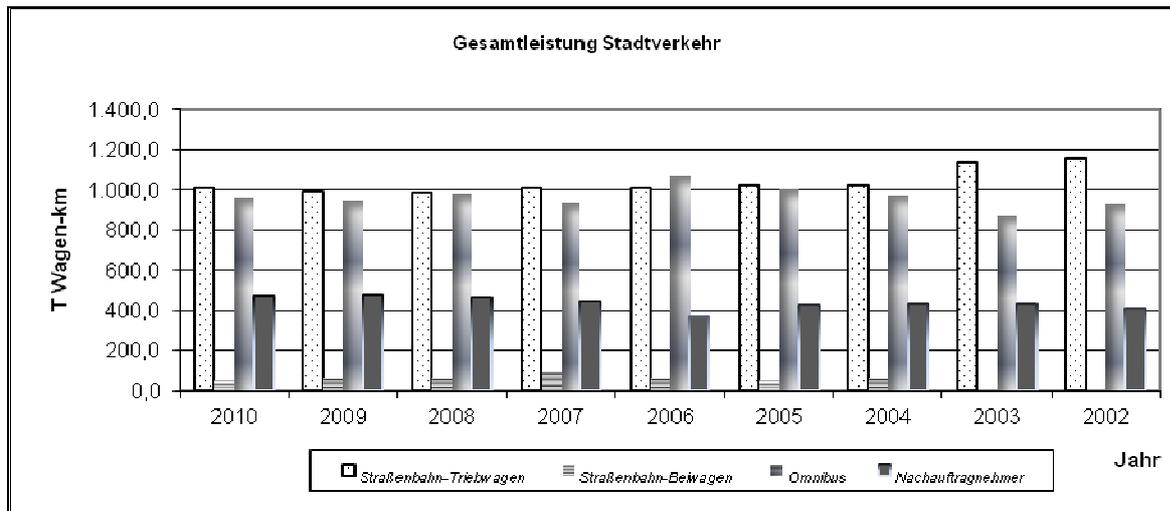
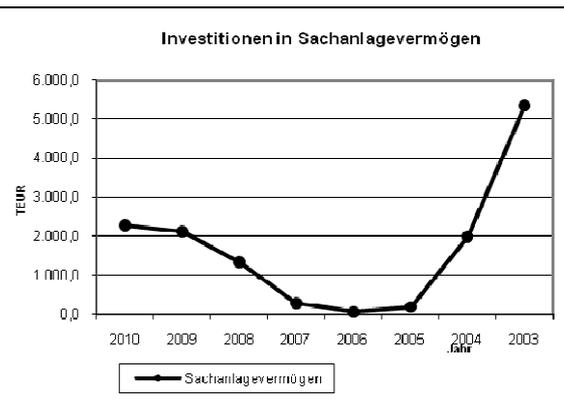
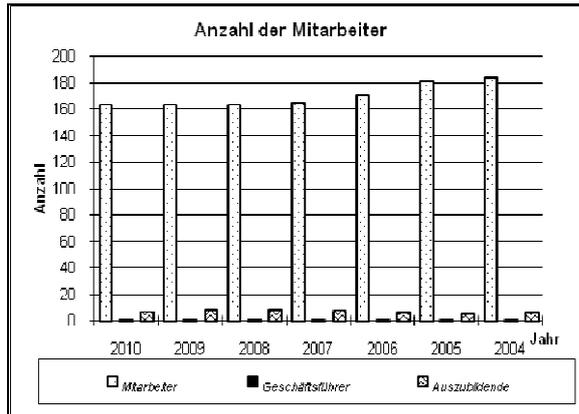
Ertragslage

Das Ergebnis vor Verlustübernahme hat sich im Vergleich zum Vorjahr geringfügig verschlechtert, obwohl die Bezugskosten einzelner wesentlicher Verbrauchspositionen deutlich gestiegen sind.

Der Kostendeckungsgrad ist von 61,1 Prozent im Geschäftsjahr 2009, bezogen auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Gewinn- und Verlustrechnung, auf 61,3 Prozent nahezu konstant geblieben.

Kennzahlen

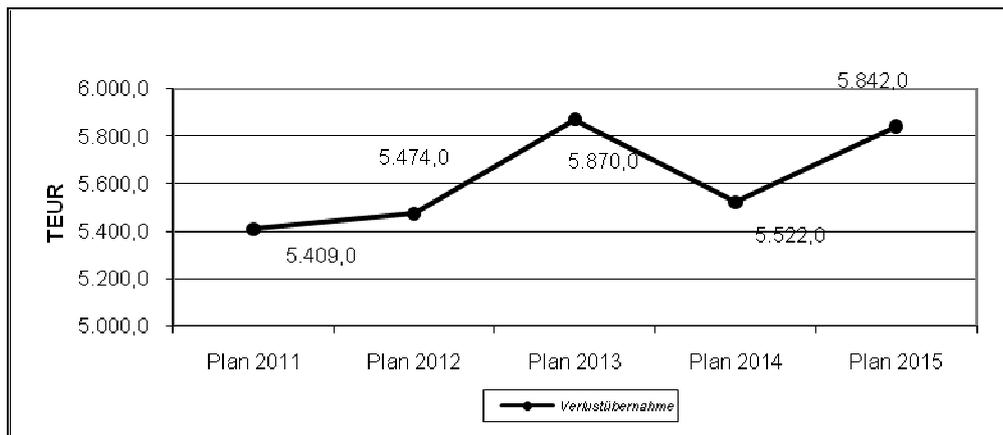
	kritischer Wert	Einheit	2010	2009
Finanzlage				
Eigenkapitalquote	< 25 %	%	34,66%	34,09%
EK (+Ek-ähnliche)-quote	-	%	87,22%	88,84%
Fremdkapitalquote	> 75 %	%	12,78%	11,16%
Verschuldungsgrad	-	-	3/8	1/3
Anlagendeckungsgrad I	-	%	38,09%	37,12%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	%	46,26%	45,99%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	%	6,88%	4,93%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	%	166,32%	110,39%
Working Capital	< 0	T€	3.269,7	982,8
Ertragslage				
Umsatzrentabilität	< 0	%	-90,40%	-91,40%
Materialintensität	-	%	62,24%	58,95%
Personalintensität	-	%	99,42%	101,24%
Vermögenslage				
Anlagenintensität	-	%	89,51%	89,51%
Umschlagshäufigkeit der Vorräte	-	-	7	8
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	-	1	1
Produktivität	-	T€/Mitarbeiter	33	32
Cash- und Forderungsmanagement				
Kreditorenlaufzeit	> Deb.lfz.	Tage	40	23
Debitorenlaufzeit	< Kred.lfz.	Tage	11	15



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2011	HR 2011	Plan 2012	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Umsatzerlöse	5.260,0	5.260,0	5.313,0	53,0	1,01%
Sonstige Erträge	2.752,0	2.752,0	2.589,0	-163,0	-5,92%
Materialaufwand	3.199,0	3.199,0	3.215,0	16,0	0,50%
Personalaufwand	5.612,0	5.612,0	5.581,0	-31,0	-0,55%
Abschreibungen	3.344,0	3.344,0	3.436,0	92,0	2,75%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.121,0	1.121,0	1.013,0	-108,0	-9,63%
Betriebsergebnis	-5.264,0	-5.264,0	-5.343,0	-79,0	-1,50%
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens				0,0	
Zinsergebnis	-123,0	-123,0	-109,0	14,0	11,38%
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5.387,0	-5.387,0	-5.452,0	-65,0	-1,21%
Steuern	22,0	22,0	22,0	0,0	0,00%
Verlustübernahme	5.409,0	5.409,0	5.474,0	65,0	1,20%
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%

Zukünftige Entwicklung



Ausblick

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, ein latentes, weltweites und teilweise für Unternehmen Existenz bedrohendes Risiko, hatte für die Gesellschaft bisher keine negativen Folgen. Wegen der Auswirkungen auf die öffentlichen Kassen von Bund, Land und Gemeinden sind allerdings im Rahmen der Finanzmittelverteilung Einschnitte bei der Mitfinanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs nicht kategorisch auszuschließen.

Ungemindert bestehen die Risiken aus der demographischen Entwicklung im Bedienegebiet, den daraus folgenden Maßnahmen des Stadtumbaus und anderen Strukturanpassungsmaßnahmen für den ÖPNV fort. Die positiven Entwicklungen in der jüngeren Vergangenheit, wie auch die neuerliche Ansiedlung von Unternehmen, z.B. in der Telefondienstleister - Branche, haben zu einer Stabilisierung der Verkehrsverhältnisse beigetragen.

Die Einführung eines so genannten Mobilitätstickets für einkommensschwache Fahrgäste hat sich als richtige Entscheidung erwiesen, die in Verbindung mit der direkten Tarifstützung durch das Land Brandenburg keine Einnahmenverluste für die Verkehrsunternehmen nach sich zog.

Investitionsschwerpunkte im Geschäftsjahr 2010 werden die Fertigstellung des 2. Bauabschnitts der Zentrumswendeschleife, der Ausbau der Fahrleitungsanlage im Bereich Fuchsbau bis Conergy, die Fertigstellung der Ausstattung der Busse und Straßenbahnen mit Video-Überwachungsanlagen, sowie die Erweiterung der Ausstattung von Haltestellen mit dynamischer Fahrgastinformation „Smart Info“ sein. Außerordentlich große Bedeutung misst die Gesellschaft dem Ergebnis der beabsichtigten gutachterlichen Untersuchung und der begleitenden öffentlichen Debatte über einen Ausbau des ÖPNV-Netzes für die Doppelstadt Frankfurt (Oder)/Slubice bei. Von zentraler Bedeutung ist dabei der Zugewinn von Fahrgästen in und aus der Stadt Slubice, welche bisher über kein eigenes ÖPNV-Netz verfügt.

Im Bestreben um Optimierung der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt wird der begonnene Prozess der Konzernoptimierung fortgesetzt, indem weitere Aufgaben und teilweise das dafür eingesetzte Personal auf die Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH übertragen werden. Das betrifft die Aufgabengebiete Personalmanagement und Berufsausbildung. Im Gegenzug soll das Fuhrparkmanagement von der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH auf die Stadtverkehrsgesellschaft mbH Frankfurt (Oder) übertragen werden. Die Geschäftsführung geht für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 davon aus, dass nur geringe Veränderungen in den Umsatzerlösen im Vergleich zu dem abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 zu verzeichnen sein werden und erwartet auch der Höhe nach vergleichbare, durch den Organträger Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH zu übernehmende, Verluste.

Bereich Wohnungsbau und -verwaltung

Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH

Gründungsjahr: 1990

Stammkapital: 1.550 T€

Gesellschafter: Stadt Frankfurt (Oder) 100%

Organe:

Geschäftsführer: Herr Schürg

Aufsichtsrat: Frau Jung-Friedrich, Vorsitzende
Frau Kohlmeyer, stellv. Vors.
Herr Derling (ab 07.01.2010)
Herr Patzelt (bis 06.01.2010)
Frau Groth-Simonides
Frau Leschke (ab 18.02.2010)
Herr Pusch
Frau Muchajer
Herr Schulz
Herr Steinfurth
Herr Melchert
(bis 12.01.2010)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages insbesondere die Vermietung und Verwaltung eigener Wohnungen, Grundstücke und Gewerberäume.

Die Gesellschaft kann Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen sanieren, modernisieren und instand setzen. Daneben kann die Wohnungswirtschaft die Modernisierung, Instandsetzung und Sanierung der Gewerberäume betreuen, Grundstücke verkaufen und eigentumsgleiche Rechte vergeben.

Darüber hinaus regelt der § 2 des Gesellschaftsvertrages, dass die Stadt Frankfurt (Oder) jederzeit bebaute und unbebaute Wohngrundstücke auf die Gesellschaft übertragen oder an diese veräußern kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Verbesserung der Wohnungen der Einwohner durch den sozialen Wohnungsbau und die Förderung des privaten und genossenschaftlichen Bauens zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinden.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Entscheidungen.

Bemerkungen

Der Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH wurde am 19. April 2011 der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk durch die Domus Revision AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für den Jahresabschluss 2010 erteilt. Dabei wurde auch die Prüfung nach § 53 HGrG vorgenommen.

In der Gesellschafterversammlung am 06. Juli 2011, vertreten durch den Oberbürgermeister, Herrn Dr. Wilke, wurde der Jahresabschluss 2010 festgestellt. Eine Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates erfolgte bislang noch nicht.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

Höhe: € **119.214.354,20** (Vj: € 127.529.721,40)

Davon mit einer Restlaufzeit von:

- bis 1 Jahr: € **5.289.028,62**
Vj: € 7.038.343,59
- 1 - 5 Jahre: € **22.879.073,11**
Vj: € 24.026.954,11
- ab 5 Jahre: € **91.046.252,47**
Vj: € 96.465.423,70

Bilanz

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	204.893,4	211.852,2	-6.958,8	-3,28%
Imma. Vermögensgegenstände	78,0	55,0	23,0	41,82%
Sachanlagevermögen	202.859,4	208.835,8	-5.976,4	-2,86%
Finanzanlagevermögen	1.956,0	2.961,4	-1.005,4	-33,95%
Umlaufvermögen	18.024,5	21.693,6	-3.669,1	-16,91%
Vorräte	13.618,3	13.673,7	-55,4	-0,41%
Forderungen	823,8	1.933,4	-1.109,6	-57,39%
Liquide Mittel	3.582,4	6.086,5	-2.504,1	-41,14%
Rechnungsabgrenzungsposten	123,8	143,5	-19,7	-13,73%
Summe AKTIVA	223.041,7	233.689,3	-10.647,6	-4,56%

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	74.734,7	75.506,9	-772,2	-1,02%
Gezeichnetes Kapital	1.550,0	1.550,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	73.184,7	73.956,9	-772,2	-1,04%
Sonderposten	3.098,3	3.222,2	-123,9	-3,85%
Rückstellungen	2.390,9	2.036,9	354,0	17,38%
Verbindlichkeiten	142.817,8	152.923,0	-10.105,2	-6,61%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,3	-0,3	-100,00%
Summe PASSIVA	223.041,7	233.689,3	-10.647,6	-4,56%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	36.749,5	36.556,5	193,0	0,53%
Sonstige Erträge	3.863,9	4.803,2	-939,3	-19,56%
Zuschüsse Rückbau		1.027,1	-1.027,1	-100,00%
Materialaufwand	20.929,3	20.751,9	177,4	0,85%
Personalaufwand	3.492,5	3.446,4	46,1	1,34%
Abschreibungen	19.732,2	8.895,1	10.837,1	121,83%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.151,1	2.903,5	247,6	8,53%
Betriebsergebnis	-6.691,7	6.389,9	-13.081,6	-204,72%
Finanzergebnis	-5.275,7	-5.586,8	311,1	5,57%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-11.967,4	803,1	-12.770,5	-1590,15%
Steuern	891,8	847,1	44,7	5,28%
Jahresergebnis	-12.859,2	-44,0	-12.815,2	-29125,45%

Auszug aus dem Lagebericht

Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Nach dem Krisenjahr 2009 erlebte die deutsche Wirtschaft 2010 eine starke konjunkturelle Erholung. Das Bruttoinlandsprodukt stieg um 3,6 Prozent und damit so stark wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Nach dem Aufschwung zunächst von der Auslandsnachfrage dominiert wurde, kamen die Wachstumsimpulse zunehmend auch aus dem Inland. Vor allem die Investitionen sind kräftig angestiegen.

Der Arbeitsmarkt hat davon deutlich profitiert. Erwerbstätigkeiten und darunter die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben sich im Jahresdurchschnitt 2010 erhöht und die Arbeitslosigkeit ist gesunken. Die Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen belief sich im Dezember 2010 auf 7,2%. Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie um 0,6 Prozentpunkte ab.

Die Arbeitslosenquote in Frankfurt (Oder) – bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen – belief sich am 31. Dezember 2010 auf 13,2% und lag um 0,7% unter dem Vorjahreswert. Damit konnte die Stadt Frankfurt (Oder) den niedrigsten Dezemberstand an arbeitslosen Menschen seit 19 Jahren verzeichnen.

Mit Blick auf die demografischen und wohnungswirtschaftlichen Entwicklungen setzten sich sowohl die allgemeinen als auch die regionalen Tendenzen der vergangenen Jahre fort. Die Bevölkerungszahlen werden im Land Brandenburg langfristig weiter stark abnehmen. Während der Wohnungsmarkt im engeren Verflechtungsraum stark durch die Nähe zu Berlin geprägt ist, ist die Entwicklung im äußeren Entwicklungsraum des Landes Brandenburg weiterhin durch andauernde Wanderungsverluste und fortschreitende Alterung der Bevölkerung gekennzeichnet.

Seit 2007 zeigt sich der Bevölkerungsrückgang nicht mehr auf so hohem Niveau wie in den Jahren davor. Aktuelle Prognosen für die Stadt Frankfurt (Oder) gehen von einem Rückgang der Einwohnerzahl auf 51.100 im Jahr 2030 aus.

Die Leerstandsquote – bezogen auf den Gesamtbestand des Unternehmens – hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,0% verringert und belief sich auf 14,7 %. Der dauerhaft zur Bewirtschaftung vorgesehene Bestand wies am 31. Dezember 2010 eine Leerstandsquote von 7,9% (Vorjahr: 8,6%) auf.

Drei zur Sanierung im Jahr 2011 fast vollständig frei gezogene Standorte mit insgesamt 159 Wohnungen, davon am 31. Dezember 2010 151 Wohnungen leer stehend, beeinflussen bis zu ihrer Neuvermietung die Leerstandsquote.

Neben der weiteren konsequenten Umsetzung des Stadtumbaukonzeptes konnte die Gesellschaft im Juli 2010 mit der seniorengerechten Sanierung eines Hochhauses im Stadtteil Nord beginnen. Den Standort mit 90 Wohnungen zeichnen insbesondere komplett neue Grundrisse sowie der Anbau von Balkonen bzw. Loggien aus.

Die Gesellschaft bewirtschaftete am 31. Dezember 2010 einen eigenen Bestand von 10.375 Vertragseinheiten (Vorjahr: 10.761 Vertragseinheiten). Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr haben insbesondere durch Abriss (296 Wohnungen, 10 Gewerbe, 43 Stellplätze, 3 sonstige Einheiten) und Bestandsveränderungen (24 Wohnungen, 7 Gewerbe, 1 Stellplatz) ergeben. Die Fluktuationsquote belief sich im Jahr 2009 auf 10,5% (Vorjahr: 12,0%).

Die Vermarktung der frei werdenden Wohnungen ist im gegenwärtigen Wohnungsmarkt mit erheblichem Aufwand verbunden. Am 31. Dezember 2010 standen 1.322 Wohnungen (Vorjahr: 1.462 Wohnungen) leer, davon entfielen auf den Abrissbestand 683 Wohnungen (Vorjahr: 752 Wohnungen) und auf den Verkaufsbestand 7 Wohnungen (Vorjahr: 24 Wohnungen). Im Kernbestand war ein Leerstand von 632 Wohnungen (Vorjahr: 686 Wohnungen) zu verzeichnen.

Die durchschnittlichen Aufwendungen für eine leer stehende Wohnung beliefen sich im Jahr 2010 ohne Kapitaldienst für Neukredite auf € 1.776,78 (Vorjahr: € 1.998,06). Es wirken der Kapitaldienst für Altverbindlichkeiten mit € 261,94 (Vorjahr: € 306,93), die Betriebs- und Verwaltungskosten mit € 1.247,11 (Vorjahr: € 1.436,42) sowie die Instandhaltungs- und Sicherungskosten mit € 267,73 (Vorjahr: € 254,70 €). Die Erlösschmälerungen durch Leerstand bzw. aufgrund baulicher Mängel erreichten 2010 Tsd. € 4.089,9 (Vorjahr: Tsd. € 4.198,6).

Die durchschnittliche monatliche Nettokaltmiete im Wohnungsbestand (einschließlich Aufwendungszuschüsse) belief sich im Dezember 2010 auf 4,10 €/m² (Vorjahr: 4,01 €/m²). Nach Modernisierungsgrad ergibt sich folgende Struktur.

unsanierter Bestand	3,75 €/m ²	(Vorjahr: 3,66 €/m ²)
teilsanierter Bestand	3,82 €/m ²	(Vorjahr: 3,76 €/m ²)
sanierter Bestand	4,71 €/m ²	(Vorjahr: 4,68 €/m ²).

Infolge der Zahlungsunfähigkeit eines Teiles der Mieter hat die Gesellschaft hohe Einnahmeverluste zu verzeichnen. Die mögliche Uneinbringlichkeit von Mietrückständen wurde durch Einzelwertberichtigungen in Höhe von Tsd. € 684,4 berücksichtigt. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2010 uneinbringliche Forderungen in Höhe von Tsd. € 39,1 abgeschrieben.

Der fremd verwaltete Bestand umfasste folgende Einheiten.

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>
Wohneinheiten	85	93
Gewerbeneinheiten	31	37
Garagen/Stellplätze	27	27
sonstige Vertragseinheiten	6	6
	<u>149*</u>	<u>163*</u>

* In den Vertragseinheiten sind 5 Wohnungen und 5 Stellplätze aus dem Eigenbestand der Gesellschaft enthalten, die im Rahmen der Wohneigentumsanlage Leipziger Straße 116-118 verwaltet werden.

Stadtumbau

Für Maßnahmen des Stadtumbaus wurden im Geschäftsjahr 2010 Tsd. € 958,8 umgesetzt, davon für den technischen Abriss Tsd. € 739,4, für Freizugsaktivitäten Tsd. € 219,4.

Für weitere 8 Standorte mit 343 Wohnungen und 3 gewerblichen Einheiten wurden 2010 Ordnungsmaßnahmeverträge mit der Stadt Frankfurt (Oder) geschlossen. Die Realisierung der übrigen Vorhaben mit insgesamt 251 Wohnungen wird sich bis Juni 2011 erstrecken.

Finanzierung des Abrisses und Entlastung von Altschulden gemäß Altschuldenerverordnung

Einschließlich des der Kommune vorliegenden Zuwendungsbescheides vom 27. Oktober 2010 des Landesamtes für Bauen und Verkehr zu den notwendigen Abrissmitteln bestanden bzw. bestehen Ausgabe- und Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2002 bis 2014.

Der Gesellschaft gelang es, bis zum 31. Dezember 2010 insgesamt 3.854 Wohnungen vom Markt zu nehmen. Für 3.823 dieser Wohnungen konnten Abrisszuschüsse in Höhe von Tsd. € 12.056,4 vereinnahmt werden. 31 Wohnungen waren nicht zuwendungsfähig im Rahmen des Programms Stadtumbau Ost. Für 68 im Jahr 2010 begonnene und im Jahr 2011 zu realisierende Wohnungen wurden auf Grundlage der geschlossenen Verträge bereits 2010 anteilig Förderbeträge in Höhe von Tsd. € 38,9 ausgereicht.

Bis zum 31. Dezember 2010 konnten für 3.789 Wohnungen Altkredite in Höhe von Tsd. € 15.393,2 entlastet werden. Zwei Wohnungen des bis 2009 abgerissenen Bestandes fallen nicht zur förderfähigen Wohnfläche laut Altschuldenerhilfegesetz.

Verkaufstätigkeit/Grundstücksverkehr

Die Gesellschaft veräußerte im Geschäftsjahr 2010 Immobilien mit insgesamt 24 Wohnungen und 7 gewerblichen Einheiten. Darüber hinaus wurde eine unbebaute Freifläche (1.485 m²) sowie eine unbebaute Teilfläche (199m²) verkauft.

Laufende Investitionen

Neben den Aufwendungen für die laufende Instandhaltung in Höhe von Tsd. € 2.300,1 wurden im Geschäftsjahr 2010 in einem Volumen von Tsd. € 5.900,1 Bauleistungen erbracht.

Diese Leistungen lassen sich wie folgt untersetzen:

1.956,1 Tsd. €	aktivierungspflichtige Maßnahmen
1.156,7 Tsd. €	nicht aktivierungsfähige Teilmodernisierungen (An der Alten Universität)
1.314,9 Tsd. €	Maßnahmen an haustechnischen Anlagen
958,8 Tsd. €	Abrissmaßnahmen im Rahmen des Stadtumbaus
513,6 Tsd. €	sonstige Instandsetzungsmaßnahmen.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden Kreditverträge für Baumaßnahmen in Höhe von Tsd. € 6.347,6 € abgeschlossen. Valutierungen erfolgen daraus bis zum Bilanzstichtag in Höhe von Tsd. € 1.303,9.

Entwicklungen im Personal- und Sozialbereich

Der Personalbestand entwickelte sich von 81 Mitarbeitern (darunter 7 Auszubildende) in 2009 auf 83 Mitarbeiter (darunter 8 Auszubildende) in 2010. Für die Beschäftigten der Gesellschaft wurde am 15. Dezember 2008 ein Haustarifvertrag zwischen dem Unternehmen und der Gewerkschaft ver.di mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2011 unterzeichnet. Am 26. April 2010 wurde zwischen Geschäftsführung und Arbeitnehmervertretung ein Sozialplan mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2011 geschlossen.

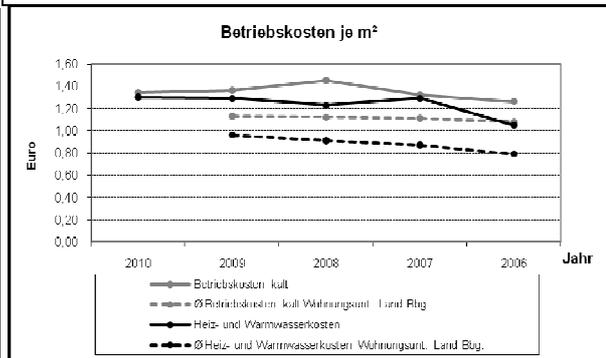
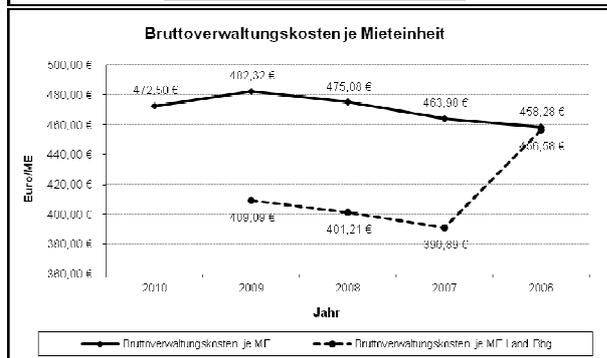
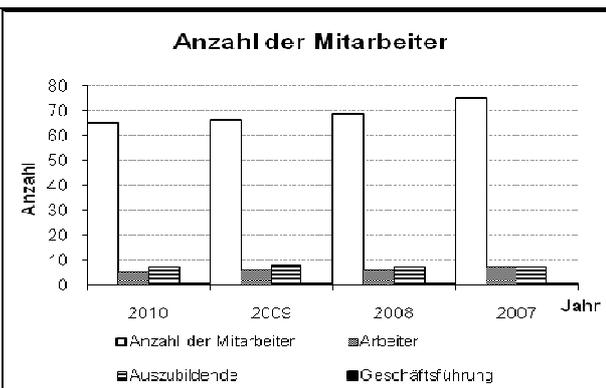
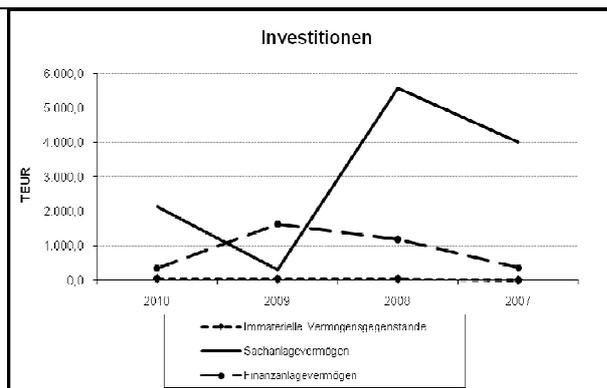
Risikomanagement

Die Gesellschaft verfügt über ein umfassendes Risikomanagement. Elemente des Risikomanagements sind: Risikobericht (Risikoerfassung und Risikobewertung), Risikokennzahlen mit Festlegung von kritischen Werten, mehrjährige Finanz- und Erfolgspläne (die unter Veränderung von Prämissen analysiert werden), Überwachung des Kreditportfolios und der Kapitalmarktentwicklung und regelmäßige Berichterstattung an Aufsichtsrat.

Die Geschäftsführung ist der Auffassung, dass durch dieses System alle relevanten Risiken frühzeitig erkannt werden und entsprechende Gegenmaßnahmen vorbereitet werden können. Das Risikomanagement ist so angelegt, dass nicht nur bestandsgefährdende Risiken erkannt werden, sondern auch Abweichungen von wesentlichen Planzielen auf Sachbearbeiterebene aufgedeckt und an die zuständige Stelle weitergeleitet werden. Ziel ist die möglichst genaue und schnelle Information der Geschäftsführung zur Beurteilung der Abweichung im Hinblick auf die Unternehmensplanung.

Kennzahlen

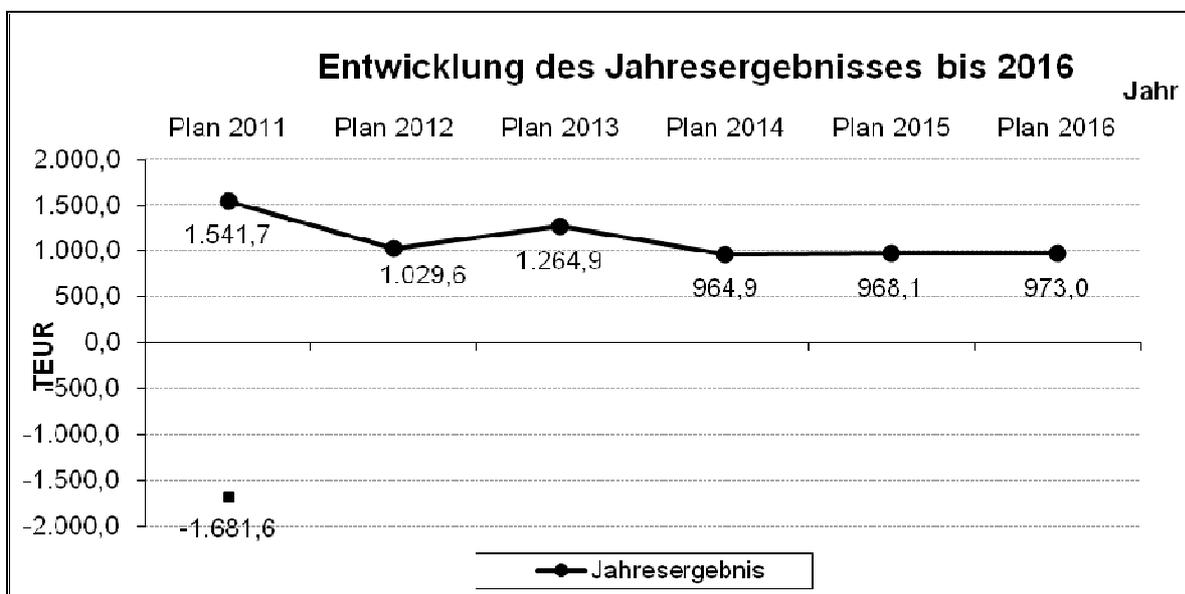
	Kritischer Wert	2010	2009
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	33,96%	32,94%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	35,37%	34,35%
Fremdkapitalquote	> 75 %	70,57%	65,99%
Verschuldungsgrad	-	2/1	2/1
Anlagendeckungsgrad I	-	36,47%	35,64%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	98,37%	99,54%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	12,73%	38,26%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	16,09%	51,31%
Working Capital	< 0	-10.124,5	5.783,6
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	-18,21%	17,48%
Materialintensität	-	56,95%	56,77%
Personalintensität	-	9,50%	9,43%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	91,86%	90,66%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	26,66	24,87
Produktivität	-	453,70	440,44
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	< Deb.lfz.	62	70
Debitorenlaufzeit	> Kred.lfz.	0	0



	2006	2007	2008	2009	2010
Wohnungsbestand am 31.12.	11.230	10.593	9.705	9.314	8.988
darunter WE leer	2.247	2.019	1.480	1.462	1.322
Leerstandsquote in %	20,0	19,1	15,3	15,7	14,7
Sollmieten WE in T€	27.348,5	26.002,7	25.021,2	24.365,9	23.937,8
Erlösschmälerungen wegen Leerstand in T€	4.414,1	3.877,8	3.538,9	3.355,8	3.162,3
Ausfallquote in %	16,1	14,9	14,1	13,8	13,2
Istmieten Wohnungen in T€	22.934,4	22.124,9	21.482,3	21.010,1	20.775,5

Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2011	HR 2011	Plan 2012	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Umsatzerlöse	36.577,0	36.357,1	37.010,4	433,4	1,18%
Sonstige Erträge	4.030,8	2.706,1	1.075,1	-2.955,7	-73,33%
Zuschüsse	1.175,1	1.180,0	947,5	-227,6	-19,37%
Materialaufwand	21.775,2	23.930,7	20.519,7	-1.255,5	-5,77%
Personalaufwand	3.311,9	3.232,8	3.125,8	-186,1	-5,62%
Abschreibungen	6.670,9	6.670,9	6.151,9	-519,0	-7,78%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.196,8	2.198,7	1.995,0	-201,8	-9,19%
Betriebsergebnis	7.828,1	4.210,1	7.240,6	-587,5	-7,51%
Finanzergebnis	-5.380,4	-4.993,7	-5.339,0	41,4	0,77%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.447,7	-783,6	1.901,6	-546,1	-22,31%
Steuern	906,0	898,0	872,0	-34,0	-3,75%
Jahresergebnis	1.541,7	-1.681,6	1.029,6	-512,1	-33,22%



Ausblick

In den kommenden zwei Jahrzehnten wird die Bevölkerung in Deutschland nicht nur schrumpfen, sondern es werden sich auch die Proportionen zwischen jungen, mittleren und älteren Altersgruppen deutlich verschieben. Eine besondere Ausprägung wird der demografische Wandel in den neuen Bundesländern erfahren, da in den meisten Regionen durch den Geburtenknick nach der Wende und die starken Abwanderungen erwerbsfähiger Haushalte der Alterungsprozess wesentlich intensivere Formen annehmen wird als in den alten Bundesländern.

Die Fortsetzung des Programms „Stadtumbau Ost“ bis zum Jahr 2016 wurde im Jahr 2009 beschlossen. Das Programm hat sich in der Praxis bewährt, den Folgen des demografischen Wandels in den ostdeutschen Ländern entgegen zu wirken. Ein wesentlicher Faktor für den Erfolg war aber auch die flankierende Regelung zur Altschuldenhilfe. Sofern eine Anschlussregelung ausbleibt, droht der Stadtumbau Ost zum Erliegen zu kommen.

Trotz dieser sich verschlechternden Rahmenbedingungen hält die Gesellschaft am beschlossenen Stadtumbaukonzept fest und wird ihre Abrissverpflichtungen bis zum Jahr 2013 erfüllen. Mit den bis Ende 2010 durch Abriss von Markt genommenen 3.854 Wohnungen konnten 80% des notwendigen

Ende 2010 durch Abriss von Markt genommenen 3.854 Wohnungen konnten 80% des notwendigen Gesamtrückbauvolumens der Gesellschaft umgesetzt werden. Ohne die Maßnahmen zur Beseitigung der Überbestände wäre der Leerstand mittlerweile auf 40% angestiegen.

Für die Stadt Frankfurt (Oder) wurde im Jahr 2009 eine aktualisierte Bevölkerungs-, Haushalts- und Wohnungsnachfrageprognose erstellt. Nach dem „regional-realistischen Szenario“ wird ein Einwohnerverlust von 11,4% (6.900 Personen) auf 53.661 Einwohner im Jahr 2020 prognostiziert.

Dieses Szenario bildet die Grundlage für die weitere strategische Ausrichtung der Gesellschaft. Im März 2010 wurde das betriebliche Sanierungskonzept aktualisiert. Es zog Bilanz zur Umsetzung des Sanierungskonzeptes aus dem Jahr 2003, ermittelte den aktuellen Instandsetzungsrückstau im Abgleich mit dem Beleihungsauslauf des Bestandes und macht die zwingende Fortführung und Qualifizierung der Programme Stadtumbau Ost sowie der Anschlussregelung für Altschulden deutlich.

Laut Prognose der Gesellschaft verringert sich der Leerstand bis 2013 auf 8,2%. Ab 2014 werden die Erfolge des Stadtumbaus durch den weiterhin anhaltenden Bevölkerungsrückgang überlagert, so dass die Leerstandsquote wieder eine steigende Tendenz zeigt bis auf 17,4% im Jahr 2020 bzw. 19,9% im Jahr 2021.

Die weitere Entwicklung des Unternehmens wird maßgeblich beeinflusst sein von der Zukunftsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder). Wenn es gelingt, die Ansiedlungspolitik der letzten Jahre fortzuführen bzw. zu forcieren, könnte sich die Stadt zu einem wichtigen Technologiezentrum im Land Brandenburg entwickeln. Entwicklungspotenziale bestehen in den Branchen Automotive, Ernährungswirtschaft, Logistik, Metallbe- und -verarbeitung/Mechatronik und Mikroelektronik sowie in der Tourismusbranche und in der Gesundheitswirtschaft. Der weitere Ausbau der Europa-Universität Viadrina mit einem modernen grenzüberschreitenden Konzept kann dazu beitragen, wirtschaftsnahe Forschungsinstitutionen hervorzubringen und mit der örtlichen Wirtschaft zu vernetzen.

Städtebauförderung und Stadtumbau Ost sind für die Entwicklung und weitere Modernisierung der Städte von existentieller Bedeutung. Nur aus langfristigen Programmlaufzeiten lässt sich Planungssicherheit für alle Beteiligten ableiten. Bei der Altschuldenhilfe wird zwingend eine Entlastung aller abzureißenden Wohnungen benötigt. Darüber hinaus muss auch die Belastung auf den Modernisierungskrediten, die auf Abrissbeständen lasten, im Fokus bleiben und eine Regelung finden. Im Rahmen der Fortführung des Stadtumbauprozesses sind gemeinsam von allen Stadtumbaubeteiligten Maßnahmen zu ergreifen, um der zweiten Leerstandswelle entgegen zu wirken.

Die Liquidität der Gesellschaft ist gegeben. Trotz positiver Ergebnisse in der Erfolgsplanung bleiben die finanziellen Möglichkeiten für Investitionsspielräume begrenzt.

Bereich Standortentwicklung

Investor Center Ostbrandenburg GmbH – Betreiber des World Trade Centers Frankfurt (Oder) – Slubice

Gründungsjahr: 2005

Die Gründung erfolgte durch Verschmelzung der 3 wirtschaftsfördernden Gesellschaften WTC, ETTC und Technologiepark Ostbrandenburg GmbH im Jahr 2005.

Stammkapital: 50,0 T€

Gesellschafter: Stadt Frankfurt (Oder)	96,50%
Stadt Slubice	2,50%
Sparkasse Oder-Spree	1,00%

Organe:

Geschäftsführer: Herr Dr. Wilke

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Förderung von Wirtschaft und Gewerbe zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegen kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Erfordernissen und Entscheidungen.

Gegenstand des Unternehmens**Aufgaben**

- Akquisition von Ansiedlungen und Dienstleistungen zur Förderung der Wirtschaft
- Vermarktung/Vermittlung der kommunalen Gewerbegebiete und weitere Ansiedlungsflächen
- Entwicklung des Güterverkehrszentrums in Frankfurt (Oder) incl. KV-Terminal
- Die Vertretung in der World Trade Center Association New York und Betreuung des World Trade Centers Frankfurt (Oder) für das Land Brandenburg, Frankfurt (Oder) und Slubice unter Beachtung der Lizenzrechte
- Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar wirtschaftsfördernde Zwecke unter der Maßgabe eines kostendeckenden Geschäftsbetriebes
- Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die dem genannten Gesellschaftszweck unmittelbar dienen.

Bemerkungen

Die ARITMA Revision GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2010 am 08. April 2011 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

In der Gesellschafterversammlung am 24. Juni 2011, vertreten durch den Oberbürgermeister, Herrn Dr. Wilke, wurde der Jahresabschluss 2010 festgestellt. Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Bilanz

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	40,0	40,6	-0,6	-1,48%
Imma. Vermögensgegenstände	6,1	4,2	1,9	45,24%
Sachanlagevermögen	33,9	36,4	-2,5	-6,87%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	539,2	315,5	223,7	70,90%
Vorräte	0,0	0,0	0,0	0,00%
Forderungen	144,3	43,1	101,2	234,80%
Liquide Mittel	394,9	272,4	122,5	44,97%
Rechnungsabgrenzungsposten	9,0	23,3	-14,3	-61,37%
Summe AKTIVA	588,2	379,4	208,8	55,03%

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	203,5	187,1	16,4	8,77%
Gezeichnetes Kapital	50,0	50,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	153,5	137,1	16,4	11,96%
Sonderposten	1,1	1,7	-0,6	-35,29%
Rückstellungen	119,9	131,8	-11,9	-9,03%
Verbindlichkeiten	189,3	44,5	144,8	325,39%
Rechnungsabgrenzungsposten	74,4	14,3	60,1	420,28%
Summe PASSIVA	588,2	379,4	208,8	55,03%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	94,8	159,6	-64,8	-40,60%
Sonstige Erträge	30,1	23,1	7,0	30,30%
Zuschüsse	1.093,7	1.007,7	86,0	8,53%
Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,00%
Personalaufwand	528,9	639,4	-110,5	-17,28%
Abschreibungen	20,6	18,3	2,3	12,57%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	682,3	575,3	107,0	18,60%
Betriebsergebnis	-13,2	-42,6	29,4	69,01%
Zinsergebnis	4,0	6,4	-2,4	-37,50%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-9,2	-36,2	27,0	74,59%
Steuern	0,0	0,2	-0,2	-100,00%
Jahresergebnis	-9,2	-36,4	27,2	74,73%

Auszug aus dem Lagebericht

Der wirtschaftliche Aufschwung im Jahr nach der weltweit größten Wirtschaftskrise war auch im Regionalen Wachstumskern Frankfurt (Oder)/Eisenhüttenstadt deutlich wahrzunehmen. So hat neben der planmäßigen Inbetriebnahme der größten Papiermaschine Europas in Eisenhüttenstadt, sich das bereits am Standort ansässige amerikanische Unternehmen First Solar für die Verdopplung der Produktionskapazitäten in Frankfurt (Oder) entschieden. Die Investor Center Ostbrandenburg GmbH betreute beide Unternehmen intensiv und in enger Zusammenarbeit mit regionalen und überregionalen Partnern. Zahlreiche Anfragen von nationalen und internationalen Unternehmen wurden bearbeitet und der Regionale Wachstumskern Frankfurt (Oder)/ Eisenhüttenstadt auf Messen in Deutschland und weiteren Zielländern intensiv vermarktet.

- Ansiedlungsnetzwerk Frankfurt (Oder) – Słubice
- Mikroelektronik Entwicklungstrend und Ansiedlungschancen
- WTC-Arbeit
- Logistikregion Viadrina
- Vermarktung und Optimierung KV-Terminal
- Wertschöpfungskette Solarindustrie
- Arbeitskräftegewinnung und -qualifizierung
- Ansiedlung höherwertiger IT-Service-Unternehmen
- Metallverarbeitung / Wind
- Papier- und Verpackungspark
- Automotive/ Zulieferindustrie
- Sonderprojekt Stadtmarketing

Orientierung auf Branchenschwerpunkte

Entsprechend der Gliederung der Brandenburger Landesregierung war auch die Projektarbeit im Wachstumskern im Fokus auf die geltenden Schwerpunktbranchen ausgerichtet: Metallerzeugung, Be- und Verarbeitung/Mechatronik, Mikroelektronik, Medien/IKT, Logistik, Automobil, Papier und Ernährungswirtschaft. Darüber hinaus wurden dem internationalen Trend folgend, Untersuchungen zum Thema „Batterien, Batterietechnologien“, initiiert und eine „Competiveness Study“ für eine Batteriefertigung in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse der Untersuchungen /Studie werden für die weiteren Akquisitionstätigkeiten genutzt.

Für die Zusammenarbeit mit der Stadt Słubice bildet das WTC Frankfurt (Oder) – Słubice die Grundlage. Durch das INTERREG IVA Projekt „Gemeinsames Grenzüberschreitendes deutsch-polnisches Ansiedlungsnetzwerk“ wurde diese weiter intensiviert.

Geschäftsverlauf und Ergebnisse

Weitere Arbeitsplätze entstehen in Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt aus Erweiterungsinvestitionen von bereits angesiedelten Unternehmen (Bsp.: First Solar und call24). Die Papierfabrik hat planmäßig die Produktion aufgenommen. Dadurch entstehen ca. 175 (z.Zt. 130) direkte und mehr als 500 indirekte Arbeitsplätze im Regionalen Wachstumskern Frankfurt (Oder)/Eisenhüttenstadt.

Das Umschlag-Aufkommen am KV-Terminal hat sich innerhalb eines Jahres von 36.000 TEUR auf 65.000 TEUR, um das 1,8 fache erhöht. Ohne weitere Investitionen sind die Kapazitätsgrenzen in Kürze ausgeschöpft. Die im Jahr 2010 abgeschlossene Investmaßnahme „Östliche Gleisanbindung“ trug zur Effizienzsteigerung des Terminals bei. Das ICOB hat im Jahr 2008 in Vertretung der neu zu gründenden Infrastrukturgesellschaft einen Antrag zum Ausbau des Terminals mittels Kranbahn an das Eisenbahnbundesamt (EBA) eingereicht. Das EBA bewilligte im November 2010 die erste Ausbaustufe mit 5,6 Mio. € Fördermittel (80% Förderung).

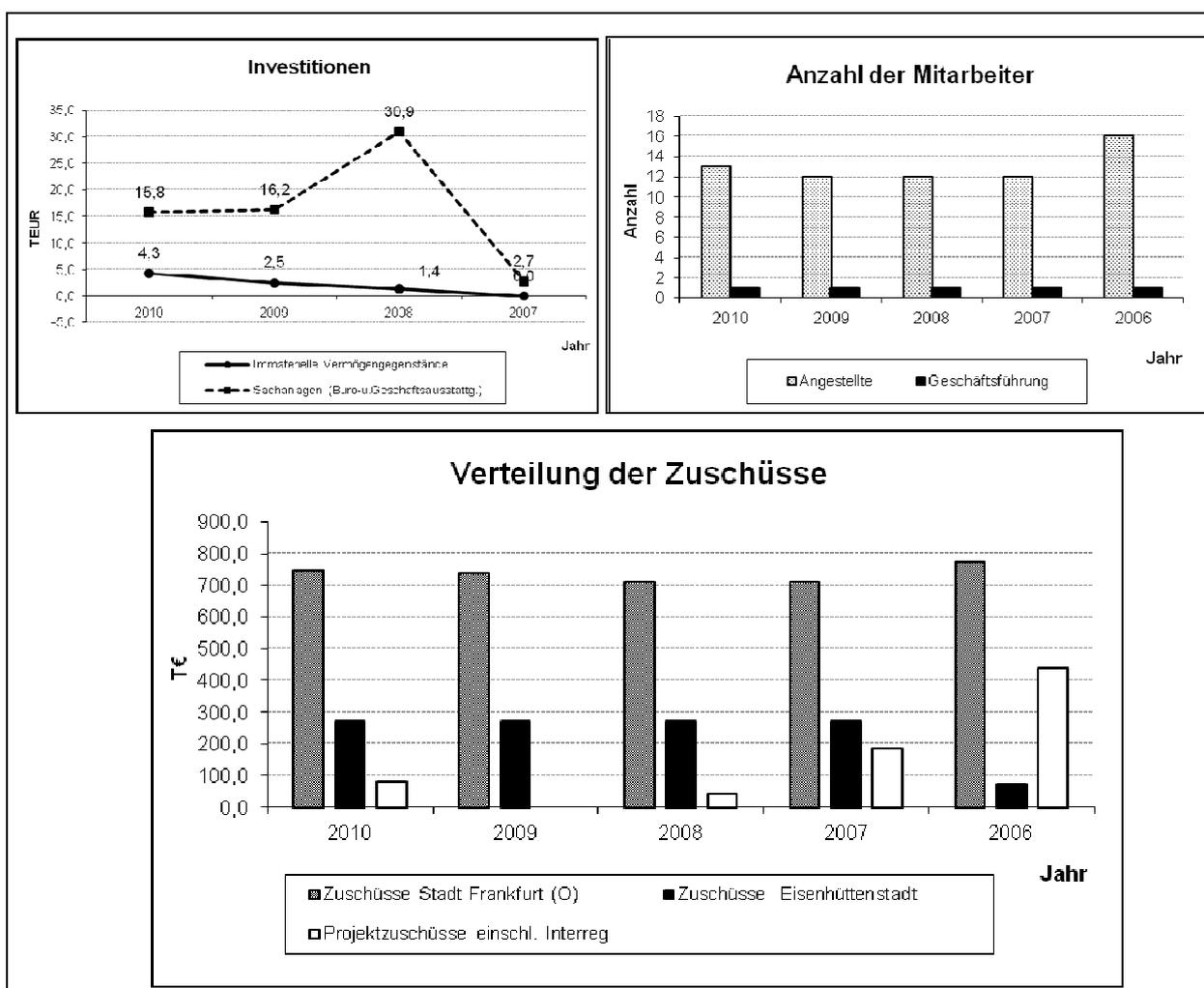
Personalentwicklung

Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten der Gesellschaft betrug im Geschäftsjahr 2010 ohne Geschäftsführer 13 Mitarbeiter. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Personalaufwand um Tsd. € 110,5 reduziert. (2010: Tsd. € 528,9 / 2009: Tsd. € 639,4)

Zur Reduzierung der Personalkosten führten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

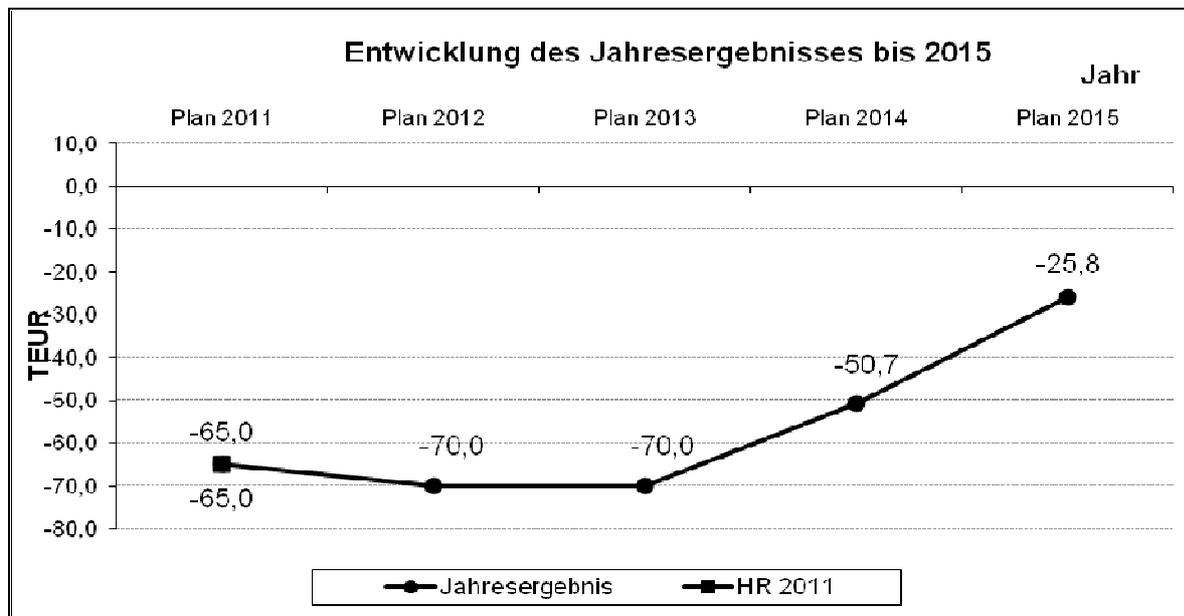
- Wahl des Geschäftsführers, Herrn Dr. Martin Wilke, im März 2010, zum Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder).
- Eine zweite im INTERREG IV A Projekt geplante Personalstelle wurde beim Projektpartner Słubice eingerichtet.
- Für eine Personalstelle wurde ein Monat Elternzeit beantragt.
- Im Bereich Marketing konnte eine Personalstelle nicht nahtlos neubesetzt werden.
- In Anlehnung an die im Jahr 2010 ausstehende Entscheidung zur Bewilligung des zweiten INTERREG IV A-Projektes „Logistikregion Viadrina“ wurde die Besetzung der im Bereich ETTC geplanten Personalstelle verschoben.
- Das 13. Monatsgehalt wurde zu 75% ausgezahlt.

Kennzahlen			
	Kritischer Wert	2010	2009
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	34,60%	49,31%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	34,78%	49,76%
Fremdkapitalquote	> 75 %	65,22%	50,24%
Verschuldungsgrad	-	17/9	1/1
Anlagendeckungsgrad I	-	508,75%	460,84%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	515,25%	467,24%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	159,17%	150,66%
Liquidität 2. Grades	> 100 %	220,96%	187,39%
Working Capital	< 0	291,1	134,7
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	-13,92%	-26,69%
Materialintensität	-	0,00%	0,00%
Personalintensität	-	557,91%	400,63%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	6,80%	10,70%
Umschlaghäufigkeit der Forderungen	-	1,01	3,10
Produktivität	-	7,29	12,28
Cash- und Forderungsmanagement			
Debitorenlaufzeit	< Kred.lfz.	59	33



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2011	HR 2011	Plan 2012	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Umsatzerlöse	50,6	58,9	50,6	0,0	0,00%
Sonstige Erträge	0,0	36,7	0,0	0,0	0,00%
Zuschüsse	1.323,4	1.403,0	1.441,8	118,4	8,95%
Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Personalaufwand	721,8	690,0	717,6	-4,2	-0,58%
Abschreibungen	17,6	21,7	19,1	1,5	8,52%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	673,7	817,1	800,7	127,0	18,85%
Betriebsergebnis	-39,1	-30,2	-45,0	-5,9	-15,09%
Zinsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-39,1	-30,2	-45,0	-5,9	-15,09%
Steuern	25,9	34,8	25,0	-0,9	-3,47%
Jahresergebnis	-65,0	-65,0	-70,0	-5,0	-7,69%

**Ausblick**

Zuschüsse der Städte Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt sichern weiter den Geschäftsbetrieb. Weiterhin stellen die Projektmittel aus INTERREG IV A - Mitteln eine weitere Finanzierungsquelle dar, im Moment jedoch mit Zahlungsverzögerungen.

Das Projekt „Gemeinsames deutsch-polnisches Ansiedlungsnetzwerk“ wurde im März 2010 begonnen und hat eine Laufzeit von 36 Monaten. Der Beginn des Projektes Logistikregion Viadrina ist für 2011 vorgesehen.

Zur langfristigen Stabilisierung der Gesellschaft sind Aufnahmeverhandlungen mit der zukünftigen Gesellschafterin, Stadt Eisenhüttenstadt, eingeleitet worden. Beide Städte arbeiten im Regionalen Wachstumskern eng zusammen und haben sich klar zur Investor Center Ostbrandenburg GmbH als gemeinsame Wirtschaftsfördergesellschaft bekannt.

Zur Flexibilisierung, Effizienzsteigerung und Prozessbeschleunigung wird die Gesellschaftsstruktur angepasst. Es ist geplant, einen Aufsichtsrat einzusetzen, welcher neben seiner Kontrolltätigkeit auch eine Beratungsfunktion der Geschäftsführung wahrnehmen wird.

Business and Innovation Centre Frankfurt (Oder) GmbH

Gründungsjahr:	1991
Stammkapital:	283,8 T€
Gesellschafter:	Stadt Frankfurt (O) 50,45%
	ExperConsult GmbH Dortmund 25,23%
	Sparkasse Oder-Spree 14,41%
	KdT –Fortbildungs- und Umschulungs GmbH 3,60%
	IHK Frankfurt (Oder) 3,60%
	Herr Hoppe 2,71%
Organe:	
Geschäftsführer:	Herr Hoppe
Beirat:	Herr Schülke - Vorsitzender Herr Patzelt - stellv.Vors. Herr Müller Herr Maschke

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Innovations- und Transferzentrums sowie eines Technologieparks in Frankfurt (Oder). Dazu kann sich das Unternehmen an Gesellschaften und Vereinen, die ähnliche Ziele verfolgen, beteiligen. Das Unternehmen soll kostendeckend und nicht vordergründig gewinnorientiert arbeiten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Absatz 2 BbgKVerf. gehört die Förderung von Wirtschaft und Gewerbe zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf. verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung, Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Der Jahresabschluss wurde gemäß § 4 Abs. 1 EStG zum 31. Dezember 2010 auf Grund der Buchführung, der vorgelegten Unterlagen und erteilten Auskünfte und unter Beachtung der handels- und steuerrechtlichen Vorschriften durch den Steuerberater, Herrn Hergarten, am 20. April 2011 fertiggestellt. Die Feststellungen nach § 53 HGrG wurden ebenfalls vom Steuerberater, Herrn Hergarten erstellt.

In der Gesellschafterversammlung am 23. Mai 2011 vertreten durch den Oberbürgermeister, Herrn Wilke, wurde der Jahresabschluss 2010 bestätigt. Der Geschäftsführung und dem Beirat wurde in dieser Gesellschafterversammlung Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

Höhe: € **312.960** (Vj: € 400.992)

Davon mit einer Restlaufzeit von:

➤ bis 1 Jahr:	€	0
	Vj:	€ 0
➤ 1 - 5 Jahre:	€	0
	Vj:	€ 0
➤ ab 5 Jahre:	€	312.960
	Vj:	€ 400.992

Bilanz

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	723,9	806,6	-82,7	-10,25%
Imma. Vermögensgegenstände	3,6	0,4	3,2	800,00%
Sachanlagevermögen	717,4	800,4	-83,0	-10,37%
Finanzanlagevermögen	2,9	5,8	-2,9	-49,95%
Umlaufvermögen	70,5	128,5	-58,0	-45,14%
Vorräte	0,0	0,0	0,0	0,00%
Forderungen	65,5	63,0	2,5	3,97%
Liquide Mittel	5,0	65,5	-60,5	-92,37%
Rechnungsabgrenzungsposten	7,4	7,7	-0,3	-3,90%
Summe AKTIVA	801,8	942,8	-141,0	-14,95%
TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	359,9	358,5	1,4	0,39%
Gezeichnetes Kapital	283,8	283,8	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	76,1	74,7	1,4	1,87%
Sonderposten	-134,1	-137,7	3,6	2,61%
Rückstellungen	133,5	131,6	1,9	1,44%
Verbindlichkeiten	434,3	516,7	-82,4	-15,95%
Rechnungsabgrenzungsposten	8,2	73,7	-65,5	-88,87%
Summe PASSIVA	801,8	942,8	-141,0	-14,96%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	811,1	698,7	112,4	16,09%
Sonstige Erträge	242,4	228,8	13,6	5,94%
Zuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,00%
Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,00%
Personalaufwand	479,0	403,8	75,2	18,62%
Abschreibungen	87,4	91,7	-4,3	-4,69%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	444,1	389,7	54,4	13,96%
Betriebsergebnis	43,0	42,3	0,7	1,65%
Zinsergebnis	-23,5	-25,2	1,7	6,75%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	19,5	17,1	2,4	14,04%
Steuern	14,6	13,5	1,1	8,15%
Jahresergebnis	4,9	3,6	1,3	36,11%
Einstellung in die Kapitalrücklage	0,0	0,0	0,0	0,00%
Entnahme aus der Kapitalrücklage	0,0	0,0	0,0	0,00%
Bilanzergebnis	4,9	3,6	1,3	36,11%

Auszug aus dem Lagebericht

Das Jahr 2010 war für die BIC Frankfurt (Oder) GmbH ein gutes Jahr, die Auswirkungen der Finanzkrise trafen das Unternehmen kaum. Auch die von uns betreuten Unternehmen hatten keine existenziellen Probleme.

Etwas betroffen war das Unternehmen durch den Auszug der lesswire AG nach Berlin und der Kündigung der Mietverträge durch die BC Brandenburg Capital GmbH (Konzentration in Potsdam) und die ZAB GmbH (Umzug im Stadtgebiet) zum Jahresende.

Eine gute Zusammenarbeit hat sich mit First Solar auf dem Weiterbildungssektor ergeben, insbesondere auch durch die in 2011 geplante Verdopplung der Produktionskapazität.

Sechs Unternehmensgründungen wurden begleitet, Einfach Fair Catering GmbH, Ecotech Engineering, Dot cons, Adam Jan Zugaj, Euroflop GbR, Kilatronic GmbH i. G.

Weiterhin wurden Gespräche mit der Silicon Radar GmbH i.G. zum Umzug und zur Betreuung durch die BIC Frankfurt (Oder) GmbH geführt (ein Mietvertrag konnte zum 01.04.2011 abgeschlossen werden).

Im Auftrag des Lotsendienstes der IHK und der KOWA an der Europa-Universität wurden 10 (nichttechnologieorientierte) Gründer kostenpflichtig beraten. Weiterhin wurden die Existenzgründerseminare der IHK durch Referenten unterstützt.

Gut läuft die Arbeit des Arbeitskreises „ExistenzGründerPartner ODERLAND“, deren Sprecher der Geschäftsführer des Unternehmens ist. Dank des Sponsorings der Sparkasse Oder-Spree, Sparkasse Märkisch-Oderland und der Deutschen Bank konnte zum 7. Mal der Existenzgründerpreis im Oktober 2010, der inzwischen zu einer festen Institution geworden ist, vergeben werden.

Die Zusammenarbeit mit dem „Centre of Entrepreneurship“ an der Europa-Universität hat sich gefestigt. Das BIC unterstützt die Gründungsaktivitäten an der Uni. Nach der Entscheidung der Stadtverordneten für die Rekonstruktion und den Umzug der Volkshochschule in die Gartenstraße wurden mit den Architekten die Räumlichkeiten für das universitätsnahe Existenzgründerzentrum abgestimmt und in die Bauausführung aufgenommen.

Zum 01. März 2010 stellten wir für das „Netzwerk Solar Berlin-Brandenburg“ einen Mitarbeiter ein, der als Geschäftsführer des Solarvereines begann, dieses durch die Landesregierung geförderte Netzwerk aufzubauen.

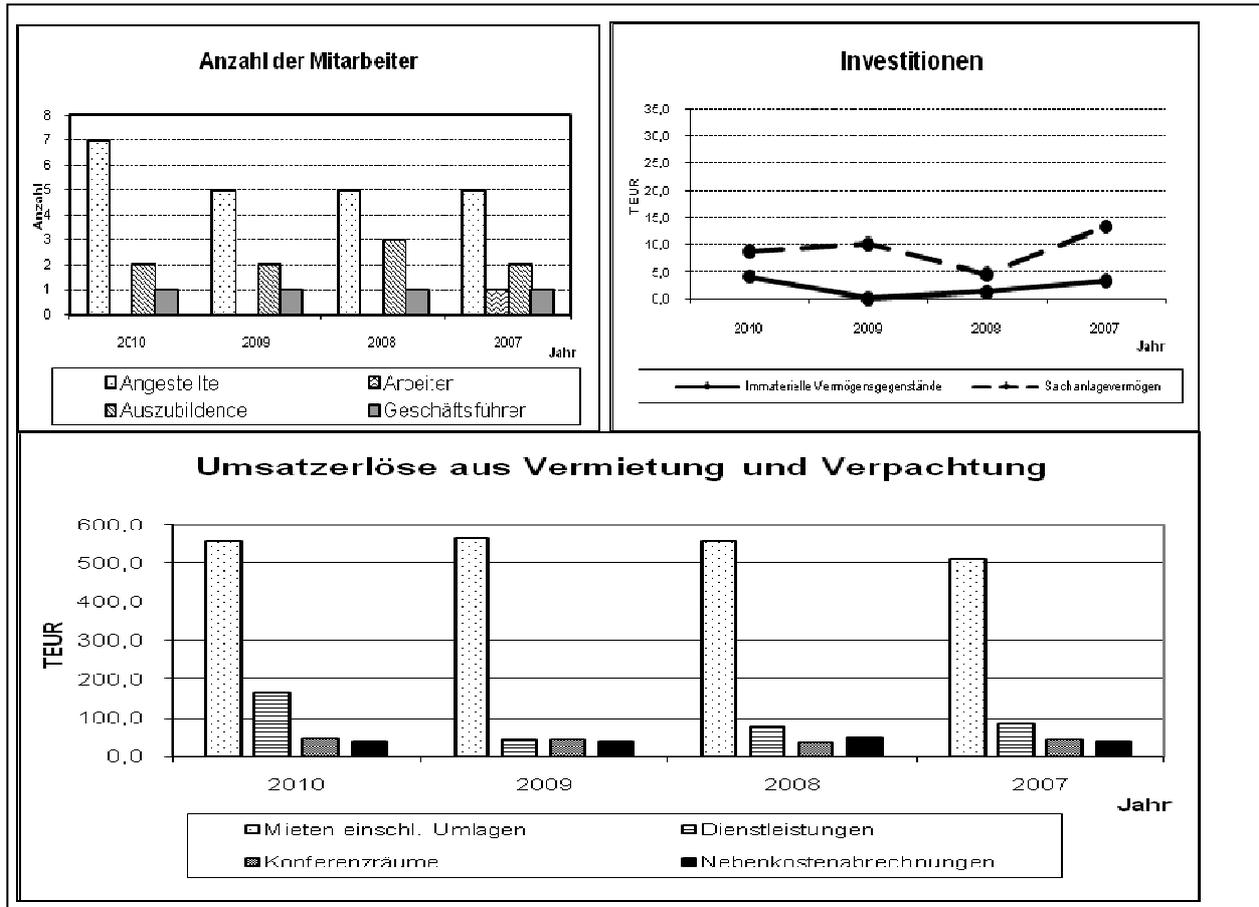
Am 01. April 2010 begann das Interreg IV-B-Projekt PROINCOR – “Proactive Innovation Support for SME’s along the Baltic-Adriatic Corridor”, ein Projekt mit 10 Partnern aus 7 EU-Staaten. Dafür wurde ab dem 01. Mai 2010 ein Mitarbeiter befristet für dieses Projekt als Innovationsberater eingestellt.

Der Hauptgeschäftsführer der IHK Ostbrandenburg konnte als Mitglied des Advisory Boards gewonnen werden. Dieses Projekt wird in enger Zusammenarbeit mit den Innovationsbereichen der IHK Ostbrandenburg und der HWK Ostbrandenburg zu Frankfurt (Oder) durchgeführt.

Das Projekt „Viadukt innovativ“ im Rahmen des Programms Interreg IV A läuft sehr gut, was den inhaltlichen Teil betrifft. Nachdem am 01.07.2009 der vorzeitige Maßnahmebeginn auf eigenes Risiko war, haben wir im Mai 2010 den Vertrag rückwirkend zum 01.07.2009 erhalten. Der erste Geldfluss erfolgte im September 2010. Das Projekt, welches ausschließlich wirtschaftsfördernd ist (so wie alle Projekte wirtschaftsfördernd für KMU durchgeführt werden), kann nur Dank dem wieder aufgenommenen Cash-Management des Gesellschafters Stadt Frankfurt (Oder) durchgeführt werden, da es durch die verspäteten Zahlungen sehr gegen die Liquidität des Unternehmens geht. Hier gilt der Dank dem Gesellschafter.

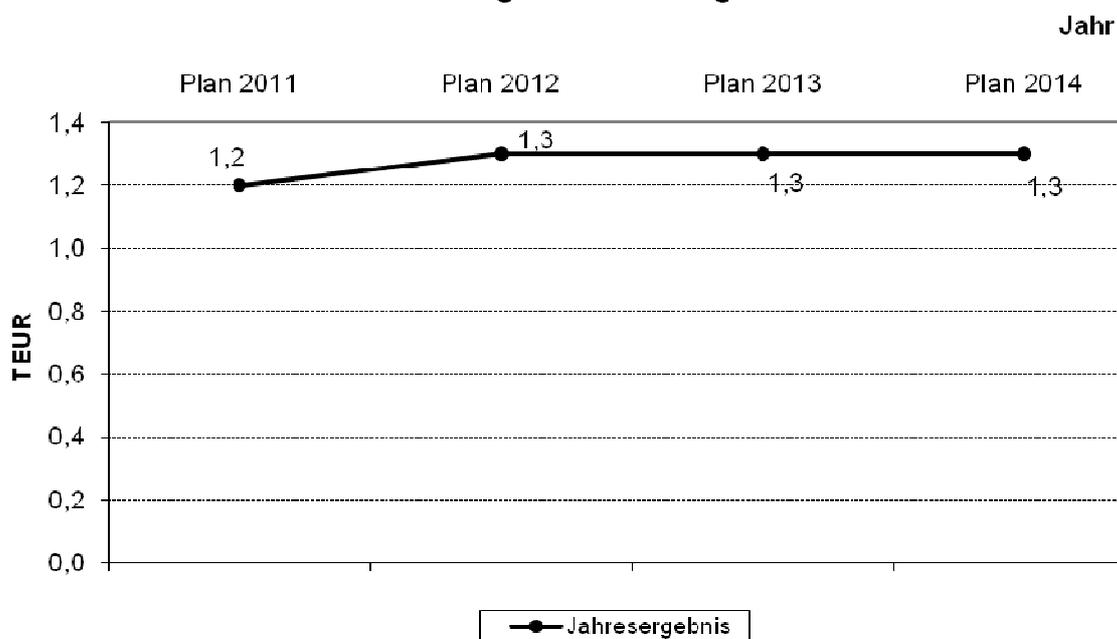
Das Projekt „Nebal“ (Neue Beschäftigung auf dem Lande), in dem wir Nachauftragsnehmer sind, läuft planmäßig. Ebenso läuft das Leonardo-Projekt „long-life learning“ - „Meat matters“ planmäßig. Das mit dem Technologiezentrum Dortmund angearbeitete Projekt „Technologiepark Sofia“ kam bisher nicht zum Start. Dieses liegt an inneren Problemen im bulgarischen Staat begründet.

Kennzahlen			
	Kritischer Wert	2010	2009
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	44,88%	38,02%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	28,16%	23,42%
Fremdkapitalquote	> 75 %	71,84%	76,58%
Verschuldungsgrad	-	8/5	2/1
Anlagendeckungsgrad I	-	49,71%	44,44%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	96,22%	103,65%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	2,09%	26,79%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	32,55%	55,71%
Working Capital	< 0	-168,8	-116,0
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	5,30%	6,05%
Materialintensität	-	0,00%	0,00%
Personalintensität	-	59,06%	57,79%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	90,28%	85,55%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	12,62	9,69
Produktivität	-	81,11	87,34
Cash- und Forderungsmanagement			
Debitorenlaufzeit	< Kred.lfz.	13	18



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2011	HR 2011	Plan 2012	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Umsatzerlöse	489,9	489,9	500,4	10,5	2,14%
Sonstige Erträge	814,5	814,5	676,2	-138,3	-16,98%
Zuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Personalaufwand	464,9	464,9	457,6	-7,3	-1,57%
Abschreibungen	82,8	82,8	77,8	-5,0	-6,04%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	728,5	728,5	619,3	-109,2	-14,99%
Betriebsergebnis	28,2	28,2	21,9	-6,3	-22,34%
Zinsergebnis	-13,0	-13,0	-6,6	6,4	49,23%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15,2	15,2	15,3	0,1	0,66%
Steuern	14,0	14,0	14,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	1,2	1,2	1,3	0,1	8,33%

Entwicklung des Jahresergebnisses**Ausblick**

Ende des Jahres wurde gemeinsam mit dem IHP und dem Oberbürgermeister während eines Besuchs bei der Adam-Mickiewicz-Universität Poznan ein Kooperationsvertrag des IHP und der AMU abgeschlossen; das BIC schloss einen Kooperationsvertrag mit der AMU-Stiftung „Technologie Park Poznan“ ab. Diesen gilt es 2011 mit Leben zu erfüllen, gemeinsame Projekte sind geplant.

Insgesamt schaut die BIC optimistisch in das Jahr 2011. Erste Gespräche mit potentiellen Mietern sind angelaufen. Die BIC erwartet, das Jahr 2011 wieder positiv im Gewinnbereich gestalten zu können.

Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) GmbH

Gründungsjahr: 2006
Stammkapital: 30,0 T€
Gesellschafter: Stadt Frankfurt (Oder), 100%

Organe:
 Geschäftsführer: Herr Dahlke (bis 30.09.2010)
 Herr Schubert (ab 01.10.2010)

Aufsichtsrat:
 Herr Derling – Vorsitz
 Herr Thom – Stellv. Vorsitz
 Herr Neumann
 Herr Pohl
 Herr Mende
 Herr Müller

Gegenstand des Unternehmens

- Ansiedlung von Technologie- und Gewerbeunternehmen
- Verwaltung eigener und fremder Immobilien
- Vermietung, Verpachtung u. Betreibung von Immobilien u. Grundstücken im eigenen und fremden Namen
- Entwicklung, Beplanung und Bebauung von Immobilien und Grundstücken im eigenen und fremden Namen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Absatz 2 BbgKVerf. gehört die Förderung von Wirtschaft und Gewerbe zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf. verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Der Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) GmbH wurde am 25. März 2011 der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk durch die PricewaterhouseCoppers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für den Jahresabschluss 2010 erteilt. Dabei wurde auch die Prüfung nach § 53 HGrG vorgenommen.

In der Gesellschafterversammlung am 27. April 2011, vertreten durch den Oberbürgermeister, Herrn Wilke, wurde der Jahresabschluss 2010 festgestellt. Der Geschäftsleitung und dem Aufsichtsrat wurde die Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:
 Höhe: **0,00 €** (Vj: €)
 Davon mit einer Restlaufzeit von:

- bis 1 Jahr: 0,00 €
- 1 - 5 Jahre: 0,00 €
- ab 5 Jahre: 0,00 €

Bilanz

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	9.269,8	7.445,4	1.824,4	24,50%
Imma. Vermögensgegenstände	1,7	1,9	-0,2	-10,53%
Sachanlagevermögen	9.268,1	7.443,5	1.824,6	24,51%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	1.661,9	1.723,5	-61,6	-3,57%
Vorräte	0,0	0,0	0,0	0,00%
Forderungen	256,6	216,2	40,4	18,69%
Liquide Mittel	1.405,3	1.507,3	-102,0	-6,77%
Rechnungsabgrenzungsposten	48,9	49,1	-0,2	-0,41%
Summe AKTIVA	10.980,6	9.218,0	1.762,6	19,12%
TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	10.551,4	8.404,8	2.146,6	25,54%
Gezeichnetes Kapital	30,0	30,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	10.521,4	8.374,8	2.146,6	25,63%
Sonderposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Rückstellungen	105,4	534,2	-428,8	-80,27%
Verbindlichkeiten	323,8	279,0	44,8	16,06%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Summe PASSIVA	10.980,6	9.218,0	1.762,6	19,12%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	2.174,7	2.172,4	2,3	0,11%
Sonstige Erträge	2.120,1	204,0		0,00%
Zuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,00%
Materialaufwand	1.027,9	979,2	48,7	4,97%
Personalaufwand	248,0	309,9	-61,9	-19,97%
Abschreibungen	222,8	186,9	35,9	19,21%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	116,1	157,0	-40,9	-26,05%
Betriebsergebnis	2.680,0	743,4	1.936,6	260,51%
Zinsergebnis	4,2	18,8	-14,6	-77,66%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.684,2	762,2	1.922,0	252,16%
Außerordentliches Ergebnis	-0,3	0,0	-0,3	0,00%
Steuern	133,3	0,0	133,3	0,00%
Jahresergebnis	2.550,6	762,2	1.788,4	234,64%
Gewinnvortrag	2.259,80	1.882,50	377,3	20,04%
Gewinnausschüttung an Gesellschafterin	-404,00	-385,00	-19,0	-4,94%
Bilanzgewinn	4.406,40	2.259,80	2.146,6	94,99%

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft wurde 2010 durch die wirtschaftliche Gesamtlage der Bundesrepublik Deutschland mitbestimmt. Durch die positive wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland konnten die Auswirkungen der Finanzkrise weiter verringert werden. Ein großer Mieter, der bereits im Jahr 2009 die Produktion aufgab, hat im Berichtszeitraum die restlichen Flächen zurück gegeben. Ein weiterer Mieter verließ zu Beginn des Berichtszeitraumes den Standort, diese Flächen konnten ohne Unterbrechung weiter vermietet werden.

Im Jahr 2010 wurde ein Grundstück mit 511m² verkauft.

Die Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) GmbH hat ihre Bemühungen trotz alledem weiter auf die Verbesserung der Auslastung der zur Verfügung stehenden Flächen und Räumlichkeiten des Gewerbegebietes ausgerichtet.

Der Bau der Umgehungsstraße um das TeGeCe, wurde im Dezember 2009 begonnen und 2010 beendet. Das TeGeCe beteiligte sich im Jahr 2010 mit TEUR 250 an dieser Straße.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2010 ist die Ertragslage wesentlich durch Erträge aus der Wertaufholung bei Gebäuden in Höhe von insgesamt TEUR 891 aus der Betriebsprüfung der Jahre 2007- 2009, der Wertaufholung auf der Grundlage von Gutachten in Höhe von TEUR 976 sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 207) beeinflusst.

Das Vermietungsgeschäft hat sich durch den Abschluss von 24 Mietverträgen mit einer Mietfläche von 12.346 m² weiter verbessert. Insbesondere Erweiterungen der Mietverträge mit den Firmen Yamaichi Electronics Deutschland Manufacturing GmbH und First Solar Manufacturing GmbH haben wesentlich dazu beigetragen.

Im gleichen Zeitraum gaben aber auch 8 Mieter eine Mietfläche von 8.253 m² auf. Die meisten Mietverhältnisse wurden planmäßig beendet.

Die Umsatzerlöse aus der Vermietung blieben gegenüber dem Vorjahr konstant.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde ein Jahresüberschuss von 2.551 TEUR (Vorjahr TEUR 762) erzielt. Dieser hohe Jahresüberschuss ist vor allem auf die im Ergebnis einer steuerlichen Betriebsprüfung vorgenommene Wertaufholung sowie weitere Wertaufholungen auf der Grundlage von Gutachten von in Vorjahren abgewerteten Gebäuden zurückzuführen.

Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft war in 2010 zu jeder Zeit gesichert. Am 31. Dezember 2010 verfügte die Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) GmbH über 1.405 TEUR eigene flüssige Mittel. Für den Bau einer Umgehungsstraße wurden 250 TEUR durch die Stadt in 2010 abgerufen. Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit betrug im Jahr 2010 TEUR 486.

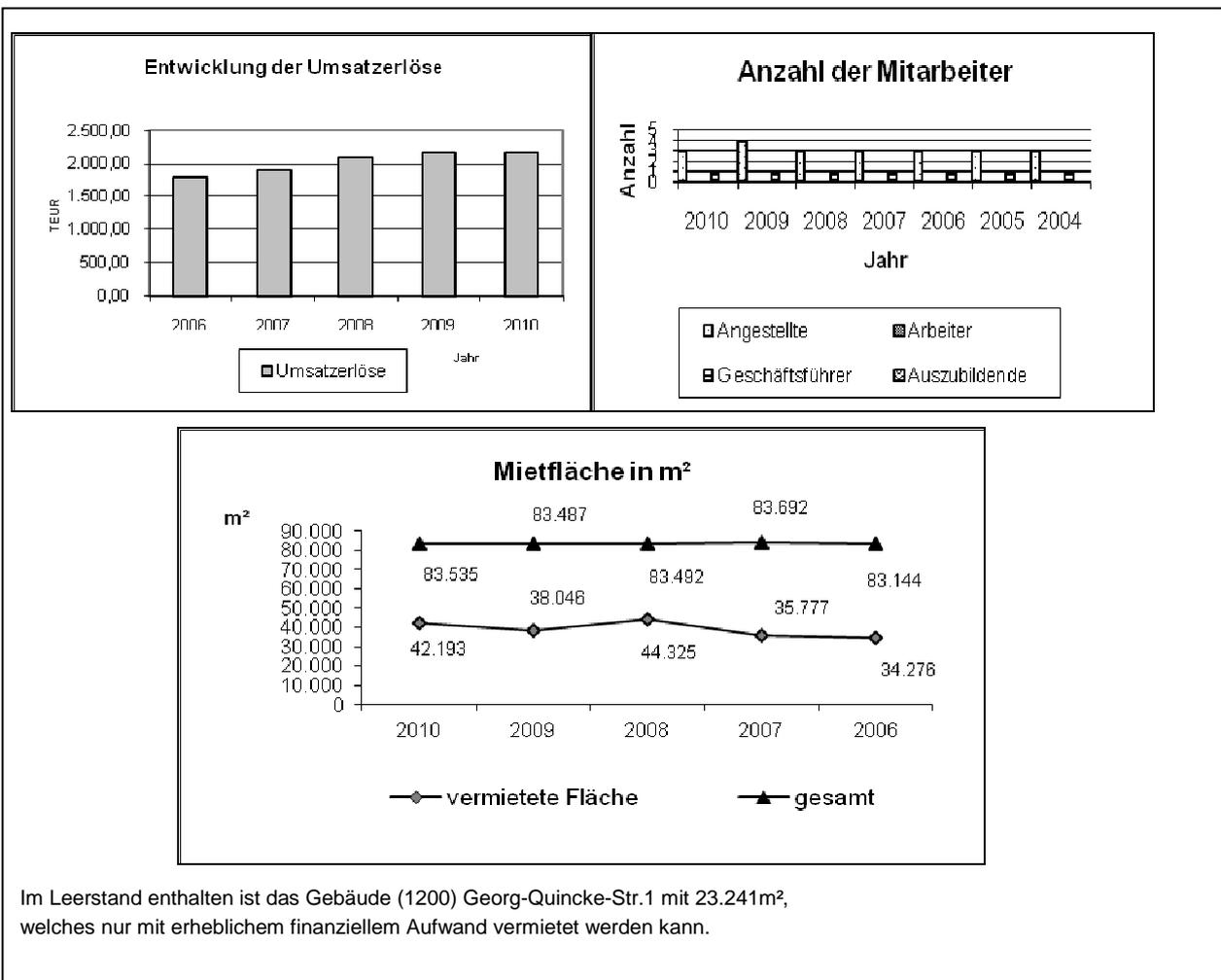
Auf Beschluss der Gesellschafterversammlung sind im Mai und November 2010 aus dem steuerlichen Einlagekonto Ausschüttungen von TEUR 404 an die Stadt Frankfurt (Oder) vorgenommen worden.

Vermögenslage

Die Eigenkapitalquote ist im Geschäftsjahr trotz der erfolgten Ausschüttungen aus dem steuerlichen Einlagekonto von 91,1% auf 96,1% angestiegen.

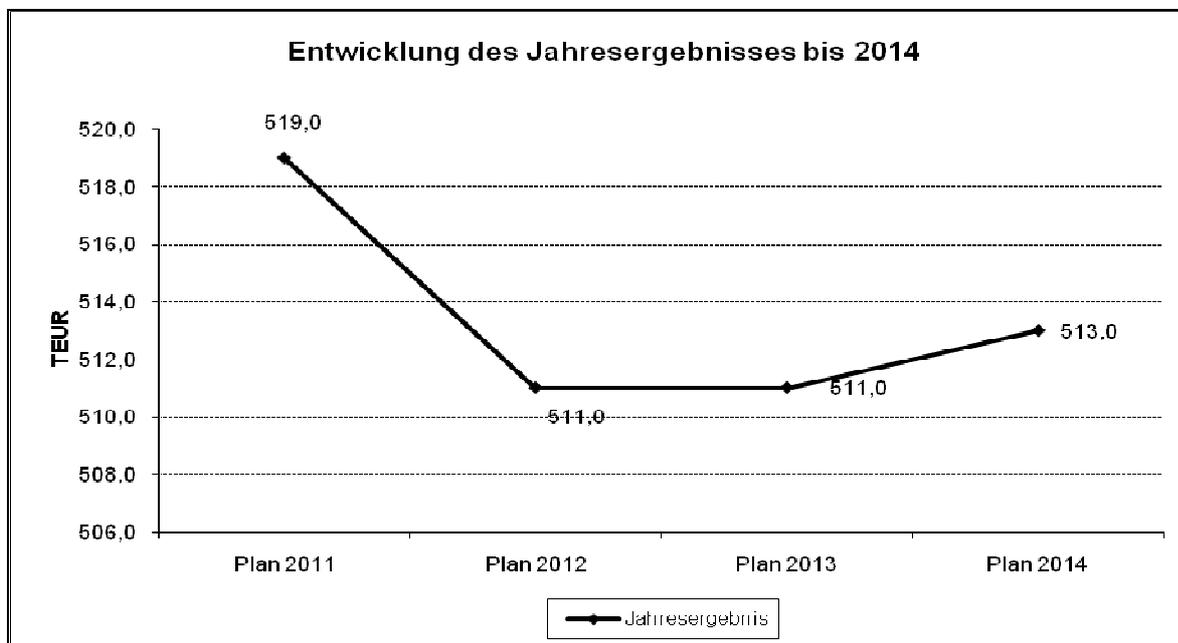
Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 1.763 TEUR bzw. 19,1 % angestiegen. Dabei hat auf der Aktivseite vor allem das Anlagevermögen aufgrund der Zuschreibungen zugenommen. Auf der Passivseite entfällt die Zunahme insbesondere auf das Eigenkapital.

Kennzahlen			
	Kritischer Wert	2010	2009
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	96,09%	91,18%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	96,09%	91,18%
Fremdkapitalquote	> 75 %	3,91%	8,82%
Verschuldungsgrad	-	0/1	0/1
Anlagendeckungsgrad I	-	113,83%	112,89%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	114,01%	113,66%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	341,01%	199,48%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	415,14%	234,60%
Working Capital	< 0	1.249,8	967,9
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	123,24%	34,22%
Materialintensität	-	47,27%	45,07%
Personalintensität	-	11,40%	14,27%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	84,42%	80,77%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	9,20	10,84
Produktivität	-	543,68	434,48
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	< Deb.lfz.	42	30
Debitorenlaufzeit	> Kred.lfz.	11	10



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2011	HR 2011	Plan 2012	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Umsatzerlöse	2.090,0	2.090,0	2.100,0	10,0	0,48%
Sonstige Erträge	50,0	50,0	50,0	0,0	0,00%
Zuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Materialaufwand				0,0	0,00%
Personalaufwand	300,0	300,0	303,0	3,0	1,00%
Abschreibungen	211,0	211,0	216,0	5,0	2,37%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.125,0	1.125,0	1.136,0	11,0	0,98%
Betriebsergebnis	504,0	504,0	495,0	-9,0	-1,79%
Zinsergebnis	15,0	15,0	16,0	1,0	6,67%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	519,0	519,0	511,0	-8,0	-1,54%
Steuern	0,0	0,0		0,0	0,00%
Jahresergebnis	519,0	519,0	511,0	-8,0	-1,54%



Ausblick

Es wird erwartet, dass sich die Umsätze in den Folgejahren, resultierend aus dem erreichten Vermietungsstand und vor allem aus der verstärkten Ansiedlung von Unternehmen der Hoch-Technologie, weiterhin auf einem soliden Niveau bewegen.

Die konsequente Führung eines strikten Kostenmanagements und die Nutzung vorhandener Potenziale zur Optimierung der zur Vermietung bereitstehenden Objekte werden zukünftig dazu beitragen, die Erträge der Gesellschaft nachhaltig auf einem hohen Niveau zu sichern.

Risiken bestehen durch die Tatsache, dass aus der Vermietung an die gegenwärtig zehn größten Mieter ein Umsatzanteil von ca. 85,7 % der gesamten Mieterlöse realisiert wird. Ein aus wirtschaftlichen Gründen resultierender Ausfall eines dieser Mieter würde zu starken Belastungen der Gesellschaft führen.

Messe und Veranstaltungs GmbH Frankfurt (Oder)

Gründungsjahr: 1994
Stammkapital: 409,0 T€
Gesellschafter: Stadt Frankfurt (Oder) 100%
Organe:
Geschäftsführer: Herr Wieners
Aufsichtsrat: Herr Spohn Herr Edelmann (bis 02.07.2010) Herr Derling (ab 24.08.2010) Herr Federlein Herr Hammer Herr Hauschild Frau Karaschinski Herr Dr. Mende Herr Pilarski Herr Voss

Bemerkungen
Der Messe und Veranstaltungs GmbH wurde am 31. März 2011 der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk durch die DOMUS AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erteilt. Dabei wurde auch die Prüfung nach § 53 HGrG vorgenommen.
In der Gesellschafterversammlung am 25. Mai 2011, vertreten durch den Oberbürgermeister, Herrn Dr. Wilke, wurde der Jahresabschluss 2010 festgestellt. Dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat wurde Entlastung für 2010 erteilt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Förderung von Wirtschaft und Gewerbe sowie die Entwicklung des kulturellen Lebens zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.
Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).
Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Entscheidungen.

Gegenstand des Unternehmens
<ul style="list-style-type: none">- Organisation und Durchführung von Messen und Ausstellungen und anderen Veranstaltungen zur Förderung von Industrie, Handel und Handwerk sowie die Vornahme aller in diesem Zusammenhang stehenden Geschäfte. Die Freiflächen und aufstehenden Gebäude des Messegeländes werden von der Stadt an die Gesellschaft verpachtet- Der Betrieb des Kleist Forums Frankfurt sowie die damit verbundene Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Ausstellungen, Tagungen und Kongressen kultureller, sozialer, wirtschaftsfördernder sowie kommerzieller Natur. Dafür wurde das Gebäude einschließlich Betriebsausstattungen und Nebenflächen von der Stadt an die Gesellschaft verpachtet- Die Planung und Koordinierung der gewerblichen Nutzung weiterer kommunaler kultureller Einrichtungen wie Marienkirche, Konzerthalle u.a.- Die Förderung des Stadtmarketings und der Tourismuswirtschaft sowie der- Verkauf und Vermittlung touristischer Serviceleistungen

Verbindlichkeiten
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen nicht.

Bilanz

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	166,6	208,9	-42,3	-20,25%
Imma. Vermögensgegenstände	11,1	27,8	-16,7	-60,07%
Sachanlagevermögen	155,5	181,1	-25,6	-14,14%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	976,9	1.085,4	-108,5	-10,00%
Vorräte	18,5	13,8	4,7	34,06%
Forderungen	194,3	123,4	70,9	57,46%
Liquide Mittel	764,1	948,2	-184,1	-19,42%
Rechnungsabgrenzungsposten	2,5	5,0	-2,5	-50,00%
Summe AKTIVA	1.146,0	1.299,3	-153,3	-11,80%

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	406,0	409,5	-3,5	-0,85%
Gezeichnetes Kapital	409,0	409,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	-3,0	0,5	-3,5	-700,00%
Sonderposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Rückstellungen	184,2	193,3	-9,1	-4,71%
Verbindlichkeiten	555,8	696,5	-140,7	-20,20%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Summe PASSIVA	1.146,0	1.299,3	-153,3	-11,80%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	2.077,3	2.097,4	-20,1	-0,96%
Sonstige Erträge	127,3	12,6	114,7	910,32%
Zuschüsse	4.083,6	4.108,5	-24,9	-0,61%
Materialaufwand	1.812,3	1.893,7	-81,4	-4,30%
Personalaufwand	1.707,6	1.748,5	-40,9	-2,34%
Abschreibungen	96,5	84,3	12,2	14,47%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.597,4	2.414,1	183,3	7,59%
Betriebsergebnis	74,4	77,9	-3,5	-4,49%
Zinsergebnis	8,4	1,9	6,5	342,11%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	82,8	79,8	3,0	3,76%
Steuern	86,3	62,8	23,5	37,42%
Jahresergebnis	-3,5	17,0	-20,5	-120,59%

Auszug aus dem Lagebericht

Eigenveranstaltungen auf dem Messegelände

Im Jahr 2010 wurden insgesamt zehn Veranstaltungskonzepte an sechs Terminen realisiert. Das Fazit fiel sowohl in Bezug auf die Zufriedenheit von Ausstellern, Besuchern und die Medienberichterstattung für alle Eigenveranstaltungen 2010 grundlegend positiv aus. Das Finanzergebnis ist nicht zufriedenstellend. Es fällt mit einem Deckungsbeitrag 1 in Höhe von 125,0 T€ (133,0 T€ unter Plan) äußerst negativ aus. Die Gründe für den Abwärtstrend der Eigeneinnahmen sind in den sich kontinuierlich negativ entwickelnden Standortbedingungen für regionale Messen in Ostbrandenburg zu suchen. Dazu zählen der Bevölkerungsrückgang, die vorhandenen Firmenstrukturen (keine Großindustrie) und das Vorhandensein neuer anderer Vertriebskanäle.

Im I. Quartal 2010 fand die Messe **Caravan&Touristik** statt. Die Ergebnisse waren nicht zufriedenstellend (Umsatzerlöse 59,0 T€, verbleibender Deckungsbeitrag 7,4 T€). Insgesamt haben 5.000 Besucher das Messegelände in Frankfurt (Oder) besucht und 91 Firmen, Vereine und Institutionen waren vertreten. Eine Messehalle beinhaltete zum zweiten Mal den Ausstellungsteil „Hochzeit“. Dieser Ausstellungsteil wurde so gut von den Messebesuchern angenommen, dass für das Jahr 2011 die Durchführung einer eigenständigen Messe **HOCHZEIT** geplant wird.

Ebenfalls im I. Quartal 2010 fand die Messe **BAUEN+ENERGIE** statt. Die Ausstellerzahl der Messe BAUEN+ENERGIE blieb im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr stabil. Allerdings zeigte sich, dass es betreffend Besucherzahlen einen Abwärtstrend gibt. Die Gründe sind auch hier in der demografischen Entwicklung, sinkenden Neubau-Zahlen in der Region und im Ersatz des Vertriebskanals Regionalmesse durch andere Vertriebskanäle zu suchen.

Im II. Quartal 2010 fanden der **Internationale Marketingtag**, die **Verkehrspolitische Frühjahrsdiskussion** und die Jugendmesse **YOUNG LIFE** statt. Der Internationale Marketingtag wurde mit dem Partner Industrie- und Handelskammer Ostbrandenburg durchgeführt, die Verkehrspolitische Frühjahrsdiskussion mit dem Partner Investor Center Ostbrandenburg. Der Internationale Marketingtag wurde sehr gut von den Unternehmen angenommen. Dieses erfolgreiche Format einer Kongressmesse wird auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden. Die Messe YOUNG LIFE wies rund 2.700 Besucher aus. Die parallele Durchführung zur Ausbildungsmesse VOCATIUM als Gastveranstaltung hat sich bewährt und soll auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

Rund 8.500 Besucher kamen zur Herbstmesse **ODERLAND** auf das Messegelände Frankfurt (Oder). Zum zweiten Mal fand parallel zur ODERLAND die Messe **JOB&KARRIERE** statt. Dieses Neukonzept fand wie im Vorjahr großen Zuspruch bei Ausstellern und während der Messe auch bei den Messebesuchern. Die sehr positive Resonanz dieses Messekonzeptes wird es dem Veranstalter im Jahr 2011 ermöglichen, die „JOB&KARRIERE“ als eine eigenständige Messe durchzuführen.

Das Messejahr 2010 in Frankfurt (Oder) endete traditionsgemäß vom 19. bis 21. November mit dem **Messtrio** aus **aktiv+gesund**, **Food&Taste** sowie **Weihnachtsmesse**. Die Ausstellerakquise hat belegt, dass das Interesse bei relevanten Unternehmen in der Region, an dieser Messe teilzunehmen, weiterhin gewachsen ist. Auf der „Food&Taste“ und der begleitenden Fachveranstaltung „Internationaler Tag der Ernährungswirtschaft und Direktvermarktung“ war internationales Flair zu spüren. 37,5% der Teilnehmer am Internationalen Tag der Ernährungswirtschaft und Direktvermarktung waren aus dem benachbarten Ausland Polen und sogar 48% der Teilnehmer an der Messe FOOD&TASTE waren aus dem Ausland. Partnerregion der „Food&Taste“ war die Wojewodschaft Lubelskie. Die Partnerstadt der „Weihnachten“ war in diesem Jahr die polnische Stadt Stubice.

Gastveranstaltungen auf dem Messegelände

Im Geschäftsbereich **Gastveranstaltungen** Messegelände wurden 2010 insgesamt 74 (Vorjahr: 65) Veranstaltungen und Events, teilweise über mehrere Veranstaltungstage (insgesamt 165), auf dem Messegelände Frankfurt (Oder) betreut. Es konnten 66.000 (Vorjahr: 79.755) Besucher gezählt werden. Insgesamt sind im Rahmen von Vermietungen aus Gastveranstaltungen bzw. technischem Equipment Umsätze in Höhe von 289,1 T€ (Vorjahr: 232,0 T€) erwirtschaftet worden.

Im Jahr 2010 konnten durch den Bereich Gastveranstaltungen Messegelände die im Planansatz vorgegebenen Ziele nicht nur erreicht, sondern um ca. 50% übererfüllt werden. Die überproportionale Steigerung der Einnahmen aus Gastveranstaltungen und Raumvermietungen gegenüber dem Geschäftsjahr 2009 um ca. 40 T€ ist zurückzuführen auf die Gewinnung von Neukunden bzw. einer qualitativ hochwertigen Betreuung von Bestandskunden. Im Berichtsjahr wurde eine Reihe von sehr hochwertigen Veranstaltungen technisch vorbereitet, betreut und durchgeführt.

Kongresse und Sonstige nicht kulturelle Veranstaltungen im Kleist Forum und in der Konzerthalle

Im Berichtszeitraum realisierten mehrere bedeutende Unternehmen der Region ihre wichtigen Veranstaltungen im Kleist Forum. Als Beispiel sei die Jubiläumsveranstaltung der Arbeiterwohlfahrt, die Veranstaltungen von Pharmaunternehmen, von Banken, der Deutschen Bahn, der Handwerkskammer und weitere erwähnt. Viele Stammkunden führten auch 2010 ihre Veranstaltungen wie in den Vorjahren im Kleist Forum durch. Die Mischung von Stammausstellern mit mehreren bedeutenden Kunden, die ihre großen Veranstaltungen im Kleist Forum durchführen, bestätigt die starke Stellung des Kleist Forums in der Region als hochwertiges Veranstaltungszentrum. Auch im Berichtsjahr fanden viele Veranstaltungen im Kleist Forum statt, die gesellschaftliche Höhepunkte in Frankfurt (Oder) darstellten – wie die Neujahrsempfänge der Parteien und der Uniball im November 2010.

Das Unternehmen hat sich in den vergangenen Jahren erfolgreich als Eventagentur positioniert und führt für externe Kunden Veranstaltungen vor Ort durch. Insgesamt entstand bei der Sparte Sonderveranstaltungen am Jahresende ein Ergebnis von plus 71,9 T€. Dieser Überschuss kompensiert teilweise die negativen Ergebnisse der Betriebsteile Messe und Gastronomie im Jahr 2010.

Kulturveranstaltungen

In der Konzerthalle „Carl Philipp Emanuel Bach“ fanden 2010 insgesamt 79 kulturelle Veranstaltungen statt, die von 21.348 Gästen besucht wurden. Ein traditioneller Programmhöhepunkt waren die Musikfesttage an der Oder vom 05.03. bis 13.03.2010, die zum 45. Mal stattfanden.

Im Kleist Forum waren in diesem Jahr 189 Vorstellungen aus den Bereichen Musik-, Sprech- und Tanztheater sowie Comedy, Kabarett und Kinder- und Jugendtheater zu sehen. Traditionell bestimmten hauptsächlich Produktionen der Partnertheater aus dem Theater- und Konzertverbund (Hans Otto Theater Potsdam, Staatstheater Cottbus), ergänzt durch Produktionen der Uckermärkischen Bühnen Schwedt, den Spielplan. Als neuer Partner konnte das von Dieter Hallervorden geleitete Schlossparktheater Berlin (mit insgesamt vier Vorstellungen in der Spielzeit 2010/11) gewonnen werden. Mit 43.600 Besuchern blieb die Auslastung des Kleist Forums mit 69% konstant. Der Wirtschaftsplan 2010 konnte im Bereich der Eigeneinnahmen trotz leicht rückläufiger Besucherzahlen voll erfüllt werden.

Insgesamt 5.600 Besucher konnten bei den diesjährigen **Musikfesttagen** begrüßt werden. Neben dem Schwerpunkt „200. Geburtstag Frédéric Chopins“ wurden den Festival-Besuchern unter dem Motto „Traumwelten“ u. a. „Der kleine Prinz“ in einer Tanztheaterversion der Gregor Seyffert Compagnie sowie die selten gespielte Oper von Philipp Glass „The Fall of the House Usher“ in der Regie des namhaften Achim Freyer geboten. Die gemeinsame Ausrichtung der Musikfesttage mit der Filharmonie Tadeusz Baird Zielona Góra, dem Brandenburgischen Staatsorchester Frankfurt und der Singakademie Frankfurt (Oder) ist Garant für ein dynamisches, starkes Musikfestival mit integrativer Wirkung auf die gesamte Oderregion. Neue Kooperationspartner wie das Friedrich-Wolf-Theater und das CineStar stärkten das Genre übergreifende Profil des Festivals und erweiterten das künstlerische Spektrum.

Zu den Höhepunkten des Jahres zählten die **Kleist-Festtage** unter dem Motto „Mit dem Feuer spielen“, die vom 05. bis 10.10.2010 insgesamt 2.300 Besucher erreichten. Neu war in diesem Jahr die Kooperation mit den Ruhrfestspielen Recklinghausen, die es ermöglichte, die Uraufführungsinszenierung des Stückes „Wartezimmer Zukunft“, für das Autor Oliver Kluck den Kleist-Förderpreis 2010 erhalten hatte, unmittelbar im Anschluss an die Preisverleihung als Gastspiel des Hamburger Schauspielhauses zu präsentieren. Das Hamburger Schauspielhaus steuerte darüber hinaus zwei weitere Inszenierungen zum Programm der Kleist-Festtage bei.

In Fortführung des 2009 begonnenen 3-teiligen **Chortheaterprojektes „Käthchen“** wurde 2010 der zweite Teil „Die Feuerprobe“ uraufgeführt. Komponiert von dem renommierten österreichischen Neue-Musik-Spezialisten Wolfgang Mitterer und in Szene gesetzt von Hans-Joachim Frank vom theater89 erlebte das Projekt unter Mitwirkung zahlreicher Frankfurter und Stübicer Bürger und Vereine seine Uraufführung auf der Festwiese in Stübice. Dadurch wurde der Grenzen überschreitende Charakter des Projektes in diesem Jahr noch deutlicher als im vorangehenden Teil.

Unter dem Motto „Soll und Haben“ unternahm die 13. Auflage des **UNITHEA Festivals** vom 15. bis 17.06.2010 eine dokumentarische Bestandsaufnahme der Lebenswirklichkeit in Frankfurt (Oder) und Stübice. Fragen zu Verbindungen und Problemen beider Stadtteile wurde der Installationsraum „Soll und Haben“ gewidmet, von dem ausgehend auch verschiedene Projekte im öffentlichen Raum auf jeweils eigene Art die Straße für Momente in eine Bühne verwandelt haben. Viele kleine Projekte luden ein zum Nachdenken über den emotionalen Kontostand dies- und jenseits der Oder.

Deutsch-polnische Akzente wurden auch bei dem **Inseltheater Ziegenwerder** vom 23.07. bis 08.08.2010 gesetzt, unter anderem von der Produktion „Reineke Fuchs“, einer Koproduktion der Messe

und Veranstaltungs GmbH mit der Dramatischen Handlung Oder, dem Förderverein Trebnitz e.V., dem Muzeum Kostryn sowie dem Teatr Osterwy.

Ein Aushängeschild der deutsch-polnischen Zusammenarbeit ist nach wie vor das Festival **transVOCALE**, das vom 18.11. – 20.11.2010 mit 18 Konzerten insgesamt 4.000 Zuschauer ins Kleist Forum und ins Collegium Polonicum lockte. Im Verhältnis zu der Zahl der Veranstaltungen konnten damit ebenso viele Zuschauer erreicht werden wie im Jahr davor.

Als ersten Schritt einer umfassenderen theaterpädagogischen Arbeit des Kleist Forum begann im November 2010 die Arbeit mit dem neu gegründeten **Theaterjugendclub**. 25 Jugendliche treffen sich seither einmal wöchentlich zu theaterpraktischer Arbeit. Gemeinsam mit der Künstlerischen Leiterin Petra Paschinger erarbeiten sie ein Stück zum Thema „Entscheidungen“, das im Mai 2011 in der Studiobühne des Kleist Forums seine Uraufführung erleben wird.

Gastronomische Versorgung

Nach wie vor konnten bei den Großveranstaltungen nicht die gewünschten Deckungsbeiträge erzielt werden, da dafür viel Equipment für diese Veranstaltungen angemietet werden musste. Das dritte Quartal war das ergebnisschwächste, wie auch in den vergangenen Jahren. Als Verlustgeschäft zeigte sich die Ü30-Party im Sommer, die sehr schlecht besucht war. Im vierten Quartal gab es erstmals viele private Familienfeiern im Restaurant „Schroffensteins“. Das zeigt, dass das Restaurant inzwischen von den Frankfurter Gästen angenommen wird. Wir führten auch erstmals die Gala-Nacht der Klinikum GmbH durch, die ein voller Erfolg für unser Haus sowie unseres Auftraggebers wurde. Der Auftrag für das kommende Jahr wurde noch am selben Abend besprochen.

Das Ergebnis des Betriebsteils Gastronomie beläuft sich zum 31.12.2010 auf minus 50,4 T€. Es wurde ein Umsatz von 597,5 T€ (Vorjahr 620,3 T€) erzielt. Das entspricht einer Minderung um 3,7%. Der Wareneinsatz stieg dem gegenüber um 10,8%. Der gestiegene Wareneinsatz ist vor allem zurückzuführen auf den Preisanstieg im Bereich der Frischwaren und der Bindung an den Einkaufsverbund „Gemeinsam Besser, Storkow“, was den Umstieg auf andere preiswertere Anbieter einengt. Ebenso konnten die Preisanstiege nicht an die Kunden weitergereicht werden.

Risikobericht

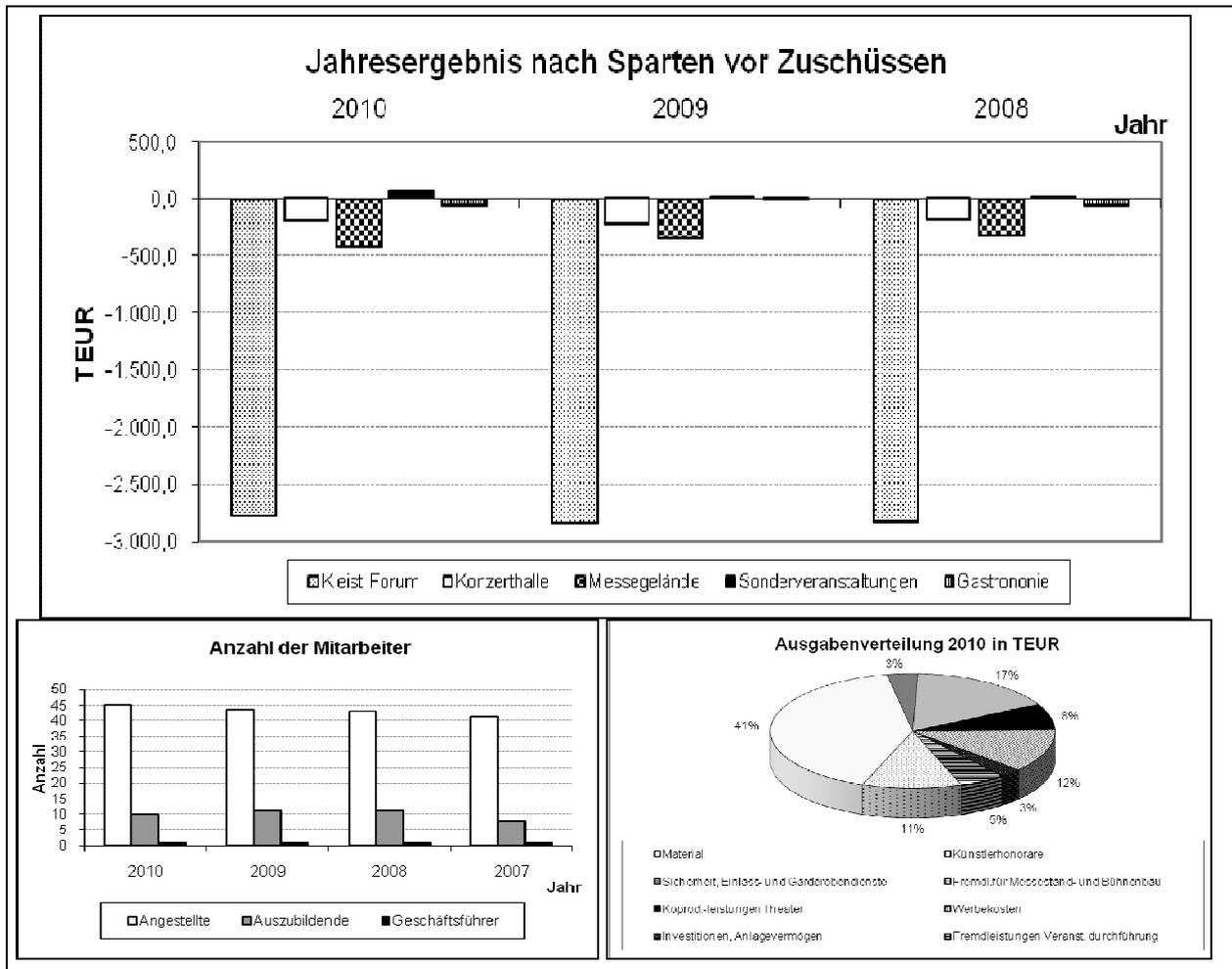
Zum 31.12.2010 bestand die Messe und Veranstaltungs GmbH in ihrer jetzigen Struktur und Aufgabenstellung 10 Jahre. Sie plant ihr wirtschaftliches Ergebnis getrennt nach den vier Sparten Messegelände, Kleist Forum, Konzerthalle und Gastronomie. Die zum Geschäftsbetrieb gehörenden Immobilien sind von der Stadt Frankfurt (Oder) gepachtet. Für die Pacht und den Betrieb der Immobilien sowie für die Durchführung von Theaterveranstaltungen im Kleist Forum erhält die Gesellschaft Zuschüsse vom Land Brandenburg und der Stadt Frankfurt (Oder), die laut Haushaltsplan der Kommune den einzelnen Sparten zugewiesen werden.

In allen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen der Stadt Frankfurt (Oder) wurden der Gesellschaft seit dem Jahr 2002 Zuschusskürzungen auferlegt, die inklusive geringfügiger Zuschussanpassungen im Jahr 2010 eine Höhe von 753 T€ jährlich und kumuliert einen Wert 5,9 Mio. € ausmachen. Der Ausgleich erfolgte bisher über Kosteneinsparungen und Erhöhung der Eigeneinnahmen. Die Gesellschaft ist seit Inbetriebnahme des neuen Messehallenkomplexes nicht mehr in der Lage, den auf dem Messegelände seit 2008 entstehenden Fehlbetrag aus eigener Kraft in diesem Betriebsteil auszugleichen. Bleiben die Vorgaben des Gesellschafters zur Spartenabrechnung in der jetzigen Form bestehen, braucht die Gesellschaft eine Zuschusserhöhung für den Betriebsteil Messe. Wird dieser nicht gewährt, droht der Gesellschaft innerhalb von drei Jahren die Insolvenz.

Der Betriebsteil Catering stand ebenfalls im Rahmen der Risikobetrachtung unter besonderer Beachtung. Bis zum III. Quartal wurde linear ein Verlust aufgebaut, der per 30.09.2010 bei ca. minus 100 T€ lag. Dann hat sich wie in den Vorjahren gezeigt, dass sich im IV. Quartal Umsatz- und Ertragsentwicklung außergewöhnlich positiv entwickelten, was schließlich zur Halbierung dieses Verlustes führte. Wieder einmal wurde deutlich, dass der Erfolg des Unternehmens maßgeblich vom Geschäftsverlauf des letzten Quartals abhängt. Eine verlässliche Planungssicherheit kann in diesem Fall niemand bieten, da das endgültige Kundenverhalten zwar aus Erfahrungswerten der Vorjahre abgeleitet werden kann, in letzter Instanz das Kaufverhalten aber von kurzfristigen und nicht kalkulierbaren Parametern abhängig ist.

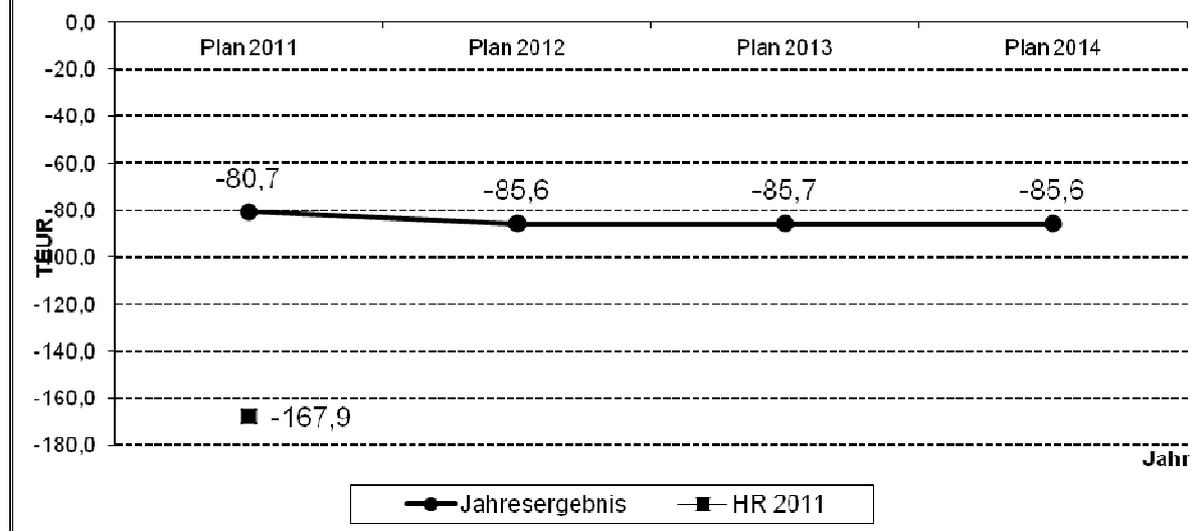
Wirtschaftliche Bestandgefährdungspotentiale, die auf die künftige Entwicklung des Unternehmens Einfluss haben könnten, sind nach wie vor in der starken Abhängigkeit von Zuschüssen zu erkennen. Für ihre Aufgabenerfüllung benötigt die Messe und Veranstaltungs GmbH in erheblichem Umfang (ca. 65 % der Einnahmen) Zuschüsse des Landes Brandenburg, der Stadt Frankfurt (Oder) sowie Zuwendungen Dritter.

Kennzahlen			
	Kritischer Wert	2010	2009
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	35,43%	31,52%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	35,43%	31,52%
Fremdkapitalquote	> 75 %	64,57%	68,48%
Verschuldungsgrad	-	11/6	13/6
Anlagendeckungsgrad I	-	243,70%	196,03%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	280,13%	225,08%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	92,16%	124,73%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	115,90%	141,62%
Working Capital	< 0	147,8	325,2
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	3,58%	3,71%
Materialintensität	-	87,24%	90,29%
Personalintensität	-	82,20%	83,37%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	14,54%	16,08%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	13,08	5,94
Produktivität	-	37,16	38,13
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	< Deb.lfz.	62	72
Debitorenlaufzeit	> Kred.lfz.	18	29



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2011	HR 2011	Plan 2012	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Umsatzerlöse	1.981,3	1.972,7	2.052,3	71,0	3,58%
Sonstige Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Zuschüsse	4.072,5	3.895,8	4.070,1	-2,4	-0,06%
Materialaufwand	2.001,0	1.839,3	2.056,0	55,0	2,75%
Personalaufwand	1.220,3	1.197,2	1.220,3	0,0	0,00%
Abschreibungen	72,0	61,4	72,0	0,0	0,00%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.130,3	2.178,5	2.148,8	18,5	0,87%
Betriebsergebnis	630,2	592,1	625,3	-4,9	-0,78%
Zinsergebnis	0,0	0,5	0,0	0,0	0,00%
GK-Umlage	-710,9	-760,5	-710,9	0,0	0,00%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-80,7	-167,9	-85,6	-4,9	-6,07%
Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	-80,7	-167,9	-85,6	-4,9	-6,07%

Entwicklung des Jahresergebnisses bis 2013

Ausblick

Mit der Genehmigung der Haushaltssatzung 2005 hatte die Kommunalaufsicht die weitere Reduzierung der Ausgaben der Stadt Frankfurt (Oder) auf mittelfristige Sicht für freiwillige Leistungen als Auflage formuliert. Die freiwilligen Leistungen sollen nicht mehr als 7,5% der jahresbezogenen Einnahmen des Verwaltungshaushaltes betragen.

Dem geschuldet werden die Zuschüsse für die Kulturförderung der Stadt Frankfurt (Oder) ab dem Jahr 2011 nochmals um ca. 500 T€ abgesenkt. Die sich daraus ergebenden Einzelmaßnahmen in den betroffenen Institutionen werden im Rahmen der Kulturentwicklungsplanung 2011-2015 festgeschrieben und umgesetzt. Ein nicht unerheblicher Anteil dieser Kürzungssumme entfällt auf die Theaterförderung des Kleist Forums. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird die Kürzung im Jahr 2011 bei 195 T€ und ab dem Jahr 2012 bei 235 T€ liegen. Sie wird zu einem Wegfall des Inseltheaters auf dem Ziegenwerder führen und zum anderen starke Einschnitte bei den Festivalbudgets und dem laufenden Spielplan nach sich ziehen. Darüber hinaus muss eine Personalstelle eingespart werden. Weniger kulturelle Veranstaltungen ziehen auch weniger Besucher nach sich und somit werden auch die Einnahmen aus Eintrittsgeldern sinken. Das ist bei der Spielplanung 2011 ff. ebenfalls zu beachten. Die endgültige Kulturentwicklungsplanung und die damit konkret verbundenen Einzelmaßnahmen für die Kultureinrichtungen sind am 24.03.2011 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet worden.

Im Geschäftsjahr 2011 sind in der Messe und Veranstaltungs GmbH Zuschüsse aus öffentlicher Hand von 4.072,5 T€ sowie eigene Umsätze und sonstige betriebliche Erträge von rund 1.981,3 T€ geplant – davon alleine 640,0 T€ Umsatz im Bereich Gastronomie. Während die Theaterförderung des Landes Brandenburg sich auf Vorjahresniveau bewegen wird, muss noch während des laufenden Geschäftsjahres 2011 mit einer Theaterfördermittelkürzung der Stadt in Höhe von ca. 195 T€ gerechnet werden.

Es ist geplant, das Stammkapital der Gesellschaft in der bisherigen Höhe beizubehalten. Größere Investitionen sind bis zum Jahr 2014 nicht geplant und auch nicht ohne Zuschusserhöhung seitens des Gesellschafters, der Stadt Frankfurt (Oder), realisierbar.

Bereich Soziales

Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft der Stadt Frankfurt (Oder) mbH

Gründungsjahr: 2005

Stammkapital: 250,0 T€

Gesellschafter: Stadt Frankfurt (Oder), 100%

Organe:

Geschäftsführer: Frau Freund

Aufsichtsrat: Frau Schmieder, Vorsitzende
 Herr Adler
 Frau Wolle (bis 30.09.2010)
 Herr Ullrich (ab 01.10.2010)
 Frau Groß
 Herr Leitzke
 Frau Richter
 Herr Donath
 Frau Wenzek (bis 31.03.2010)
 Herr Gebert (ab 01.04.2010)

Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben:

- Unterkunft, Versorgung sowie Betreuung für hilfsbedürftige Menschen, besonders für ältere Menschen mit Behinderungen und andere betreuungsabhängige Menschen durch ambulante Dienste und stationäre Einrichtungen zu sichern

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehören die gesundheitliche und soziale Betreuung zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Die ARITMA Revision GmbH hat für den Jahresabschluss 2010 am 18. Mai 2011 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

In der Gesellschafterversammlung am 18. Juli 2011, vertreten durch den Oberbürgermeister, Herrn Dr. Wilke, wurde der Jahresabschluss 2010 festgestellt. Der Geschäftsführerin und dem Aufsichtsrat wurde Entlastung für 2010 erteilt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

Höhe: € **5.910.869,77** (Vj: € 1.338.158,71)

Davon mit einer Restlaufzeit von:

- bis 1 Jahr: € **297.229,20**
 Vj: € 259.276,92
- 1 - 5 Jahre: € **943.414,57**
 Vj: € 258.719,51
- ab 5 Jahre: € **4670.226,10**
 Vj: € 3.993.886,46

Bilanz

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	14.106,8	12.677,7	1.429,1	11,27%
Imma. Vermögensgegenstände	5,4	6,6	-1,2	-18,18%
Sachanlagevermögen	14.101,4	12.671,1	1.430,3	11,29%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	252,5	524,5	-272,0	-51,86%
Vorräte	17,7	20,6	-2,9	-14,08%
Forderungen	214,0	190,6	23,4	12,28%
Liquide Mittel	20,8	313,3	-292,5	-93,36%
Rechnungsabgrenzungsposten	103,6	0,0	103,6	0,00%
Summe AKTIVA	14.462,9	13.202,2	1.260,7	9,55%

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	5.217,3	5.218,3	-1,0	-0,02%
Gezeichnetes Kapital	250,0	250,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	4.967,3	4.968,3	-1,0	-0,02%
Sonderposten	2.315,5	2.443,0	-127,5	-5,22%
Rückstellungen	22,6	73,0	-50,4	-69,04%
Verbindlichkeiten	6.907,5	5.467,9	1.439,6	26,33%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Summe PASSIVA	14.462,9	13.202,2	1.260,7	9,55%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Betriebliche Erträge	5.608,6	5.415,3	193,3	3,57%
Sonstige Erträge	321,7	358,0	-36,3	-10,14%
Zuweisungen u. Zuschüsse zu Betriebskosten	0,0	45,2	-45,2	-100,00%
Materialaufwand	1.379,9	1.450,5	-70,6	-4,87%
Personalaufwand	3.589,4	3.807,2	-217,8	-5,72%
Abschreibungen	426,9	351,7	75,2	21,38%
Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	50,7	56,5	-5,8	-10,27%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	269,4	269,0	0,4	0,15%
Betriebsergebnis	214,0	-116,4	330,4	283,85%
Zinsergebnis	-213,6	-47,6	-166,0	-348,74%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,4	-164,0	164,4	100,24%
Außerordentliches Ergebnis	-1,5	-91,0	89,5	98,35%
Jahresergebnis	-1,1	-255,0	253,9	99,57%

Auszug aus dem Lagebericht**Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage der Gesellschaft**Entwicklung der Branche und Gesamtwirtschaft

Mit dem Rückgang der Bevölkerung in der Stadt Frankfurt (Oder) zeichnet sich immer deutlicher ab, dass eine Überalterung stattfindet. Auch die Zielgruppe für die Einrichtungen Seniorenhaus, Wohngruppe für psychisch-veränderte Menschen und Hausgemeinschaft Wohnen und Pflege, Personen über das 80zigste Lebensjahr hinaus steigt kontinuierlich an und ist in der Regel nicht mehr in familiäre Netzwerke eingebunden. Die zunehmende Lebenserwartung bewirkt unter anderem, dass im hohen Alter immer mehr Menschen von physischen und/oder psychischen Leiden betroffen sein werden.

Die Zielgruppen für die Wohngruppe Menschen im Wachkoma, für die Wohngruppe für schwerstkörperbehinderte Menschen und für die Wohnstätte für chronische-mehrfachgeschädigte Abhängigkeitskranke werden überregional angesprochen. Die Kontinuität der Auslastung wird durch weitere Spezialisierungen gewährleistet.

Daraus resultiert der Bedarf an Plätzen der Pflege- und Betreuung. Es ist zu erwarten, dass sich der Bedarf auch in den nächsten Jahren unverändert hoch fortsetzt.

Umsatz- und Bedarfsentwicklung

Der Bedarf an Pflegeplätzen in der Stadt Frankfurt (Oder) und dem Umland war im Berichtsjahr unverändert hoch.

Die Wohngruppe für Menschen im Wachkoma konnte auf Grund der Ausbildung der Beschäftigten sich zusätzlich auf die Aufnahme von Menschen mit Beatmungspflicht spezialisieren, sodass die Stärkung der Auslastung für die kommenden Jahre gesichert wird.

Für die Wohngruppe für psychisch-veränderte Menschen wurden Einzelkostensatzverhandlungen im Berichtszeitraum mit den Arbeitsgemeinschaften der Verbände der Pflegekassen des Landes Brandenburg aufgenommen. Sie konnten nicht zum Abschluss im Jahre 2010 geführt werden. Für alle übrigen Einrichtungen der Gemeinnützigen Pflege und Betreuungsgesellschaft der Stadt Frankfurt (Oder) mbH wurde auf Einzelkostensatzverhandlungen verzichtet und Vergütungsvereinbarungen auf der Grundlage der linearen Fortschreibungen geschlossen.

Die Kostensätze des Jahres 2009 wurden durchschnittlich um 1,0 % beim Aufwand für Personalkosten und 1,4 % für Sachleistungen erhöht. Die Erhöhung der Sachkosten deckt nicht die Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Ausgehend von der Belegung und den vereinbarten Kostensätze entwickelte sich der Umsatz wie folgt:

Angaben in T€	2010	2009	Abweichungen
Allgem. Pflegeleistungen	4.125,2	4.127,7	- 2,5
Erträge Unterkunft und Verpflegung	926,8	924,5	+ 2,3
Erträge aus Investitionen	556,2	363,5	+ 192,7

Die Erhöhung der Erträge zur Finanzierung von ungeforderten Investitionen ergibt sich aus der Anpassung der Kostensätze in allen Einrichtungen der Gesellschaft im Laufe des Berichtsjahres. Die überwiegende Steigerung resultiert aus den Erträgen des Seniorenhauses.

Investitionen

Im Berichtszeitraum wurden folgende Zugänge an Investitionen realisiert:

Gebäude	1.644,1 T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0 T€
Einrichtung/Ausstattung	89,9 T€

Aus Anlagen im Bau wurden folgende Aktivierungen vorgenommen.

Betriebsbauten	2.239,0 T€
----------------	------------

Die Sanierung des Seniorenhauses wurde im 2. Bauabschnitt während des Berichtsjahres fortgesetzt. Seit Oktober 2010 kann der zweite Gebäudeteil durch die Bewohnerinnen und Bewohner genutzt werden.

Bisher nicht realisiert wurden der Anbau des Balkons und die Fertigstellung der Gartenanlage im hinteren Bereich des Gebäudes. Die Durchführung dieser Maßnahmen ist für das Jahr 2011 geplant.

Die Finanzierung erfolgt aus der Bereitstellung von Fördermitteln für die in diesem Jahr gegründete Integrationsabteilung.

Finanzierungsmaßnahmen

Für die Sanierung des Seniorenhauses wurde im Berichtszeitraum ein Kredit in Höhe von 150,0 T€ aufgenommen. Die Kreditaufnahme war Bestandteil des Investitionsplans zur Sanierung des Seniorenhauses. Die bereits im Jahr 2009 aufgenommenen Kredite in Höhe von 3.200,0 T€ KfW-Programm Modernisierung und 1.300,0 T€ KfW-Programm CO2 Sanierung wurden in voller Höhe abgerufen und verausgabt. Die Bedingungen zum Tilgungserlass für den von der KfW gewährten Kredit aus dem CO2-Sanierungsprogramm in Höhe von 5% wurden erfüllt. Der Tilgungserlass erfolgt 3 Jahre nach Fertigstellung des Gebäudes.

Personal- und Sozialbereich

Die Basis für die Personalentwicklung stellen die Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen mit den Verbänden der Pflegekassen im Land Brandenburg dar.

	2010	2009	Differenz
Anzahl der VE:	126,6	130,3	-3,7

Die Reduzierung des Personals ergibt sich aus der Schließung der Übergangseinrichtung nach Fertigstellung des 1. Bauabschnittes.

Eine hohe Flexibilität wird durch 28,0 VE (Vollzeiteinheiten) mit befristeten Arbeitsverträgen und dem Einsatz von 9,28 VE durch Verträge mit Zeitarbeitsfirmen erreicht. Außerdem sind in der Gesellschaft 9,0 VE Auszubildende beschäftigt. Die Gesellschaft verfügt zusätzlich über die Berechtigung zur berufspraktischen Ausbildung von Krankenpflegern, Physiotherapeuten und Ergotherapeuten.

Die Personalkosten entwickelten sich im Vergleich (Angaben in T€):

	2010	2009	Differenz
Personalkosten der Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft der Stadt Frankfurt (Oder)	3.589,5	3.807,2	-172,6
Ausgaben für Beschäftigte der Zeitarbeitsfirma im Bereich Fremdleistungen/Pflege	408,3	462,8	-54,5

Die Personalausgaben wurden durch die Schließung der Übergangslösung zur Unterbringung der Bewohnerinnen und Bewohner und durch die erhebliche Kürzung der Beiträge zur Altersversorgung beim Kommunalen Zusatzversorgungsverband gesenkt.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Im Berichtszeitraum wurde der 2. Bauabschnitt des sanierten Seniorenhauses in Betrieb genommen.

Die bereits 2009 genehmigte Kurzarbeit für die Pflegekräfte des Seniorenhauses wurde ganzjährig fortgesetzt. Diese wurde notwendig, da nach der Sanierung der Pflegebedarf der Bewohnerinnen und Bewohner rückläufig war. Die Erstattung der Lohnkosten aus Kurzarbeit betrug 40,4 T€. Die Kurzarbeit wird bis 31.08.2011 fortgesetzt.

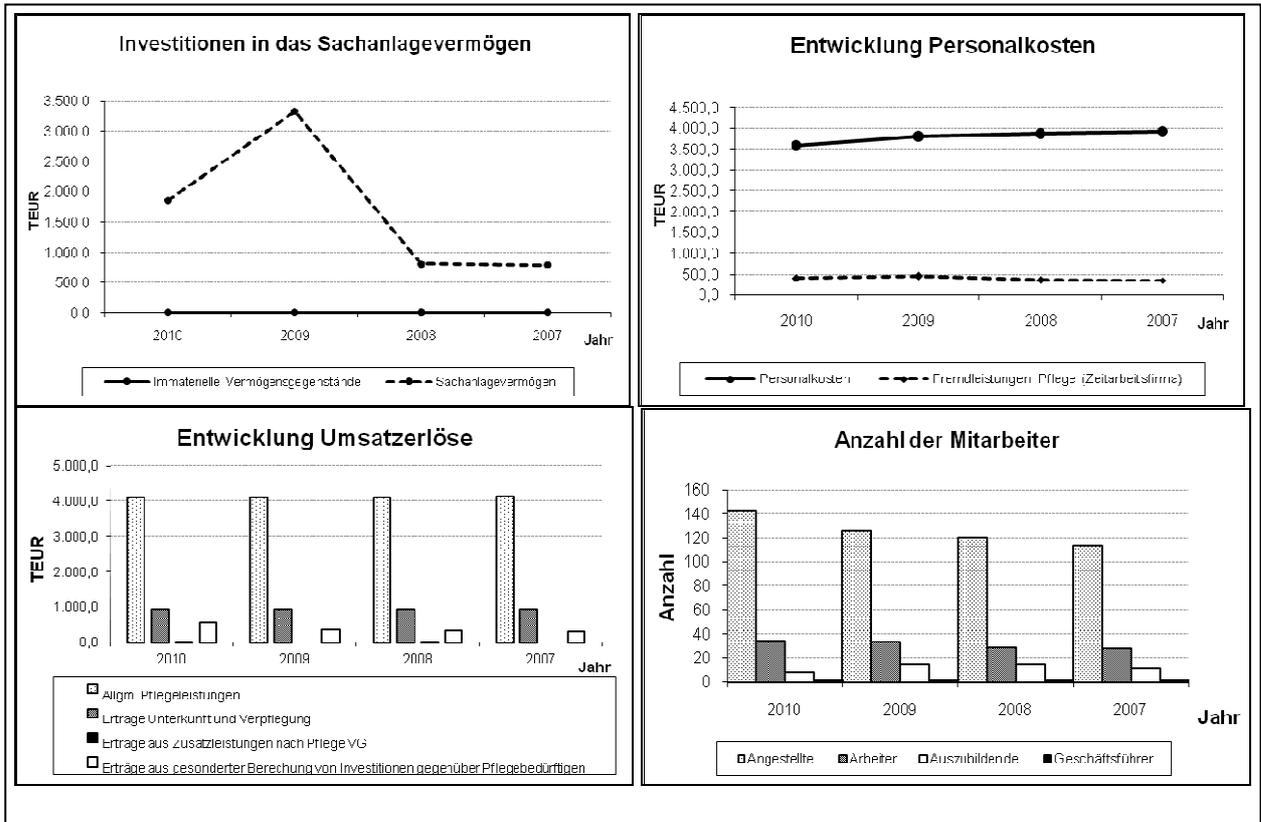
Lage der Gesellschaft im Berichtszeitraum

Die Eigenkapitalquote (unter Einbeziehung des Sonderpostens) vermindert sich am Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr von 58,0 % auf 52,1%. Ursache der Minderung ist das im Zusammenhang mit der Investitionstätigkeit gestiegene Gesamtkapital bei nahezu gleichbleibendem Eigenkapital.

Die angespannte Liquiditätslage aus dem Jahr 2009 hat sich im Jahr 2010 fortgesetzt. Die Ursachen dafür lagen im Jahresverlust aus dem Jahr 2009 und der zum Erhalt der Betriebserlaubnis zwingend notwendigen Investitionstätigkeiten der vergangenen Jahre, die zum Verzehr der Eigenmittel führten. Die Liquiditätslage wird sich ab 2011 schrittweise verbessern.

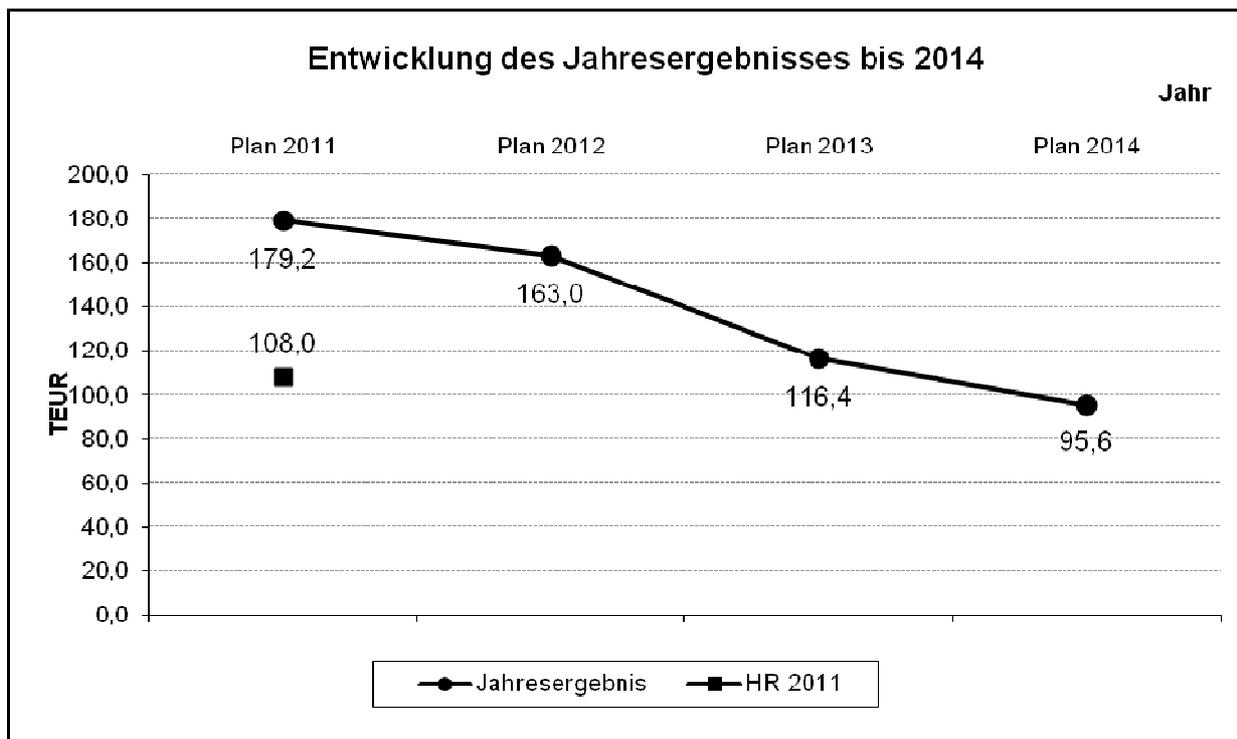
Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich zum Vorjahr um 164,5 T€ von -164,1 T€ auf +0,4 T€. Die erhebliche Verbesserung des Ergebnisses resultiert vor allem aus der Senkung der Personalkosten, der Senkung der Kosten für den Wirtschaftsbedarf und der Reduzierung der Mietkosten. Im Wesentlichen konnte dies erreicht werden durch die Senkung der Beiträge des Kommunalen Zusatzversorgungsverbandes zur Altersversorgung sowie durch die Schließung der Übergangslösung zur Unterbringung der Bewohnerinnen und Bewohner während des 1. Bauabschnittes der Sanierung des Seniorenhauses.

Kennzahlen			
	Kritischer Wert	2010	2009
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	36,07%	39,53%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	52,08%	58,03%
Fremdkapitalquote	> 75 %	47,92%	41,97%
Verschuldungsgrad	-	4/3	1/1
Anlagendeckungsgrad I	-	36,98%	41,16%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	68,41%	76,11%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	1,88%	28,83%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	30,54%	46,36%
Working Capital	< 0	-855,7	-562,4
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	3,82%	-2,15%
Materialintensität	-	24,60%	26,79%
Personalintensität	-	64,00%	70,30%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	97,54%	96,03%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	27,72	19,79
Produktivität	-	32,23	33,22
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	< Deb.lfz.	94	43
Debitorenlaufzeit	> Kred.lfz.	16	22



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2011	HR 2011	Plan 2012	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Betriebliche Erträge	5.969,9	5.858,6	6.076,4	106,5	1,78%
Sonstige Erträge	328,8	328,6	326,5	-2,3	-0,70%
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	164,0	0,0	99,2	-64,8	-39,51%
Materialaufwand	1.360,8	1.350,2	1.388,1	27,3	2,01%
Personalaufwand	3.846,4	3.651,2	3.884,9	38,5	1,00%
Abschreibungen	497,4	498,0	497,4	0,0	0,00%
Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	57,1	58,8	58,2	1,1	1,93%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	270,6	259,2	273,5	2,9	1,07%
Betriebsergebnis	430,4	369,8	400,0	-30,4	-7,06%
Zinsergebnis	-251,2	-261,8	-237,0	14,2	5,65%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	179,2	108,0	163,0	-16,2	-9,04%
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	179,2	108,0	163,0	-16,2	-9,04%



Ausblick

Wesentliche Chancen

Mit den spezialisierten Pflegeeinrichtungen Wohngruppe für Menschen im Wachkoma, Wohngruppe für schwerstkörperbehinderte Menschen und Wohngruppe für psychisch-veränderte Menschen im Wohn- und Pflegezentrum stehen der Gesellschaft im Unterschied zu anderen Trägern Einrichtungen zur Verfügung, deren Einzugsbereich weit über die Stadt Frankfurt (Oder) hinaus liegt. Dadurch ist ein wesentlicher Marktvorteil gegeben. Darin eingeschlossen ist auch das Angebot der Wohnstätte für chronisch mehrfachgeschädigte Abhängigkeitskranke. Die fachliche Profilierung dieser Einrichtung wird fortgesetzt. Der Ausbau der ambulanten Strukturen wird fortgesetzt.

Ein Alleinstellungsmerkmal der Pflegeeinrichtungen der Stadt Frankfurt (Oder) stellt das ausschließliche Angebot von Ein-Bett-Zimmern in allen Einrichtungen der Gesellschaft dar. Damit erfüllen die Einrichtungen der Gesellschaft die Forderung der am 01.07.2010 erlassenen Strukturqualitätsverordnung des Landes Brandenburg. Diese Verordnung ersetzt die Heimmindestbau- und Heimpersonalverordnung des Bundes.

Wesentliche Risiken

Die schlechte Finanzausstattung des Unternehmens stellt aus gegenwärtiger Sicht das einzige Risiko für die Gesellschaft dar.

Gesamteinschätzung

Mit den in den vergangenen Jahren eingeleiteten und vollständig abgeschlossenen Maßnahmen

- Sanierung aller Gebäude
- Spezialisierung der Einrichtungen, ohne direkte Konkurrenz
- Einführung eines leistungsorientierten Lohnsystems mit der Regelung der Erhöhung der Löhne nur bei Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft und in Höhe der Steigerung der Personalkosten im Kostensatz
- Reduzierung der Beiträge zur Altersversorgung

wird die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft für die Zukunft sicher gestellt.

Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Liquidität der Gesellschaft werden sein:

- Verbesserung des Forderungsmanagements
- Zusätzliche Kreditaufnahme zur Umfinanzierung
- Abschluss von kostendeckenden Kostensätzen für ungeforderte Investitionskosten für Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe
- Vergütungsvereinbarungen mit den Verbänden der Pflegekassen im Land Brandenburg Vollzug der jährlichen Kostensatzerhöhungen zum 01.01. eines jeden Jahres (bisher 01.05.)
- Abschluss einer Vereinbarung zur Erbringung von Leistungen der Alltagsbegleitung gemäß § 87 SGB XI für die Wohngruppe für Menschen im Wachkoma
- Gezielte Öffentlichkeitsarbeit durch Erstellung von Flyer, Internetauftritten und gezielten Themenabenden zum Thema Alter mit dem Ziel der Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Einrichtungen
- Schaffung von Angeboten des Betreuten Wohnens bzw. des Wohnens mit Service. Ziel ist die Schaffung von Einnahmen, die nicht durch eng vorgegebene Kostensätze geregelt sind
- Prüfung des Abschlusses eines care plus Vertrages mit den Verbänden der Pflegekassen Berlin Brandenburg zur Verbesserung der ärztlichen und therapeutischen Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner mit dem Ziel der Verminderung der Ausfalltage durch Krankenhausaufenthalte.

Dies führt langfristig zur Überwindung der Liquiditätsschwäche.

Bereich Sport

Eigenbetrieb Sportzentrum der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)

Gründungsjahr: 1994

Stammkapital: keine Festsetzung

Gesellschafter: Sondervermögen der Stadt Frankfurt (Oder)

Organe:

Werkleiter: Herr Lausch

Werksausschuss: Herr Spohn (Vorsitzender)
Herr Heinrich
Frau Meier
Frau Teich
Herr Bleck
Frau Wolf
Herr Noack

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Entwicklung der Freizeit- und Erholungsbedingungen zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben:

- Bewirtschaftung der zugeordneten Sporteinrichtungen, der Sportinternate und der Mensa der Sportschule
- Sicherung und Bereitstellung der materiell-technischen Bedingungen für den Breiten-, Gesundheits- und Leistungssport sowie für kulturelle und andere Veranstaltungen

Bemerkungen

Die Münzer & Storbeck Treuhand- und Revisions GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2010 am 08. Juli 2011 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 23. September 2011 wurde der Jahresabschluss 2010 festgestellt. Der Werkleitung wurde Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

Höhe: **T€ 2.243,4** (Vj: T€ 2.938,1)

Davon mit einer Restlaufzeit von:

➤ bis 1 Jahr:	€	344.150,00
	Vj:	€ 344.150,00
➤ 1 - 5 Jahre:	€	1.720.750,00
	Vj:	€ 1.376.600,00
➤ ab 5 Jahre:	€	178.535,00
	Vj:	€ 1.210.985,00

Bilanz				
TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	48.211,0	45.957,0	2.254,0	4,90%
Imma. Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0	0,00%
Sachanlagevermögen	48.211,0	45.957,0	2.254,0	4,90%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	1.454,0	1.318,5	135,5	10,28%
Vorräte	0,0	0,0	0,0	0,00%
Forderungen	178,8	178,8	0,0	0,00%
Liquide Mittel	1.275,2	1.139,7	135,5	11,89%
Rechnungsabgrenzungsposten	24,0	20,4	3,6	17,65%
Summe AKTIVA	49.689,0	47.295,9	2.393,1	5,06%

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	25.862,6	26.557,7	-695,1	-2,62%
Gezeichnetes Kapital	0,0	0,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	25.862,6	26.557,7	-695,1	-2,62%
Sonderposten	20.490,4	17.460,9	3.029,5	17,35%
Rückstellungen	384,2	293,6	90,6	30,86%
Verbindlichkeiten	2.946,6	2.982,5	-35,9	-1,20%
Rechnungsabgrenzungsposten	5,2	1,2	4,0	333,33%
Summe PASSIVA	49.689,0	47.295,9	2.393,1	5,06%

Gewinn- und Verlustrechnung				
TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	967,5	944,7	22,8	2,41%
Sonstige Erträge	23,4	8,0	15,4	192,50%
Zuschüsse	3.484,4	3.266,5	217,9	6,67%
Materialaufwand	500,2	480,9	19,3	4,01%
Personalaufwand	2.009,5	1.991,0	18,5	0,93%
Abschreibungen	1.099,8	1.406,8	-307,0	-21,82%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.553,7	1.094,1	459,6	42,01%
Betriebsergebnis	-687,9	-753,6	65,7	8,72%
Zinsergebnis	-4,1	-1,8	-2,3	-127,78%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-692,0	-755,4	63,4	8,39%
Steuern	4,5	6,0	-1,5	-25,00%
Jahresergebnis	-696,5	-761,4	64,9	8,52%

Zuschüsse Stadt FFO	2.705,2	2.512,8	192,4	7,66%
Zuschüsse Land	213,2	208,3	4,9	2,35%
Zuschüsse Bund	566,0	545,4	20,6	3,78%
Zuschüsse Gesamt	3.484,4	3.266,5	217,9	6,67%

Auszug aus dem Lagebericht

Der Eigenbetrieb Sportzentrum der Stadt Frankfurt (Oder) wurde auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 01.01.1994 gebildet. Er hat sich seitdem kontinuierlich entwickelt und seine Aufgabenbereiche erweitert. Neben der Sportstättenverwaltung zählt die Betreuung der Sportinternate mit den drei Häusern in der Kieler Straße, im Finkensteig und in der Stralsunder Straße zu den Aufgaben des Sportzentrums.

Auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung wurde die Mensa in der Kieler Straße an den Eigenbetrieb Sportzentrum übertragen. Damit wurde das Ziel verbunden, die dringend notwendige Sanierung zu realisieren und die Qualität der Sportlerversorgung und deren Freizeitgestaltung deutlich zu verbessern. Zum Schuljahresbeginn 2007/2008 wurde die Sanierung und zum Beginn des Schuljahres 2009/2010 die Ausstattung planmäßig abgeschlossen. Ab 2010 erfolgte erstmals die eigenständige Bewirtschaftung der Mensa durch das Sportzentrum.

Integraler Bestandteil des Sportzentrums ist der Olympiastützpunkt Brandenburg mit seinen Standorten Frankfurt (Oder), Cottbus und Potsdam sowie die Bundes- und Landesstützpunkte in den 18 Schwerpunktsportarten. Gleichzeitig befindet sich auf dem Gelände der Sitz des Stadtsportbundes und einer Vielzahl von Sportvereinen der Stadt Frankfurt (Oder). Die Landesverbände im Gewichtheben, Judo, Handball und Sportschießen haben im Sportzentrum ihre Geschäftsstellen eingerichtet. Aufgrund der spezifischen Aufgabenstellungen befinden sich auf dem Gelände des Sportzentrums u. a. eine Reha-Einrichtung, eine Arzt- und Physiotherapiepraxis sowie eine Versorgungseinrichtung.

In unmittelbarer Nähe wurden mit der Sportfördergruppe der Bundeswehr und der Sportschule Frankfurt (Oder) weitere Einrichtungen des Sports geschaffen, die in ihrer Gesamtheit ein leistungsfähiges Verbundsystem bilden. Das gemeinsame Ziel besteht darin, eine durchgängige und umfassende Betreuung von Sportlerinnen und Sportlern vom Nachwuchs bis zum Spitzensport zu sichern. Das Vorhandensein der o. g. Einrichtungen an einem Standort schafft Synergieeffekte, die die Gesamtentwicklung des Sportzentrums sehr positiv beeinflussen.

Aufgrund von erheblichen baulichen und statischen Problemen bzw. Mängeln an der Dachkonstruktion der Brandenburghalle wurde die Sporthalle Ende 2009 für den Sportbetrieb gesperrt. Durch die Bundes- und Landesregierung wurden zur dringend notwendigen Sanierung kurzfristig finanzielle Mittel bereit gestellt, so dass im Jahr 2010 die Dachsanierung durchgeführt und abgeschlossen werden konnte.

Grundstücksbestand

Zum Eigenbetrieb Sportzentrum gehörten im Berichtszeitraum die Sportstätten in der Stendaler Straße 26, der Schießstand an der Autobahn, das Sportinternat in der Kieler Straße 10, das Internat Finkensteig 13-15, das Internat Stralsunder Straße 1-3 und die Mensa in der Kieler Straße 10 in Frankfurt (Oder).

Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der Anlagen

Die Gesamtauslastung des Sportzentrums war auch im Jahr 2010 stabil. Das zeigt sich zum einen in der intensiven Nutzung der Sportanlagen und zum anderen in der gestiegenen Anzahl zentraler Trainings- und Schulungsmaßnahmen der Sportverbände an unserem Standort. Die durchschnittliche wöchentliche Gesamtnutzung durch Sportlerinnen und Sportler der Bundes- und Landesstützpunkte, Sportvereine und Schüler der Sportschule Frankfurt (Oder) betrug 1.390 Stunden (2004: 1.186, 2006:1.289 Stunden, 2007:1.493 Stunden, 2008: 1.531 Stunden, 2010: 1.511 Stunden). Im Jahr 2010 fanden 243 Sportveranstaltungen wie Europacups, internationale Turniere, Deutsche Meisterschaften, Bundesligawettkämpfe, Landesmeisterschaften, Pokalspiele, Sport- und Schützenfeste usw. im Sportzentrum der Stadt Frankfurt (Oder) statt (2004: 195, 2005: 245, 2008: 253 und 2010 aufgrund der Sanierung der Brandenburghalle nur insg. 190 Veranstaltungen).

Auch 2010 nutzten die Bundes- und Landesverbände die Sportanlagen und Rahmenbedingungen des Sportzentrums umfangreich für zentrale Maßnahmen (Trainingslager, Schulungen, Weiterbildungen u.a.). Der Abschluss der Sanierungsarbeiten im Sportzentrum wirkte sich besonders positiv bezüglich der steigenden Nachfrage der Sportverbände aus. Insgesamt fanden 2010 117 zentrale Maßnahmen in den Sportarten Boxen, Gewichtheben, Handball, Judo, Radsport, Ringen und Schießen statt.

Im Rahmen des täglichen Trainings nutzten 150 Bundeskader regelmäßig unsere Sportanlagen. Der Sportfördergruppe der Bundeswehr in Frankfurt (Oder) mit einem Personalbestand von 50 stehen die Anlagen für das Training zur Verfügung. Im Sportzentrum hat die FSU 90 e.V. mit ihren Mitgliedsvereinen mit insgesamt 2.530 Mitgliedern, davon allein 1.260 trainierenden Jugendlichen, ihren Sitz.

Bei internationalen Meisterschaften der Jugend, Junioren und Senioren (EM und WM) erreichten

Sportlerinnen und Sportler des Sportzentrums insgesamt 8 Medaillen. Bei Deutschen Meisterschaften wurden 139 Medaillen, davon 51 Meistertitel, erkämpft. Mit den Wettkämpfen des Jahres 2010 wurde ein weiterer Schritt in Richtung Olympischer Spiele in London 2012 gegangen. Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass das Sportzentrum der Stadt Frankfurt (Oder) fester Bestandteil des öffentlichen Lebens in unserer Stadt ist. Der hohe Auslastungsgrad der komplexen Sportanlagen unterstreicht die Attraktivität des Sportzentrums und damit die der Stadt Frankfurt (Oder) deutlich.

Stand der im Bau befindlichen Anlagen

Das Gesamtanierungsvorhaben des Sportkomplexes in der Stendaler Straße 26 wurde 2010 planmäßig fortgesetzt.

Die Bauarbeiten im Rahmen des III. Bauabschnittes über das Konjunkturpaket II an der Schießsportanlage Eisenhüttenstädter Chaussee wurden weitergeführt. Diese Maßnahme beinhaltet die Rekonstruktion des 25 m Pistolenstandes und 50 m Laufende Scheibbestandes, den Bau eines 100 m Großkaliberstandes und 50 m Laufende Scheibbestandes, zweier Skeetstände und Aufenthaltsgebäudes sowie die Erweiterung des 50 m Freien Pistolenstand und die Sanierung des Sportlagers und der Außenanlagen. Im Jahr 2010 erfolgte die Fertigstellung des 25 m Pistolenstandes, eines Bogenstandes und die Erweiterung des 50 m Freien Pistolenstandes. Die Baumaßnahme wird bis zum Herbst 2011 fertig gestellt. Durch die Baumaßnahme werden die vom Landesumweltamt geforderten Maßnahmen hinsichtlich des Lärmschutzes realisiert. Gleichzeitig verbessern sich die Möglichkeiten für den Trainings- und Wettkampfbetrieb im Sportschießen deutlich und es werden Bedingungen für Breitensportliche Aktivitäten geschaffen.

Der Anbau des Vereins- und Beratungsraumes an die Brandenburghalle und die dringend unabwendbare Dachsanierung der Brandenburghalle wurden in 2010 durchgeführt und abgeschlossen.

Ertragslage

Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Erträge resultiert insbesondere durch die Zuschusserhöhung der Stadt für die Kapazitätserweiterung des Internates Stralsunder Straße und Betreuung der Sportmensa.

Die Senkung der Abschreibungen resultiert aus dem höheren Anteil der Abschreibungen auf Sonderposten. Desweiteren erfolgt ab 2010 auch die Abschreibungsminderung auf den städtischen Anteil der Investitionen, da diese auch als Sonderposten behandelt werden. In 2009 erfolgte die Sonderabschreibung des Daches der Brandenburghalle aufgrund der Sanierungsmaßnahme, welche nur eine einmalige Auswirkung hatte.

Die Personalkosten stiegen aufgrund von Tarifierhöhungen. Die Erhöhung der sonstigen Aufwendungen gegenüber Vorjahr resultieren aus der Übernahme der Bewirtschaftungskosten Sportmensa und der vollen Nutzung des Internates Stralsunder Straße. Dafür wurde eine entsprechende Zuschusserhöhung der Stadt Frankfurt (Oder) im Wirtschaftsplan 2010 eingestellt. Im gesamten Eigenbetrieb Sportzentrum stiegen die Medienkosten (Wärme, Strom und Wasser) durch diese Kapazitätserweiterung und durch Preiserhöhungen um 167 T€ sowie im Bereich der Reparaturen um 183 T€.

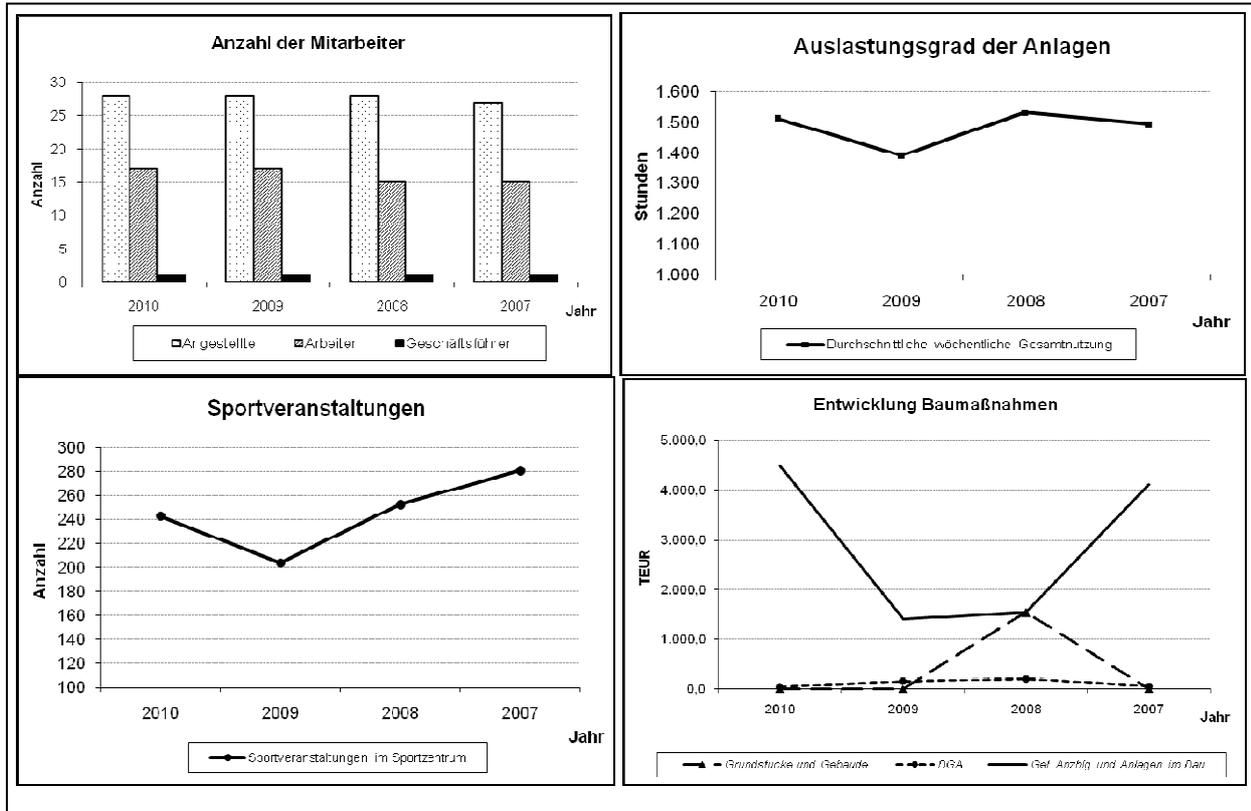
Die Einnahmen der Elternbeiträge als wesentlichste Position der Umsatzerlöse erhöhten sich. Aus Übernachtungen am Schießstand Autobahn konnten durch die volle Nutzung nach Inbetriebnahme der Sportlerherberge gegenüber dem Vorjahr Mehreinnahmen abgerechnet werden. Durch die Sanierung der Schießsportanlage über das Konjunkturpaket kam es zu Mindereinnahmen im Bereich Schießstandsnutzung.

Die Schließung der Brandenburghalle aufgrund von Sanierungsarbeiten führte insbesondere im Jahr 2010 zu Einnahmeausfällen im Bereich Bandenwerbung.

Mit dem vorhandenen Personal konnte die umfangreiche Aufgabenstellung des Sportzentrums, die Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht für die Sportanlagen und die pädagogische Führung von Kindern und Jugendlichen in einem Sportinternat erfüllt werden. Das Sportinternat wird ganztägig durchgängig (24 h) betrieben. Die pädagogische Arbeit wird durch Erzieher im 2-Schichtsystem durchgeführt. Ab 22.00 Uhr wird das Internat durch die Mitarbeiter in Nacht- bzw. Bereitschaftsdienst geführt.

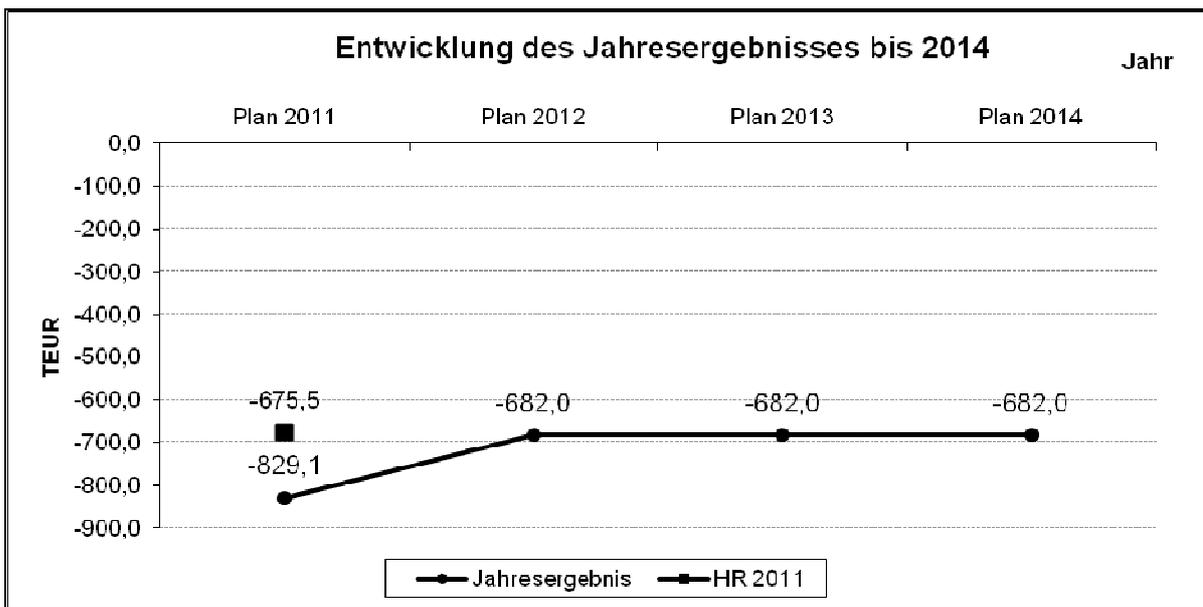
Gegenüber dem Vorjahr nahm der Personalaufwand infolge von Tarifierhöhungen und des zunehmenden Erzieherpersonals durch die Stralsunder Straße zu. Das Jahr 2010 war gekennzeichnet durch die ganzjährige Auslastung des Sportzentrums durch tägliches Training, durch steigende zentrale Schulungs- und Trainingsmaßnahmen sowie Wettkämpfe bei gleichzeitiger Bautätigkeit im Rahmen des Sanierungsvorhabens Oderlandhalle und Schießstand an der Autobahn. Durch die Einsatzbereitschaft aller Mitarbeiter des Sportzentrums wurden die umfangreichen Anforderungen in guter Qualität abgesichert.

Kennzahlen			
	Kritischer Wert	2010	2009
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	52,05%	56,15%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	93,29%	93,07%
Fremdkapitalquote	> 75 %	6,71%	6,93%
Verschuldungsgrad	-	1/8	1/8
Anlagendeckungsgrad I	-	53,64%	57,79%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	58,44%	63,69%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	131,33%	143,52%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	152,21%	168,61%
Working Capital	< 0	483,0	524,4
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	-71,10%	-79,77%
Materialintensität	-	51,70%	50,91%
Personalintensität	-	207,70%	210,75%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	97,03%	97,17%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	5,41	1,74
Produktivität	-	21,03	21,47
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	< Deb.lfz.	220	212
Debitorenlaufzeit	> Kred.lfz.	10	9



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2011	HR 2011	Plan 2012	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Umsatzerlöse	1.021,8	1.010,5	1.054,1	32,3	3,16%
Sonstige Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Zuschüsse	3.734,2	3.693,1	4.099,4	365,2	9,78%
Materialaufwand	555,6	552,3	589,5	33,9	6,10%
Personalaufwand	2.365,5	2.127,8	2.524,0	158,5	6,70%
Abschreibungen	1.235,0	1.270,0	1.220,0	-15,0	-1,21%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.414,0	1.416,0	1.480,0	66,0	2,00%
Betriebsergebnis	-814,1	-662,5	-660,0	154,1	18,93%
Zinsergebnis	-8,0	-6,0	-12,0	-4,0	-50,00%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-822,1	-668,5	-672,0	150,1	18,26%
Steuern	7,0	7,0	10,0	3,0	42,86%
Jahresergebnis	-829,1	-675,5	-682,0	147,1	17,74%
Zuschüsse Stadt FFO	2.969,6	2.973,1	3.374,4	404,8	13,63%
Zuschüsse Land	219,8	200,0	200,0	-19,8	-9,01%
Zuschüsse Bund	544,8	520,0	525,0	-19,8	-3,63%
Zuschüsse Gesamt	3.734,2	3.693,1	4.099,4	365,2	9,78%



Ausblick

Auf der Grundlage der Sanierungs- und Umgestaltungskonzeption des Sportzentrums wird 2011 die Sanierung des Sportzentrums planmäßig fortgesetzt.

Nachdem in den vergangenen Jahren die Sanierung der Sporthallen in der Stendaler Straße und die Sanierung der Sportinternate Vorrang hatten, erfolgte im Jahr 2010 die Weiterführung der Maßnahmen am Schießstand an der Autobahn. Die Fertigstellung des Funktionsgebäudes mit Übernachtungsmöglichkeiten und Erneuerung der Verwaltungsräume im III. Bauabschnitt erfolgte im Juni 2009.

Die Sanierungsmaßnahmen im III. Bauabschnitt über das Konjunkturpaket wurden im Jahr 2010 weitergeführt. Dabei wurde auf dem Schießstand an der Autobahn der 25 m Pistolenstand und den 50 m Pistolenstand, der Bogenstand und die Erweiterung des 50 m Freien Pistolenstand fertig gestellt. Diese Maßnahmen tragen zur Einhaltung der geforderten Immissionsschutzwerte und zur Sanierung der Gesamtanlage bei. Desweiteren wurden die Außenanlagen auf dem Schießstand gestaltet und notwendige Parkplätze geschaffen. Die Baumaßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II wurden mit 90 % durch das Land finanziert.

Gleichzeitig werden wichtige Bauunterhaltungsmaßnahmen im Sportzentrum weitergeführt. Die Sanierung der Dachkonstruktion der Brandenburghalle wurde Dank der gemeinsamen Finanzierung durch Bund, Land und Stadt kurzfristig im Jahr 2010 realisiert. Die damit verbundenen Einschränkungen bei der Sportstättennutzung wurden im Gesamtverbund der Sportstätten des Sportzentrums geregelt.

Um die anforderungsgerechte Betreuung der Mensa der Sportinternate zu sichern, wurde im Jahr 2007 die Sanierung der Mensa abgeschlossen. Die Finanzierung erfolgte über ein mit der Landesregierung abgestimmtes Kreditprogramm und sieht eine Refinanzierung über 10 Jahre durch das Sportzentrum vor. Die Höhe des Kredites belief sich auf Tsd. € 3.435,2. Die jährliche Kreditrückzahlung in Höhe von 344,2 Tsd. € erfolgt über den Vermögenshaushalt des Eigenbetriebes bis zum Jahr 2017.

Eine wesentliche Aufgabenstellung des Sportzentrums wird auch 2010 die Sicherung der Rahmenbedingungen für das tägliche Training und zentrale Trainingsmaßnahmen in Vorbereitung auf die internationalen Jahreshöhepunkte sein.

Das Sportzentrum Frankfurt (Oder) wird sich auch in den nächsten Jahren als wichtiger Standort für den Nachwuchs- und Spitzensport weiter entwickeln. Der hohe Umfang von Anmeldungen zur Nutzung des Sportzentrums und zur Aufnahme in das Sportinternat belegen diesen Trend deutlich. Um die Anforderungen der Sportverbände hinsichtlich der Einschulung in die Sportschule Frankfurt (Oder) gewährleisten zu können, war eine Kapazitätserhöhung dringend erforderlich.

Zur Absicherung des steigenden Bedarfs an Internatsplätzen für Schüler der Sportschule Frankfurt (Oder) hat die Stadt Frankfurt (Oder) das Grundstück Stralsunder Straße 1-3 angekauft. Nach erfolgter Sanierung mit Fördermitteln des Landes wurde das Gebäude im Jahr 2008 lt. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung dem Eigenbetrieb zugeordnet.

Der Eigenbetrieb erstellt eine mehrjährige Wirtschafts- und Finanzplanung. Sie erfolgt in direkter Abstimmung mit dem Haushaltsplan der Stadt Frankfurt (Oder).

Seit dem 01.01.2009 ist das Sportzentrum der Stadt Frankfurt (Oder) auch Verwaltungssitz des Olympiastützpunktes Brandenburg.

Die Zuwendungen für die Betreuung des Sportzentrums durch Bund und Land sind für den Zeitraum bis 31.12.2012 verbindlich festgeschrieben.

Risiken werden in möglichen Betriebskostenerhöhungen gesehen.

Die Zusammenarbeit im Verbundsystem zwischen Sportzentrum, Olympiastützpunkt Brandenburg, Sportschule, Sportverbände und Sportfördergruppe sowie Auslastung deren personeller und wirtschaftlicher Ressourcen ist weiter zu optimieren, um Synergieeffekte zu schaffen.

Bereich Kultur

Eigenbetrieb Kulturbetriebe Frankfurt (Oder)

Gründungsjahr: 1998

Stammkapital: keine Festsetzung

Gesellschafter: Sondervermögen der Stadt Frankfurt (Oder)

Organe:

Werkleitung: Frau Wenzke,
amt. 1. Werkleiterin
Frau Christen,
Volkshochschule
Frau Prof. Dr. Rieger-Jähner,
Städt. Museen Junge Kunst und Viadrina
Herr Kröger, Musikschule
Herr Schumann,
Herr Wissen
Stadt- und Regionalbibliothek

Werkausschuss: Frau Meier
Frau Schiefer
Herr Hammer
Herr Adler
Herr Hornauf
Herr Dr. Mende
Herr Hanschel
Herr Schönherr
Frau Bertold
Herr Voss
Herr Hänsel
Frau Grigutsch

Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben:

- Förderung von Kunst und Kultur, Bildung und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung
- Förderung von Einzelkünstlern und freien Trägern von Kunst und Kultur
- Zur Erfüllung des Satzungszweckes werden die Teilbetriebe Kulturbüro, Musikschule, Stadt- und Regionalbibliothek, Städtisches Museum Junge Kunst und Viadrina und die Volkshochschule unterhalten

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehören die Sicherung und Förderung eines breiten Angebotes an Bildungseinrichtungen sowie die Entwicklung des kulturellen Lebens zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Die Münzer & Storbeck Treuhand- und Revisions GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2010 am 10. Juni 2011 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

Die Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung für den Jahresabschluss 2010 sowie die Entlastung der Werkleitung stehen noch aus, da die Genehmigung durch das Ministerium des Innern noch aussteht.

In Folge dessen haben die vorgelegten Daten zum Jahresabschluss nur einen vorläufigen Charakter und sind vorbehaltlich der Genehmigungen und möglicher Änderungen zu betrachten.

Verbindlichkeiten

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Bilanz

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	1.075,3	1.105,9	-30,6	-2,77%
Imma. Vermögensgegenstände	34,0	40,0	-40,0	-100,00%
Sachanlagevermögen	1.041,3	1.065,9	-1.065,9	-100,00%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	325,5	325,1	0,4	0,12%
Vorräte	0,0	0,0	0,0	0,00%
Forderungen	42,4	107,6	-107,6	-100,00%
Liquide Mittel	283,1	217,5	-217,5	-100,00%
Rechnungsabgrenzungsposten	4,6	4,5	0,1	2,22%
Summe AKTIVA	1.405,4	1.435,5	-30,1	-2,10%

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	404,6	404,3	0,3	0,07%
Gezeichnetes Kapital	0,0	0,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	404,6	404,3	-404,3	-100,00%
Sonderposten	304,1	271,3	32,8	12,09%
Rückstellungen	559,5	619,0	-59,5	-9,61%
Verbindlichkeiten	130,5	134,2	-3,7	-2,76%
Rechnungsabgrenzungsposten	6,7	6,7	0,0	0,00%
Summe PASSIVA	1.405,4	1.435,5	-30,1	-2,10%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2010	2009	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	854,9	842,7	12,2	1,45%
Sonstige Erträge	280,0	1.218,6	-938,6	-77,02%
Zuschüsse	4.419,7	3.297,9	1.121,8	34,02%
Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,00%
Personalaufwand	3.061,2	3.259,4	-198,2	-6,08%
Abschreibungen	132,6	114,8	17,8	15,51%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.356,6	2.199,8	156,8	7,13%
Betriebsergebnis	4,2	-214,8	219,0	101,96%
Zinsergebnis	1,1	1,9	-0,8	-42,11%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,3	-212,9	218,2	102,49%
Steuern	4,8	4,5	0,3	6,67%
Jahresergebnis	0,5	-217,4	217,9	100,23%

Zuschüsse Stadt FFO	4.048,8	2.933,9	1.114,9	38,00%
Zuschüsse Land	370,9	364,0	6,9	1,90%
Zuschüsse Gesamt	4.419,7	3.297,9	1.121,8	34,02%

Auszug aus dem Lagebericht

Im Eigenbetrieb wurden folgende Investitionen an beweglichen Anlagengütern in 2010 getätigt:

- Betriebsausstattungen	15.318,76 €
- Musikinstrumente	1.835,71 €
- Computertechnik	50.652,40 €
- Sammelposten GWG bis 1.000 €	34.825,91 €

Die Anschaffung von Computertechnik diene in erster Linie der Ersatzbeschaffung. Für die Musikschule wurde durch Spenden eine Oktavgitarre finanziert.

Anschaffungen von Betriebsausstattungen: In der Stadt- und Regionalbibliothek wurde eine Telefonanlage erneuert. Im Museum Junge Kunst befinden sich Grafikschränke, die nicht mehr den Arbeitsschutzbestimmungen entsprechen. Es besteht die Auflage diese schrittweise auszutauschen. Im Konzertsaal der Musikschule musste das Beleuchtungssystem erneuert werden. Die Volkshochschule erhielt Landesmittel für die Kucheneinrichtung des Eltern-Kind-Zentrums.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse

Kulturbüro	2006	2007	2008	2009	2010	% zu 2009
Erlöse	91.430	107.948	118.556	125.019	115.744	92,58%
davon Vermietungen	78.057	83.408	84.594	85.165	75.038	88,11%
davon sonstige Einnahmen	13.373	24.540	33.962	39.854	40.706	102,14%
Kennzahlen der Projektförderungen						
Anzahl gestellter Förderanträge	29	34	30	25	30	120,00%
Bewilligte Anzahl der Förderanträge	28	20	20	21	27	128,57%
davon Musik	7	4	7	7	8	114,29%
davon Darstellende Kunst	4	3	5	2	5	250,00%
davon Bildende Kunst	5	3	4	5	3	60,00%
davon Literatur	4	3	1	3	6	200,00%
davon Film / Neue Medien	2	3	1	2	2	100,00%
davon Szene Kultur	3	2	1	1	1	100,00%
davon Tanz	0	0	0	0	0	-
davon Sonstiges	3	2	1	1	2	200,00%
Förderungssumme in €	77.615	58.430	74.860	79.000	79.000	100,00%
Kennzahlen der St. Marienkirche						
Besucher	67.580	66.602	56.810	61.093	57.053	93,39%

Die Erlöse fallen gegenüber dem Vorjahr geringer aus. Ursache ist der Rückgang im Bereich der Vermietungen. Erklärend kann hier bemerkt werden, dass bei Auszug von Mietern nicht immer sofort eine Weitervermietung möglich ist und somit Leerzeiträume entstehen, die an dieser Stelle zu Mindereinnahmen bei den Vermietungen führen. In den sonstigen Einnahmen werden beispielsweise Entgelte sowie Verkaufserlöse für die Marienkirche erfasst. Diese sind verglichen mit dem Jahr 2006 um das dreifache angestiegen.

Im Vergleich zum Vorjahr sind sechs Projekte mehr gefördert worden. Die zur Verfügung stehenden Mittel der Projektförderung wurden voll ausgeschöpft. In den Jahren 2007 und 2008 konnten, auf Grund der finanziellen Situation des Eigenbetriebes (2008) sowie den vorgeschriebenen Prüf- und Freigabeverfahren der Stadtverwaltung (2007), nicht alle Mittel für die Einzelprojektförderung zur Verfügung gestellt werden.

In diesem Jahr wurden u. a. Projekte wie z. B. Landeswettbewerb "Jugend musiziert 2010", "Lesen im Winter II", "Regenerativ-Verfahren", "Frankfurter Gesichter", Filmprogramm des Kleinen Kinos e. V., "Stübfurter Mediathek", Frankfurter Schultheatertage für Kinder und Jugendliche, die Veranstaltungsreihe des Depot 2004 e. V. "LokalKultur" sowie auch die Ausstellung von Regina Nieke "animal urbanum" in der St. Marienkirche oder auch die "4. Fröhliche Musikantenfamilie", "Klasse Bücher", "Kunstwelten", ein Projekt der Akademie der Künste, gefördert.

Die Übersicht der Projektförderungen zeigt außerdem die Anzahl der geförderten Projekte in den einzelnen Sparten. Im dargestellten Zeitraum gehörte die Sparte Musik immer zu den Schwerpunkten. Im Jahr 2010 lagen die Schwerpunkte neben der Sparte Musik in der Literatur sowie auch der Darstellenden Kunst.

Erstmals werden in diesem Lagebericht die Besucherkenzzahlen für die St. Marienkirche dargestellt. Seit 2006 ist in der St. Marienkirche ein soziokulturelles Zentrum. Ersichtlich ist, dass die St. Marienkirche nicht nur während der Restaurierung der mittelalterlichen Glasfenster, sondern auch nach Abschluss dieser Arbeiten eine hohe Besucherfrequenz aufweisen kann.

Städtische Museen Junge Kunst und Viadrina	2006	2007	2008	2009	2010	% zu 2009
Erlöse	15.106	38.131	14.965	17.960	19.540	108,80%
davon Entgelte für Eintritt	9.478	19.270	9.089	11.842	13.374	112,94%
davon Kommissionsverkauf	446	5.513	982	1.206	1.139	94,44%
davon sonstige Einnahmen	5.182	13.348	4.894	4.912	5.027	102,34%
Anzahl Ausstellungen	17	18	17	17	16	94,12%
davon Museum Junge Kunst	9	11	11	10	10	100,00%
davon Museum Viadrina inkl. Gedenkstätte	8	7	6	7	6	85,71%
Anzahl Besucher	22.978	29.309	25.631	23.013	21.812	94,78%
davon Museum Junge Kunst	9.824	15.305	10.905	9.804	8.876	90,53%
davon Museum Viadrina inkl. Gedenkstätte	13.154	14.004	14.726	13.209	12.936	97,93%
Anzahl Ausstellungen außerhalb	-	-	1	3	3	100,00%
Anzahl Besucher außerhalb	-	-	10.061	27.976	8.894	31,79%
Anzahl Besucher ¹ je Einwohner in %	37,13	47,87	42,30	38,43	36,59	95,22%
Einwohnerzahl per 31.12.	61.886	61.228	60.588	59.889	59.616	

¹ ohne Besucher außerhalb

Die Erlöse sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Wegen des besonderen Anspruchs und des höheren Aufwandes der Ausstellungen in der Rathaushalle u. a. aus der Sammlung des Museums Junge Kunst "Tendenz abstrakt" wurde gemäß Entgeltordnung ein höheres Entgelt festgelegt. Die höheren Erlöse betreffen auch die "Dresen-Ausstellung" im Museum Viadrina, die durch den hohen Arbeitsaufwand gerechtfertigt sind. Daraus erklärt sich die Einnahmesteigerung im Jahr 2010. Auch im Jahr 2009 wurde für die Ausstellung "Rückschau in die Moderne" ein höheres Entgelt festgelegt und erklärt auch hier die Steigerung der Erlöse.

Die hohen Erlöse im Jahr 2007 stehen in einem engen Zusammenhang mit der großen Resonanz der Ausstellung "Das spätgotische Antichristfenster". Hier konnten neben Entgelten für Eintritt auch hohe Verkaufserlöse für den dazugehörigen Katalog erzielt werden.

Die Besucherzahlen sind vor allem im Museum Junge Kunst schwankend und in starkem Maße abhängig von der Attraktivität der Ausstellungen und von den zur Verfügung stehenden Werbemitteln. Deshalb ist auch die Erreichbarkeit (Anzahl Besucher je Einwohner) schwankend. Gut besuchte Ausstellungen waren u. a.:

- "Ein Himmel auf Erden" - Wanderausstellung Himmelsscheibe von Nebra
- "Mortals and Monsters" - Jan Thomas
- "tuten und blasen" - André Tempel
- "Tendenz abstrakt" - aus der Sammlung des Museums Junge Kunst
- "Halbe Treppe II" - Andreas Dresen

Die Volkshochschule konnte in diesem Jahr wiederum Erlössteigerungen gegenüber dem Vorjahr erzielen. Ursache hierfür ist die bedarfsgerechte Anpassung der Kurse unter Angleichung der Entgelte, entsprechend den Möglichkeiten der geltenden Entgeltordnung.

Der deutliche Anstieg der Teilnehmerkenzzahlen ist auf die Zuwächse in allen Bereichen, insbesondere im Bereich Berufliche Bildung zurückzuführen. Der positive Trend des Vorjahres im Bereich Gesundheit/Sport ist weiterhin auch bundesweit zu beobachten.

Stadt- und Regionalbibliothek	2006	2007	2008	2009	2010	% zu 2009
Erlöse	90.939	81.105	82.157	79.453	74.598	93,89%
davon Benutzungsentgelte	52.944	51.757	50.994	51.231	48.811	95,28%
davon Versäumnisentgelte	25.138	19.921	22.828	21.054	20.280	96,32%
davon Entgelte für Veranstaltungen*	-	-	-	1.343	1.041	77,51%
davon sonstige Einnahmen	3.135	3.007	3.275	3.087	3.177	102,90%
davon Internet-Entgelte	9.721	6.421	5.060	2.738	1.290	47,11%
Anzahl Nutzer	9.788	5.733	5.696	5.467	5.655	103,44%
davon aus Ffo.	7.973	4.674	4.685	4.499	4.750	105,58%
Anzahl Entleihungen	905.134	859.955	759.729	719.991	681.647	94,67%
Anzahl Entleihungen je Nutzer in %	92,47	150,00	133,38	131,70	120,54	91,53%
Nutzer je 100 Einwohner in %	15,82	9,36	9,40	9,13	9,49	103,91%
Einwohnerzahl per 31.12.	61.886	61.228	60.588	59.889	59.616	

* separate Erfassung ab 2009

Seit 2006 sind die Erlöse einem Abwärtstrend unterlegen. Für die Benutzungsentgelte lassen sich leichte Schwankungen feststellen, wobei in diesem Jahr ein deutlicher Rückgang zu registrieren ist. Entgelte für Internetnutzung sind seit Inkrafttreten nur noch von nicht angemeldeten Besuchern der Stadt- und Regionalbibliothek zu entrichten.

Im Gegensatz zu den gesunkenen Einnahmen stellt sich ein Anstieg der Nutzerzahlen um 188 dar. Die Erklärung der höheren Nutzerzahlen und geringeren Benutzungsentgelte liegt in der Durchführung der Sommerleseförderaktion. Die Aktion umfasste einen Gutschein, der es Neukunden ermöglicht, sich für 3 Monate kostenfrei in der Stadt- und Regionalbibliothek anzumelden. Mit dem erworbenen Leseausweis kann dann die ganze Bandbreite des Medienangebotes genutzt werden, dazu gehören auch digitale Medien der E-Ausleihe. In diesem Jahr hatte die Aktion einen großen Erfolg zu verbuchen. Im Rahmen dieser Aktion gab es 302 Neuanmeldungen, wie viel davon als dauerhafte Nutzer verbleiben, kann bis dato noch nicht abgeschätzt werden.

Bei den Entleihungen ist im Vergleich mit dem Vorjahr ein Rückgang von 38.344 zu verzeichnen, dieser ist geringer als der des Zeitraumes von 2008 zu 2009. Der größte Rückgang ist im Vergleich von 2007 zu 2008 mit 100.226 erkennbar. Trotz Entleihungs- und teilweise Nutzerrückgang unter der Berücksichtigung des Bevölkerungsrückganges ist die Erreichbarkeit gegenüber den Vorjahren leicht gestiegen. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass sich die Informationsmöglichkeiten per Internet in den vergangenen Jahren verbessert haben und die Erreichbarkeit dennoch gesteigert werden konnte.

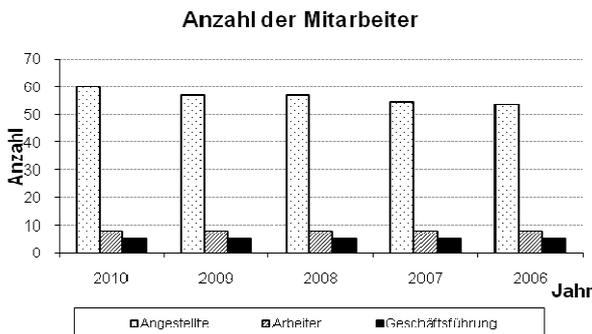
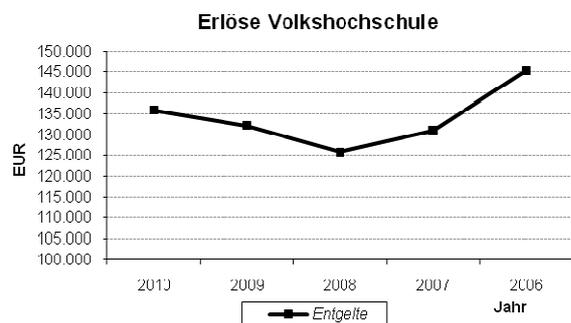
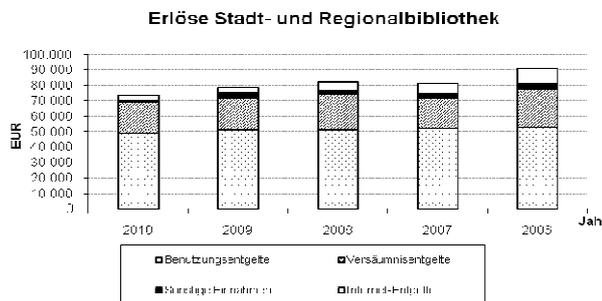
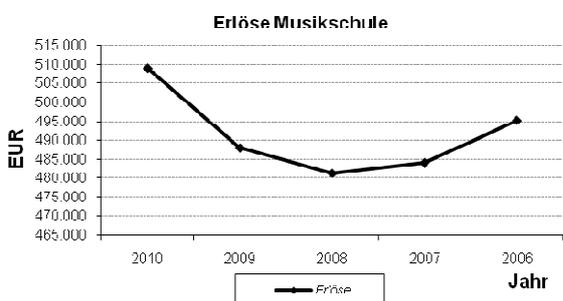
Im Eigenbetrieb waren zum 31.12.2010 75 Mitarbeiter/innen beschäftigt.

Jahr	Personen	Reduzierung (-) Erhöhung (+) um
1999	107	-
2000	91	-16
2001	79	-12
2002	79	-
2003	76	-3
2004	73	-3
2005	67	-6
2006	67	0
2007	68	+1
2008	70	+2
2009	71	+1
2010*	75	+4

* **mit** befristet Beschäftigten (5) und Auszubildende (1)

Kennzahlen

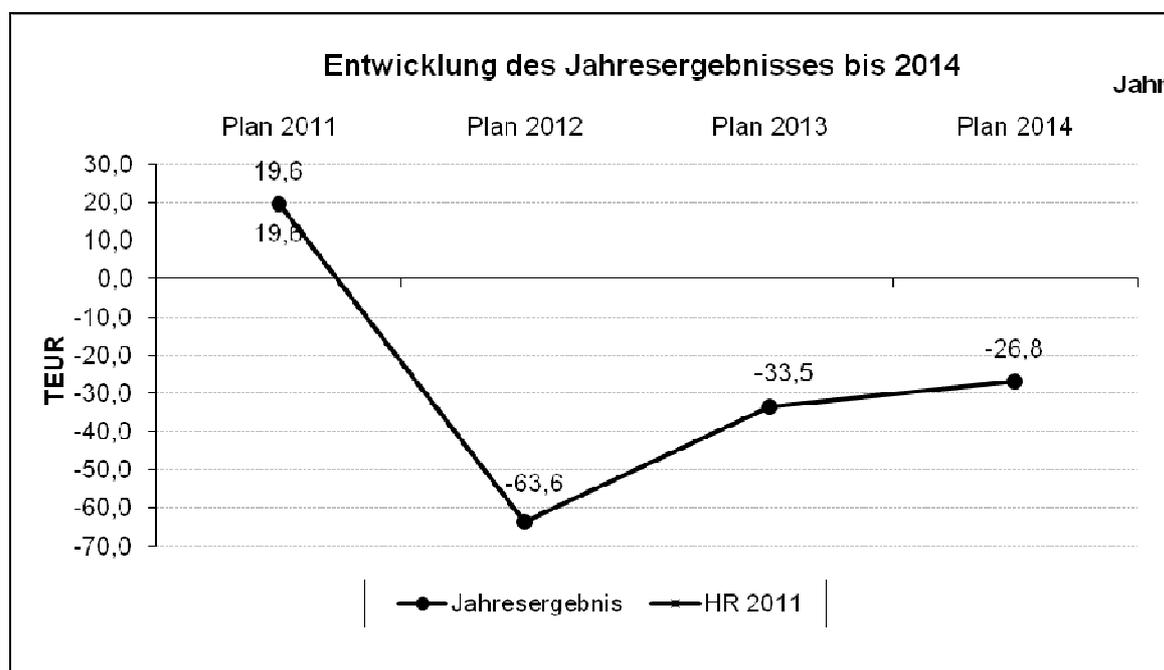
	Kritischer Wert	2010	2009
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	28,16%	44,88%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	47,06%	62,80%
Fremdkapitalquote	> 75 %	52,94%	37,20%
Verschuldungsgrad	-	15/8	5/6
Anlagendeckungsgrad I	-	36,56%	56,37%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	85,83%	110,67%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	143,28%	88,89%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	217,13%	174,32%
Working Capital	< 0	173,3	115,0
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	-25,49%	-12,99%
Materialintensität	-	0,00%	0,00%
Personalintensität	-	386,78%	358,98%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	77,04%	79,61%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	7,00	4,68
Produktivität	-	11,24	11,59
Cash- und Forderungsmanagement			
Debitorenlaufzeit	> Kred.lfz.	31	30



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2011	HR 2011	Plan 2012	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Umsatzerlöse	892,5	892,5	902,5	10,0	1,12%
Sonstige Erträge	21,0	26,5	21,0	0,0	0,00%
Zuschüsse	4.022,7	4.022,7	4.042,7	20,0	0,50%
Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Personalaufwand	3.150,7	3.150,7	3.226,1	75,4	2,39%
Abschreibungen	124,8	124,8	124,8	0,0	0,00%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.685,7	1.691,2	1.723,5	37,8	2,24%
Betriebsergebnis	-25,0	-25,0	-108,2	-83,2	-332,80%
Zinsergebnis	1,0	1,0	1,0	0,0	0,00%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-24,0	-24,0	-107,2	-83,2	-346,67%
Auflösung Sonderposten	43,6	43,6	43,6		
Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	19,6	19,6	-63,6	-83,2	-424,49%

Zuschuss Stadt FFO	3.505,3	3.505,3	3.548,6
Zuschuss Land	337,0	337,0	337,0
Zuschuss Personalkosten	180,4	180,4	157,1
Zuschuss gesamt	4.022,7	4.022,7	4.042,7
Institutionelle Förderung	451,9	451,9	439,9



Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung des Eigenbetriebes wird weiterhin geprägt durch den Konsolidierungsdruck der Stadt. Der seit Jahren nicht ausgeglichene Haushalt der Stadt zwingt den Eigenbetrieb auch künftig, permanent zu sparen. Erschwerend bleiben: Tarif- und Preissteigerungen, für die ein Ausgleich durch Zuschusserhöhung der Stadt nur zu einem geringen Teil bzw. gar nicht geleistet werden.

Der Zuschuss der Stadt an den Eigenbetrieb ist mittelfristig in der Finanzplanung festgeschrieben. Mit dem aktuellen Beschluss zur Kulturentwicklungsplanung ist eine Reduzierung für 2011 um 35.500 € vorgesehen. Im Jahr 2012 wird der Zuschuss um weitere 15.000 € reduziert. Bis zunächst zum Jahr 2015 wird dann der Zuschuss gedeckelt. Damit tritt seit längerer Zeit für einen mittelfristigen Zeitraum Planungssicherheit ein. Allerdings wird es dem Eigenbetrieb nur bei Verlängerung der haustariflichen Regelung möglich sein, das insbesondere in den Jahren 2012 und 2013 erwartete liquiditätswirksame Defizit, zu kompensieren.

Vollständigkeitserklärung

zur Aufstellung der Teilbilanz Jahresrechnung 2010

Kommune: Kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder)

Schlussbilanz zum 31.12.2010

Ihnen als örtliche Prüfungsbehörde erkläre ich als Oberbürgermeister Folgendes:

A. Aufklärungen und Nachweise

Die Aufklärungen und Nachweise, um die Sie mich auf der Grundlage des § 82 Abs. 3 und 102 BbgKVerf gebeten haben, habe ich Ihnen vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen gegeben.

Als Auskunftspersonen habe ich Ihnen die nachfolgend aufgeführten Personen benannt:

Frau Corinna Schubert
Frau Aline Fechner

Diese Personen sind von mir angewiesen worden, Ihnen alle erforderlichen und alle gewünschten Auskünfte und Nachweise richtig und vollständig zu geben.

Darüber hinaus waren alle zuständigen Vorgesetzten und Mitarbeiter ermächtigt, die erforderlichen Unterlagen bereitzustellen und die notwendigen Informationen zu erteilen.

B. Bücher und Schriften

1. Ich habe dafür Sorge getragen, dass Ihnen die Bücher und Schriften der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) vollständig zur Verfügung gestellt worden sind. Zu den Schriften gehören insbesondere auch Arbeitsanweisungen und sonstige Organisationsunterlagen, die zum Verständnis der Buchführung erforderlich sind.
2. In den vorgelegten Büchern sind alle Vorfälle erfasst, die für die Erstellung der oben genannten Schlussbilanz buchungspflichtig geworden sind.
3. Abrechnungen im Bereich der Rechnungslegung sind
 auf der Grundlage der organisatorischen Vorkehrungen und Kontrollen nur nach den Ihnen zur Verfügung stehenden Programmen und den aufgezeichneten Bedienungseingriffen bzw. den Ihnen vorgelegten Arbeitsanweisungen und Organisationsunterlagen durchgeführt worden.

- auf der Grundlage der vertraglichen Vereinbarungen mit fremden Rechenzentren entsprechend den gesetzlichen Anforderungen durchgeführt worden.

4. Ich habe sichergestellt, dass im Rahmen der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten und – fristen auch die nicht ausgedruckten Daten jederzeit verfügbar sind und innerhalb Angemessener Frist lesbar gemacht werden können, in Bezug auf Buchungen in kontenmäßiger Ordnung.

C. Schlussbilanz

1. In der von Ihnen zu prüfenden Schlussbilanz sind alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen und Abgrenzungen berücksichtigt sowie alle erforderlichen Angaben gemacht.

2. Bewertungserhebliche Umstände nach dem Stichtag der Schlussbilanz

- haben sich nicht ergeben.
- sind in der **Schlussbilanz** bereits berücksichtigt.
- habe ich Ihnen mitgeteilt.

3. Besondere Umstände, die der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögenslage entgegenstehen könnten

- bestehen nicht.
- sind im Anhang gesondert aufgeführt.
- sind in Abschnitt D. bzw. in der Anlage angegeben.

4. Eine Übersicht über

- alle Unternehmen, mit denen die Stadt Frankfurt (Oder) zum Stichtag der Eröffnungsbilanz verbunden war,
- alle Unternehmen, mit denen zum Stichtag der Eröffnungsbilanz ein Beteiligungsverhältnis bestanden hat,
- alle Eigenbetriebe, die zum Stichtag der Eröffnungsbilanz Sondervermögen der Stadt darstellten
- alle Zweckverbände, in denen die Stadt zum Stichtag der Eröffnungsbilanz Mitglied war,
- alle Anstalten des öffentlichen Rechts, bei denen die Stadt zum Stichtag der Eröffnungsbilanz Gewährsträger oder Mitgewährsträger war

ist Ihnen ausgehändigt worden.

Ausleihungen, Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber oben genannten Unternehmen, Eigenbetrieben, Zweckverbänden und Anstalten des öffentlichen Rechts bestanden am Stichtag der Eröffnungsbilanz

- nicht.
- nur in der Höhe, in der sie aus der Eröffnungsbilanz als solche ersichtlich sind.

5. Verbindlichkeiten entsprechend § 75 BbgKVerf bestanden am Stichtag der Schlussbilanz

- nicht.
- nur in der Höhe, in der sie aus der Schlussbilanz ersichtlich sind.

Patronatserklärungen, die nicht aus der Eröffnungsbilanz ersichtlich sind,

- bestanden am Stichtag der Schlussbilanz nicht.
- sind unter Abschnitt D. aufgeführt.
- sind im Anhang aufgeführt.

6. Besicherungen von Verbindlichkeiten durch Pfandrechte und ähnliche Rechte bestanden am Stichtag der Schlussbilanz

- nicht.
- sind Ihnen vollständig mitgeteilt worden.

7. Gewährte Vorschüsse, Kredite sowie eingegangene Haftungsverhältnisse gegenüber Mitarbeitern der Verwaltung bzw. Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung bestanden am Stichtag der Schlussbilanz

- nicht.
- nur in der Höhe, in der sie im Anhang angegeben sind.

8. Rückgabeverpflichtungen für in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände sowie Rücknahmeverpflichtungen für nicht in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände

- bestanden am Stichtag der Bilanz nicht.
- sind unter Abschnitt D. aufgeführt.
- sind in der Anlage aufgeführt.

9. Derivative Finanzinstrumente (z.B. Swaps, Caps und sonstige Zinssicherungsinstrumente)

- bestanden am Stichtag der Bilanz nicht.
- sind in den Büchern der Stadt Frankfurt (Oder) vollständig erfasst und Ihnen offengelegt worden.
- sind unter Abschnitt D. oder in der Anlage aufgeführt.

10. Verträge, die wegen ihres Gegenstandes, ihrer Dauer, möglicher Vertragsstrafen oder aus anderen Gründen für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Stadt Frankfurt (Oder) von Bedeutung sind oder werden können (zum Beispiel Verträge mit Lieferanten und verbundenen Unternehmen sowie Arbeitsgemeinschafts-, Options-, Ausbietungs- und Leasingverträge),

- bestanden am Stichtag der Bilanz nicht.
- sind unter Abschnitt D. aufgeführt.
- sind in der Anlage aufgeführt.

Die finanziellen Verpflichtungen aus diesen Verträgen sowie sonstige, wesentliche finanzielle Verpflichtungen sind - soweit sie nicht in der Eröffnungsbilanz erscheinen -

- im Anhang angegeben.
- unter Abschnitt D. oder in der Anlage aufgeführt.

11. Rechtsstreitigkeiten und sonstige Auseinandersetzungen insbesondere im Zuwendungsbereich, die für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Stadt Frankfurt (Oder) von Bedeutung sind,

- lagen am Stichtag der Eröffnungsbilanz und liegen auch zurzeit nicht vor.
- sind unter Abschnitt D. aufgeführt.
- sind in der Anlage aufgeführt.

12. Störungen oder wesentliche Mängel der verwaltungsinternen Kontrollen

- lagen und liegen auch zurzeit nicht vor.
- habe ich Ihnen vollständig mitgeteilt.

13. Die Ergebnisse unserer Beurteilung von Risiken, dass die Eröffnungsbilanz wesentliche falsche Angaben aufgrund von Täuschungen und Vermögensschädigungen enthalten könnte, habe ich Ihnen mitgeteilt.

Alle uns bekannten oder von uns vermuteten Täuschungen und Vermögensschädigungen, insbesondere solche der gesetzlichen Vertreter und anderer Führungskräfte, von Mitarbeitern, denen eine bedeutende Rolle bei den verwaltungsinternen Kontrollen zukommt und von anderen Personen, deren Täuschungen und Vermögensschädigungen eine wesentliche Auswirkung auf die Eröffnungsbilanz haben könnten,

- habe ich Ihnen mitgeteilt.
- Ich habe keine Kenntnis hierüber.

Alle uns von Mitarbeitern, ehemaligen Mitarbeitern, Aufsichtsbehörden oder anderen Personen zugetragenen Behauptungen begangener oder vermuteter Täuschungen und Vermögensschädigungen, die eine wesentliche Auswirkung auf die Schlussbilanz der Stadt Frankfurt (Oder) haben könnten,

- habe ich Ihnen mitgeteilt.
 Ich habe keine Kenntnis hierüber.

14. Sonstige Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften, die Bedeutung für den Inhalt der Schlussbilanz oder auf die Darstellung des sich nach § 82 BbgKVerf ergebenden Bildes der Vermögenslage haben könnten,

- bestanden nicht.
 habe ich Ihnen vollständig mitgeteilt.

D. Zusätze und Bemerkungen

Ort / Datum

3.05.18

Frankfurt (Oder),

Unterschrift


Oberbürgermeister
Dr. Martin Wilke